Landtag Rheinland-Pfalz
13. Wahlperiode

Plenarprotokoll 13/90

90. Sitzung

Donnerstag, den 26. August 1999

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde 6784
- Drucksache 13/4617 -

AKTUELLE STUNDE

„Novellierung des Ladenschlussgesetzes zur Verbesserung des Dienstleistungsstandortes Rheinland-Pfalz" 6797
auf Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/4587 -

„Folgen der beabsichtigten vier weiteren Stufen der so genannten ‚Ökosteuern' für die Familien und die Arbeitnehmer des Landes Rheinland-Pfalz" 6806
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4588 -

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Trassenpreise der Deutschen Bahn AG 6815
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/3820 -

dazu: **Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr** 6815
- Drucksache 13/4445 -

Schritte zum fairen Wettbewerb im Verkehr/Durch eine Senkung der Trassenpreise mehr Verkehr auf die Schiene bringen 6815
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Entschließung -
- Drucksache 13/4618 -

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/3820 - wird mit Mehrheit angenommen. 6822

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4618 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6822

Feststellung und Bewältigung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den Schulen in Rheinland-Pfalz 6822
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4280 -

dazu: **Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung** 6822
- Drucksache 13/4453 -

Der Antrag - Drucksache 13/4280 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6833

Aktionsplan Multimedia 1999 - 2001 6833
Besprechung des Aktionsplans (Vorlage 13/3240) auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/4605 -

Mit der Besprechung des Aktionsplans hat dieser Tagesordnungspunkt seine Erledigung gefunden. 6843

Novel-Food - Kontrolle verstärken - Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln ohne Gentechnik unterstützen - ökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln fördern 6843
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4571 -

Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln 6843
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksachen 13/2938/3095/3479 -

Pflanzenschutz im Obst- und Weinbau 6843
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/4581 -

Die Drucksachen 13/4571/2938/3095/3479/4581 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Die Ausschussüberweisung für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4571 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6854

Der Antrag - Drucksache 13/4571 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6854

Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung sind mit ihrer Besprechung erledigt. 6854

Der Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/4581 - wird mit Mehrheit angenommen. 6854

Bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4482 - 6854

Umweltstraftaten
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksachen 13/4065/4222/4252 - 6854

Die Drucksachen 13/4482/4065/4222/4252 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/4482 - wird an den Innenausschuss - federführend -, an den Ausschuss für Umwelt und Forsten und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6863

Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung sind mit ihrer Besprechung erledigt. 6863

Hochschulsonderprogramm III und Frauenförderung
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksachen 13/3102/3248/3877 - 6863

dazu: Frauenförderung im Hochschulsonderprogramm (HSP III) verbessern - Neuauflage eines Folgeprogramms
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Entschließung -
- Drucksache 13/4619 - 6863

Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung sind mit ihrer Besprechung erledigt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4619 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6869

Tätigkeit der Maschinen- und Betriebshilfsringe (MBR) in Rheinland-Pfalz 6869
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksachen 13/3383/3487/3785 -

dazu: Kooperation in der Landwirtschaft 6869
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/4622 -

Die Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung sind mit ihrer Besprechung erledigt.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/4622 - 6875
wird an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau überwiesen.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Peter Caesar, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Manfred Geis, Ute Granold und Nicole Morsblech.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm 6784, 6785, 6786, 6787, 6788, 6789, 6790, 6791, 6792, 6793, 6795, 6796, 6797, 6798, 6799, 6800, 6801, 6802, 6803, 6804, 6805, 6806, 6807, 6809, 6810, 6811, 6813, 6814, 6815

Vizepräsident Schuler 6815, 6816, 6817, 6818, 6820, 6821, 6822, 6824, 6826, 6827, 6828, 6830, 6831, 6832, 6833, 6834, 6836, 6838, 6840, 6842, 6843, 6845, 6846, 6847, 6849, 6850, 6853, 6854

Vizepräsident Heinz 6855, 6856, 6857, 6858, 6859, 6861, 6862, 6864, 6866, 6867, 6868, 6869, 6870, 6872, 6873, 6874, 6875

Anheuser (CDU) 6849, 6854
Baumann (SPD) 6845
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6793, 6800, 6804
Billen (CDU) 6793
Bracht (CDU) 6796, 6797, 6799, 6803, 6817
Braun, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6858, 6862
Brede-Hoffmann (SPD) 6822, 6824, 6832
Brinkmann (SPD) 6791, 6792
Creutzmann (F.D.P.) 6815, 6836
Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6822, 6831, 6863
Dröscher (SPD) 6869
Elsner (SPD) 6798
Frey, Dr. (F.D.P.) 6850, 6859, 6872
Grützmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6830
Hartloff (SPD) 6855
Hatzmann (F.D.P.) 6790, 6847, 6867
Heinz (F.D.P.) 6797, 6802, 6818
Hering (SPD) 6807, 6813
Jahns (SPD) 6792, 6793
Jullien (CDU) 6806, 6813
Keller (CDU) 6832
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6789, 6815, 6819, 6820, 6843, 6849, 6873
Kohnle-Gros (CDU) 6866
Kuhn (F.D.P.) 6810, 6827
Lais (SPD) 6833, 6840
Lelle (CDU) 6826
Licht (CDU) 6855, 6862
Mittrücker (CDU) 6834, 6842
Redmer (SPD) 6856, 6861
Rieth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6785, 6788, 6790, 6838
Schmidt, Dr. (SPD) 6865
Schmidt, U. (CDU) 6786, 6788, 6789, 6790
Schmitt, D. (CDU) 6870, 6874
Schneider, Chr. (CDU) 6846
Schwarz (SPD) 6784, 6789, 6816, 6820
Schweitzer (SPD) 6785, 6787
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6795, 6796, 6809, 6814
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau 6784, 6786, 6794, 6795, 6804, 6821, 6840, 6853, 6873
Caesar, Minister der Justiz 6791
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit 6801
Götte, Dr., Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen 6806
Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten 6792, 6850
Mittler, Minister der Finanzen 6811
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung 6828, 6868

90. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 26. August 1999

Die Sitzung wird um 9.31 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 90. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Ulla Brede-Hoffmann und Angela Schneider-Forst, die auch die Rednerliste führt.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Manfred Geis, Ute Granold und Nicole Morsblech.

Wir beginnen mit **Punkt 1** der Tagesordnung:

Fragestunde
- Drucksache 13/4617 -

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Franz Schwarz (SPD), Stromliberalisierung und Arbeitsplätze** betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Schwarz.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wirkt sich die Liberalisierung des Strommarktes auf die Energiepreise der Konsumentinnen und Konsumenten in Rheinland-Pfalz aus?

2. Wird durch die Liberalisierung des Strommarktes die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Energie aus regenerativen Energiequellen gegenüber der Energie aus konventionellen Energieträgern benachteiligt?

3. Sind nach Ansicht der Landesregierung durch den Wettbewerb im Energiebereich Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz betroffen?

4. Welche Veränderungen ergeben sich aus der Liberalisierung des Energiemarktes für die Kommunen?

Präsident Grimm:

Es antwortet der Herr Wirtschaftsminister.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Schwarz beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Das neue Energiewirtschaftsgesetz vom vergangenen Frühjahr hat in einem über lange Zeit monopolistisch organisierten Wirtschaftszweig erstmals die Voraussetzungen für Wettbewerb geschaffen. Die Abschaffung der regionalen Strommonopole war ein ordnungspolitisch wichtiger und richtiger Schritt. Die Öffnung der Strommärkte wird nach meiner Überzeugung auch für private Verbraucher zu ähnlich positiven Ergebnissen führen wie die Liberalisierung des Telefonmarktes.

Andererseits ist sicher richtig, dass die Stromversorger, insbesondere die Stadt- und Gemeindewerke, vor neue Herausforderungen gestellt sind und eine weit reichende Neuorientierung erforderlich ist.

Im Einzelnen beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Seit Beginn der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes sind die Strompreise erheblich gesunken. Mittlerweile hat ein reger Wettbewerb um die privaten Tarifkunden eingesetzt. Haushalte, Landwirte und Kleingewerbetreibende werden hiervon durch deutliche Preissenkungen profitieren.

Einige Stromversorger haben ihre Preise für die Tarifkunden bereits abgesenkt. Weitere werden aufgrund des Wettbewerbsdrucks bald folgen. Ich bin davon überzeugt, dass die bisherigen Preisnachlässe noch nicht das Ende der Fahnenstange sind. Für die Verbraucher bedeutet dies letztlich, ähnlich wie beim Telekommunikationsmarkt, eine spürbare Entlastung und damit Stärkung der Kaufkraft.

Zu Frage 2: Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wie auch Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien können über ihre Preis- und Leistungsangebote auf einem Wettbewerbsmarkt durchaus ihre Chance haben. Was die regenerativen Energien anbelangt, gibt es durchaus Kunden, die bereit sind, die Mehrkosten für so genannten grünen Strom zu tragen. Anbieter regenerativer Energien haben deshalb nach wie vor gute Chancen in dieser Marktnische.

Ein gutes Beispiel ist die Naturstrom Rheinland-Pfalz aus dem heimischen Westerwald. Darüber hinaus besteht die Absicht der Landesregierung, die Förderung regenerativer Energien, insbesondere im Bereich nachwachsender Rohstoffe, in den kommenden Jahren fortzusetzen.

Zu Frage 3: Die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze im Energiebereich sind wegen der sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Energiemarktliberalisierung auf kommunale Stromversorger derzeit in der Gesamtwirkung nur schwer abschätz-

bar. Sicher wird sich eine Marktbereinigung, die im Einzelfall auch zu Arbeitsplatzverlusten führen kann, nicht vollständig vermeiden lassen. Aus der notwendigen Strukturanpassung werden effiziente und marktorientierte Unternehmen gestärkt und mit sicheren Arbeitsplätzen hervorgehen.

Im Übrigen werden durch die verstärkte Ausrichtung der Unternehmen auf den Vertrieb und die Erschließung neuer Geschäftsfelder auch neue Arbeitsplätze entstehen. Der Marktauftritt neuer Marktteilnehmer, zum Beispiel der Stromhändler, schafft weitere Arbeitsplätze. Ob der strukturbedingte Verlust an Arbeitsplätzen bei den Versorgungsunternehmen hierdurch vollständig kompensiert werden kann, ist derzeit noch nicht absehbar. Bei einem Blick auf die Auswirkungen der Deregulierung im Telekommunikationsmarkt spricht jedoch in mittel- bis langfristiger Sicht einiges dafür.

Vor einigen Tagen ist bekannt geworden, dass im Zuge der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes neu entstandene Arbeitsplätze inzwischen den Beschäftigungsabbau bei der Deutschen Telekom bei weitem überwiegen.

Schließlich stärken die niedrigen Strompreise auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und den Standort Rheinland-Pfalz im internationalen Vergleich. Hierdurch werden in anderen Branchen nachhaltig Arbeitsplätze gesichert, die sonst unter Umständen gefährdet wären.

Zu Frage 4: Die Kommunen können von der Liberalisierung insbesondere als Anteilseigner an einem kommunalen Versorgungsunternehmen bei der Konzessionsabgabe und bei der Bereitstellung von Leistungen im Wege der Querfinanzierung, zum Beispiel beim ÖPNV, betroffen sein. Die Auswirkungen der Liberalisierung auf die kommunalen Versorgungsunternehmen können im Einzelfall zu Umsatz- und Gewinnrückgängen führen. Andererseits haben die Versorgungsunternehmen aber selbst die Chance, zu günstigeren Konditionen einzukaufen. Im Regelfall verbleibt ihnen auch das Durchleitungsentgelt.

Was die Konzessionsabgabe anbelangt, stellt zum einen das Energiewirtschaftsgesetz selbst klar, dass sie unberührt bleibt. Nach dem Energiewirtschaftsgesetz sind auch auf Durchleitungen Konzessionsabgaben zu zahlen. Zudem hat der Bund die Konzessionsabgabenverordnung den geänderten Anforderungen des wettbewerblich organisierten Strommarktes angepasst, um das Volumen der Konzessionsabgabe zu sichern.

Zusammenfassend kann allerdings, zumindest kurzfristig, in einigen Fällen ein Ertragsrückgang bei den Stadtwerken nicht ausgeschlossen werden. Für die Kommunen bedeutet dies, dass damit Möglichkeiten der steuerlichen Querfinanzierung vor allem auch beim ÖPNV eingeschränkt werden. Deshalb müssen auch in diesen Bereichen Wirtschaftlichkeitsreserven konsequent genutzt werden, um finanzielle Mehrbelastungen der Kommunen soweit wie möglich zu vermeiden.
So weit die Beantwortung der Anfrage.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Herr Rieth.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, um auf Ihre Antwort auf die letzte Frage zurückzukommen, wie hoch schätzen Sie die Wirtschaftlichkeitsreserven bei den rheinland-pfälzischen Stadtwerken, die für den ÖPNV mobilisiert werden könnten?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist schwer zu schätzen, aber ich nehme an, sie sind enorm hoch. Dies belegt die Tatsache, dass derzeit Privatunternehmer liebend gern Stadtwerke kaufen würden.

Präsident Grimm:

Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Harald Schweitzer und Hendrik Hering (SPD), ICE-Bahnhof Montabaur** betreffend, sowie die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Schmidt und Hans-Josef Bracht (CDU), Bestand des ICE-Bahnhofs Montabaur** betreffend, auf.

Zunächst Herr Schweitzer.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident! Der Herr Kollege Hering und ich fragen die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Schreiben bekannt, nach denen die Bahn AG beabsichtigt, den ICE-Bahnhof Montabaur kurz nach seiner Inbetriebnahme nicht mehr zu bedienen?

2. Ist der Landesregierung eine Vereinbarung zwischen der Bahn AG und der Lufthansa AG bekannt, die Auswirkungen auf die Bedienung des Bahnhofs in Montabaur hat?

3. Welche Initiativen hat die Landesregierung bisher ergriffen, damit der ICE-Bahnhof bedarfsgerecht mit einem stündlichen Halt der Züge ausgestattet wird?

4. Wie viele Mittel hat die Landesregierung bisher für den Bahnhof Montabaur, das Bahnhofsumfeld und die verkehrliche Erschließung bereitgestellt?

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Uns geht es um die Bestandssicherung des ICE-Bahnhofs Montabaur. Darum fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Vereinbarungen mit der Deutschen Bahn AG bezüglich des Bestandes des einzigen ICE-Bahnhofs im Lande Rheinland-Pfalz in Montabaur getroffen?

2. Wenn ja: Was wurde bezüglich des Bedienungskonzeptes, stündlicher Halte und Streckenanbindung des einzigen ICE-Bahnhofs im Land Rheinland-Pfalz in Montabaur mit der Deutschen Bahn AG vereinbart und wie wurde dies rechtlich abgesichert?

3. Welche Anstrengungen hat die Landesregierung unternommen, damit die Zuwegungen - nicht „Zuwendungen", wie es im Text steht -, die zur Ausschöpfung des vorhandenen Fahrgastaufkommens notwendig sind, früh genug gebaut werden?

4. Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die ständigen - nicht „zuständigen", wie es im Text steht - negativen Spekulationen und Verunsicherungen bezüglich der Zugbedienung, Zughalte und Streckenanbindung des ICE-Bahnhofs Montabaur zu unterbinden?

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung antwortet der Herr Verkehrsminister.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schweitzer und Hering beantworte ich wie folgt:

Der künftige ICE-Bahnhof Montabaur hat für das Land eine hohe verkehrs- und strukturpolitische Bedeutung. Dieser Bedeutung entspricht auch das finanzielle Engagement des Landes, was nicht normal sein muss, und der Gebietskörperschaften. Rheinland-Pfalz erhält durch den Bahnhof Anschluss an das internationale Hochgeschwindigkeitsnetz und einen Ausgleich dafür, dass mit der Neubaustrecke Köln - Rhein/Main das linke Rheintal, insbesondere Koblenz, im Fernverkehr deutlich weniger bedient wird.

Die letzte Zeit war durch die Debatte gekennzeichnet, mit welcher Frequenz der ICE-Bahnhof Montabaur zukünftig angefahren werden soll. Die Landesregierung und die Gebietskörperschaften haben dabei insbesondere vor dem Hintergrund der vielfältigen Aktivitäten zur optimalen Anbindung des neuen Bahnhofs an das Umfeld und die Region eine stündliche Bedienung gefordert. Dies muss einmal klargestellt werden. Ich bin manchmal wirklich überrascht, wer was wie an die Presse gibt. Die Deutsche Bahn AG als Betreiber der Bahnstrecke möchte dagegen den Bahnhof Montabaur nur im Zwei-Stunden-Takt mit einigen Ergänzungshalten in Tagesrandlagen bedienen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Landesregierung sind keine Schreiben oder sonstigen Informationen darüber bekannt, dass die DB AG den ICE-Bahnhof Montabaur kurz nach der Inbetriebnahme nicht mehr bedienen will. Sehr merkwürdig ist auch, wer was wie dazu in der Zeitung sagt. Da muss man sehr genau hinschauen und es lesen. Man muss auch die Hintergründe kennen.

Zu Frage 2: Die Deutsche Bahn AG hat vor kurzem eine Vereinbarung mit der Lufthansa getroffen, nach der mittelfristig der innerdeutsche Flugverkehr zum Großteil auf die Schiene verlagert werden soll. Dies wird zu einem gesteigerten Fernverkehrsangebot der Bahn führen und wird grundsätzlich von der Landesregierung - wie denn sonst - begrüßt. Aufgrund seiner hervorragenden Lage zwischen den beiden Großflughäfen Frankfurt und Köln/Bonn ist zu erwarten, dass es zu einem stärkeren Reiseaufkommen des Bahnhofs Montabaur kommen wird.

Zu Frage 3: Ich habe in einem Gespräch am 28. Juni 1999 - ich habe dort nicht geschlafen, sondern ein Gespräch geführt - mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Herrn Dr. Ludewig, vereinbart, dass für die zukünftige Bedienung des ICE-Bahnhofs Montabaur ein gemeinsames Gutachten - eine Potenzialanalyse - in Auftrag gegeben wird. Das Gutachten wird jeweils zur Hälfte von der DB AG und zur Hälfte vom Land finanziert.

Im Rahmen des Gutachtens sollen alle diejenigen Maßnahmen besondere Berücksichtigung und Wertung finden, die das Land und die Gebietskörperschaften durchführen, um den neuen Bahnhof optimal an sein Umfeld anzubinden.

Auf der Basis der Ergebnisse dieses Gutachtens soll dann die endgültige Bedienungsfrequenz für Montabaur gemeinsam festgelegt werden. Die Aufgabenstellung für das Gutachten befindet sich derzeit in der Abstimmung.

Zu Frage 4: Für den Bahnhof Montabaur einschließlich seiner Park-and-ride-Anlage wurden der DB AG seitens des Landes rund 8 Millionen DM vertraglich zugesagt. Die entsprechenden Mittel werden im Landeshaushalt natürlicherweise bedarfsgerecht eingestellt.

Im Straßenbereich sind in unmittelbarem Zusammenhang mit dem ICE-Bahnhof Montabaur insgesamt Investitionen in Höhe von rund 120 Millionen DM geplant. Der Landesanteil daran beträgt 18,5 Millionen DM. Von diesen Maßnahmen befindet sich derzeit der Autobahnanschluss an die A 3 in der Bauphase. Die ergänzend benötigten rund 2 Millionen DM Landesmittel sollen im Rahmen der Privatfinanzierung von Landesstraßenprojekten zur Verfügung gestellt werden.

Zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich des ICE-Bahnhofs Montabaur hat das Land bisher 7,1 Millionen DM Städtebaufördermittel bewilligt.

Vor dem Hintergrund der Zahlen kann man sich vorstellen, dass das Land ein hohes Interesse an einem hoch aktiven und bedienungsfreundlichen Bahnhof hat sowie an einem solchen, der wirklich angenommen und auch angefahren wird. Das ist doch völlig klar. Ich verstehe manchmal die Pressberichterstattung gut, aber was dahinter steckt nicht so gut.

Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ulla Schmidt und Hans-Josef Bracht beantworte ich wie folgt:

Als einziger Haltepunkt in Rheinland-Pfalz im Zuge der Neubaustrecke Köln - Rhein/Main hat der neue ICE-Bahnhof in Montabaur für die Landesregierung eine herausragende Bedeutung. Die Einrichtung dieses Haltepunkts war Voraussetzung und Bedingung dafür, dass die Landesregierung der Vereinbarung vom 21. März 1990 mit dem Land Hessen und dem Bund über die Trassenführung für die Neubaustrecke Köln - Rhein/Main über den Westerwald zugestimmt hat.

Nachdem die Planungen für das Vorhaben abgeschlossen sind und die Finanzierung geregelt ist, haben die Baumaßnahmen für den neuen Bahnhof inzwischen begonnen.

Wenn derzeit in der lokalen Presse unter Bezugnahme auf unbekannte Informanten der Haltepunkt Montabaur infrage gestellt wird, kann ich mir dies nur damit erklären, dass jemand daran interessiert ist, das Sommerloch nicht so groß werden zu lassen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Einrichtung des ICE-Bahnhofs Montabaur ist in der Vereinbarung vom 21. März 1990 zwischen dem Bund und den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz grundsätzlich festgelegt. Durch Vereinbarung vom 24. Juni 1996 wurde schließlich zwischen der DB AG und dem Land die Finanzierungsbeteiligung des Landes im Hinblick auf die vom Land, dem Westerwaldkreis und der Stadt Montabaur geforderte attraktive Gestaltung des neuen Bahnhofs festgelegt.

Bereits die Inanspruchnahme der Mittel aus dem Bundesschienenwegeausbaugesetz führt zu einer langjährigen Verpflichtung der DB AG, die neu geschaffenen Anlagen zweckentsprechend zu nutzen. Deshalb war eine besondere Vereinbarung über den Bestand des neuen Bahnhofs seitens des Landes entbehrlich.

Zu Frage 2: Zur Bedienung des ICE-Haltes ist bereits in der Vereinbarung vom 21. März 1990 festgelegt, dass mindestens eine alternierende Bedienung zwischen den Halten Montabaur und Limburg im Zwei-Stunden-Takt erfolgt.

Mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG habe ich am 28. Juni 1999 vereinbart, dass ein vom Land und der Bahn gemeinsam finanziertes Gutachten in Auftrag gegeben wird, das der näheren Potenzialabschätzung dient. Auf der Grundlage dieses Gutachtens soll dann die Bedienungsfrequenz für Montabaur gemeinsam festgelegt werden.

Die Landesregierung ist der festen Überzeugung, dass das Potenzial eine stündliche Bedienung rechtfertigen wird. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die Landesregierung keine rechtlichen Möglichkeiten hat, den stündlichen Halt zu erzwingen.

Zu Frage 3: Alle Anstrengungen im Detail zu nennen, die das Land unternommen hat, damit die zur Erschließung des Fahrgastpotenzials des ICE-Haltes Montabaur notwendigen Zuwegungen rechtzeitig fertig werden, würde den Rahmen jeder Fragestunde sprengen. Ich darf Ihnen aber versichern, dass das Land dafür Sorge getragen hat, dass die Planungen für den Ausbau der Zuwegungen zum neuen ICE-Halt frühzeitig begonnen, die notwendigen Planverfahren auf den beteiligten Verwaltungsebenen mit möglichst kurzen Fristen durchgeführt werden und die Baumaßnahmen, soweit sie durch die zuständigen Landesbehörden beauftragt worden sind, rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden.

Zu Frage 4: Die Landesregierung würde sicherlich gern die unbegründeten Spekulationen über den ICE-Bahnhof und dessen künftige Bedienung unterbinden. Sie ist deshalb stets bemüht, die Öffentlichkeit über die Planungen für den neuen ICE-Bahnhof und ihre Umsetzung sachlich und so frühzeitig wie möglich zu informieren. Dass sich gleichwohl immer wieder so genannte verlässliche Quellen finden, die über das Ob und Wie des neuen Haltepunktes spekulieren, ist ärgerlich, aber vor vielen Hintergründen nicht verhinderbar.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schweitzer.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Staatsminister, sind Sie mit mir der Auffassung, dass der Sache selbst und dem Ziel eines stündlichen Haltes gedient ist, wenn zukünftig alle Spekulationen in diesem Bereich um den ICE-Bahnhof Montabaur unterbleiben?

(Dr. Gölter, CDU: Die bösen Spekulationen!)

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Abgeordneter Schweitzer, es würde natürlich der Sache sehr dienen. Ich frage mich manchmal, wer was wie und warum und vor welchem Hintergrund tut.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Im Ergebnis werden diejenigen der Sache nicht dienen, vielleicht den eigenen Interessen.

(Dr. Gölter, CDU: Wissen Sie denn, wer das ist, wenn Sie diese Bemerkung machen?)

- Ich kenne sie nicht. Ich sage nur, vielleicht den eigenen Interessen.

(Dr. Weiland, CDU: Einfach nur so dahergeredet!)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidt.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Herr Staatsminister, sind Sie mit mir der Meinung, dass solche ärgerlichen Gerüchte - da stimme ich mit Ihnen überein - Investoren möglicherweise von ihrem Vorhaben abhalten könnten, und kann die Landesregierung - - -

(Mertes, SPD: Das ist aber späte Selbsterkenntnis!)

- Herr Präsident, Entschuldigung, habe ich nun das Wort oder habe ich es nicht?

Präsident Grimm:

Aber selbstverständlich, Frau Kollegin.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Danke.

Ich setze die Frage fort: Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, eventuell über geeignete Veröffentlichungen diesen Spekulationen streng und konkret entgegenzuwirken?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Abgeordnete Schmidt, zunächst einmal ist klar, dass bei einer unsicheren Lage Investoren nicht geradezu in ein Projekt hineinspringen. Klar ist auch, dass die Landesregierung bisher alles unternommen hat - deshalb habe ich heute hier versucht, mich so artikuliert auszudrücken -, diese Spekulationen in den Bereich der Spekulation zu drängen. Klar ist auch, dass sich die Landesregierung immer so verhalten hat, um die Investoren bei der Stange zu halten, wenn es dann welche - wo auch immer - gibt. Das ist keine Frage.

Meine Damen und Herren, klar ist auch, dass die Landesregierung immer wieder mit einer Sprache das erklärt, was ich heute erklärt habe. Wir sind jedoch in diesem freiheitlich-demokratischen Staat noch nicht so weit, den Leuten den Mund zu verbieten.

(Dr. Gölter, CDU: Gott sei Dank!)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Rieth.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatsminister, wie wird die Landesregierung sicherstellen, dass dieser gesamteuropäische Schienenknotenpunkt Montabaur an das Schienenoberzentrum Koblenz angeschlossen wird? Ich denke, das ist eine wichtigere Debatte als die, ob dieser Zug jetzt im Ein- oder Zwei-Stunden-Takt in Montabaur hält und dann auf die Postkutsche umgestiegen werden muss.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege Rieth, das ist auch der Vorteil des Bahnhofs, dass die Potenziale gut sind. Sie sagen „Koblenz". Ich habe vorhin gesagt, alle Straßenverbindungen, die notwendig sind - - -

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Schiene" sagte ich!)

- Die Verbindung ist natürlich etwas schwierig. Ich kann keine Schiene hinbauen. Das muss die DB AG machen. Aber alle Straßenverbindungen, die möglich und notwendig sind, all die Leistungen erbringt die Landesregierung, und zwar im Vorhinein.

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Frau Schmidt.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Herr Staatsminister, wann rechnen Sie mit den Ergebnissen der neuen Fahrgastanalyse, und ist die Landesregierung bereit, diese möglichst rasch zu veröffentlichen?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Wir werden das gemeinsam mit dem Gutachten machen. Wir werden das alles tun, um nicht unnötig Spekulationen zu schüren und nicht unnötig noch einmal diejenigen auf den Plan zu rufen, die andere Interessen haben. Deshalb werden wir Gutachten und Fahrgastzahlen zusammen verbinden. Das ist ganz normal.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, Sie haben eben eine Vereinbarung mit der Lufthansa mit dem Ziel, innerdeutschen Flugverkehr auf die Schiene zu bringen, angesprochen. Können Sie uns noch einmal erläutern, worum es bei diesen Vereinbarungen im Einzelnen geht und inwiefern man davon ableiten kann, dass dann mehr Zugverkehr in Montabaur stattfinden kann?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist eine Vereinbarung zwischen der Lufthansa und der DB AG. Die bringen diese Vereinbarung nicht zu mir und fragen mich auch nicht vorher, welche Vereinbarung sie treffen. Ich halte es jedoch schon einmal für gut, dass die Vereinbarung gilt, dass man den innerdeutschen Luftverkehr so weit wie möglich auf die Schiene bringen will, anstatt ihn in der Luft zu lassen. Es gibt auch Leute, die nach Hamburg und nicht nach Köln fliegen wollen. Dann stehen Sie vor der Frage, ob man sie auch auf die Schiene bringt.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Von Berlin nach Hamburg über Montabaur!)

- Ja, es ist so, Frau Grützmacher.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Franz Schwarz.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Staatsminister, Sie haben deutlich gemacht, dass das Land, Bund, Kommunen und die Bahn selbst über 200 Millionen DM an diesen Standort bringen wollen, um diesen Knoten auszubauen. In der Vergangenheit ist deutlich gemacht worden, dass es auch darum geht, die Anbindung der übrigen Schienenverbindungen im Westerwald darauf auszurichten. Ich habe den Eindruck - ich weiß nicht, ob das zutrifft -, aber ich frage Sie: Könnte es nicht sein, dass im Zusammenhang mit diesem Haltepunkt und der derzeit laufenden Diskussion ganz einfach von einigen Persönlichkeiten im Westerwald, die sich in Zukunft Wahlen stellen müssen, ein Popanz aufgebaut wird, um dann, wenn das Ding in trockenen Tüchern ist, zu erklären, sie wären diejenigen gewesen, die die Landesregierung zum Jagen getragen haben?

(Dr. Gölter, CDU: Namen!)

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Erstens einmal muss die Landesregierung nicht zum Jagen getragen werden; denn selten in einem verkehrspolitischen Segment ist die Landesregierung so aktiv und so offensiv tätig wie in diesem, weil wir um die Bedeutung wissen, wie wir übrigens insgesamt von der Bedeutung wissen.

Herr Kollege Schwarz, ich beteilige mich nicht gern an Spekulationen. Ich würde das jetzt aber tun, wenn ich den ersten Teil Ihrer Frage beantworten würde. Ich will nur sagen, da gab es im Juni ein Datum. Ich dachte, wenn das Datum vorbei wäre, würden auch Spekulationen zu Ende gehen. Aber interessanterweise - welche Daten es jetzt noch gibt, weiß ich nicht - ist die Spekulation nicht beendet.

(Dr. Gölter, CDU: Welche Faschisten
sind das denn?)

- Herr Dr. Gölter, ich kenne sie nicht.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Schmidt.

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Apropos zum Jagen tragen, ich habe eine Frage zur

(Mertes, SPD: Zum Jagen!)

Vereinbarung mit der Bahn, die bereits am 21. März 1990 getroffen wurde. Man kann hier also nicht von Zum-Jagen-Tragen sprechen. Herr Staatsminister, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass in der Vereinbarung Halt Limburg und

Montabaur im Zwei-Stunden-Takt festgelegt wurde? Habe ich Sie richtig verstanden, dass das im Zwei-Stunden-Takt geschehen soll?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich muss gerade noch einmal nachsehen, Frau Kollegin. Ich habe es vorhin hier gesagt.

(Frau Schmidt, CDU: Ganz zu
Beginn der ersten Frage!)

- Ich lese Frage 2 noch einmal vor, damit wir da Klarheit haben. Ich muss erst einmal an 1990 erinnern. Ich bitte einmal, sich dieses Jahr 1990 auch deshalb unter anderen Voraussetzungen zu merken. Mein Vorgänger war auch 1990 im Amt.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer war das denn?)

Sie kennen die Debatte noch seinerzeit. Auch die Debatte aus der Westpfalz berührte die Sache damals. Sie kennen noch die ersten Planungen der Bahn und kennen dann die großen Probleme der Landesregierung, dieser Westerwaldtrasse zuzustimmen.

Zu Frage Nummer 2 - ich wiederhole es noch einmal, damit es jeder versteht -: Zur Bedienung des ICE-Haltes ist bereits in der Vereinbarung vom 21. März 1990 festgelegt, dass mindestens eine alternierende Bedienung zwischen den Halten in Montabaur und Limburg im Zwei-Stunden-Takt erfolgt.

(Zuruf der Abg. Frau Schmidt, CDU)

- Soll ich es noch einmal vorlesen?

Abg. Frau Schmidt, CDU:

Ich habe noch eine Nachfrage dazu. Könnte man das auch so verstehen, alternierend Limburg/Montabaur im Zwei-Stunden-Takt, dass jede Stunde einer hier und drüben hält? Diese Diskussion steht im Raum.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Alternierend heißt so und so.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P.
und SPD)

Man kann natürlich in so klare Begriffe wie „alternierend" auch hineinbringen, dass Limburg nicht angefahren wird und nur Montabaur angefahren wird. Man kann interpretieren. Ich kann es noch einmal vorlesen. Ich bin gern bereit, es noch einmal vorzulesen.

(Unruhe im Hause)

Präsident Grimm:

Ein Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Rieth.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass die Landesregierung keine Planungen und keine Maßnahmen ergreifen will, um eine leistungsfähige Schienenanbindung zwischen Koblenz und Montabaur zu realisieren?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Die Landesregierung macht alle Planungen. Herr Rieth, ich sage Ihnen einmal eines: Sie müssen sich vorstellen, was diese Landesregierung im ÖPNV und SPNV gemacht hat.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Mertes, SPD: So ist das! -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war nicht die Frage!)

- Ich sage dies, damit wir Klarheit haben.

Es ist in diesem Staat nicht Aufgabe der Landesregierung, Bahnstrecken zu bedienen. Wir tun es. Wir haben die Strecke Kirchheimbolanden - Alzey nach fast 50 Jahren wieder aktiviert. Im Westerwald tun wir alles, um eine vernünftige Anbindung zu erreichen. Nur, wir können die Bahnstrecke dort nicht legen. Das geht nicht.

(Zurufe aus dem Hause)

- Ja, alle Planungen machen und alle Bemühungen unternehmen wir, nur die Bahn, die DB AG, muss bauen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Hatzmann.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Staatsminister, können Sie bestätigen, dass das Land in den letzten zwei Jahren erhebliche Mittel in die Brexbachtalbahn zur Schienensicherung gesteckt hat, in Verhandlungen mit der Bundesbahn über ein Übernahmekonzept steht und entsprechende Untersuchungen im Gange sind?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist völlig richtig. Das kann ich nur bestätigen. Wir betreiben dies sehr aktiv.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich denke, die Zusatzfragen zu diesem Thema sind ausgeschöpft, jedenfalls für heute. Ich erkläre damit die Mündlichen Anfragen für beantwortet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ernst-Günter Brinkmann (SPD), Caritasträgergesellschaft Trier (CTT)** betreffend, auf.

Bitte schön, Herr Brinkmann.

Abg. Brinkmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung Folgendes:

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung über das Verfahren der Staatsanwaltschaft München gegen den Geschäftsführer der CTT vor, über das der FOCUS am 16. August 1999 berichtet hat?

2. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die CTT am Bau des Multiplex-Kinos in Trier und anderen Nichtkrankenhausprojekten beteiligt ist, und gibt es Erkenntnisse darüber, in welchem Zusammenhang dies mit den Gehaltskürzungen bei der CTT steht?

Präsident Grimm:

Es antwortet der Herr Justizminister.

Caesar, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt, wobei ich vorausschicke, dass die Staatsanwaltschaft Koblenz in diesem Verfahren am Anfang von Ermittlungen steht. Es sind gerade zehn Tage. Es wird einer ausführlichen und langwierigen Auswertung von Unterlagen bedürfen. Was als Ergebnis am Ende stehen wird, lässt sich heute wahrlich noch nicht sagen.

Im Übrigen gilt für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung.

Dies vorausschickend.

Zu Frage 1: Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Koblenz hat die Staatsanwaltschaft München kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den jetzt beurlaubten Geschäftsführer der Caritasträgergesellschaft Trier - CTT -, Herrn Hans-Joachim Doerfert, eingeleitet.

Am Sonntag, dem 15. August 1999, wurde die Staatsanwaltschaft Koblenz jedoch von der Staatsanwaltschaft München fernmündlich unterrichtet, dass in dem Strafverfahren, über das der „FOCUS" am 16. August 1999 berichtet hat, eine Durchsuchung stattgefunden habe. Hierbei seien Unterlagen sichergestellt worden, die den Verdacht der Untreue gemäß § 266 des Strafgesetzbuches gegen die Herren Hans-Joachim Doerfert und Ulrich Ziegelmayer aus Trier begründen würden. Aus den Schriftstücken ergebe sich, dass eine Firma BBV - Immobilienfonds GmbH und Co. Objekt Kerpen KG, bei der es sich um eine Tochtergesellschaft der Bayerischen Beamtenversicherungs AG handele, im Juni 1997 von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank das Objekt „medical center" in Sindelfingen erworben habe. Es bestehe der Verdacht, dass die Erwerberin dieses Objekt an die Firma Klinik Rose AG zu einem überhöhten Mietpreis vermietet habe.

Auf Veranlassung des Herrn Doerfert habe die Firma „Ärztliche Abrechnungsstelle GmbH Trier" - ÄAT - eine Mietpreisgarantie abgegeben. Im Gegenzug sollen von einem zwischengeschalteten Makler 1,15 Millionen DM an Herrn Doerfert und 500 000 DM an Herrn Ziegelmayer, dem Geschäftsführer der ÄAT, gezahlt worden sein.

Die Unterlagen wurden am Sonntag unmittelbar nach dem erwähnten Telefonat per Telefax an die Staatsanwaltschaft Koblenz übermittelt. Diese leitete noch am gleichen Tag ein Ermittlungsverfahren gegen die genannten Personen ein und beantragte einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluss für sieben Objekte in Trier. Der Beschluss wurde am Montag, dem 16. August 1999, antragsgemäß erlassen und am gleichen Tag vollzogen.

Über den näheren Inhalt der von der Staatsanwaltschaft München übermittelten Unterlagen und das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz kann ich aus verständlichen Gründen hier in öffentlicher Sitzung keine Ausführungen machen.

Falls dies gewünscht wird, bin ich aber gern bereit, hierüber im Rechtsausschuss in vertraulicher Sitzung zu berichten, wie wir dies in anderen vergleichbaren Fällen gewohnt sind.

Zu Frage 2: Die CTT ist Alleingesellschafterin der in der Antwort zu Frage 1 erwähnten „Ärztlichen Abrechnungsstelle GmbH Trier" sowie im Bereich der Diözese Trier Trägerin von Einrichtungen der stationären Altenhilfe und von arbeitsmarktpolitischen Projekten.

Darüber hinaus ist die CTT direkt oder über Unterbeteiligungen am Bau des Multiplex-Kinos in Trier und anderen Nichtkrankenhausprojekten beteiligt. Art und Umfang von eini-

gen dieser Beteiligungen sind Gegenstand des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Koblenz.

Aus diesem Grund sowie aus allgemeinen Gründen des Datenschutzes kann ich keine weiteren Einzelheiten nennen. Auch hier gilt meine Bereitschaft, im Rechtsausschuss zu berichten.

Im „Trierischen Volksfreund" vom 17. August 1999 wird über erfolgte bzw. beabsichtigte Gehaltskürzungen bei Einrichtungen in der Trägerschaft der CTT berichtet. Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob insoweit ein Zusammenhang mit der Beteiligung der CTT an Nichtkrankenhausprojekten besteht.

Herr Präsident, so weit meine Antwort auf die gestellten Fragen.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Herr Brinkmann.

Abg. Brinkmann, SPD:

Herr Minister, gibt es Hinweise dafür, dass auch Landesmittel einer Fremdverwendung zugeführt wurden?

Caesar, Minister der Justiz:

Hinweise? - Ja, aber keine Erkenntnisse.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe vorhin gesagt, bitte nehmen Sie es so ernst, wie ich es gemeint hatte. Wir stehen am Anfang von Ermittlungen. Es sind umfangreiche Beweismittel sichergestellt worden, die jetzt ausgewertet werden. Darüber innerhalb von zehn Tagen in einer öffentlichen Sitzung konkrete Angaben zu machen, ist nur in ganz engem Rahmen zulässig. Deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich mir große Zurückhaltung auferlege.

Präsident Grimm:

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Eda Jahns (SPD), Fischartenkataster** betreffend, auf.

Bitte schön, Frau Jahns.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und mit welchem Ergebnis wurde das Fischartenkataster, das sämtliche Fischarten in allen Flüssen und Seen von Rheinland-Pfalz registriert, einer Überarbeitung zugeführt?

2. Seit wann und in welcher Form sind potenziellen Nutzern die entsprechenden Daten zugänglich?

Präsident Grimm:

Es antwortet die Frau Umweltministerin.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf die Fragen namens der Landesregierung wie folgt beantworten:

Das Fischartenkataster beinhaltet die systematische Erfassung der Fischbestände. Hierdurch werden Grundlagen für die Verbesserung des Arten- und Gewässerschutzes sowie für die nachhaltige Fischerei durch Berufs- und Angelfischerei geschaffen.

Frau Abgeordnete, die einzelnen Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Das Fischartenkataster wird kontinuierlich fortgeschrieben. Schwerpunktmäßig gilt dies insbesondere für die Gewässersysteme, die im erfolgreich verlaufenden Programm zur Wiedereinbürgerung der Langdistanzwanderfische (Lachs und Meerforelle) eingebunden sind, zum Beispiel in den Fließgewässern Ahr, Sieg, Nister, Saynbach, Wied, Nette, Kyll, Salm und Lauter.

Das Fischartenkataster ergibt folgendes Bild: In unseren Mittelgebirgsbächen sind Bachforellen und Groppe die am häufigsten vertretenen Fischarten. Der Aal kommt in Rheinland-Pfalz landesweit, schwerpunktmäßig in Rhein, Mosel und den größeren Flüssen, vor. Die Bachschmerle ist in teilweise hohen Bestandsdichten weit verbreitet. Wegen der verbesserten Wasserqualität haben zum Beispiel die Bestände von Bach-, Fluss- und Meerneunaugen, Barben und Elritzen zugenommen. Moderlieschen, Karausche, Aland, Schneider, Quappe und Flunder sind selten vertreten.

Vielleicht geht es Ihnen wie mir: Viele dieser Namen sind, wenn man sich nicht in der Fischerei betätigt, völlig unbekannt. So ergibt sich aber die Vielfalt der Fischlandschaft in unserem Lande. Zur Förderung der natürlichen Bestandsentwicklung ist daher eine ganzjährige Schonzeit in der Landesfischereiordnung vorgesehen.

Die Ergebnisse des Katasters über die Zusammensetzung und die Bestandsgrößen der Fischarten finden unter anderem praktische Anwendung bei problematischen Nutzungen sowie Neuanträgen zur Wasserkraftnutzung, wenn es zum Beispiel bei den Fließgewässern Kyll und Salm um die Erhaltung bzw. Optimierung eines naturraumtypischen Minimalzustandes geht. Des Weiteren konnten durch das Fischartenkataster Gewässerentwicklungskonzepte, beispielsweise für die Nahe, die Wied und die Ruwer, erstellt werden.

Zu Frage 2: Seit dem Jahr 1996 stehen die in der Datenbank gespeicherten oder in Gutachten enthaltenen Ergebnisse des Fischartenkatasters im Rahmen von Managementplänen, zum Beispiel im „Lachs 2000"-Programm oder zur Verbesserung des ökologischen Gleichgewichts in rheinland-pfälzischen Gewässern, den Behörden, Verbänden, aber auch Einzelpersonen zur Verfügung.

Die Veröffentlichung der sehr umfangreichen und detaillierten Ergebnisse des Fischartenkatasters ist wenig sinnvoll und wäre mit extrem hohen Kosten verbunden.

Dafür soll aber für das breite Publikum eine populärwissenschaftliche Broschüre herausgegeben werden, die neben Angaben über die Fischartenverbreitung auch solche über die Fischerei als Gewerbe und Hobby beinhaltet. Die Broschüre, um die es in diesem Fall geht, ist als Ergänzung zu den voluminösen Untersuchungsberichten und zur Fischdatei vorgesehen und anzusehen. Es geht also nur um die Broschüre. Die anderen Daten sind verfügbar und können von jedem nachgesehen werden und werden auch nachgefragt.

So weit die Antwort der Landesregierung.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Jahns.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Frau Ministerin, wie gestaltet sich der Zugriff für Einzelpersonen auf diese Datenbank? Ist dies nur über die Fischereibehörden möglich oder gibt es eine Möglichkeit des direkten Zugriffs? Verfügen Sie über Zahlen zur Häufigkeit der Nutzung der Datenbank?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Bezüglich der Häufigkeit kann ich mich nur auf allgemeine Aussagen der jeweiligen Verbände beziehen. Von dieser Seite habe ich noch keine Kenntnis, dass Klagen vorgebracht worden seien, dass man nicht an Daten herankommen könne. Die Daten stehen zur Verfügung. Über die jeweiligen Bezirksregierungen kann das Fischartenkataster als PC-Programm abgefragt werden. Wenn man detailliertere Informationen wünscht, kann man Einblick in das umfangreiche Werk nehmen.

Nach unseren Erkenntnissen gibt es viele Möglichkeiten, sich über Details des Fischartenkatasters zu informieren.

Ziel ist es, diese Broschüre zu erstellen, um sozusagen komprimiert populärwissenschaftlich Anhaltspunkte zu bieten. Das ganz große Werk zu veröffentlichen, wäre schlicht zu teuer.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Billen.

Abg. Billen, CDU:

Frau Ministerin, wie wirkt sich die hohe Anzahl von Kormoranen und Fischreihern auf das Fischartenkataster aus?

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Auf das Fischartenkataster wirkt sich dies gar nicht aus.

(Unruhe im Hause)

Präsident Grimm:

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet. Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Realschule Koblenz-Karthause und der Berufsbildenden Schule I in Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Gisela Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz** betreffend, auf.

Frau Bill, bitte lesen Sie Ihre Mündliche Anfrage vor.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aufgrund der aktuellen Debatte frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Vollzeitkräfte wurden im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1995, 1996, 1997 und 1998 beschäftigt?

2. Wie viele sozialversicherungspflichtige Teilzeitkräfte wurden im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1995, 1996, 1997 und 1998 beschäftigt?

3. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel auf der Basis von 580-DM- bzw. 620-DM-Beschäftigungsverhältnissen entwickelt?

4. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der Beschäftigtenzahlen das mit der Verlängerung der Ladenöffnungszeit regelmäßig verbundene Argument, diese Maßnahme schaffe neue Arbeitsplätze?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Bill beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Nachdem im Einzelhandel die Zahl der Arbeitskräfte stetig gestiegen war, ist seit mehreren Jahren ein Rückgang bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verzeichnen. Diese Entwicklung steht in enger Verbindung mit der Stagnation des Handels seit dem Beginn der neunziger Jahre.

Daneben zeichnet sich ab, dass die Anzahl der Vollzeitarbeitskräfte abnimmt, während die der Teilzeitarbeitskräfte wächst. Diese Entwicklung signalisiert, dass der Handel auf den flexiblen Einsatz von Personal verstärkt Wert legt.

Die Betriebe streben den betriebswirtschaftlich günstigsten Einsatz ihrer Arbeitskräfte an und richten sich auf die Erfordernisse der Dienstleistungsgesellschaft ein. Insgesamt ist der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz mit über 100 000 Beschäftigten nach wie vor einer der bedeutendsten Arbeitgeber.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Zahl der im rheinland-pfälzischen Einzelhandel beschäftigten sozialversicherungspflichtigen Vollzeitkräfte ging im Zeitraum von 1995 bis 1998 von rund 70 000 auf rund 65 000, also um etwa 7 %, zurück.

Die Zahlen lauten im Einzelnen wie folgt:

1995: 70 608,
1996: 68 587,
1997: 67 222 und
1998: 65 086.

Zu Frage 2: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitkräfte stieg im gleichen Zeitraum kontinuierlich an. Sie wuchs von rund 27 000 im Jahr 1995 auf rund 29 000 im Jahr 1998 und nahm damit um rund 7 % zu. Im Einzelnen lagen die Zahlen wie folgt:

1995: 26 833,
1996: 27 053,
1997: 28 013 und
1998: 28 776.

Zu Frage 3: Für die Beantwortung dieser Frage liegen keine statistischen Erhebungen vor. Einen Anhaltspunkt können die Angaben zur Beschäftigung im Handel geben. Diese Daten werden stichprobenhaft erhoben und auf der Basis der Angaben von 1995 ausgewertet. Sie zeigen damit die relativen Veränderungen zum Jahr 1995 an. In dieser Auswertung sind sozialversicherungspflichtige Teilzeitkräfte und geringfügig Beschäftigte zusammengefasst.

Wenn man für das Jahr 1995 den Wert 100 ansetzt, stieg im Vergleich dazu die Teilzeitbeschäftigung im Jahr 1996 auf 102,7. Sie lag 1997 bei 101,8 und stieg 1998 deutlich auf 105,8 an.

Im ersten Vierteljahr 1999 lag der Wert bei rund 106. Er verzeichnete dann im April einen deutlichen Rückgang auf rund 100 und lag im Mai wieder bei einem Wert von 101. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass mit der Änderung der Gesetzgebung zur geringfügigen Beschäftigung ein Teil der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse aufgegeben wurde. Dabei deuten die derzeit vorliegenden Erkenntnisse darauf hin, dass vor allem jetzt sozialversicherungspflichtige Nebenjobs aufgegeben werden.

Nach einer Umfrage des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels ist bundesweit in den ersten drei Monaten nach In-Kraft-Treten des Gesetzes insgesamt ein Drittel der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst worden. Nach der Umfrage des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels sind kleinere und mittlere Unternehmen davon besonders betroffen.

Zu Frage 4: Bei der aktuellen Debatte um den Ladenschluss spielen verschiedene Punkte eine Rolle. Die veränderten Lebens- und Einkaufsgewohnheiten der Verbraucher sind ein zentrales Thema. Der Samstagnachmittag hat sich zum Beispiel als Familieneinkaufstag zwischenzeitlich durchgesetzt.

Die Debatte um eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ist zudem bestimmt von dem Bestreben eines Teils des Handels, dem Wunsch vieler Kunden nach „Shopping-Erlebnis" entgegenzukommen.

Wer die Feststellung trifft, mit der Veränderung des Ladenschlussgesetzes werde „regelmäßig" das Argument verbunden, diese Maßnahme schaffe neue Arbeitsplätze, ist daher nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Diskussion. Im Zuge des Wandels zu einer Dienstleistungsgesellschaft kommt es den Befürwortern einer Flexibilisierung des Ladenschlussgesetzes darauf an, beim Ladenschluss den rechtlichen Rahmen

zu setzen, der es dem Handel erlaubt, den Bedürfnissen seiner Kunden weitgehend zu entsprechen. Dies wird als eine wichtige Voraussetzung für die Einzelhändler angesehen, ihre Geschäfte und damit auch die Arbeitsplätze im Handel zu sichern.

So weit die Antworten auf die Mündliche Anfrage.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? Das ist offenbar nicht der Fall. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Ise Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) „Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen auf dem ‚Hahn'"** betreffend, auf.

Frau Thomas, bitte stellen Sie Ihre Fragen.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Investitionsmaßnahmen für Infrastruktur, die nicht flughafenspezifisch sind (weitere Erschließungsmaßnahmen, Straßenbau, Abwasser etc.), sind für die Konversionsliegenschaft Hahn in Planung und welche Kostenschätzungen liegen vor?

2. In welchem Umfang beabsichtigt die Landesregierung diese Maßnahmen zu unterstützen? Wenn ja, aus welchen Haushaltstiteln des laufenden Haushaltes oder des kommenden Doppelhaushaltes soll die Förderung erfolgen?

3. Wer wird Träger/Trägerin dieser Maßnahmen sein und wem kommen die Investitionen zugute?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Thomas wie folgt:

Wie auch in diesem Hause mehrfach erörtert, hat sich der Flugbetrieb auf dem Flughafen Hahn in den letzten Jahren außerordentlich positiv entwickelt. Auch die im Jahr 1995 für das Gesamtprojekt festgelegten Arbeitsplatz-Zielzahlen, nämlich die Schaffung von 1 000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2005, sind bereits größtenteils erreicht. Derzeit sind auf dem Gelände rund 60 Unternehmen angesiedelt. Dabei wurden rund 840 Arbeitsplätze neu geschaffen. Hinzu kommen mehr als 200 Stellen in öffentlichen Einrichtungen.

Die flugbetriebliche Entwicklung auf dem Hahn hat sich insbesondere seit dem Zeitpunkt beschleunigt, seit dem die Flughafen Frankfurt AG (FAG) die unternehmerische Führung an der Flughafen-Betriebsgesellschaft übernommen hat.

Vor diesem Hintergrund hat das Land den Anstoß gegeben, dass die FAG auch die unternehmerische Führung an der Besitzgesellschaft, der so genannten Holding, übernehmen soll. Hierzu müsste die FAG die Anteile der Firma Wayss & Freytag und deren Partner, der Firma Hortana, an der Holding übernehmen.

Der Gesellschafterwechsel bedarf der Zustimmung des Landes. Parallel hierzu verhandelt das Land mit der FAG über einen Grundlagenvertrag für den Fall, dass die FAG die Anteile von Wayss & Freytag und Hortana übernimmt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Verständnis, dass ich deshalb zu diesem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit keine Einzelheiten bekannt geben kann.

Wenn die Dinge - wie ich hoffe - sehr kurzfristig spruchreif sind, wird die Landesregierung den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Landtags selbstverständlich unterrichten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Wenn sich das Projekt auf dem Hahn weiterhin so positiv und mit derselben Dynamik wie bisher entwickelt, sind nach einer vorläufigen Übersicht in den nächsten 15 Jahren Investitionsmaßnahmen in die öffentliche Infrastruktur, die nicht flughafenspezifisch sind, in Höhe von rund 70 Millionen DM erforderlich.

Zu Frage 2: Es ist beabsichtigt, die Kosten für die Errichtung der öffentlichen Infrastruktur zunächst durch die Veräußerung von Grundstücken, die nicht für eine flughafenspezifische oder für eine gewerbliche Nutzung in Betracht kommen, zu finanzieren. Ich erinnere beispielsweise daran, dass auf dem Gelände ein gut frequentierter Golfplatz angesiedelt ist.

Die Frage, wie die nicht durch Grundstücksverkaufserlöse gedeckten Kosten der öffentlichen Infrastruktur finanziert werden sollen, ist Gegenstand der eingangs erwähnten Verhandlungen, die derzeit noch laufen. Hier muss eine faire Aufteilung der Belastungen zwischen der FAG einerseits und der öffentlichen Hand andererseits gefunden werden.

Soweit eine Förderung zuschussfähiger Infrastrukturmaßnahmen durch das Land in Betracht kommt, kommen grundsätzlich Zuschüsse aus dem Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (Konversionsprogramm, Finanzausgleich und Regionalförderung) und des Ministeriums des Innern und für Sport (Investitionsstock oder Städtebaufördermittel) in Betracht.

Zu Frage 3: Als Träger der Infrastrukturmaßnahmen käme grundsätzlich ein kommunaler Zweckverband in Betracht.

Falls die Verträge zwischen der FAG, Wayss & Freytag und Hortana einerseits und zwischen der FAG und dem Land andererseits abgeschlossen sind, müssen wegen dieser Frage Verhandlungen mit den Kommunen aufgenommen werden. Die Kommunen entscheiden dann in eigener Zuständigkeit.

Zu Ihrer Frage, wem diese Maßnahmen zugute kommen, nehme ich wie folgt Stellung: Wenn ein Zweckverband zustande kommt, gehen die öffentlichen Erschließungsmaßnahmen zum großen Teil in sein Eigentum über.

Im Übrigen dienen die Infrastrukturmaßnahmen der weiteren Entwicklung des Projekts. Sie schaffen die Voraussetzungen für die Ansiedlung von flugaffinen Betrieben und sonstigen Gewerbebetrieben. Sie dienen damit den vom Land mit dem Projekt verfolgten arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Zielsetzungen.

So weit die Antworten auf die Mündliche Anfrage.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, gibt es bereits vorbereitende Maßnahmen für die Einrichtung des von Ihnen angesprochenen kommunalen Zweckverbandes, und wie ist die Haltung der betroffenen Kommunen zu diesem Vorhaben?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Bei solch diffizilen Fragen muss man zunächst einmal die Verhandlungen zwischen der FAG, der Firma Wayss & Freytag und der Hortana abwarten. Man muss auch den Zeitpunkt abwarten, bis die Verträge unter Dach und Fach gebracht worden sind. Selbstverständlich werden danach die Kommunen eingeschaltet. Man kann nicht synchron verhandeln. Dann bringt man die Verhandlungspartner unter Umständen in eine Position, die ein Verhandeln unmöglich macht.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Eine weitere Frage: Herr Minister, gab es in der bisher noch gültigen vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Land und der Firma Wayss & Freytag im Zusammenhang mit der Liegenschaft Hahn eine Regelung über die Zuständigkeit oder die Finanzierung solcher Infrastrukturmaßnahmen? Wie sah diese Regelung aus und ist beabsichtigt, von dieser bisherigen Regelung, wenn die FAG einsteigt, grundsätzlich abzuweichen oder sie grundsätzlich zu verändern?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Thomas, offensichtlich kennen Sie die Vorgänge. Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass dann, wenn man Vertragspartner hat, die Vertragsinhalte nicht auf den Tisch gelegt werden. Ich bin gern bereit, dem Ausschuss in nicht öffentlicher Sitzung darüber zu berichten. Es wäre ein starker Vertrauensbruch, wenn ich heute den Inhalt von Verträgen auf den Tisch legen würde. Dadurch würde auch der Gang der Verhandlungen nicht begünstigt.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das spricht aber nicht dafür, dass Sie den ersten Teil meiner Frage nicht beantworten, nämlich wie das in den bisher gültigen Verträgen, die das Land abgeschlossen hat, geregelt ist.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Thomas, ich beantworte Ihnen das schriftlich. Wie Sie wissen, bin ich noch nicht ewig in dem Geschäft. Ich müsste mir den Vertrag noch einmal ansehen. Ich bitte dafür um Verständnis. Diese Frage geht übrigens auch über Ihre Anfrage hinaus. Ich bin jedoch bereit, Ihnen das mitzuteilen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, glauben Sie, dass die Verhandlungen, die bezüglich der Fortentwicklung der Unternehmensstruktur auf dem Flughafen Hahn laufen, kurzfristig realisiert werden können?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist eine Frage der jetzigen Vorbereitungen. Die Gremien von der Frankfurter Flughafen AG müssen tagen. Wir müssen im Kabinett Klarheit schaffen. Man kann dieses sehr kurzfristig tun, wobei man dann sofort die Verhandlungen mit den Kommunen in aller Offenheit und unter Darlegung aller Möglichkeiten führen muss.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Minister, ich habe noch eine zweite Frage. Sie haben dargestellt, dass bestimmte Investitionen, die auf dem Flughafen Hahn in nächster Zeit getätigt werden sollen, aus Verkaufserlösen von Flächen resultieren sollen, die nicht für den fliegerischen Betrieb benötigt werden.

Kann ich daraus schließen, dass es hier einen Sinneswandel bei der Holding gegeben hat, und zwar dergestalt, dass man jetzt doch bereit ist, in größerem Stil Flächen zu veräußern? Ist speziell auch daran gedacht - Sie haben das Stichwort Golfplatz genannt -, den Golfplatz zu veräußern?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist keine Frage.

Herr Bracht, wir haben es dann mit einer anderen Holding und mit anderen Gesellschaftern als bisher zu tun. Die Vertragsgestaltung wird so sein, dass man bei der Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen die Veräußerungserlöse verrechnet. Sicherlich will die FAG nicht der Golfplatzbetreiber bleiben. Das kann ich mir gut vorstellen; denn diese kennen ihr Kerngeschäft ganz genau.

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Wir sind am Ende der Fragestunde.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

a) „Novellierung des Ladenschlussgesetzes zur Verbesserung des Dienstleistungsstandortes Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/4587 -

b) „Folgen der beabsichtigten vier weiteren Stufen der so genannten ‚Ökosteuern' für die Familien und die Arbeitnehmer des Landes Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4588 -

Zu dem ersten Thema erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heftigsten Auseinandersetzungen über den Ladenschluss gibt es derzeit in den neuen Bundesländern und in Berlin. Die Debatte um die Auseinandersetzungen werden nicht allein auf diese Regionen beschränkt bleiben; denn gerade bei uns in Rheinland-Pfalz, im Herzen von Europa liegend, erkennen wir, dass eine Novellierung des Ladenschlussgesetzes zur Sicherung und zur Verbesserung des Dienstleistungsstandorts für unser Land dringend geboten erscheint.

Wir haben nicht nur im Westen Nachbarn, wie etwa die Franzosen, die Belgier und die Luxemburger, die wesentlich flexiblere Ladenöffnungszeiten haben und natürlich auch Kunden und Kaufkraft aus den rheinland-pfälzischen Grenzregionen abziehen. Für die Rheinland-Pfälzer im Rhein-Main-Gebiet ist es auch nicht weit nach Frankfurt, wo rund um den Flughafen ein 24-Stunden-Dienstleistungsgeschäft existiert und erheblich ausgebaut wird.

Darüber hinaus stellen Internet und Teleshopping eine Konkurrenz zum klassischen Einzelhandel dar, auf die wir - so meinen wir - unbedingt reagieren müssen. Auch die Tankstellen - das ist nicht zu verkennen - breiten sich mit ihrem großen Sortiment immer stärker aus und bieten Öffnungszeiten rund um die Uhr.

Meine Damen und Herren, wir stehen beim Ladenschluss - davon bin ich überzeugt - vor deutlichen Änderungen. Im Oktober werden ein Gutachten des Ifo-Instituts zum Stand des Wettbewerbs im Einzelhandel und im Herbst der Bilanzbericht der Bundesregierung zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten erwartet. Ich bin sicher, diese Berichte werden deutlichen Handlungsbedarf aufzeigen.

Für die F.D.P.-Landtagsfraktion spreche ich mich für eine weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen aus. Die Einzelhändler müssen die Chance und die Mög-

lichkeit erhalten, ihre Öffnungszeiten an den Kunden- und Verbraucherwünschen zu orientieren und flexibel zu gestalten. Es wird häufig übersehen, dass kein Einzelhändler gezwungen wird, seine Geschäftszeit so festzulegen, wie es die Gesetzesvorlage hergibt. Wir wollen für den Einzelhändler und für die Verbraucher die flexible Öffnungszeit haben. So können gerade auch kleinere Einzelhändler gezielt Nischen besetzen und Impulse für ihren eigenen Umsatz erzielen.

Nach Jahren der Umsatzstagnation im Einzelhandel wird nur eine verstärkte Ausrichtung auf die sich wandelnden Einkaufsgewohnheiten und -zeiten die dringend notwendige Umsatzbelebung bescheren. Durch eine weitgehende Freigabe der Öffnungszeiten würde auch der Arbeitnehmerschutz in keiner Weise negativ tangiert; denn er ist in verschiedenen Regelwerken, wie zum Beispiel der Arbeitszeitverordnung, gesetzlich geschützt.

Was die Frage der Öffnungszeiten am Sonntag anbelangt, können wir keine Lösung gebrauchen, die die Gesellschaft zu spalten droht. Es scheint mir vielmehr dem breiten gesellschaftlichen Konsens zu entsprechen, die bisher gültigen Regelungen für den Sonntag beizubehalten.

(Beifall der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, eine generelle Öffnung der Geschäfte am Sonntag lehnen wir daher ab. Der Sonntag hat unseres Erachtens eine besondere religiöse und kulturelle Bedeutung. Dies gilt für alle Kulturen. Der Sonntag ist ein Tag der Einkehr und sollte als Pol der Ruhe dienen, der im Wechsel von Arbeit und Erholung notwendig ist.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, mit einer weitgehenden Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen könnte gerade der rheinland-pfälzische Einzelhandel im beschriebenen Wettbewerb seine Chancen nutzen, seine Potenziale ausbauen

(Glocke des Präsidenten)

und unsere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Situation gerade bei uns in Rheinland-Pfalz nachhaltig und positiv verbessern.

Ich bedanke mich.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich begrüße Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 a der Anne-Frank-Realschule in Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon seit Jahren beherrscht das Thema Ladenöffnungszeiten die öffentliche Meinung. Eine besondere Brisanz erhielt es durch die kontroverse Diskussion und Erlaubnisse in einigen ostdeutschen Städten, wie Halle, Dessau und Leipzig.

Um es vorweg zu sagen: Wir halten die Sonderregelungen in den ostdeutschen Bundesländern, den Sonntag grundsätzlich verkaufsoffen zu gestalten und alle Waren als fremdenverkehrs- und touristenrelevant zu deklarieren, für gesetzeswidrig. - Mir scheint, die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker haben dies mittlerweile auch erkannt.

Bei der Meinungsbildung haben eventuell Gerichtsurteile auch eine maßgebliche Rolle gespielt. Das ist gut so. In der Bundesrepublik ist grundgesetzlich in Artikel 140 festgeschrieben, dass der Sonntag ein Ruhetag ist. Dass dies nicht für alle Berufsgruppen gilt, muss man einräumen. Ich denke zum Beispiel an die Krankenversorgung und die Polizei. Es gibt noch ein paar andere Beispiele.

Dennoch muss in unserer hektischen Zeit die Frage erlaubt sein, wann die Familien noch einmal gemeinsam frühstücken, wandern oder sich austauschen können, wenn nicht am Sonntag. Es gibt gesellschaftliche Werte in unserer Republik, die Schaden nehmen würden, wenn wir es zuließen, dass auch am Sonntag nichts anderes mehr zählt als der Konsum.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Der Gedanke, dass am Sonntag ein Elternteil im Supermarkt oder der Boutique Kundendienst ableisten muss, weil ich die Butter am Samstag vergessen habe oder für den Abend noch ein Kostüm brauche, dieser Gedanke ist für mich und für viele Menschen unverständlich.

Grundsätzlich besteht sicher bei uns kein Zweifel daran, dass das Ladenschlussgesetz in Deutschland vor allen Dingen vor der Änderung im Jahre 1996 reformbedürftig war, zumal Europa - Herr Heinz hat das auch schon angeführt - immer mehr zusammenwächst und in anderen Ländern, vor allen Dingen in südeuropäischen Ländern, dieses Ladenschlussgesetz liberaler gehandhabt wird.

Mit Zustimmung der Gewerkschaften wurden im Jahre 1996 die Ladenschlusszeiten von werktags 18.30 Uhr auf 20.00 Uhr und samstags von 14.00 Uhr auf 16.00 Uhr ausgedehnt. Dies hat für die Verbraucherinnen und Verbraucher Vorteile gebracht, zumal diese Verschiebung für eine Entzerrung während des Einkaufs sorgte und der Stress abgebaut wurde.

Es gibt zwar Zeitzeugen, die sagen, in den fünfziger Jahren betrug die Arbeitszeit noch 48 Stunden und auch damals konnten die Verbraucher werktags bis 18.30 Uhr und samstags bis 14.00 Uhr alle Konsumgüter einkaufen. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass sich die familiären Strukturen

stark verändert haben, dass viele Frauen berufstätig sind und mithin andere Zeiteinteilungen entstehen. Dem muss sich eine Gesellschaft, insbesondere im Dienstleistungsbereich, auch anpassen.

Wichtig ist, dass es für die Verbraucherinnen und Verbraucher überschaubare Öffnungszeiten gibt, das heißt - das hat Minister Bauckhage in einem Zeitungsinterview sehr treffend formuliert -, es ist nicht sinnvoll, dass Läden samstags einmal bis 16.00 Uhr und am ersten Samstag im Monat bis 18.00 Uhr und, um die Verwirrung komplett zu machen, in Kur- und Heilbädern vor einem verkaufsoffenen Sonntag, der viermal pro Jahr stattfinden darf, um 14.00 Uhr schließen müssen. Hier brauchen wir dringend eine einheitliche Regelung; denn nichts ist so schlecht für das Geschäft wie eine Verunsicherung der Kunden. Dies liegt allerdings auch in der Verantwortung des Einzelhandels, der sich zum Beispiel in meinem Bereich zu Werbegemeinschaften zusammenschließt und sich nicht einmal darauf einigen kann, ob mittags geschlossen oder geöffnet werden soll. Solange dies nicht intern geregelt werden kann, bin ich auch nicht bereit, mir die Klagen der Einzelhändler anzuhören, dass die bestehenden Ladenöffnungszeiten nicht bedarfsgerecht sind.

Ein Kompromiss zeichnet sich ab. Der Bundesrat will über neue Öffnungszeiten diskutieren, wenn ein Gutachten des Ifo-Instituts ausgewertet ist. Hierbei geht es insbesondere um die Erfahrungen der letzten drei Jahre, als die Ladenschlusszeiten ausgedehnt wurden. Festzuhalten bleibt, dass die Debatte hoffentlich nicht beinhaltet, den Sonntag generell verkaufsoffen zu gestalten. Dies ist auch von der überwiegenden Zahl der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht gewünscht.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

In Rheinland-Pfalz gibt es hierzu die Ausnahmeregelungen - ich habe es vorhin erwähnt - maximal für viermal im Jahr für Kur- und Heilbäder, die sich bewährt haben, aber trotzdem eventuell diskussionswürdig sind, was das Warenangebot betrifft.

Mit uns - ich sage es nochmals - wird es keine generelle Freigabe des Sonntagsverkaufs geben.

(Beifall bei SPD und F.D.P. -
Glocke des Präsidenten)

Die Gründe habe ich genannt. Mit der derzeitigen Regelung, montags bis freitags bis 20.00 Uhr und samstags bis 16.00 Uhr gegebenenfalls bis 18.00 Uhr - hierüber muss geredet werden -, lässt sich nach unserer Meinung sehr gut leben. Sie trifft auch den Bedarf der meisten Bürgerinnen und Bürger.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die CDU möchte ich zu Beginn meiner Ausführungen unmissverständlich klarstellen:

1. Wir können uns eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten an Wochentagen, an Werktagen sehr gut vorstellen und sind bereit, im Rahmen der jetzt anstehenden Diskussion bis hin zu einer Aufhebung aller Ladenschlusszeiten an Werktagen mit uns reden zu lassen.

2. Der Sonntag bleibt für uns tabu, das heißt, keine Aufhebung der Ladenschlusszeiten an Sonn- und Feiertagen.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Ich persönlich bin sogar der Auffassung, je weiter wir an Werktagen öffnen, um so wichtiger wäre es, die große Fülle von Ausnahmetatbeständen, nach denen die Erlaubnis zur Ladenöffnung am Sonntag erteilt werden kann, zu reduzieren und sie auf die wichtigsten Ausnahmetatbestände zu beschränken, die wir unzweifelhaft brauchen und die notwendig sind.

Meine Damen und Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Klarstellung sowohl der F.D.P.-Fraktion als auch der SPD-Fraktion, was Ihre Position betrifft. Da hat man in den vergangenen Wochen, insbesondere was die bundespolitische Diskussion der Parteien betrifft, sehr Unterschiedliches gehört. Mir scheint, als ob wir - zumindest diese drei Parteien im Parlament - eine sehr einvernehmliche Diskussionslage in dieser Frage haben. Das war, was die F.D.P. betrifft, nicht immer so.

Zur SPD darf ich an die Diskussion vor drei, vier Jahren erinnern, als es um die leichte Öffnung der Ladenöffnungszeiten ging, wo es heftigen Widerstand der SPD gab. Ich bin sehr froh darüber, dass man jetzt diese gemäßigte vernünftige Haltung eingenommen hat, nachdem man zwischenzeitlich im Zusammenhang mit der Diskussion in den neuen Bundesländern den Eindruck hatte, als ob es SPD-Regierungen gibt, die eine völlige Freigabe, die auch den Sonntag einschließt, befürworten würden. Ich bin sehr froh, dass wir zu einer weitgehend einvernehmlichen Diskussionsgrundlage, die sich auch auf unsere Landesverfassung in der geltenden Fassung, wie sie in diesem Punkt auch auf der Weimarer Verfassung gründet, kommen.

Meine Damen und Herren, was sind die Gründe, dass die CDU für eine Lockerung oder gar eine Aufhebung des Ladenschlusses an Werktagen eintritt? Zum einen hat sich das

Nachfrageverhalten der Bürger weiter verschoben. Das liegt zum einen an rein ökonomischen Gründen. Wenn zum Beispiel junge Paare zu zweit arbeiten, was die Regel ist, brauchen sie abends die Möglichkeit zum Einkaufen. Dieser Trend verstärkt sich.

Die Arbeitnehmer in den betroffenen Geschäften, die vor vier Jahren heftig protestiert haben, werden zunehmend flexibler. Teilzeitbeschäftigung und das Bedürfnis nach versetzten Arbeitszeiten zwischen Mann und Frau in der Familie haben dazu geführt, dass Arbeitnehmer und Gewerkschaften die Frage immer weniger kritisch sehen, sie sogar befürworten, was Unterschriftsaktionen der Beschäftigten auch aus meinem Wahlkreis zeigen.

Was die Seite des Handels betrifft, so können wir heute feststellen, dass die bescheidene Erweiterung der Ladenschlusszeiten 1996 nicht zu den doch befürchteten Beeinträchtigungen des familiären und mittelständischen Handels geführt hat, zumindest längst nicht in dem Maße, wie man das befürchtet hat. Dass der Handel mittlerweile eine andere Position hat, wird auch bereits im BBE-Cheftelegramm, einem Beratungsbrief für die Unternehmensführung im mittelständischen Handel deutlich. Darin heißt es - ich zitiere -: „Der Handel ist augenscheinlich nicht mehr bereit, für den Erhalt des Ladenschlussgesetzes auf die Barrikaden zu gehen. Eine Umfrage des Handelsjournals hat erstaunliche Ergebnisse gebracht. Bereits 37 % der Händler wollen die Ladenöffnungszeiten unterhalb der Woche generell freigeben. Nur wenig mehr, 39 %, wollen den Status quo behalten."

Ich glaube, mit diesen Zahlen wird deutlich, wie sehr sich doch, wenn auch noch keine komplette Verschiebung stattgefunden hat, die Meinungen verschoben haben. Meine Damen und Herren, das heißt aber sicher nicht, dass der Einzelhandel nach längeren Öffnungszeiten lechzt.

(Glocke des Präsidenten)

Aber man sieht auch dort die Realitäten und reagiert entsprechend.

Ich möchte abschließend anführen, dass mir jemand aus dem Handel gesagt hat, wahrscheinlich sei die völlige Freigabe an Werktagen für den Handel die bessere Lösung, weil dann die großen Händler eher gezwungen sein werden und eher bereit sein werden, wieder zu einheitlicheren Öffnungszeiten zu kommen, als das in der derzeitigen Situation der Fall ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU sowie vereinzelt bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es spricht nun die Abgeordnete Frau Bill.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Wenn man die öffentliche Diskussion über die Ladenöffnungszeiten hört, könnte man meinen, Endstation Sehnsucht der Menschheit sei, Tag und Nacht überall einkaufen gehen zu können, und das quer durch alle Parteien. Das muss man auch einmal als Grüne sagen.

Meine Damen und Herren, mir fehlt allerdings bei dieser Diskussion, mehr Wert auf die Debatte zu legen, wie der Preis für solche Bequemlichkeiten aussieht und wer diesen Preis zu bezahlen hat. Die Diskussion verschweigt auch, wer daraus wirklich Nutzen zieht. Nach den Jahren der Veränderungen der Öffnungszeiten können wir schon feststellen, dass den Nutzen die großen Kaufhäuser in den 1-a-Lagen der Städte und die Supermärkte auf der leider gar nicht so grünen Wiese ziehen. Weitere Öffnungszeiten würden diese negativen Entwicklungen aus unserer Sicht weiterhin verschärfen, die im Prinzip durch die Verlängerung auf 20.00 Uhr schon überall zu sehen sind.

Insgesamt stagnieren die Umsätze im Einzelhandel. Diese Umverteilung hat längst stattgefunden. Die kleinen Läden - das sehen wir überall - schließen häufig um 18.00 Uhr. Auch samstags um 13.00 Uhr hat niemand mehr auf. Wenn man in die Stadt geht, weiß man überhaupt nicht, wer geöffnet hat. Das ist also für die Verbraucherinnen und Verbraucher äußerst ungünstig. Deswegen gehen sie in die großen Läden, weil sie wissen, dass sie dort auf jeden Fall ihre Sachen bekommen. Das kann nicht Sinn der Sache sein.

Diejenigen, die schon länger dem Landtag angehören und sich in der Umgebung hier einmal umsehen, zum Beispiel in der Gegend um den Flachsmarkt, werden feststellen, wie viele hochwertige kleine Läden in den letzten Jahren zugemacht haben und als Nachfolger irgendwelche Handelsketten bekommen haben. Das finde ich auch als Verbraucherin sehr bedauerlich.

Die Verlängerung der Öffnungszeiten hat auch nicht mehr Beschäftigung gebracht. Die Zahlen in der Antwort auf meine Mündliche Anfrage sprechen für sich. Sie hat für die Verkäuferinnen zusätzliche Belastungen mit sich gebracht. In der Regel - wen wundert das auch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in diesem Bereich - wird vom Verkaufspersonal heute eine Flexibilität verlangt, die überhaupt keine Rücksicht auf persönliche und familiäre Belange nimmt oder darauf, ob am Abend eine Anbindung mit dem ÖPNV für den Nachhauseweg vorhanden ist. Unterhalten Sie sich einmal mit den Verkäuferinnen. Es ist nicht so, wie Sie das vielleicht meinen, dass die Verkäuferinnen jetzt mehr Möglichkeiten für ihre persönlichen Bedürfnisse haben und kommen können, wenn es für sie familiär notwendig ist, wenn sie Kinder haben. Sie müssen zum Teil morgens früh kommen und können erst abends spät gehen, weil niemand zusätzlich eingestellt wurde. Sie können dann in Zeiten, die keine Kerneinkaufszeiten

sind, spazieren gehen. Das kann aber nicht Sinn der Sache sein, nämlich eine Flexibilisierung zulasten der Beschäftigten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den Sonntag angeht, so ist es schon erstaunlich, welche Kreise und welche Presseorgane offenkundige Gesetzesverstöße geradezu wie Heldentaten bejubeln. Das sind im Übrigen die Gleichen, die bei jeder Demonstration gegen Castor-Transporte den Untergang des Rechtsstaats gesehen haben. Es wird so getan, als würde ein schlimmer Notstand beseitigt, als hätte niemand Zeit, sich bis um 20.00 Uhr einen Staubsauger kaufen zu können, als sei der Kühlschrank zum Frischhalten von Lebensmitteln überhaupt noch nicht erfunden worden. Das könnte man meinen, wenn man die Debatten in den letzten Wochen gehört hat.

Es freut mich, dass sich hier alle einig waren, dass über den Sonntag nicht verhandelt wird. Man muss auch nicht gläubiger Christ sein, um zu wissen, dass es aus guten Gründen so ist, dass am siebten Tage Ruhe sein soll. Das ist auch in anderen Kulturen so und in unserer Verfassung aus gutem Grund so auch festgelegt. Wir möchten keine Entwicklung fördern, bei der der Kommerz immer mehr das Leben bestimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss allerdings sagen, wenn wir überhaupt darüber reden - Sie haben das eben schon anklingen lassen -, dann müssen wir jetzt, wie sich die Mehrheiten abzeichnen, darüber reden, wie die Ausweitung der Sonntagsöffnungszeiten wieder zurückgenommen wird, weil ich mir sonst etwas dumm verkauft in der Entwicklung des wohl angestrebten Konsenses vorkomme, dass der Sonntag quasi als nicht durchsetzbar erklärt wird, weiterhin aber mit großen Ausnahmeregelungen versehen wird und zuerst einmal, weil es besser durchsetzbar ist, die Wochenarbeitszeiten

(Glocke des Präsidenten)

wirklich auch bis zur Auflösung von Schließungszeiten geknackt werden. So kann das auf keinen Fall laufen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Arbeits- und Sozialminister Florian Gerster.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte in diesem Landtag unterscheidet sich wohltuend von den aufgeregten und zum Teil hysterischen Debatten in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen, bei denen speziell in Ostdeutschland der Eindruck erweckt worden ist, dass die völlige Deregulierung der eigentliche Test für die Modernisierungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ist. Das haben wir - so denke ich - heute ein bisschen zurechtgerückt. Ich bin froh, dass alle Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen an dieser vernünftigen Grundlinie beteiligt sind.

Meine Damen und Herren, es sind viele Probleme der jetzigen Regelungen aufgezeigt und auch Änderungswünsche formuliert worden, die ich nicht wiederholen muss. Es gibt Wege, um an Tankstellen, Flughäfen, inzwischen sogar an großen Unternehmen, zum Beispiel BASF - Spar hat dort eine Filiale eröffnet -, die Ladenschlusszeiten zu umgehen. Wenn wir dort, wo es Sinn macht, nicht flexibilisieren, dann werden wir solche Bypässe weiter verstärken, sodass das eigentliche Geschäft an Tankstellen nachts nicht mehr der Benzinverkauf ist, sondern der Verkauf von Nahrungsmitteln und Genussmitteln, die mit dem Autofahren zum Teil absolut gar nichts zu tun haben, zum Beispiel der Verkauf von hochprozentigem Alkohol.

Meine Damen und Herren, für Gewerkschaften, Kirchen und Aufsichtsbehörden steht fest, dass in den letzten Wochen, in Ostdeutschland speziell, mit auch sinnvollen Regelungen des Ladenschlussgesetzes auf fahrlässige und rechtswidrige Weise umgegangen worden ist. Dies können wir nicht akzeptieren. Ich unterstütze auch die schon geäußerte Auffassung, dass eine völlige Deregulierung zur Folge hätte, dass der Konzentrationsprozess im Einzelhandel weiter fortschreiten würde.

Wir haben gehört - ich glaube, Sie, Herr Kollege Bracht, haben es angesprochen -, dass innerhalb des Einzelhandels immer noch eine, wenn auch knappe Mehrheit für eine relativ starke Regulierung ist. Selbstverständlich sind die großen Filialketten eher für die völlige Freigabe. Wenn wir aber hinschauen, welche Arbeitnehmerinnen in erster Linie im Einzelhandel beschäftigt sind, nämlich viele allein erziehende Frauen mit geringem Einkommen, dann haben wir eine besondere Schutzfunktion wahrzunehmen, die vielleicht für die chemische Industrie nicht in gleicher Weise gilt. Ich denke, der Einzelhandel ist auch Arbeitsort und nicht nur Einkaufsort. Das haben wir zu beachten.

Meine Damen und Herren, ich bin froh über die große Übereinstimmung, was den Sonntag angeht. Ich sage an dieser Stelle auch, das Land, in diesem Fall das Arbeitsministerium und das zuständige Landesamt, ist relativ großzügig bei der Genehmigung von Sonntagsarbeit dort, wo es gute Gründe dafür gibt. Das gilt zum Beispiel für die Industrie, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten muss. Wenn der Betriebsrat und die Unternehmensleitung von Michelin in Bad Kreuznach nachweisen können, dass im Unternehmensverbund in Frankreich und anderswo selbstverständlich am Sonntag ohne Auflagen durchgearbeitet werden kann, dann wird ein solcher Antrag in Rheinland-Pfalz genehmigt werden.

Wir sind im Übrigen auch ein bisschen großzügiger als andere Länder bei solchen wettbewerbsbedingten und auch bei anderen gut begründeten Anträgen auf Sonntagsarbeit. Ich nenne nur als Beispiel die Freigabe der Sonntagsarbeit für Call-Center. Das mag sich in den nächsten Jahren noch ein bisschen differenzieren, wenn wir Erfahrungen gesammelt haben. Es gibt auch zum Teil durchwachsene Berichte. Wir sind der festen Überzeugung, dass sich diese neue Form der Dienstleistung ohne eine großzügige Ausnahmeregelung nicht etablieren wird. Es müssen dort besondere Akzente gesetzt werden.

Dies kann jedoch nicht bedeuten, dass wir die Sonntagsarbeit in die völlige Beliebigkeit des Marktes und der Gewohnheiten einzelner Anbieter oder auch einzelner Nachfragegruppen stellen. Deswegen verweise ich noch einmal ausdrücklich auf den Schutz der Verfassung, der bereits in der Weimarer Reichsverfassung, im Grundgesetz sowie auch in Artikel 47 der Verfassung für das Land Rheinland-Pfalz verankert ist. Der Sonntag muss also im Regelfall für die Freigabe des Ladenschlusses tabu bleiben mit den Ausnahmen, die wir genau definiert haben. Aber diese Ausnahmen dürfen auch nicht zum Regelfall werden.

Wenn beispielsweise in Berlin auf dem Alexanderplatz ein Brunnenfest veranstaltet wird, weil dort ein Brunnen steht, ist dies kein traditionsreiches Volksfest, das die Öffnung des Einzelhandels rechtfertigt. Dies ist Rechtsbeugung.

Wenn ein Autoverkäufer in einer rheinland-pfälzischen Kleinstadt einen Tag der offenen Tür veranstaltet, reicht dies für eine völlige Freigabe des Sonntagsverkaufs ebenfalls nicht aus, weil gewissermaßen eine neue Tradition geschaffen würde. Die Maßstäbe müssen also relativ hoch bleiben.

In Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass der erste Sonntag pro Gemeinde pro Jahr in der Regel als genehmigt gilt. Dies trifft beispielsweise für die Mantelsonntage in den kreisfreien Städten mit einem relativ großen ländlichen Umland zu. Aber alles, was darüber hinaus ab dem zweiten bis zum möglichen vierten freien Sonntag pro Jahr beantragt wird, muss sorgfältig und sogar streng geprüft werden. Ich denke, dass das vernünftig ist.

Meine Damen und Herren, was bleibt also an Flexibilisierung? - Ich möchte ein Fragezeichen setzen - Herr Kollege Bracht, ich glaube, Sie haben es besonders deutlich formuliert -, ob wirklich von Montag bis Freitag die Freigabe über 20.00 Uhr hinaus in der Praxis eine große Rolle spielen wird. Ich frage mich, ob diese Flexibilisierung wirklich geboten ist. Ich habe erhebliche Zweifel daran, und wir sollten es sehr sorgfältig prüfen.

Aber ganz sicher - ich denke, darin sind sich auch wieder alle Fraktionen und die beteiligten Ressorts der Landesregierung einig - gilt die Notwendigkeit der Flexibilisierung für den Samstag. Es ist schlicht nicht zu vermitteln, dass in Mainz und anderswo dann, wenn ein verkaufsoffener Sonntag bevorsteht und genehmigt ist, am Samstag um 14.00 Uhr dicht gemacht werden muss. Wir haben im Übrigen als Aufsichtsbehörde - ich sage dies einmal ganz offen - versucht, damit sehr großzügig umzugehen. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit hat uns in diesem Punkt gewissermaßen zur strengen Einhaltung der verschiedenen Bestimmungen gezwungen. Deswegen muss das Recht an dieser Stelle geändert werden.

Ich denke, es wäre auch durchaus vertretbar, wenn man die Samstage generell bis 18.00 Uhr frei gibt. Wenn der Samstag als Einkaufstag gewissermaßen als Befreiungsschlag gelten könnte - auch dies ist sicherlich für die Beschäftigten nicht ganz einfach -, würde dies doch den Sonntagsschutz bestätigen und würde, verbunden mit sonstigen, auch weiterhin geltenden Schutzvorschriften des Arbeitsrechts, für die Beschäftigten einen vertretbaren Kompromiss darstellen.

Meine Damen und Herren, abschließend meine Bitte: Versuchen wir doch, das, was sich in Rheinland-Pfalz als mittlerer Weg bereits in wesentlichen Punkten bewährt hat, auch bei der Mitwirkung im Bundesrat und darüber hinaus einzubringen. Es ist durchaus möglich und auch notwendig, dass es so etwas wie einen historischen Kompromiss gibt, dem die Kirchen, der Einzelhandel, die Gewerkschaften, die Öffentlichkeit und die Politik zustimmen können. Wenn wir das gemeinsam zustande bringen, hätte sich eine solche Debatte heute durchaus gelohnt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Heinz.

(Mertes, SPD: Es ist zwar alles gesagt, aber noch nicht von jedem!)

Abg. Heinz, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass dieses Thema anlässlich der Aktuellen Stunde so sachbezogen von den Kollegen der CDU, der SPD und von uns angesprochen und klar und deutlich definiert worden ist.

Herr Minister Gerster, ich bin auch sehr dankbar, dass Sie noch einmal im Grunde genommen die Übereinstimmung der drei großen Fraktionen bestätigt haben, da es erkennbar gleichzeitig auch die Meinung der Landesregierung ist, dass wir dem Facheinzelhandel im Vergleich zu den Großmärkten, Tankstellenshops etc. gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen bieten müssen und dass wir den Sonntag, wie von allen Sprechern bestätigt, mit diesen Sonderregelungen entsprechend ausklammern müssen.

Meine Damen und Herren, kein Verständnis dagegen habe ich für die gemachten Äußerungen der Kollegin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die nur Kritik äußert, die nur Bedenken hat gegenüber dem Einzelhandel,

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für den Schutz der Beschäftigten!)

die nur Probleme sieht für die dort Tätigen. Nein, meine Damen und Herren, wenn Wettbewerb, dann brauchen wir ihn für alle in gleichem Rahmen, damit sich jeder auch diese Wettbewerbssituationen zunutze machen kann.

Wie oft hören wir draußen auch in der Kommunalpolitik, da ein Hemmnis, da ein Hemmnis, dort ein Hemmnis? - Wenn wir diese flexiblen Zeiten garantieren, garantiere ich Ihnen, dass der Facheinzelhandel sicherlich Manns genug ist, sich diesen neuen Gegebenheiten anzuschließen und für sich, seine Betriebe und die Kundschaft das Beste daraus zu machen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich war vorhin bei den Argumenten stehen geblieben, die aus der Sicht des Handels zu nennen sind. Herr Minister Gerster und Herr Kollege Heinz haben soeben das Thema Tankstellen angesprochen, wo Konkurrenz erwächst, auf die der Handel reagieren muss.

Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist natürlich auch das Internet und Teleshopping. Auch dort braucht der Handel Möglichkeiten, um in der Freizeit als Wettbewerber gegenüber diesen Einkaufsmöglichkeiten auftreten zu können.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Meine Damen und Herren, ich sagte es am Anfang bereits, je mehr Flexibilisierung wir die Woche über schaffen, desto wichtiger wird es sein, den Sonntag zu schützen. So wäre es durchaus vorstellbar, dass das Ladenschlussgesetz zugunsten eines Gesetzes zum Schutz der Sonntagsruhe aufgehoben würde. Jedenfalls wäre aus unserer Sicht darüber zu reden.

Unsere Gründe für die Sonntagsruhe möchte ich noch einmal kurz anführen:

Ich bin sicher, würde man die Ladenöffnungszeiten am Sonntag weiter lockern, würden die Folgen weit über die Ladenöffnungszeiten hinaus reichen. Warum sollten dann andere Wirtschafts- und Dienstleistungsbereiche nicht auch nach dem Sonntag greifen? Darüber, dass es Ausnahmen geben muss, sind wir uns einig.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es geht beim Erhalt des Sonntags auch um ein Stück Kultur. Es geht darum, welche Werte unsere Gesellschaft am Ende tragen. Ich sage dies ganz bewusst auch als wirtschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion. Der Mensch wird nicht allein vom Geld satt, und Bedürfnisse werden nicht allein dadurch befriedigt, dass wir die Freiheit haben, uns alles zu jeder Zeit leisten zu können.

Ich bin sehr einig mit Bischof Kamphaus, der gesagt hat, Christen feiern den Sonntag nicht nur, um Gott zu danken, sondern sie feiern ihn, weil sie damit die Erinnerung wach halten wollen, dass Mensch und Welt nicht das Produkt menschlichen Machens und Arbeitens sind, sondern sie dies Gott verdanken.

Daraus abgeleitet ergibt sich: Der bewusst gefeierte Sonntag ist so auch ein Zeichen der Freiheit von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwängen.

Meine Damen und Herren, aber auch Menschen, die der christlichen Tradition nicht nahe stehen, muss die Bedeutung dieses Ruhetages verdeutlicht werden;

(Glocke des Präsidenten)

denn das christliche Gebot der Sonntagsruhe kommt auch den Menschen zugute, die nicht konfessionell gebunden sind. Ich möchte nur an die gesellschaftlichen Aspekte erinnern, die der Sonntag bietet, wenn beispielsweise die Woche über alle Mitglieder einer Familie unterwegs sind. Der Sonntag bietet die einzige Möglichkeit, Familie zu sein und zusammen zu sein.

Das Gleiche gilt für Vereine, ob dies nun der Musikverein oder der Sportverein ist. Wenn wir alles freigeben, wird dieses Leben in Vereinen und das Leben in der Familie, das ganz wichtig für die Stabilität unserer Gesellschaft ist, nicht mehr möglich sein. Deshalb sage ich: Der Sonntag muss tabu bleiben und tendenziell eher, was die Ausnahmen betrifft, eingeschränkt werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal die Abgeordnete Frau Bill.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da sich glücklicherweise alle in der Heiligung des Sonntags überschlagen, kann ich nun auf die Wochentage kommen. Unsere Sorge um die Negativwirkungen einer weiteren Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wird - so sieht es aus - von den Studien bestätigt, die die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat.

(Bracht, CDU: Die liegen noch nicht vor!)

Die eine bezieht sich auf die Auswirkungen auf die Wirtschaft, die andere auf die Auswirkungen der Situation der Beschäftigten. Gestern war darüber in der „Süddeutschen Zeitung" noch einmal ein großer Bericht. Die Studien liegen zwar noch nicht vor, aber aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen heißt es, dass diese Studien die Skeptiker bestätigen. Es bringt für die Beschäftigten nichts. Es bringt auch der Wirtschaft nichts.

Meine Damen und Herren, deshalb wird auch wahrscheinlich vor der Veröffentlichung dieser Studien dieses Sommertheater inszeniert, um bezüglich der Ladenöffnungszeiten einfach vollendete Tatsachen zu schaffen, bevor die Studien ausgewertet sind und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dabei war es eigentlich so gedacht, dass es so lange ein Moratorium geben soll, bis die Studien ausgewertet sind. Im September sollte dann erneut darüber verhandelt werden. Das ist jetzt vorweggenommen worden. Jetzt wird nur noch über den Sonntag gesprochen. Ob der Rest sinnvoll ist, diese Frage hat sich anscheinend erledigt.

Meine Damen und Herren, ich gehöre auch zu der Randgruppe von Politikerinnen und Journalistinnen, deren Wohlbefinden durch längere Öffnungszeiten gesteigert wird. Die zahlreichen Gespräche allerdings mit den Frauen, die bis spätabends im Laden stehen, haben mir deutlich aufgezeigt, dass der persönliche Preis, den die Beschäftigten zahlen müssen, zu hoch ist und dass meine Einkaufsbedürfnisse dahinter zurückstehen müssen. Meine Damen und Herren, da hat einfach der soziale Standort vor dem Dienstleistungsstandort Vorrang. Dies halte ich für ganz wichtig. Das bringt uns allen etwas.

Was den Sonntag angeht, so werde ich mir diese Debatte heute an die Pinnwand heften, wenn wir demnächst wieder über den Sonntag reden werden. Von uns allen muss jetzt die Anstrengung unternommen werden, die Sonntagsregelung restriktiver einzuhalten.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich fertig mit meiner Rede.

Das Katholische Büro hat auch einen Brief an die Fraktionen geschrieben, in dem noch einmal angemahnt wird, dass dort viel zu viel Großzügigkeit herrscht, dass inzwischen Call-Center und andere sonntags aufmachen dürfen. Meine Damen und Herren, ich denke, dies muss restriktiver gehandhabt werden.

Für mich ist auch noch ein Problem, dass wieder Männer in der Mehrheit darüber entscheiden - so wird es letztendlich sein -, die nur selten einkaufen, wenig von Einkaufsplanung verstehen und auch nur selten hinter dem Ladentisch zu finden sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat nunmehr der Herr Wirtschaftsminister.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden immer wieder vom Wandel der Gesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Meine Damen und Herren, der Handel ist eine traditionelle Dienstleistung. Der Handel muss sich an den Bedürfnissen seiner Kunden und an den Verbrauchergewohnheiten orientieren, wenn er erfolgreich sein möchte. Der Kunde kann nicht der Störfaktor im System sein, sondern ist derjenige, der für den Handel da ist.

Die ganze Diskussion um den Ladenschluss macht deutlich, wie sehr sich Verbraucherverhalten und Verbraucherwünsche in den letzten Jahren geändert haben. Die Frage, wie weit diesem geänderten Verbraucherverhalten durch flexible Öffnungszeiten entgegengekommen werden soll, ist nicht neu, aber sie hat eine neue Dynamik bekommen.

Im Gegensatz zu vielen weiß ich, wovon ich rede, weil ich einmal in einer Branche tätig war, die es immerhin in diesem Staat hinbekommen hat, dem Deutschen sein liebstes Frühstück vor dem Dienst vorzuenthalten. Der Deutsche isst am liebsten zum Frühstück Brötchen. Die Dienstzeiten beginnen bekanntlich vor 8.00 Uhr. Bedingt durch diese starken Regulierungen haben wir es in meiner Branche hinbekommen, dem Deutschen morgens ein frisches Brötchen vorzuenthalten. Meine Damen und Herren, das ist so. Jetzt kann man lange darüber streiten. Ich weiß auch, wenn man sich die Situation betrachtet, dass die Kundenwünsche und das Verbraucherverhalten das Entscheidende sind.

Ich erinnere mich sehr gut an Debatten in diesem Hause, als es um kleine Fenster bei den Öffnungszeiten ging, die ganz anders geführt wurden. Ich bin eigentlich froh, dass wir heute weitestgehend Übereinstimmung haben. Wir können jetzt noch zum Schluss darüber streiten, ob es eine völlige Liberalisierung geben soll oder ob man da oder dort noch etwas regulieren kann. Ich glaube aber, die derzeitige Ignoranz des Gesetzes durch unterschiedliche Händler belegt, dass eine

Dynamik in der Sache ist und dass die Politik von den wirklichen Ereignissen überrollt wird.

Um es hier klar zu sagen: Ich bekenne mich eindeutig dazu, der Sonntag muss tabu bleiben. Der Sonntag muss die absolute Ausnahme bleiben.

(Beifall der F.D.P., der SPD und der CDU)

Dies muss aus unterschiedlichen Gründen heraus so sein, die Herr Bracht und andere hier erwähnt haben. Es muss so möglich sein. Ich bin sicher, wenn wir an den Werktagen etwas flexibler werden, dann wird der Sonntag nicht mehr die Attraktivität haben, die er jetzt vermeintlich hat.

Wenn man unterschiedliche Flexibilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einfordert - dies wird in einer so genannten Dienstleistungsgesellschaft nicht anders gehen -, dann muss man sich auch insgesamt mit den Öffnungszeiten anpassen, was übrigens auch den ÖPNV und den SPNV angeht. Es ist keine Frage, dies alles wird ein Riesenwandel sein. An diesem Beispiel sieht man sehr deutlich, zu welchen Aktionen derzeit das Verbraucherverhalten führen kann. Der Gesetzgeber steht nebendran und muss teilweise mit ansehen, wie Gesetze ignoriert werden. Das halte ich nicht für in Ordnung. Ich gebe da meinem Kollegen Gerster völlig Recht. So kann man es nicht machen.

Es kann auch nicht sein, dass Brunnenfeste oder sonstige Feste inszeniert werden, um einen Anlass zu haben. Ich glaube, wir brauchen deshalb schnellstens klare Regelungen. Meine Damen und Herren, ich spreche mich für eine weitestgehende Öffnung an Werktagen aus, auch deshalb, weil die Forderung nach mehr Freiräumen eigentlich insgesamt eine breite Forderung ist.

Ich bin mir nicht so sicher, ob nur ein bestimmtes Marktsegment oder bestimmte Größenordnungen daran partizipieren. Studien in Schweden belegen gerade das Gegenteil, dass also kleine Läden in Stadtteilen partizipieren. Das ist sehr interessant. Man kann nicht nur sagen, der Große partizipiert. Der große Unternehmer kann unter Umständen aus unterschiedlichen Gründen wesentlich weniger flexibel sein als ein kleinerer.

Die Debatte um diese ganze Frage, die jetzt in den neuen Bundesländern deutlich und sichtbar wurde, ist sehr interessant. Ich war dabei an eine Podiumsdiskussion vor vielen Jahren mit großen Unternehmen des Handels erinnert. Damals haben sich diese vehement gegen ein Fenster bei den Öffnungszeiten und gegen eine Liberalisierung insgesamt gewehrt. Ich möchte damit nur verdeutlichen, wie sich vieles im Leben wandelt. Herr Bracht, die Zahlen, die Sie genannt haben, sind eindeutig.

Ich muss dazusagen, man kann natürlich auch nicht ignorieren, dass es Internet und andere unterschiedliche Einkaufsmöglichkeiten gibt. Auch da gilt, der Schnelle wird gewinnen.

Ich möchte noch einmal ein Beispiel nennen, um zu zeigen, wie sich Verbraucherverhalten ändert. Ich weiß von einem Markt, bei dem Dienstleistung und Service eine große Rolle spielen. Der Markt betreibt eine große Dienstleistung, indem er bestimmte Einpackwaren zum Auto bringt, so beispielsweise den Bierkasten. Er hat riesige Umsatzzuwachszahlen. Ich weiß auch von einem Markt in Rheinland-Pfalz, bei dem man über Internet bestellen kann und der dann dem Kunden seine Produkte bringt. Davon verspricht er sich etwas. Wir sehen, wie die Angelegenheit im Wandel ist.

Wer glaubt, man könnte mit Starrheit die Angelegenheiten zu einem guten Ziel führen, der täuscht sich. Insgesamt ist der mentale Zustand dieses Staates - das wiederhole ich hier - zu erkennen, dass dann, wenn diese Diskussion über den Ladenschluss bei uns wiederum einmal in bestimmten Zyklen entbrennt, der Staat bebt. Das ganze Ausland lacht über uns, weil da unterschiedliche Regelungen sind.

Ich bleibe dabei, wir brauchen eine weitestgehende gesetzliche Regelung. Es bleibt dabei, der Sonntag muss absolute Ausnahme bleiben. Sonst erleben wir, dass beide Seiten - Verbraucher und Anbieter - die bestehenden Regelungen zu ihren Gunsten auslegen. Das kann in einem Rechtsstaat nicht sein. Deshalb brauchen wir schnellstens klare Regelungen und weitestgehende Öffnungszeiten.

Herr Kollege Gerster hat noch einmal klargestellt, welche Regulierungen wir haben. Wenn man an einem Sonntag in Badeorten verkaufen darf, darf man eine Badehose verkaufen, aber einen Schirm nicht. Das ist alles überreguliert. Ich glaube, auch da muss man dazu kommen, das anders zu regeln. Oder wenn sonntags geöffnet ist, muss man samstags aus den jetzigen Öffnungszeiten herausgehen. Das alles wird verwirrend sein.

Wir müssen uns daran gewöhnen, dass die handelnden Akteure, also derjenige, der verkauft, und derjenige, der einkauft, im Prinzip die Zeiten bestimmen. Wir können nicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität erwarten, wenn wir ihnen dann aber nicht die Infrastruktur dafür bieten, um die Flexibilität auch täglich zu exerzieren.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun die Frauenministerin, Frau Staatsministerin Dr. Rose Götte.

Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt, dass kulturpolitische Gedanken in der Wirtschaftspolitik dieses Landes eine große Rolle spielen. Darüber sind wir alle froh. Ich wollte auch nicht wiederholen, was bereits gesagt wurde, sondern nur noch auf eine Gefahr hinweisen, nämlich auf die Gefahr, der wir täglich begegnen, dass immer mehr Individualismus bei der Frage der Sonntagsruhe oder des Entspannens einkehrt oder - anders ausgedrückt - dass immer mehr Menschen auf uns zukommen, die sagen, das ist ganz schön mit diesem Rhythmus der Arbeit und der Ruhe, aber ich kann diesen Rhythmus ganz individuell wählen, ich kann mir meinen Feiertag nehmen, wann ich will und wann es mir passt, oder auch, dass die Gesellschaft sagt: So sollte es sein, jeder hat ein bestimmtes Recht auf Ruhe, aber ich bestimme, wann die Ruhezeit für den Einzelnen dann stattfinden soll.

Diese Individualisierung ist das eigentliche Problem, mit dem wir es zu tun haben; denn die Kultur der Sonntagsruhe besteht darin, dass es eine gemeinsame Ruhe ist, auch wenn nicht alle Menschen in die Kirche gehen, dass sie aber die Möglichkeit haben, diesen Tag als einen Tag zu erleben, der sich schon optisch und äußerlich deutlich von anderen Tagen unterscheidet.

Auf die Gleichzeitigkeit der Sonntagsruhe wollte ich noch einmal hinweisen; denn das Argument, dass man jedem überlassen kann, was er tun und lassen will, man also die ganz große Freiheit produziert, bewirkt in Wirklichkeit eine deutliche Einengung der Freiheit, weil man Verhältnisse schafft, die ganz viele Dinge unmöglich machen und die das Zusammenleben unserer Gesellschaft - die Vereine wurden schon erwähnt - so erschweren, dass wir daraus langfristig großen gesellschaftlichen Schaden nehmen werden. Deswegen bin ich dankbar, dass diese Debatte so geführt wurde.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Aussprache über das erste Thema.

Ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

„Folgen der beabsichtigten vier weiteren Stufen der so genannten ‚Ökosteuern' für die Familien und die Arbeitnehmer des Landes Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4588 -

Bevor ich dem Redner der antragstellenden Fraktion das Wort erteile, freue ich mich, Landfrauen aus Essingen im Landtag begrüßen zu können. Seien Sie herzlich begrüßt!

Es spricht nun Herr Abgeordneter Herbert Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat in der Vergangenheit bisher noch keine Steuergesetzgebung und Steuerart derart gegeben, bei der Tarnen und Täuschen, Abzocken und Abkassieren so im Vordergrund stand wie diese von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Energiebesteuerung, die unter Vortäuschung falscher Tatsachen den Bürgerinnen und Bürgern als die so genannte Ökosteuer verkauft wird.

(Beifall der CDU -
Staatsminister Gerster: Das ist schon
alles gesagt! Gehen Sie wieder
auf den Platz!)

- Herr Minister, hören Sie zu.

Meine Damen und Herren, diese Ökosteuer ist eine Mogelpackung, die wirtschafts- und umweltpolitisch verfehlt ist und nur eine Zielsetzung hat: höhere Steuern, höhere Abgaben und höhere Belastungen für die Menschen in Deutschland. - Dies ist einzig und allein der Zweck dieser so genannten Ökosteuer.

(Beifall der CDU)

Diese suggerierte Ökosteuer - von der rot-grünen Bundesregierung als der Kernpunkt ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik bezeichnet - soll dazu beitragen, dass die Lohnnebenkosten und die Schadstoffemissionen gesenkt werden sollen. Bereits heute kann ich Ihnen sagen, dass keines dieser angekündigten Ziele mit dieser Ökosteuer erreicht werden wird.

(Beifall bei der CDU -
Nagel, SPD: Falsch!)

Es wird weder zu einer spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten kommen noch werden die Schadstoffemissionen reduziert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was ist denn passiert, Herr Jullien?)

- Frau Thomas, dies ist auch im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass gerade die größten Energieverbraucher, die energieintensiven Betriebe, durch einen um 20 % ermäßigten Steuersatz geschont werden, während mittelständische Betriebe, Unternehmen, Privathaushalte und die Landwirtschaft im Wesentlichen mit dieser neuen Energiesteuer belastet werden.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit ist diese Steuer zu allem geeignet, nur nicht dazu, dass sie zur Verbesserung und zum Schutze der Umwelt beitragen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer muss nun diese als Ökosteuer umschriebene Energiesteuer bezahlen? Am Beispiel einer vierköpfigen Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern und einem Bruttofamilieneinkommen von 70 000 DM im Jahr will ich Ihnen das einmal erläutern, wobei hierbei noch zu berücksichtigen ist, dass der Familienvater täglich - wie das in Rheinland-Pfalz sehr oft vorkommt - 20 Kilometer zu seinem Arbeitsplatz hin und 20 Kilometer zurück fahren muss.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat das berechnet? Haben Sie das berechnet?)

- Frau Thomas, hören Sie bitte zu.

Es ergibt sich folgende Modellrechnung: Für Heizung und Warmwasser beträgt die zusätzliche Belastung 180 DM. Die Erhöhung des Strompreises beläuft sich einschließlich der hinzukommenden Mehrwertsteuer auf 280 DM. Die Mineralölsteuer führt bei einer täglichen Kilometerleistung von 40 Kilometern zu einer Erhöhung von 610 DM. Für sonstige Fahrten - Urlaub etc. - fallen noch einmal 350 DM an. Die Erhöhung der ÖPNV-Preise für die Schulfahrt der Kinder schlägt mit einem Betrag von jährlich 100 DM zu Buche, sodass sich eine jährliche Mehrbelastung von 1 520 DM ergibt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das glauben Sie? - Mertes, SPD: Hier fälscht der Meister selbst!)

Dieser Steuerbelastung steht eine Entlastung infolge der Absenkung des Arbeitnehmerbeitrags zur Rentenversicherung von 675 DM gegenüber, sodass für diese Familie eine jährliche Nettobelastung von 845 DM übrig bleibt.

(Starker Beifall der CDU - Nagel, SPD: Wo bleibt das Kindergeld?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer nun davon spricht, dass diese von der rot-grünen Bundesregierung initiierte Ökosteuer noch als sozial gerecht und sozialverträglich zu bezeichnen ist, dem muss man wirklich sagen, dass er entweder das Ganze nicht verstanden hat - er ist unbelehrbar - oder ganz einfach die Grundrechenarten nicht versteht.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist es interessant, was der Ministerpräsident dieses Landes im Rahmen mehrerer Debatten hier im Plenum zu dieser Energiebesteuerung gesagt hat.

Herr Präsident, mit Ihrer Einwilligung darf ich zitieren. Herr Ministerpräsident, Sie haben am 20. Dezember 1995 hier ausgeführt: „Wenn wir über die Frage der Energiebesteuerung reden, muss auch klar sein, dass man Energiepreise nicht einfach nach oben schrauben kann. Dann muss ich fragen, welche Folgen eine solche Entwicklung für die Familien mit mehreren Kindern hat, welche Folgen eine solche Entwicklung für ältere Leute hat, die als Rentnerinnen und Rentner überhaupt keine Lohnsteuer bezahlen, welche Folgen eine solche Entwicklung für Studenten hat, die vom Bafög ihr Studium finanzieren müssen. Auf solche Fragen müssen Antworten gegeben werden."

Herr Ministerpräsident, dann kommt der Schlusssatz, bei dem Sie sehr genau zuhören sollten: „Wer eine solche Politik macht, wird in diesem Land mit dieser Politik scheitern, weil er am Ende keine Akzeptanz findet."

(Starker Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, so lauteten Ihre Worte, im Protokoll vom 20. Dezember 1995 nachzulesen.

Insoweit kann ich Ihnen nur das in Erinnerung rufen, was schon ein Kollege von Ihnen - der frühere Ministerpräsident des Landes Niedersachsen - gesagt hat: Zuerst kommt das Land und dann die Partei. - Ich kann Sie in Anlehnung an das, was Sie hier im Protokoll gesagt haben, nur auffordern, seien Sie doch bitte wenigstens so konsequent und verweigern Sie dieser Energiebesteuerung im Bundesrat Ihre Zustimmung.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Ministerpräsident, dann hätten Sie auch etwas Gutes für das Land Rheinland-Pfalz geleistet.

(Anhaltend Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Herr Abgeordneter Hering hat das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zwei Vorbemerkungen zu dieser Aktuellen Stunde der CDU in Bezug auf die Ökosteuer auf Bundesebene: Bereits im März dieses Jahres diente die Ökosteuer der CDU hier im Hause als Thema für eine Aktuelle Stunde. Gestern musste die Gesundheitsreform auf Bundesebene für eine Aktuelle Stunde der CDU herhalten.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daraus wird für uns deutlich, dass es der rheinland-pfälzischen CDU offensichtlich

an Kompetenz und Kreativität mangelt, eigene landespolitische Initiativen zu ergreifen und diese im Parlament zu thematisieren.

(Beifall der SPD -
Heiterkeit bei der CDU -
Zurufe von der CDU)

Eine zweite Vorbemerkung:

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Im März diente diese Aktuelle Stunde dem untauglichen Versuch, in die hervorragende Zusammenarbeit der sozialliberalen Koalition in Rheinland-Pfalz Disharmonie zu bringen. Seien Sie sicher, auch dieser Versuch wird untauglich sein;

(Zuruf von der CDU: Fakten!)

denn wir wissen, wir haben Verantwortung für das Land Rheinland-Pfalz und dieser werden die Regierungsfraktionen und die Regierung auch nachkommen.

(Beifall bei der SPD -
Zurufe von der CDU)

Herr Jullien, bei dem, was Sie mit Ihren Modellrechnungen als Abzocken und Abkassieren bezeichnet haben, ist Ihnen die Frage zu stellen, was die Benzinpreiserhöhung um 60 Pfennige in 16 Jahren CDU-Regierung war. Was war das im Vergleich hierzu?

(Beifall bei der SPD -
Mertes, SPD: Das waren Geschenke!)

Herr Jullien, man kann über den Einsatz dieser Ökosteuerreform in Bezug auf die Auswirkungen auf den Verbrauch der nicht erneuerbaren Ressourcen diskutieren. Man kann mit Sicherheit zu differenzierten Ergebnissen kommen. Aber die Diskussion sollte seriös sein.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Herr Böhr hat in einer Pressekonferenz im Mai dieses Jahres ähnliche Zahlen wie Sie präsentiert. Herr Böhr kam zu dem Ergebnis, dass die typische Arbeitnehmerfamilie in Rheinland-Pfalz nach dem ersten Schritt der ökologischen Steuerreform mit 153 DM zusätzlich belastet wird, und er hat dies als Abzocken und Abkassieren bezeichnet. Wo waren Sie 1994?

(Mertes, SPD: Ja! Im Tiefschlaf!)

Im Zeitraum von 1991 bis 1994 stiegen die Benzinpreise um 40 Pfennige. Die von Ihnen als Beispiel herangezogene Familie hatte keine Mehrbelastung von 153 DM, sondern von 1 200 DM im Jahr.

(Itzek, SPD: So ist es!)

Was war das? - Das war Abzocken und Abkassieren.

Herr Böhr, wenn Sie seriös gewesen wären und hätten dies erläutert, dann hätten Sie zu dem Ergebnis kommen müssen, dass zur parallelen Steigerung des Kindergelds und der Absenkung des Eingangssteuersatzes diese Beispielfamilie de facto um 800 DM entlastet wird.

(Zurufe von der CDU)

1994 gab es unter der CDU-Regierung eine Belastung um 1 200 DM ohne jede Entlastung. Wenn Sie das zur Verfügung stehende Nettoeinkommen betrachten, dann haben Sie in dem Fall damals von dieser Arbeitnehmerfamilie in Rheinland-Pfalz 2 % des verfügbaren Nettoeinkommens abgezockt und abkassiert.

Wir haben auf Bundesebene dafür gesorgt, dass ein sozialer Ausgleich auch für den Pendler entsteht.

Herr Jullien, eines wundert mich. Sie kritisieren, dass Ministerpräsident Kurt Beck dafür gesorgt hat, dass insbesondere das produzierende Gewerbe entlastet wird. Plötzlich wird das von Ihnen kritisiert.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Wir empfinden es als eine hervorragende Initiative, dass erreicht wurde, dass die Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten, entlastet werden, um Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Arbeitsplätze erhalten und nicht wie unter Ihrer Regierung wegrationalisiert werden, indem die Kosten der Arbeit einseitig erhöht werden.

(Beifall bei der SPD -
Itzek, SPD: So ist es! -
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Herr Jullien, es gibt auch in der Union Menschen - im Gegensatz zur rheinland-pfälzischen CDU -, die über den Tag hinaus denken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wenn Sie nach Bayern schauen, dann wird dort durchaus auch über Ansätze der Verteuerung nicht erneuerbarer Ressourcen nachgedacht, um die Reduzierung der Kosten der Arbeit zu erreichen. Auch Herr Schäuble hat 1996 noch geäußert, dieser Grundgedanke müsse verfolgt werden, und wenn keine europäische Harmonisierung erreichbar wäre, müsse man auch den Mut und das Rückgrat haben,

(Glocke des Präsidenten)

einen nationalen Alleingang zu wagen.

(Beifall der SPD)

Solche Konsequenzen haben Sie nicht; denn bei Ihnen mangelt es offensichtlich an dem nötigen Rückgrat.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

(Unruhe im Hause)

Das Wort hat Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielleicht wollen die Ludwigshafener noch ein bisschen weitermachen. Dann warte ich noch einen Moment.

(Unruhe im Hause)

Herr Keller, meine Damen und Herren!

(Unruhe im Hause)

So, ist es jetzt gut?

(Zurufe aus dem Hause: Ja!)

Meine Damen und Herren, vor allen Dingen meine Damen und Herren von der CDU, diese Aktuelle Stunde und der erste Beitrag waren doch ein echter Jullien.

(Beifall der CDU)

Es war wirklich ein echter Jullien. Er produziert nicht nur gern schlichte Überschriften, sondern er gefällt sich neuerdings auch gern und gut im Kostüm des Robin Hood. Herr Jullien, der Retter und der Verfechter von Witwen und Waisen. Dies ist eine ganz neue Rolle für die CDU,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU -
Heiterkeit bei der CDU)

die Sie allerdings erst entdeckt haben, seitdem Sie in der Rolle und in der Position einer Fundamentalopposition sind.

Herr Jullien, haben Sie Anfang der 90er Jahre - da muss ich Herrn Hering Recht geben - eine Aktuelle Stunde beantragt, als Herr Waigel die Mineralölsteuererhöhungen betrieben hat? Haben Sie damals nach den Auswirkungen auf die Familien in Rheinland-Pfalz gefragt?

(Mertes, SPD: So ist das!)

Haben Sie gefragt, was die Konsequenz für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist, als Waigel seine Haushaltslöcher mit den Mineralölsteuererhöhungen stopfte?

(Itzek, SPD: Jetzt geht es um
die Lohnnebenkosten!)

Da gab es keinen Ausgleich. Es gab Löcher, und die Mineralölsteuererhöhungen reichten noch nicht einmal, um diese Löcher zu stopfen. Sie haben noch zusätzlich diese Katastrophenverschuldung in diesem Land herbeigeführt.

Es stimmt nicht, wenn Sie sagen, dass es keine Absenkung der Lohnnebenkosten gibt. Natürlich wurden mit der ersten Stufe der ökologischen Steuerreform die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt, und es wird auch weiterhin so stattfinden.

Meine Damen und Herren von der CDU, aber Sie reden lieber von Belastungen und wollen so die Lufthoheit an irgendwelchen Stammtischen erobern. Aber Sie reden nicht von Entlastungen, die durch Entlastungen erfolgt sind, die nicht nur durch die Senkung der Lohnnebenkosten, sondern auch durch die steuerpolitischen Entscheidungen dieser Bundesregierung geschehen sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Sie produzierten ständig steigende Belastungen für Familien und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, und heute haben wir durch die ersten Entscheidungen in der Einkommensteuerreform Familien, vor allen Dingen Familien und Bezieher von unteren und mittleren Einkommen, spürbar entlastet. Das fegen Sie einfach vom Tisch. Das existiert für Sie nicht. Sie schauen lieber durch so ein ganz kleines Röhrchen auf die Belastung.

Der Grundfreibetrag wird angehoben, der Eingangssteuersatz sinkt in zwei Schritten von 25,8 % auf 19,9 %.

Herr Jullien, das zählt für Sie überhaupt nicht.

Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen, Familien mit Kindern werden künftig bis zu 2 500 DM weniger an Steuern bezahlen. Das zählt für Sie auch nicht. Da kommen Sie mit Ihrer wahrscheinlich selbst erstellten Rechnung über die Belastung der Familien.

Was wird durch die nächsten Stufen herbeigeführt? Der Strom wurde um 2 Pfennige je Kilowattstunde und wird in den nächsten Stufen um 4 Pfennige je Kilowattstunde verteuert.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Die Mineralölsteuer wird um 6 Pfennige erhöht. Das verursacht dieses Geschrei bei Ihnen. Das verstehe ich nicht.

Es gibt konkrete Überlegungen zur Verwendung der Mittel. Ich habe bereits die Senkung der Lohnnebenkosten und der Rentenbeiträge sowie die Finanzierung einer Mindestrente, also eine Grundsicherung im Rentenbereich, angesprochen. Das sind Maßnahmen, die durchaus soziale Gegenfinanzierungen darstellen;

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn von einer solchen sozialen Grundsicherung im Rentensystem profitieren all die Rentner deutlich, die derzeit nur über ein geringes Renteneinkommen verfügen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Aus den Einnahmen von mehr als einem Jahr werden Förderprogramme für regenerative Energien finanziert. Diese Förderungen erleichtern die Marktdurchdringung dieser Produkte und geben wichtige Impulse für diesen Zukunftsmarkt.

Natürlich muss man sich überlegen - das ist durchaus von vielen kritisch angedacht worden -, ob diese Ausgestaltung der ökologischen Steuerreform wirklich ausreicht, um den gewünschten ökologischen Lenkungseffekt zu erzielen.

(Billen, CDU: Weder öko
noch logisch!)

In dieser Hinsicht muss noch einiges passieren, um diesen ökologischen Lenkungseffekt zu erzielen. In diesem Zusammenhang wird man auch überlegen müssen - dafür steht zumindest der grüne Partner in dieser Bundesregierung -, wie eine gerechtere Verteilung der Belastung durch die ökologische Steuerreform erreicht wird.

Sie haben allerdings nur die Belastung der Arbeitnehmer und Familien thematisiert.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

- Herr Licht, reden Sie doch später.

Natürlich muss man beobachten, wie man für Unternehmen, die derzeit durch Rückzahlungen ganz deutlich entlastet werden, die Regelungen innerhalb des Systems der ökologischen Steuerreform gerechter gestalten kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die steuerpolitischen Redeschlachten sind geschlagen.

(Dr. Weiland, CDU: Aha!)

Wir führen zum wiederholten Male die Diskussion. Ich weiß nicht, ob die Öffentlichkeit daran interessiert ist, einen Aufwasch dieser Argumente, die wir zur Genüge kennen, noch einmal präsentiert zu bekommen. Die Positionen sind sonnenklar, auch die der F.D.P.-Fraktion.

Ich stelle die Frage, ob uns eine solch polemische Diskussion weiterbringen wird. Aus diesem Grunde mache ich - auch in Anlehnung an das, was Frau Thomas gesagt hat - einige grundsätzliche Bemerkungen zu unserem Steuersystem und zu Lenkungsfunktionen im Zusammenhang mit dieser Steuerreform, aber auch im Zusammenhang mit dem Verhalten unserer Bundesregierung, die wir nicht auszulassen brauchen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine schöne, 300 Jahre alte Aussage von Colbert, die mir gut gefallen hat: Steuern erheben heißt, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn mit möglichst wenig Gezische bekommt.

(Dr. Weiland, CDU: Ihr seid dabei,
die Gans zu schlachten!)

Meine Damen und Herren, inzwischen treiben die Finanzämter mehr als eine Billion DM an Steuern ein. Hinter dieser gewaltigen Summe verbergen sich zurzeit 41 Steuerarten, die Bund, Ländern und Gemeinden zufließen und damit die einzelnen Gebietskörperschaften in die Lage versetzen, einen großen Teil ihrer öffentlichen Aufgaben zu bestreiten.

Die einzelnen Steuern besitzen für die öffentliche Hand jedoch nicht nur eine rein fiskalische Funktion, sondern sie sollen oder können - je nachdem, wie man es in diesem Fall mit den Modalverben ausdrücken will - in einem modernen Steuerstaat auch als Lenkungssteuer, das heißt zur Beeinflussung des Verhaltens der Bürger zum Beispiel beim Konsumverhalten oder im Umweltschutz, eingesetzt werden. Darüber kann man diskutieren.

Der Finanzwissenschaftler spricht also nicht von fiskalischer, sondern von meritorischer Besteuerung. Mit anderen Worten: Das Steuersystem sollte bzw. könnte

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dürfte!)

über die öffentliche Geldbeschaffung hinaus eine breite Palette von zusätzlichen Anforderungen aus anderen Feldern in der Politik erfüllen.

Ich könnte eine ganze Reihe von Steuern aufzählen, um das zu belegen. Wir wissen, dass wir eine sozialpolitische Steuerungsfunktion haben. Dabei geht es um das Thema soziale Gerechtigkeit oder um die Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren. Da haben wir das erste Beispiel: Es ist in der Tat die Frage, ob die hohen Steuern auf Zigaretten und Alkohol tatsächlich zu einer Verringerung des Nikotin- und Alkoholmissbrauchs führen. Das ist alles sehr fraglich. Sicher ist hingegen: Alleine die Tabaksteuer bringt inzwischen 20 Milliarden DM in die Kasse des Bundes.

Zur Umweltpolitik: Als Beispiele wurden die Mineralölsteuer und andere Ökosteuern erwähnt. Man sollte grundsätzlich darüber nachdenken, inwieweit die Lenkungsfunktion eintritt. Frau Thomas hat indirekt zugegeben, dass diese Lenkungsfunktion überhaupt nicht stattfinde. Ihre Konsequenz ist, die Lenkungsfunktion so herauszustellen, dass der Bürger diese wirklich spürt. Man kann sich die Dimension vorstellen, in der Sie in das Steuersystem eingreifen wollen, wenn die Lenkungsfunktion wirklich zum Tragen kommen sollte. Von fachlicher Seite aus gesehen ist das Ganze ein wandelnder Widerspruch.

(Dr. Weiland, CDU: Was lernen wir daraus? - Mertes, SPD: Sie nichts!)

Das ist eine grundsätzliche Frage. Seit wir in der Bundesrepublik Deutschland Steuern erheben, haben wir dieses Problem. Das gilt nicht nur für diese Bundesregierung. Das ist ein grundsätzliches Problem und Dilemma.

(Dr. Weiland, CDU: Und was lernen wir jetzt daraus?)

- Ich werde es Ihnen schon sagen. Denken Sie darüber nach, aber ich weiß nicht, ob Sie lernfähig sind. Mir ist das aber auch egal. Es ist Ihr Urteil, was Sie sich bilden.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die Ökosteuer gefährdet in der Tat ihre eigene Grundlage - darüber sind wir uns alle im Klaren -, es sei denn, diese Steuern werden in einer Dimension erhoben, sodass ihre Lenkungsfunktion Wirklichkeit wird. Wenn die Lenkungsfunktion Wirklichkeit wird, entzieht sie sich ihrer Grundlage. Dann fällt sie weg.

Wenn man lenken will, werden diese Steuern sehr schnell abgeschafft werden müssen, und dann ist die Sache klar.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir leben seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in einer Situation, dass wir nämlich mit der Lenkungsfunktion von Steuern nicht richtig umgehen. Vor allem sollten wir den Begriff Ökologie nicht desavouieren. Wenn wir das tun und fiskalisch anstatt lenkungspolitisch denken, haben wir den Begriff Ökologie beschädigt.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Finanzminister Mittler das Wort.

Mittler, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat gestern einen Beschluss gefasst, der unter anderem beinhaltet, die Steuersätze für Kraftstoffe zum 1. Januar 2000 bis 2003 jedes Jahr um weitere 6 Pfennige, insgesamt also um 24 Pfennige, zu erhöhen.

Darüber hinaus soll die Stromsteuer ebenfalls ab dem 1. Januar 2000 im gleichen Zeitraum alljährlich, also viermal, um 0,5 Pfennige erhöht werden. Zugleich sollen - um nur die wesentlichen Elemente zu nennen - die daraus zu erzielenden Mehreinnahmen des Staates zur Absenkung des Beitrags zur Rentenversicherung von zurzeit 19,5 % auf 18,5 % verwendet werden, wobei durch andere, in den Sozialversicherungen selbst beruhende Faktoren ein Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge um 0,4 % hinzukommen wird. Das ist der Kern des Beschlusses. Darauf zielt auch das Thema der Aktuellen Stunde „Folgen der beabsichtigten vier weiteren Stufen der so genannten ‚Ökosteuern' für die Familien und die Arbeitnehmer des Landes Rheinland-Pfalz" ab.

Meine Damen und Herren, zunächst etwas Generelles: „Die" Arbeitnehmer und „die" Familien in Rheinland-Pfalz gibt es gar nicht; denn die Auswirkungen für die Arbeitnehmer und die Familien werden so unterschiedlich sein, wie es Familien und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz gibt.

(Billen, CDU: Aber auf jeden Fall negativ!)

Die Auswirkungen werden auf der einen Seite von der Höhe des Einkommens beim Arbeitnehmer und damit auch von den ersparten Sozialversicherungsbeiträgen und auf der anderen Seite von der Mehrbelastung abhängig sein, die gegenzurechnen ist, ob man nämlich einen wohnortnahen Arbeitsplatz hat und nicht auf die Benutzung eines Verkehrsmittels oder des eigenen Fahrzeugs angewiesen ist und daher nicht von der Anhebung der Mineralölsteuer betroffen ist oder ob man eine Entfernung zurückzulegen hat, wie sie beispielsweise Herr Kollege Jullien mit 20 km für eine einfache Fahrt genannt hat.

Meine Damen und Herren, das Problem, das eigentlich Ausgangspunkt für die ökologische Steuerreform ist - die Diskussion ist keine deutsche und sie ist auch nicht neu -, ist das der Industriegesellschaften insgesamt. Die Industriegesellschaf-

ten haben neben vielen anderen ein wichtiges Problem, nämlich die Unternutzung des Faktors Arbeit - der Beweis ist die Arbeitslosigkeit - und die Übernutzung der natürlichen Ressource Energie. Die Belastung dieser beiden Faktoren, nämlich des Überangebots von Arbeit und des knappen Guts Energie, steht in einem genau umgekehrten Verhältnis zur Knappheit des Gutes.

Das ist der Denkansatz, der beispielsweise in den skandinavischen Ländern oder ganz besonders in Großbritannien und auch in Österreich schon vor Jahren zu dem Ergebnis geführt hat, dass der Faktor Arbeit entlastet und zugleich der Faktor Energie belastet wurde. Ich darf daran erinnern, dass beispielsweise schon vor ein bis eineinhalb Jahren der lange Zeit für die Steuerpolitik in der Europäischen Kommission zuständige italienische Kommissar Monti deutlich gemacht hat, dass in den letzten zehn Jahren nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der Europäischen Union die Belastung des Faktors Arbeit stetig angewachsen ist, während die natürlichen Ressourcen ständig verbilligt worden sind. Das ist der Ansatz, der dahinter steht.

Dieser grundsätzliche Gedanke hat auch dazu geführt, dass sich die Parteien in Deutschland - das beschränkt sich nicht allein auf die Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - schon Mitte der 90er Jahre sehr intensiv mit dem Problem auseinander gesetzt haben. Ich erinnere beispielsweise daran, dass sich 1996 die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ausgesprochen hat, eine Energiesteuer - ich zitiere wörtlich - „möglichst im Rahmen eines auf EU-Ebene abgestimmten Vorgehens oder in einem behutsamen nationalen Alleingang zu realisieren". Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble hat damals erklärt - ich zitiere wiederum -: „Wir werden in der Umweltpolitik auf das Instrument von Alleingängen nicht verzichten können."

(Mertes, SPD: Hört, hört!)

Der damalige Wirtschaftsminister Rexrodt hat sich übrigens in einem Grundsatzpapier der F.D.P. in ähnlichem Sinne geäußert. Er hat nämlich ausdrücklich die Option geltend gemacht, auch im nationalen Alleingang auf diesem Feld tätig zu werden. Ganz gleich wie man zu den Auswirkungen im Einzelnen stehen mag, bin ich der Meinung, dass für Schlachtgetöse in diesem Zusammenhang kein Raum ist.

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich zunächst einmal darauf hinweisen, wie die steuerliche Belastung von Energie in Deutschland im internationalen Vergleich aussieht: Bei der Mineralölsteuer liegen wir heute auch nach der Erhöhung um 6 Pfennige, die bereits zum 1. April dieses Jahres in Kraft getreten ist, im Mittelfeld. Beim Heizöl - beim Heizöl ist übrigens eine Erhöhung der Mineralölsteuer nicht vorgesehen - liegen wir in der unteren Hälfte der europäischen Länder. Bei den Strompreisen sieht das schon anders aus. Bei den industriellen und gewerblichen Tarifen für Strom liegen wir in Deutschland hoch im Gegensatz zu den privaten Haushalten. Wir wissen aber alle, dass natürlich der Energiepreismarkt in den letzten Wochen und Monaten in Bewegung gekommen ist und dass das untere Ende insoweit noch nicht erreicht ist.

Meine Damen und Herren, ich will mich mit der Rechnung, die Herr Kollege Jullien aufgemacht hat, nicht weiter auseinander setzen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich will nur einen konkreten Hinweis aufgreifen. Er hat gesagt, die Belastung eines Arbeitnehmers mit einer Entfernung von 20 km zum Arbeitsplatz mache jährlich 610 DM aus. Das habe ich mir mitgeschrieben.

Ich rechne Ihnen das genau vor: Wenn jemand an 220 Tagen zur Arbeit fährt und dabei eine Entfernung von 20 km zurücklegt, täglich also 40 km, fährt er jährlich 8 800 km. Bei einem unterstellten Verbrauch von 10 Litern pro 100 km

(Itzek, SPD: Das ist hoch!)

- das ist schon hoch gerechnet - entspricht das einem Jahresverbrauch von 880 Litern. Dies mal 24 Pfennige gerechnet, also nach der Einführung aller Stufen, macht das 211 DM aus.

(Itzek, SPD: So rechnet Jullien!)

Hinzu kommt die Mehrwertsteuer in Höhe von 34 DM. Unterm Strich sind das 245 DM. Es ergibt sich eine Differenz zu der Rechnung von 610 DM, die Sie so eloquent aufgemacht haben. Das war gut vorgetragen, aber leider falsch.

(Beifall der SPD -
Unruhe im Hause -
Mertes, SPD: Das ist für Jullien
sehr nah!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat bei der vorangegangenen Erhöhung der Mineralölsteuer oder dem Einstieg in die ökologische Steuerreform ihre Zustimmung zu dem Gesetz im Bundesrat nicht gegeben. Das Verhalten zu dem jetzt anstehenden Gesetzesvorhaben ist noch festzulegen. Die Orientierungsmarke wird die Interessenlage des Landes Rheinland-Pfalz, des Wirtschafts- und Lebensstandorts Rheinland-Pfalz, sein und von zwei wichtigen Komponenten bestimmt sein:

1. Rheinland-Pfalz ist ein energiekostenintensiver Wirtschaftsstandort,

   (Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

   insbesondere Chemie.

2. Rheinland-Pfalz ist das Land mit dem bundesweit höchsten Pendlerverkehr.

Diese beiden Interessen sind bei der Entscheidung hinsichtlich des Verhaltens im Bundesrat zu bewerten.

(Billen, CDU: Auf Deutsch,
Sie lehnen ab!)

Das wird die Landesregierung so tun, wie sie das in der Vergangenheit immer getan hat, nämlich verantwortungsbewusst gegenüber den Menschen im Land.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Billen, CDU: Also ablehnen!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, selbst wenn die Zahlen, die Sie ausgeführt haben, zutreffend sein sollten,

(Zurufe von der SPD)

bleibt immer noch eine Nettobelastung von über 500 DM übrig. Sie haben in keiner Weise dazu beigetragen, dass es zu einem anderen Ergebnis kommt. Es könnte durchaus sein, dass sich eine Reduzierung ergibt.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

- Herr Mertes, meine Zahlen halte ich aufrecht. Sie können bei dem Statistischen Landesamt nachgelesen werden.

(Beifall der CDU)

Ich komme zu dem, was meine Vorredner gesagt haben.

Frau Kollegin Thomas, in Bezug auf den „echten Jullien" kann ich Ihnen ohne Selbstüberschätzung sagen: Lieber einen „echten Jullien" als einen „grünen Hering".

Herr Finanzminister, wir hätten schon gern einmal gehört, wie sich die Landesregierung zu den beabsichtigten Folgen dieser Ökosteuer verhält, wie ihr Verhalten im Bundesrat sein wird und welche Stellungnahme sie dort abgeben wird. Dazu ist an dieser Stelle von Ihnen kein Wort gesagt worden, sodass ich nur noch einmal zu dem Ergebnis kommen kann - das ist auch durch Ihre Ausführungen nicht widerlegt worden -, dass diese als Ökosteuer umschriebene Energiesteuer umweltpolitisch unsinnig ist. Sie ist sozial ungerecht. Sie belastet vor allem Arbeitslose, kinderreiche Familien, Rentner, Beamte, die Landwirtschaft und die Pendler in unserem Land.

Meine Damen und Herren, die Ökosteuer schwächt die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger.

(Mertes, SPD: Vor einem halben Jahr
wussten Sie noch gar nicht,
dass es so etwas gibt!)

- Herr Mertes, das ist kein Grund, in Lächerlichkeit zu verfallen. Sie beeinträchtigt in erheblichem Umfang die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Damit wird nicht nur die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert. Mit dieser Energiesteuer werden Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Insoweit bleibt abschließend noch festzuhalten, dass diese rot-grüne Ökosteuer ohne jeglichen Nutzen für die Umwelt und die Arbeitsplätze ist. Sie diskreditiert die Anliegen des Umweltschutzes und lässt den kleinen Mann für diesen Unsinn noch die Zeche bezahlen. Das ist das Ergebnis dieser Ökosteuer.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Hering.

Abg. Hering, SPD:

Herr Jullien, wenn Ihre Rede - dafür spricht einiges - so zutreffend war wie die Zahlen, die Sie präsentiert haben, ist das vertane Zeit gewesen.

(Beifall der SPD)

Sie haben unter Beweis gestellt, dass die finanzpolitischen Strauchdiebe von gestern nicht die Beschützer der Portemonnaies der Bürger von heute sein können.

(Beifall der SPD)

Der Kollege Mertes hat in seiner kollegialen Art angeboten, dass er als Vorsitzender der Volkshochschule durchaus bereit wäre, Ihnen einen Gutschein über einen Kurs über die Grundrechenarten zukommen zu lassen.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Spaß beiseite.

Herr Jullien, in Ihrer gesamten Rede wurde auch deutlich, dass Sie mit keinem Satz und keinem Wort darauf eingangen sind, um welchen Grundansatz es in der gesamten Diskussion

geht. Nicht nur in der Sozialdemokratie und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern in der gesamten Gesellschaft und in allen Parteien wird darüber nachgedacht, wie die Belastungsarchitektur, die steuerliche Abgabenbelastung, geändert werden kann.

Es herrscht ein Grundkonsens darüber, dass der Faktor Arbeit entlastet werden muss. Wir wissen, dass wir aufgrund der desolaten Staatsfinanzen nicht in der Lage sind, die Entlastung abgabenneutral zu finanzieren, und dass wir eine andere Abgabe benötigen, um die Entlastung des Faktors Arbeit zum Teil gegenzufinanzieren. Es gibt verschiedene Modelle und Optionen.

Bei einer Option - diese wurde sogar in großem Konsens durchgeführt - handelte es sich um die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahre 1998, um die Lohnnebenkosten zu senken.

Ein weiterer Denkansatz, über den nicht nur die Regierungsparteien auf Bundesebene nachdenken, ist die ökologische Steuerreform. Das ist ein Kurswechsel, weil erstmals eine Abgabe erhöht wird, um die Lohnnebenkosten gegenzufinanzieren, die vom Bürger beeinflussbar ist. Der Bürger kann selbst beeinflussen, in welchem Umfang er von dieser zusätzlichen Abgabe belastet wird. Ihm ist es möglich, Energiekosten im privaten Haushalt und durch die Wahl eines benzinsparenden Autos einzusparen. Hier besteht die Möglichkeit, als mündiger Bürger ein Stück die Belastung zu regulieren.

(Glocke des Präsidenten)

Deutlich geworden ist auch, dass die rheinland-pfälzische CDU ein großes Stück in dem Diskussionsprozess der Union auf Bundes- und Länderebene hinterherhinkt. Das, was wir andenken und was diskutiert wird, ist für andere Unionsparteien - das muss man anerkennen - selbst im tiefen Bayerischen Wald eine Selbstverständlichkeit. So weit scheinen offensichtlich die rheinland-pfälzische CDU und insbesondere Sie, Herr Jullien, nicht zu sein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es spricht die Abgeordnete Frau Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass außer den grundsätzlichen Überlegungen in der ökologischen Steuerreform, nämlich der Senkung der Arbeitskosten und der Erhöhung der Kosten für den Ressourcenverbrauch, ein weiterer Grundgedanke einer ökologischen Steuerreform betrachtet werden muss. Ich glaube, dass Herr Kuhn dies mit seinem aufgestellten Kuhn'schen Axiom immer noch nicht begriffen hat.

Herr Kuhn, ein weiterer Grundgedanke ist, dass die Verteuerung der Energie, der natürlichen Ressourcen, verstetigt werden muss. Genau das ist in diesen verschiedenen Stufen beinhaltet.

Natürlich kommt man bei einer ökologischen Steuerreform nicht damit weiter, indem man sagt, dass man zuerst eine und zehn Jahre später noch einmal eine Stufe vornimmt. Der Grundgedanke ist eine stetige Verteuerung, die sicherlich in einem Maß getroffen wurde, das, wenn wir die ökologische Lenkungswirkung betrachten, unserer Meinung nach vor allen Dingen im Mineralölsteuerbereich, aber auch hinsichtlich der Besteuerung anderer Energieträger, nämlich gerade ökologisch sehr bedenklicher Energieträger bei der Stromproduktion - ich nenne als Stichwort die Ungleichbehandlung von Erdgas und Kohle -, hätte anders aussehen müssen.

Wir Bündnisgrünen haben uns nicht zuletzt auch wegen des Getöses, das zum Teil die CDU veranstaltet hat, in dieser Form nicht durchsetzen können.

Ich will noch eine Bemerkung zu der Frage der ungleichen Belastung der Privatverbraucher und der Unternehmen machen. Ich kann mich noch gut an die Protestschreiben der BASF, an gewisse zusätzliche Schreiben aus dem Umfeld der BASF und auf das Drängen erinnern, als zunächst einmal in übertriebenem Maß die Auswirkungen der Ökosteuer von der BASF beschrieben wurden.

Es wurde gesagt, wenn die erste Stufe der Ökosteuer so kommt, wie die Bundesregierung sie beabsichtigt, sind wir mit 130 Millionen DM belastet. Durch die veränderten Berechnungen kommt es tatsächlich zu einer Ökosteuerzahlung der BASF in Höhe von 15,6 Millionen DM.

(Glocke des Präsidenten -
Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Ich erinnere daran, was die BASF an Strafe für die Preisabsprachen im Vitaminbereich „abdrückt". Das sind zunächst einmal 500 Millionen. Weitere Klagen stehen noch an.

(Itzek, SPD: Dollar!)

Das muss man einmal in eine Relation stellen, wenn man über diese Belastung der ökologischen Steuerreform diskutiert. Man sollte nicht jedem lauten Getöse, sei es von Großunternehmen und von der CDU, auf den Leim gehen. Das muss man in Relation stellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Creutzmann.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein Treppenwitz - so muss man sagen -, der dadurch entstanden ist, dass die von der letzten Bundesregierung und insbesondere von dem damaligen Wirtschaftsminister, Herrn Rexrodt, eingeleitete Liberalisierung des Strommarkts, die den Unternehmen in Deutschland und in Zukunft den privaten Haushalten viel Geld erspart - sie wurden damals dafür beschimpft - von der jetzigen Bundesregierung durch eine Erhöhung der Stromsteuern teilweise wieder konterkariert wird. Wir müssen froh sein - dies wirkt sich natürlich auch auf die Inflationsrate aus -, dass die Liberalisierung im Strommarkt fortschreitet mit all den problematischen Konsequenzen, aber es kommt beim Verbraucher und bei den Unternehmen an, weil wir die höchsten Strompreise in Europa hatten und auch noch haben.

(Itzek, SPD: Für die Unternehmen!)

- Für die Unternehmen. Herr Itzek, es kommt auch jetzt bei den Privaten an. Das können Sie doch lesen. Alle Stadtwerke kündigen es an. Es ist auch nicht durchzuhalten, dass wir nur die Industrie bevorzugen und den Verbraucher nicht. Herr Itzek, das lässt sich der Verbraucher überhaupt nicht gefallen. Das ist recht so. Das ist die erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Wenn die Ökosteuer eine Lenkungswirkung entfalten will oder muss, Frau Thomas, dann müsste sie ganz streng und ganz schnell nach oben verändert werden, damit sich das Verbraucherverhalten ändert. Sie müssen allerdings auch wissen, dass die deutschen Unternehmen immer daran interessiert waren, möglichst Energie zu sparen. Weil dies der Fall ist, haben sie alle Maßnahmen, die zur Energieeinsparung führen, schon ergriffen. Sie sehen, auch die deutsche Automobilindustrie hat permanent Autos auf den Markt gebracht, die einen geringeren Verbrauch verursachen.

Nun sage ich noch eines: Es ist ein Treppenwitz mit der ökologischen Steuer. Sie müssten, um die Lohnnebenkosten dramatisch senken zu können, alle auffordern, mehr zu heizen, mehr zu fahren,

(Beifall bei der CDU)

damit Sie die Chance haben, die Lohnnebenkosten zu senken.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir empfehlen Ihnen: Packen Sie die Reformen im Sozialversicherungsbereich an, dann können wir dauerhaft die Lohnnebenkosten senken, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache und unterbreche die Sitzung zur Mittagspause.

Wir beginnen wieder um 13.15 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.13 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 13.15 Uhr.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Trassenpreise der Deutschen Bahn AG
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/3820 -

dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr
- Drucksache 13/4445 -

Schritte zum fairen Wettbewerb im Verkehr/
Durch eine Senkung der Trassenpreise mehr
Verkehr auf die Schiene bringen
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Entschließung -
- Drucksache 13/4618 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile der Berichterstatterin, der Abgeordneten Frau Kiltz, das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich werde mich kurz fassen, da Herr Schwarz schon ganz ungeduldig ist.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat in seiner 28. Sitzung am 17. Juni 1999 den Antrag der SPD beraten. Die Beschlussempfehlung empfiehlt die Annahme des Antrags.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen eigenen Antrag angekündigt, der Ihnen inzwischen in der Drucksache 13/4618 vorliegt.

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel der Bahnreform war es, mehr Wettbewerb auf der Schiene und damit die Qualität des Schienenpersonen- und -güterverkehrs zu stärken. Die Diskussion, die wir derzeit im Zusammenhang mit den Trassenpreisen führen, macht im Grunde genommen einen der Grundfehler dieser Bahnreform deutlich. Das heißt, nach wie vor ist die Deutsche Bahn AG Eigentümer, Besitzer des Schienenwegs und damit in der Lage, die Preise für die Schiene festzulegen. Was im Grunde genommen die Schwierigkeit der Deutschen Bahn AG, des Bereichs Netz, ausmacht, ist, dass sie nach wie vor ihre Kosten für die Instandsetzung und für den Neubau selbst erwirtschaften muss.

Bis zum Mai 1988 gab es noch eine allen zugängliche und öffentliche Liste, aus der man relativ leicht erkennen konnte, was nun der Zugkilometer auf der entsprechenden Trasse kostet. Danach hat die Deutsche Bahn AG ein neues System herausgebracht. Es gibt zwei Möglichkeiten, Kosten mit dem Nutzer der Trasse abzurechnen. Das eine ist der Vario-Preis, der relativ teuer ist, und der zweite ist der billigere Infra-Card-Preis.

Das Problem ist, dass bei dem billigeren Infra-Card-Preis Strecken mit einer bestimmten Netzlänge fixiert sind, das heißt, es war ursprünglich einmal so, dass im Nahverkehr 100 km angesetzt waren. Das war für Nahverkehrsunternehmen überhaupt kein Thema.

Im Fernverkehr, in dem private und auch nicht bundeseigene Bahnen weniger fahren, sind es 800 km und im Güterverkehr - das ist schon das Problem - sind es 250 km. Bei der Eifel-Pellenzbahn - das ist die Strecke von Andernach nach Mayen - bedient man rund 340 000 Zugkilometer im Jahr. Dafür muss der Nutzer dieser Strecke, wenn er den Vario-Preis in Anspruch nimmt, 2,3 Millionen DM aufwenden. Wenn er den billigeren Infra-Card-Preis nehmen würde, müsste er 2 033 000 DM aufbringen.

Allein die Höhe - 2 Millionen DM - bedeutet schon, dass der Betreiber einer solchen Strecke, wenn er seine Kalkulation in Bezug auf die Fahrpreise macht, einen erheblichen Nachteil hat, um dort im Wettbewerb bestehen zu können. Das führt dazu, dass die nicht bundeseigenen Bahnen - die privaten Bahnen - sich massiv dagegen wehren, dass die Deutsche Bahnnetz AG einmal ihre Kalkulation nicht offen legt, wie sie zu diesen hohen Preisen kommt, und zum Zweiten die Deutsche Bahn AG damit natürlich auch dort, wo Strecken ausgeschrieben werden, immer einen kleinen Wettbewerbsvorteil hat.

Damals haben wir auch in diesem Hause darüber diskutiert, als es um die Bahnreform ging, ob es nicht möglich ist - das war sogar unsere Forderung -, praktisch so zu verfahren, dass man das Netz aus dem Verbund Deutsche Bahn AG herausnimmt und zum Beispiel der Bund Betreiber dieser Netze wäre. Damit bekommt er die Möglichkeit, dass Fernstrecken und Nahstrecken anders kalkuliert werden könnten.

Wir erleben es - wir haben heute Morgen darüber diskutiert -, dass auf einer Strecke von Köln nach Frankfurt unter Umständen am Tage zwölf Züge fahren. Das heißt, diese zwölf Züge müssten normalerweise den Trassenpreis einfahren. Unter diesen Bedingungen - so kann ich mir das vorstellen - wäre ein wettbewerbsfähiger Preis mit einer Fluggesellschaft überhaupt nicht mehr realisierbar.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das führt dazu, dass wir, wenn wir mit den Nahverkehrsunternehmen reden, ein großes Problem haben, weil diese Quersubventionierung nicht stattfindet. Aus dem Nahverkehr steht also eine Menge Geld, das dort eingefahren wird, zur Verfügung, weil dort richtig bestellt wird und weil man dort zwischenzeitlich richtig bedient. Dies werden wir nicht mehr zurückdrehen können. Es gibt keine Hinweise darauf, dass man sich bemüht, das zu verändern.

Wir haben ein zweites massives Problem. Wir nehmen in Deutschland von den Bedienern oder Nutzern der Strecke Trassenpreise. Wenn wir aber in das europäische Ausland fahren wollen, gibt es das Problem mit der Harmonisierung. Es muss also auch auf diesem Weg etwas getan werden. Es wird notwendig sein, zum Beispiel mit den Franzosen darüber zu reden, ob wir zu einer vernünftigen Regelung kommen können.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Kiltz?

Abg. Schwarz, SPD:

Frau Kiltz und ich haben bereits alle Zwischenfragen erledigt.

Das, was für uns im Zusammenhang mit unserem Antrag wichtig ist, zielt auf eine Senkung der Trassenpreise ab. Das wird wahrscheinlich nur möglich sein, wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass wir eine Offenlegung der Kosten bekommen, das heißt also, dass die Trasse so bezahlt wird, wie sie zum einen in ihrem Zustand ist und wie sie zum anderen genutzt wird.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir es erreichen müssen, dass der Zugang zu den Netzen der Deutschen Bahn AG für nichtbundeseigene Bahnen einfacher wird.

(Glocke des Präsidenten)

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich sagen, dass wir über ihn ausgiebig diskutiert haben. Im Grunde genommen enthält dieser Antrag all diese Dinge - nehmen wir einmal den Wettbewerb heraus, Frau Kiltz -, die unser Antrag abdeckt. Wir sind der Meinung, dass es eigentlich

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein schöner Antrag ist!)

Zeit gewesen wäre, rechtzeitig mit Ihrem Antrag zu kommen. Wir hätten im Ausschuss darüber miteinander reden können.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Schwarz, SPD:

Da wir uns in der Zielrichtung relativ einig sind, hätten wir Ihren Antrag vielleicht noch einbauen können. Es tut mir Leid, unter diesen Umständen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Senioren aus Pirmasens. Seien Sie herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über ein Thema, dem es gut angestanden hätte, wenn wir eine Entscheidung zu den vorliegenden Anträgen erst treffen würden, nachdem der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der kommenden Woche die Deutsche Bahn AG besucht und dort Gespräche über dieses Thema geführt hat. Aber das hat sich offensichtlich terminlich nicht erreichen lassen. Wir wären unsererseits bereit, den Antrag und die Entschließung zurückzustellen, wenn die anderen Fraktionen damit einverstanden wären.

(Schwarz, SPD: Wir sind nicht bei der Bahn AG, sondern bei Cargo! Cargo ist genauso ein Käufer wie alle anderen!)

- Gut, Teilen der Bahn AG. Einverstanden? Mit denen können wir über das Thema reden. Wir werden ganz sicher mit ihnen über das Thema reden.

Wie dem auch sei, wir sind uns weitgehend einig, dass es ein Problem gibt. Wir sind uns auch darüber einig, dass die Bahnreform noch nicht in allen Punkten den erhofften Erfolg hatte. Einer dieser unbefriedigenden Punkte ist der Wettbewerb auf der Schiene, und zwar zum einen - der Kollege Schwarz hat es teilweise angesprochen - der Wettbewerb zwischen der Bahn AG und den privaten Bahnen, den NE-Bahnen, zum anderen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern, also Schiene, Straße, Wasserweg. Es kommt als Drittes das von Herrn Schwarz angesprochene Problem zwischen der Deutschen Bahn AG und den ausländischen Bahnen hinzu.

Ich werde mit dem Letzten beginnen. Es ist so, dass in den meisten anderen Nachbarstaaten der Schienenweg vom Staat über Steuern finanziert wird, während die Bahn in Deutschland den Schienenweg selbst finanzieren muss. Das hat Auswirkungen auf den Trassenpreis, zu dem die Netz AG den übrigen Unternehmen der Bahn, die Personen und Güter befördern, aber auch den Privaten Bahnen Schienen vermietet. Das Beispiel, das der Kollege Dr. Gölter schon bei vielen Anlässen vorgetragen hat, ist sehr einleuchtend. Wenn Güter von der Ostsee über Polen, Tschechien, Österreich auf diesem Weg billiger und günstiger an einen Hafen in Italien befördert werden können als auf dem weit kürzeren Weg über Deutschland, dann ist das ein Problem. Ähnlich ist es auch beim Personenverkehr. Schuld daran sind in erster Linie die hohen Trassenkosten in Deutschland, die in vollem Umfang über die Preise zu decken sind. Das zu ändern, das heißt, meine Damen und Herren, als Staat viel, viel Geld in die Hand nehmen zu müssen. Solange man das Geld aber für alles Mögliche in Bonn und im Land ausgibt, so lange werden wir keine oder kaum Freiräume für die öffentliche Finanzierung der Schienenwege haben.

Bei der Straße gehen wir tendenziell einen anderen Weg, indem wir immer mehr privat zulasten der Zukunft finanzieren, weil der Staat das Geld unmittelbar dafür nicht hat.

Ich bin im Übrigen der Meinung - ich will das an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen -, dass die Bereitstellung von Infrastruktur - dazu gehört neben dem Wasserweg und dem Straßenweg unzweifelhaft auch die Schiene - eine der wenigen zentralen öffentlichen Aufgaben ist, für die die öffentliche Hand zu sorgen hat. Aber davon sind wir weit entfernt. Der Bundesrat hat einem entsprechenden Vorschlag der Europäischen Union in einem von der Landesregierung mit formulierten Beschluss - so heißt es im Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - widersprochen. Insofern bin ich darauf gespannt, wie sich die Regierung heute zu dem Antrag der Fraktion der SPD, der tendenziell diese Forderung auch enthält, verhält.

Zur Wettbewerbssituation zwischen Bahn AG und privaten Bahnen. Diese Situation ist sehr unbefriedigend. Die Netz AG

gibt offensichtlich Trassenpreisrabatte - der Kollege Schwarz hat dies angesprochen - an die im Rahmen der Bahnholding mit ihr verbundene Bahnunternehmen für Güter und Personen; Rabatte, die den Privaten offensichtlich nicht gewährt werden. Das wird mit Marktwirtschaft begründet. Das ist im Grunde richtig, führt aber zu der Situation, dass die NE-Bahnen und die privaten Bahnen erst gar nicht in die Situation kommen, in einen Wettbewerb treten zu können, der eigentlich mit der Bahnreform beabsichtigt war. Da könnten öffentliche Zuschüsse helfen, aber das wäre aus meiner Sicht auch keine Dauerlösung. Hierzu brauchen wir andere Lösungen. Mit Blick auf die vorgeschlagene europäische Beschwerdeinstanz, mit Blick auf das bestehende Eisenbahnbundesamt ist den privaten Bahnunternehmen, die davon betroffen sind, zu empfehlen, dass sie sich beim Eisenbahnbundesamt, das für Ordnung zu sorgen hat, beschweren, damit von dort für Ordnung gesorgt wird.

Meine Damen und Herren, soll die Schiene in Deutschland eine Zukunft haben, muss die Bahn AG flexibler, moderner und vor allem schneller werden. Dann braucht sie die beschriebenen Schutzregelungen auch nicht mehr. Wenn der Bundesverkehrsminister die Bahn in den letzten Tagen kritisiert hat, weil sie Güter mit einem Durchschnittstempo von sage und schreibe 18 Stundenkilometern einschließlich der Standzeiten befördert,

(Glocke des Präsidenten)

dann ist er in seiner Kritik von uns auch zu unterstützen.

Ich komme zum Schluss. Auch wenn wir nicht in allen Detailformulierungen mit dem Antrag der SPD-Fraktion und mit dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übereinstimmen, so tragen wir die Zielrichtung mit, weil wir sie für richtig halten. Deshalb stimmen wir sowohl dem Antrag der SPD-Fraktion als auch dem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Mir ist unverständlich, weshalb die SPD-Fraktion aus offensichtlich taktischen Gründen den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen will, wenn sie den eigenen Antrag unterstützt.

(Mertes, SPD: Eine perfide Unterstellung!)

Er hat die gleiche Zielrichtung, ist ein bisschen konkreter und begründet aus meiner Sicht sehr gut die eigentlichen Sachverhalte.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Heinz, Sie haben das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Wiederbelebung stillgelegter Strecken und bei der Vergabe von Schienenstrecken an Private - sprich: nicht bundeseigene Bahnen - steht unser Land an der Spitze aller Bundesländer. Dies gilt sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. So konnte Rheinland-Pfalz auch auf kleineren, weniger befahrbaren Strecken die Beförderung auf dem Schienenweg erhalten und wiederbeleben.

Keine besonders glückliche Rolle spielt dabei allerdings die Deutsche Bahn AG. Ihr seit gut einem Jahr bestehendes Trassenpreissystem erschwert den Wettbewerb und die Übernahme von Schienenstrecken durch private Betreiber. Wir meinen, hier muss mehr Änderung und Flexibilität erfolgen; denn es kann nicht angehen, dass sich die Bahn AG aus der Fläche zurückzieht und gleichzeitig durch ein überzogenes Trassenpreissystem die Weiterführung oder die Wiederbelebung von in der Regel auch stark sanierungsbedürftigen Schienenstrecken durch private Betreiber, die diese Strecken erwerben wollen, durch zu horrende Preisforderungen das Geschäft erschwert oder unmöglich macht. Wenn man davon ausgeht, dass man als privater Betreiber teilweise marode Strecken übernehmen will und die Trassen komplett erneuern muss, dann kann es doch nicht sein, dass noch überhöhte Preisforderungen eine Rolle spielen. Dadurch wird das ganze System lahmgelegt. Das wollen wir nicht.

Deshalb unterstützt die F.D.P.-Fraktion den Antrag der SPD, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, bei Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG darauf hinzuwirken, die Nachteile des jetzigen Trassenpreissystems insbesondere im Hinblick auf einen fairen Wettbewerb und auf den Erhalt von Schienenstrecken in der Fläche zu ermöglichen respektive zu reformieren; denn das ist das Ansinnen aller in diesem Hause vertretenen Fraktionen. Herr Wirtschafts- und Verkehrsminister, wir bitten daher Sie und die Landesregierung, diesbezüglich initiativ zu sein. Ich denke, alle Fraktionen in diesem Hause werden Sie bei diesen Bemühungen flankierend unterstützen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Kollegin Frau Kiltz das Wort.

(Ministerpräsident Beck: Endlich!)

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute Morgen schwebte ein bisschen Hoffnung durch diesen Saal, dass doch einmal die politische Vernunft - -

(Zuruf von der SPD: Oh! - Schwarz, SPD: Ganz zaghaft!)

- Ja, genau. So zaghaft, Herr Schwarz.

- - über Fraktions- und Koalitionsdisziplin siegen könnte. Diese Hoffnung war sehr zart, sie ist leider wieder zerstoben.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Herr Franz Schwarz, ich kann Sie leider nicht dafür bedauern, dass Sie das bedauern. Mein Mitleid hält sich sehr in Grenzen, dass Sie sich wieder einmal vorführen lassen.

Aber nun zu den Anträgen. Wir sind - das haben wir auch deutlich gemacht - mit den Intentionen Ihres Antrags einverstanden, Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Er ist uns allerdings an zwei Punkten zu unkonkret und klammert - und das ist das Wichtigere - den intermodalen Wettbewerb zwischen Schiene und Straße aus.

(Schweitzer, SPD: Was haben Sie immer gegen uns?)

Wir haben deshalb den Entschließungsantrag vorgelegt, der zum einen die Nummer 3 Ihres Antrags konkretisiert und zum Zweiten eine Erweiterung auf die Dimension des Wettbewerbs zwischen Schiene und Straße vornimmt.

Wir wollen selbstverständlich genauso heftig wie die Kollegen Schwarz, Bracht und Heinz den Wettbewerb auf der Schiene selbst ermöglichen, weil wir damit die Flexibilität und Attraktivität der Verkehrsdienstleistungen auf der Schiene erhöhen wollen. Deshalb sind auch wir dafür, sich mit der Deutschen Bahn AG konstruktiv auseinander zu setzen, um eine Änderung dieses Infra-Card-Systems zu erreichen, das die NE-Bahnen benachteiligt.

Meine Damen und Herren, aber das Grundübel ist doch ein anderes, weshalb es mit der Verlagerung von der Straße auf die Schiene nicht vorangeht, sondern Rückschritte zu verzeichnen sind. Das Grundübel liegt ganz woanders. Herr Kollege Schwarz, es ist Ihr Parteikollege - so glaube ich -, nämlich Landrat Kalbfuß, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zweckverbandes Süd auf einem der letzten Nahverkehrstage das Problem auf den Punkt gebracht hat. Ich darf zitieren:

„Wenn wir den Schienenpersonennahverkehr" - das gilt für den Güterverkehr noch viel stärker - „wirklich stärken wollen, dann muss er gleichgestellt werden mit dem straßengebundenen Verkehr."

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

„Das bedeutet, dass die Kosten für den Schienenverkehrsweg als Kosten der allgemeinen öffentlichen Infrastruktur angesehen werden."

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Schwarz, SPD: Da hat er Recht!)

- Moment, Sie müssen unseren Antrag noch einmal richtig lesen. Sie hatten ihn doch heute Morgen schon verstanden.

Unser Antrag kommt dem Anliegen von Herrn Kalbfuß entgegen. Wir verfolgen damit das Ziel des fairen Wettbewerbs zwischen Schiene und Straße in vier Schritten.

Wir wollen zum Ersten vorübergehend - wohlgemerkt: vorübergehend - die Trassenpreise senken, damit ebenso vorübergehend der Bahntransport billiger und somit wirtschaftlich attraktiver für die verladende Industrie wird.

Zum Zweiten wollen wir zum Thema Trassenpreise eine EU-weite Harmonisierungsdiskussion, die derzeit begonnen hat, und daraus entwickelt eine Lösung für Deutschland und die EU erreichen, die sich zunächst auf der Basis der Grenzkosten entwickelt. Darüber könnten wir jetzt lange debattieren, aber dann würden wir das Plenum leer reden, weil es eine schwierige Debatte ist. In jedem Fall sollen schrittweise die Wegekosten aller Verkehrsträger in eine Vollkostenrechnung überführt werden.

Weiterhin wollen wir als ganz wichtigen Schritt in Richtung eines fairen Wettbewerbs eine entfernungsabhängige Schwerverkehrsabgabe für Lkws. Außerdem streben wir nicht nur eine Reform des Trassenpreissystems an, sondern insgesamt eine Überarbeitung der Netzzugangsbedingungen mit Hilfe einer Regulierungsbehörde - Sie sprechen sie auch in Ihrem Antrag an -, die jedoch mit Kompetenzen ausgestattet sein soll.

Ich möchte Ihnen nur ein paar Zahlen nennen, die den dringenden Handlungsbedarf in dieser Frage noch einmal verdeutlichen. Bundesweit ist die Menge der per Bahn beförderten Güter von 401 Millionen Tonnen in 1991 auf 317 Millionen Tonnen in 1997 zurückgegangen, Herr Mertes.

(Mertes, SPD: Ja!)

Im Vergleich zur Schiene ist der Gütertransport auf der Straße 1991 von dem schon sehr hohen Volumen in Höhe von

2 900 Millionen Tonnen nochmals auf 3 200 Millionen Tonnen im Jahr 1997 angestiegen.

(Ministerpräsident Beck: Weil er seinen Pfeifentabak nicht mehr über die Bahn bezieht! Das ist das Problem!)

Ich danke, damit wird noch einmal deutlich, dass wir handeln müssen. Von selbst passiert nichts. Die Bahn wird das so nicht schaffen. Natürlich muss sie außerdem flexibler werden. Das fordern wir alle gemeinsam immer wieder.

Werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und F.D.P., ich fordere Sie noch einmal auf: Gehen Sie diesen Schritt mit uns mit. - Es macht mir im Übrigen jetzt schon Spaß, zu sehen, wie Ihre Kollegen in Bonn auf Ihre heutige Entscheidung reagieren. Ich vermute, es wird sie sehr freuen; denn ich glaube, wir liegen in diesem Punkt überhaupt nicht so weit auseinander. Ich bitte noch einmal eindringlich um Zustimmung. Es wäre schön, wenn wir in dieser schwierigen Frage einmal einen gemeinsamen Plenarbeschluss zustande bekämen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

(Ministerpräsident Beck: Er erklärt uns, was intermodal ist!)

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kiltz hat den Eindruck erweckt, als sei der Antrag, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt hat, etwas Neues und Weitergehendes. Sie haben Recht.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weiter als Ihr Antrag!)

- Frau Kiltz, auch der Punkt mit dem Wettbewerb wird von uns weiterverfolgt. Wir haben im Ausschuss auch miteinander darüber geredet. Wir haben darüber gesprochen, dass sich gerade die Landesregierung in Rheinland-Pfalz sehr stark dafür einsetzt, dass Wettbewerb insbesondere auf der Schiene möglich wird.

Ich habe mich im Grunde genommen aus zwei Gründen gemeldet. Frau Kiltz, in Ihrem Antrag - das ist das Problem - wird niemand vorgeführt und lässt sich auch niemand vorführen. Ich habe Ihnen bereits gestern gesagt, das Ding hätte längst da sein können.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Antrag datiert vom 22. Dezember des vergangenen Jahres. Sie hatten also während der gesamten Beratung die Möglichkeit, Ihre Argumente einzubringen. Ich halte es für schwierig, dass man einen Tag vor der Beratung, wo das Thema im Grundsatz ausdiskutiert ist, plötzlich einen Antrag stellt, der zu 90 % das wiederholt, was auch in unserem Antrag enthalten ist.

(Mertes, SPD: Ja! - Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Problem. Es wäre überhaupt keine Schwierigkeit gewesen, über diesen Wettbewerbsgedanken zu diskutieren. Sie hätten ihn einbringen können.

Ich möchte noch einen letzten Punkt erwähnen: Sie reden davon, dass der Schienengüterverkehr nach und nach zurückgenommen wird. Dies hat aber auch einige Gründe. Sie werden erleben, dass die Statistik nach dem Jahre 1998 wieder nach oben gehen wird, weil zwischenzeitlich Private den Güterverkehr durchführen. Wir haben ein Problem. Dieses werden wir sicher auch mit Cargo diskutieren. Man muss das Management für Güter auf der Schiene auch wahrnehmen und darf nicht dazu übergehen, vorwiegend eine Tochter zu bedienen, die auf der Straße transportiert. Aber darum wird es auch gehen.

Wir werden auch darüber reden müssen - dies wird auch in der Diskussion bei den Haushaltsberatungen sein -, ob es uns gelingt, die Mittel, die wir derzeit zur Verfügung haben, um Schienenkapazitäten weiter auszubauen, dafür verwenden. Dafür wird es notwendig sein. Die Tatsache, dass wir Ihren Antrag ablehnen, hat nichts damit zu tun, dass sich irgendjemand vorführen lässt. Es hat nur etwas damit zu tun, dass man auch untereinander einen gewissen Stil wahren sollte.

(Beifall der SPD und der F.D.P. - Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seien Sie doch nicht so schulmeisterlich, Herr Schwarz!)

Vizepräsident Schuler:

Zur Erwiderung erteile ich der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schwarz, wie schön für Sie, dass Ihnen noch ein Grund eingefallen ist, warum man diesen Antrag ablehnen kann.

(Bruch, SPD: Das Niveau sollte doch gewahrt sein!)

Der Grund ist für Sie jetzt formal und liegt im Datum begründet. Ich habe im Ausschuss bereits sehr wohl gesagt, mir fehlt der intermodale Wettbewerb. Dieser spielt eine viel größere Rolle als der zwischen den Verkehrsträgern auf der Schiene. Deswegen reden Sie sich jetzt nicht so heraus.

Sie wissen ganz genau - das habe ich Ihnen heute Morgen erzählt, gestern und auch schon immer -, mir geht es nicht darum, jemanden vorzuführen. Die Frage ist nur, ob sich jemand in diese Rolle begibt. Dort ist niemand hineingedrängt worden. Das müssen die Leute schon selbst entscheiden, wie sie damit umgehen.

Ich würde Sie bitten, doch auf der inhaltlichen Ebene zu bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Staatsminister Bauckhage.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schwarz, das Problem mit einer Tochter und der Straße ist so eine Sache.

Die Bahnreform und die Regionalisierung des Nahverkehrs auf der Schiene haben die Möglichkeit eröffnet, Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs im Wettbewerb zu erbringen. In Rheinland-Pfalz ist in den vergangenen zwei Jahren diese Möglichkeit aktiv genutzt worden. Sechs Eisenbahnstrecken wurden ausgeschrieben und im Wettbewerb vergeben. Auf diesen Strecken werden knapp 10 % der in Rheinland-Pfalz gefahrenen Zugkilometer im Schienenpersonennahverkehr erbracht. Auf der Strecke Betzdorf - Dillenburg

(Schwarz, SPD: Wunderbar!)

wird im September dieses Jahres die neu gegründete Hellertalbahn GmbH, an der die rheinland-pfälzische Westerwaldbahn beteiligt ist, den Betrieb aufnehmen. Weitere Ausschreibungen werden derzeit geprüft. So möchten wir zusammen mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund die von Limburg ausgehenden Dieselstrecken ausschreiben.

Auch für die geplante S-Bahn Rhein-Neckar konnten nach Auffassung der Landesregierung die Leistungen nur im Wettbewerb vergeben werden. Ich muss sagen, bei dieser Landesregierung bzw. bei meinem Kollegen Verkehrsminister ist derzeit diese Offenheit für den Wettbewerb nicht so breit vorhanden.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Faktor für den Zugang von Eisenbahnverkehrsunternehmen zum Netz ist natürlich der Trassenpreis, der für die Infrastrukturbenutzung zu entrichten ist. Das ist fraglos so. Ich würde manchem einmal raten, sich mit den Sorgen und Nöten etwas näher zu befassen, die dort bei der DB Netz AG in diesem Geschäftsbereich vorhanden sind.

Das Ende Mai 1998 von der DB Netz AG eingeführte System sieht hier eine Preisbildung ähnlich den Tarifen im Versorgungsbereich vor. Der Preis setzt sich aus einem festen von der Benutzung unabhängigen Entgelt, der sogenannten Infra-Card, und einem variablen, also von der Nutzung abhängigen Entgelt zusammen. Für den Erwerb der Infra-Card wird im Schienenpersonennahverkehr zunächst eine zusammenhängende Streckenlänge von mindestens 100 Kilometern vorgegeben. Andernfalls werden erheblich teurere, sogenannte Vario-Preise zu entrichten sein. Nicht zuletzt wurde auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz diese Mindestlänge zwischenzeitlich auf 25 Kilometer reduziert. Dadurch kann auch jedes Eisenbahnverkehrsunternehmen in Rheinland-Pfalz auf kürzeren Stichstrecken den günstigeren Tarif nutzen.

Unabhängig hiervon überprüft derzeit das Bundeskartellamt die Trassenpreise der DB Netz AG. Wir haben dabei unsererseits die aktive Unterstützung zugesagt.

Die EU-Kommission hat kürzlich im Rahmen mehrerer Vorschläge zur Eisenbahninfrastrukturpolitik auch einen Vorschlag zur europaweiten Harmonisierung der Trassenpreise unterbreitet. Nach Auffassung der EU sollen die dabei nicht gedeckten Kosten - das sind im Wesentlichen die fixen Infrastrukturkosten - vom Staat getragen werden. Das ist eine Variante, die durchaus überlegenswert wäre, dies im Verhältnis zwischen Schiene und Straße.

Der Bundesrat hat dagegen mit Unterstützung von Rheinland-Pfalz die Auffassung vertreten, dass den Nutzern von Verkehrsinfrastrukturen, also auch Eisenbahntrassen, nicht nur die mit dem unmittelbaren Betrieb verbundenen Kosten anzulasten sind, sondern dass diese auch für die vollen Infrastrukturkosten aufkommen müssen. Andernfalls muss der Staat wieder erhebliche Subventionen leisten und der mit der Bahnreform beschrittene Weg der Anlastung der vollen Schienenwegekosten wieder verlassen werden.

Eine vorübergehende Senkung der Trassenpreise zur Stärkung der DB AG ist ohne Belastung des Bundeshaushalts oder ohne wesentlichen Mehrverkehr nicht möglich. Entweder muss es einen Mehrverkehr oder eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts geben. Ich glaube, dazu muss man nicht noch gesonderte Ausführungen machen.

Der Bundesrat hat außerdem die Gefahr gesehen, dass im Falle festgeschriebener staatlicher Subventionen die unternehmerischen Initiativen der Fahrwegebetreiber zur Kostensenkung und zur besseren Auslastung der Netze gelähmt wür-

den. Eine langfristige Absenkung der Trassenpreise ist nur durch Rationalisierungsbemühungen der Deutschen Bahn AG im Bereich der Leit- und Sicherungstechnik möglich.

Die Landesregierung unterstützt daher insbesondere die Einführung des so genannten Funkfahrbetriebs in Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung hat zugestimmt, dass eine Reihe dieser Projekte, zum Beispiel auf der Lautertalstrecke, nach dem Bundesschienenwegeausbaunetz vom Bund gefördert wird. Nach Auffassung der Landesregierung kommt es insbesondere darauf an, dass möglichst kurzfristig über die Anlastung der vollen Wegekosten bei allen Verkehrsträgern entschieden wird, damit dadurch faire Wettbewerbsbedingungen für die DB AG hergestellt werden können.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt daher insbesondere die Einführung einer elektronisch gestützten entfernungsabhängigen Wegekostenanlastung für den Lkw-Verkehr. Die Landesregierung wird auch in Zukunft alle Aktivitäten unterstützen, die einen Netzzugang ohne Benachteiligungen und ohne gerechte Anlastung der Wegekosten zum Ziel haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen unmittelbar über den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 13/3820 - ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei Enthaltung des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir stimmen nun über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - - Drucksache 13/4618 - ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Feststellung und Bewältigung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den Schulen in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4280 -

dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung
- Drucksache 13/4453 -

Ich darf die Kollegin Frau Brede-Hoffmann um die Berichterstattung bitten.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat in seiner 28. Sitzung am 17. Juni 1999 über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Feststellung und Bewältigung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den Schulen in Rheinland-Pfalz" beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Antrag wird abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Dahm, Sie haben das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, eines brauchen wir heute nicht zu machen, nämlich eine sehr umständliche Unterscheidung zu treffen, was struktureller Unterrichtsausfall oder temporärer Unterrichtsausfall ist.

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche einzustellen! Danke schön.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es geht - darüber sind wir uns hoffentlich einig - um den tatsächlichen Unterrichtsausfall an unseren Schulen. Es geht darum, festzustellen, wie viele Stunden erst gar nicht auf dem Stundenplan unserer Kinder und Jugendlichen auftauchen, obwohl sie nach der Stundentafel gehalten werden müssten. Es geht darum, zu wissen, wie viele Stunden im Stundenplan ganz ausfallen. Es geht darum, zu wissen, wie viele Unterrichtsstunden wegen einer Verhinderung der regulären Lehrkraft durch Vertretungskräfte gehalten werden, und es geht darum, zu wissen, in wie vielen Unterrichtsstunden fachfremde Lehrkräfte eingesetzt werden müssen.

Letztendlich geht es auch darum, zu wissen, wie viele der Unterrichtsstunden wegen einer Erkrankung der Lehrkraft oder wegen einer anderen Art der dienstlichen Verhinderung ausfallen oder vertreten werden. Wenn wir diesen Kenntnisstand haben, dann ist letztendlich das ganze Ausmaß des tatsächlichen Ausfalls an unseren Schulen erkennbar und beschreibbar. Erst dann kann man handeln.

Meine Damen und Herren, die Frage ist nur - diese Frage ist insbesondere an die Damen und Herren der SPD und der F.D.P. gerichtet -: Wollen Sie überhaupt das ganze Ausmaß des Unterrichtsausfalls wirklich wissen? Wollen Sie wirklich Klarheit darüber, was sich alltäglich an unseren Schulen abspielt?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dramatisierung!)

Ich befürchte nein, sonst würden Sie ein anderes Verhalten unserem Antrag gegenüber entgegenbringen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Bruch, SPD: Keine Drohungen bitte!)

- Herr Bruch, das ist keine Drohung. Das ist ein Skandal, dass Sie hier versuchen, zu vertuschen, wie viel Unterrichtsausfall letztendlich in allen unseren Schulen stattfindet;

(Bruch, SPD: Drohungen hier im hohen Hause! - Dr. Mertes, SPD: An unseren Schulen findet ordentlicher Unterricht statt!)

denn allerorts gibt es die Proteste. An jeder Schule gibt es die Proteste gegen den Unterrichtsausfall, und Sie wiegeln hier wiederum nur ab und schieben die Probleme auf angebliche Grippewellen unter Lehrkräften, denen man machtlos gegenüberstehe. Sie versuchen Ausflüchte jeglicher Art, um nur nicht das wahre Ausmaß feststellen zu müssen.

(Dr. Mertes, SPD: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, sowohl im Mai in einer Presseerklärung als auch im Juni im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, als über das Thema debattiert wurde, fiel Ihnen nur ein, darauf hinzuweisen, dass es keiner Aufforderung durch die GRÜNEN bedürfe, um sich über dieses Problem zu informieren.

(Bruch, SPD: Da ist was dran!)

Aber offensichtlich bedarf es doch der ständigen Aufforderung durch uns, damit Sie sich endlich dieses Themas annehmen.

(Bruch, SPD: Logisch! Opposition ist eine immer währende Aufgabe!)

Schließlich hat die Landesregierung im Mai dieses Jahres an einem Viertel aller Schulen in den Klassenstufen 5 bis 10 eine Erhebung durchgeführt, um sich ein eigenständiges Bild über den Vertretungsbedarf zu machen. Wahrscheinlich benötigen sie keine Aufforderung, um diese Ergebnisse endlich zu veröffentlichen.

Herr Zöllner, dennoch wollen wir wissen, welche Ergebnisse Sie vor drei Monaten erhoben haben. Wir wollen wissen, wie viele Stunden ausfallen, wie viele vertreten werden, wie viele Klassen zusammengelegt werden, wie viele Stunden von fachfremden Lehrkräften vertreten werden und in wie vielen Fällen der reguläre Unterricht weitergeführt werden konnte. Wir haben dieses Informationsbedürfnis.

Lassen Sie mich hinzufügen: Wer über eine Qualitätsoffensive und über Qualitätsmanagement hier in Rheinland-Pfalz redet und handeln will, der muss sich über die wahren Verhältnisse in unseren Schulen erst einmal klar werden, Herr Schmidt.

(Dr. Schmidt, SPD: Haben Sie etwas dagegen?)

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass nach wie vor nur der so genannte strukturelle Unterrichtsausfall, also der Ausfall, den die Landesregierung von vornherein einplant, weil sie zu wenig Lehrkräfte an die Schule zuweist, bis hinters Komma genau erhoben und veröffentlicht wird.

(Itzek, SPD: Von welchen Schulen reden Sie denn?)

Die Öffentlichkeit hat ein Interesse an dem tatsächlichen Ausmaß des Ausfalls. Sie hat das mehr als einmal artikuliert. Zahlreiche Elternvereinigungen, der Landeselternbeirat und die Lehrergewerkschaften dringen seit Jahren auf diese Informationen.

(Dr. Mertes, SPD: Seit Jahrzehnten!)

Deshalb können Sie nicht weiterhin in dieser Verweigerungshaltung verharren und immer wieder einen zu hohen Verwaltungsaufwand für die Erhebung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls geltend machen. In den Schulen werden Vertretungspläne erstellt.

(Lelle, CDU: Richtig! Jeden Tag!)

Ist es denn so unmöglich, in unserer heutigen Zeit mittels eines Computerprogramms diese Vertretungs- und Ausfallpläne zusammenzufassen, ohne dass es weitere Arbeit gibt? Ist das so unmöglich?

(Dr. Mertes, SPD: Keine Ahnung von Tuten und Blasen! Wirklich keine Ahnung! Überhaupt keine Ahnung! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Schmidt, es sind jetzt Taten notwendig. Sie müssen handeln. Die Phase des Zeitschindens ist einfach vorbei. Jetzt müssen die wahren Verhältnisse ans Licht kommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Itzek, SPD: Der redet von Sachen, die er gar nicht kennt!)

- Doch, ich habe eine Ahnung. Lesen Sie einmal die „dpa"-Meldung von gestern. In Baden-Württemberg wurden diese Untersuchungen gemacht. Sie wurden veröffentlicht. Welche Ergebnisse kommen heraus? Bis zu 7 % Unterricht fällt aus. Rechnen wir den strukturellen Ausfall noch dazu, dann sind wir bei dem Thema, das wir Ihnen hier seit Jahren vorhalten, dass bis zu 10 % Unterricht ausfällt.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Sie müssen jetzt endlich einmal darüber Buch führen. Sie müssen auch diese Stichprobenerhebung kontinuierlich machen, wie es Ihnen andere Bundesländer vormachen.

Meine Damen und Herren der SPD, Sie tun sich wirklich keinen Gefallen, wenn Sie heute erneut unseren vorliegenden Antrag zur Feststellung des Unterrichtsausfalls ablehnen. Das wird auf Sie zurückschlagen.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Schweitzer, ich erinnere Sie daran, gerade in der letzten Woche wurden Ihnen von einer Bürgerinitiative über 14 000 Unterschriften vorgelegt, und zwar von besorgten Eltern, die es einfach satt haben, dass weiterhin Unterricht an unseren Schulen ausfällt. Wenn Sie sich weiterhin diesen Aufforderungen widersetzen und die Betroffenen vertrösten wollen, dann werden Sie ein ernsthaftes Problem haben.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Frau Kollegin Brede-Hoffmann hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weniger Bürokratie, keine ineffektive Papierarbeit mehr, mehr Verantwortung vor Ort, das sind eigentlich die Schlagworte, über die wir uns hier doch eigentlich auch einig wären, wie ich dachte, Herr Dahm. Lösungsorientiertes Arbeiten - das hat uns die TIMSS-Studie gelehrt - ist eines der obersten Lehr- und Lernziele an den Schulen. Das haben wir meines Erachtens auch gelernt. Heute hören wir von Ihnen: Jetzt wollen wir erst einmal wieder neue Statistiken erarbeiten. Statistiken, Statistiken.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P. - Creutzmann, F.D.P.: So ist es!)

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen an unseren Schulen Listen ausfüllen. Wir werden Software entwickeln lassen, die die Schulleitungen und die Vertretungskräfte morgens in die Lage versetzt, erst einmal ausführlich im PC-Programm herumzuklicken. Ich denke, unsere Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen werden besser unterrichten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Kuhn, F.D.P.: Sehr gut!)

Herr Dahm, aus diesem Grund sehen wir nicht ein, warum über das hinaus, was in diesem Land tatsächlich schon an Erhebungen vorgenommen worden ist - Sie haben selbst darüber gesprochen -, erneut und in einem Maß, wie Sie es beschrieben haben - wir haben im Ausschuss darüber geredet -, neue Statistiken erarbeitet werden, die wirklich jede Grenze sprengen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wir haben im Ausschuss darüber geredet, was es wohl bedeutet, wenn das, was in den Büchern steht, dann auch noch jeden Tag, jede Woche, jeden Monat, ein ganzes Jahr lang flächendeckend im Land Rheinland-Pfalz übertragen werden muss. Die Schule bekommt dann ihren Statistikbeauftragten, die Bezirksregierung eine eigene Abteilung zur Aufarbeitung von Statistiken und in unserem Ministerium bin ich dafür, dass wir eine relativ starkköpfige Abteilung zur Auswertung von eingehenden Listen und Statistiken einrichten, damit das dann auch immer aufgearbeitet wird.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD - Schweitzer, SPD: Jawohl!)

Jedes Vierteljahr werden wir darüber einen dicken schweren Bericht an dieses Parlament bekommen, den - keine meiner Kolleginnen und Kollegen nehme mir das jetzt bitte krumm - dann keiner mehr von uns liest.

(Schweitzer, SPD: Doch, aber mit Ländervergleichen!)

- Sie und ich vielleicht und noch zwei, drei andere. Das mit den Ländervergleichen ist ein ausgesprochen guter Vorschlag, Herr Kollege. Wir können daran noch arbeiten, wie wir das Papier noch umfangreicher machen können.

Außerdem wollen Sie dann die Gründe der Vertretung sowie die Art und Weise der Vertretungskräfte aufgeschlüsselt ha-

ben. Zum Schluss - das muss ich ganz ehrlich sagen - beschleicht mich ein Gefühl, muss immer der Satz darunter: Jede Vertretungsstunde ist schlecht.

(Creutzmann, F.D.P.: Genau!)

Das - dies muss ich befürchten - sollten wir unseren Lehrerinnen und Lehrern nicht sagen.

(Creutzmann, F.D.P.: Sehr gut!)

Ich bin vielmehr der Meinung, wir werden unseren Lehrerinnen und Lehrern sagen, sie sind gute Lehrerinnen und Lehrer, und dann machen sie auch Vertretungsunterricht gut.

Herr Dahm, ich verspreche Ihnen eines, ich trage demnächst ein Täfelchen herum. Keiner von uns bestreitet oder hat bestritten, dass in diesem Land Unterrichtsausfall stattfindet, und jede Stunde davon ist zu viel. Wir bemühen uns, hieran zu arbeiten. Wir haben mehr Vertretungsmittel in diesem Haushalt, als je in diesem Land an Vertretungsmitteln zur Verfügung gestellt worden sind.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir haben zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Im letzten Jahr hat es 480 neue Planstellen gegeben. Wir haben mehr Referendariatsstellen, als es je gab. Wir haben neue und mehr Stellen überall im Bereich der Grundschule als Vertretungsreserven angeboten. Wir arbeiten an dem Versuch, Unterrichtsausfall auf einem möglichst hohen Niveau vertreten zu lassen.

(Beifall des Abg. Dr. Mertes, SPD)

Aber Vertretung ist notwendig, und unseren Vertretungskräften zu unterstellen, sie machen dies schlecht, motiviert diese sicherlich nicht, sondern bringt mehr oder weniger das Gefühl, dass es doch keiner akzeptiert, weshalb es auch egal ist, was im Vertretungsunterricht gemacht wird.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dies sollten wir hier aber nun wirklich nicht als Botschaft von uns geben. Was wir hier sollten - darüber würde ich gern diskutieren; hierfür sollten wir uns Zeit nehmen, im Ausschuss zu diskutieren -, ist, darüber nachzudenken, welche Unterstützung und Hilfe die einzelne Schule, der Schulleiter und die einzelne Lehrkraft, die Vertretung machen muss, braucht, um die Organisation für Vertretung und den Vertretungsunterricht zu effektivieren. Welche Qualifikationen müssen in der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung vermittelt werden, damit Lehrerinnen und Lehrer in der Lage sind, ihnen vielleicht völlig unbekannte Klassen sofort zu erfassen, den roten Faden des Vorgängers, der vielleicht erkrankt ist, sich in Weiterbildung oder sonst wo befindet, aufnehmen zu können, um den guten Vertretungsunterricht anbieten zu können?

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie soll das denn gehen?)

Wir sollten darüber reden, was in den Ausbildungen zusätzlich geschehen muss. Das ist viel wichtiger, als darüber zu reden, ob 15, 16 oder 17 Vertretungsstunden durch einen anderen Kollegen oder durch eine andere Kollegin adäquat erteilt worden sind; denn die Kinder haben diesen Unterricht bekommen.

Ich muss sagen, ich bekomme immer mehr Sorge, wenn ich Sie höre, dass es Ihnen eben nicht um die Qualität der Dinge geht, sondern um die Quantität, weil wir immer nur über Quantitäten reden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Lassen Sie uns lieber über Instrumente diskutieren, die unter dem Stichwort „Verantwortung vor Ort" den Schulen noch einmal angeboten werden. Epochalisierung von Unterricht ist doch eines der Instrumente, das bei einer Langzeiterkrankung in der Schule ergriffen werden kann. Wir ermutigen die Lehrerinnen und Lehrer hierzu. Wir ermutigen die Schulleitungen dazu, in dieser Form während eines Schuljahrs umzuentscheiden und umzuschwenken und nicht sklavisch an irgendwelchen Verordnungen hängen zu bleiben. Das war die Leitlinie, auf die wir uns zumindest zum Teil schon geeinigt hatten.

Jetzt sage ich Ihnen noch zum Schluss: Ich denke, wenn Sie dies unbedingt wünschen, dann trete ich beim nächsten Mal zum Thema „Unterrichtsausfall" an diesem Ort mit einem Täfelchen auf, auf dem steht, ja, wir haben Unterrichtsausfall, ja, wir würden auch gern mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen, aber wir stehen in einer hohen Haushaltsverantwortung, und dieser Haushaltsverantwortung stellen wir Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker uns.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Das, was finanzierbar ist, ist machbar, und das, was finanzierbar und machbar ist, verantworten wir, und dazu stehen wir.

Im nächsten Haushalt - Sie haben es gehört - wird das Ministerium eine noch größere Vertretungsreserve für die Grundschulen anbieten. Es wird der gleiche Ansatz für Vertretungskräfte im Haushalt zu finden sein. Aber wir werden über Organisationsverbesserungen diskutieren. Wir werden versuchen, das, was schon viel ist, zu effektivieren. Darin hätten wir gern Ihre Unterstützung und nicht den Wunsch nach mehr Statistik. Das ändert nämlich am Unterrichtsausfall wahrlich gar nichts.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich begrüße herzlich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder des VdK Konz. Meine Damen und Herren, seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Schuljahresbeginn hat Herr Minister Zöllner wie üblich eine Presseerklärung abgesetzt. Wenn man sich diese anschaut, stellt man fest, wie gehabt; denn wir müssen feststellen, es ist wieder eine reine Selbstbeweihräucherung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Zöllner, es ist interessant, was Sie nicht angesprochen haben. Es gibt kein einziges Wort zum Unterrichtsausfall, obwohl Sie wissen, dass dieses Thema bei den Eltern und Lehrern vordringlich ist und unter den Nägeln brennt. Die Arbeitsgemeinschaft Unterrichtsversorgung hat Ihnen vor wenigen Tagen 14 000 Unterschriften überreicht, und Sie wissen, dass dieses Problem weiter besteht.

(Keller, CDU: Hört, hört!)

Herr Zöllner, ich kann nur feststellen, Sie mogeln sich weiter um Ihre Verantwortung herum, obwohl Sie das immer wieder bestreiten.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Dahm hat inhaltlich schon einiges angesprochen. Die CDU hat diesem Antrag im Ausschuss zugestimmt, weil wir davon überzeugt sind, dass diese Erhebung längst überfällig ist.

(Beifall der CDU und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben in der Vergangenheit insbesondere über den strukturellen Unterrichtsausfall diskutiert, für den die Landesregierung ohne Zweifel uneingeschränkt die Verantwortung hat. Wir wissen alle, dass hierzu noch der tatsächliche Unterrichtsausfall an den Schulen vor Ort hinzukommt, und die Experten wissen auch, dass sich dieser Ausfall um die 10 % bewegt. Das kann man ohne Erhebung nicht genau definieren.

Herr Minister, aber Sie haben hier sinngemäß schon geäußert, die Qualität des Schulsystems hänge nicht vom Ausfall einer Unterrichtsstunde ab.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Dem kann ich nur zustimmen. Nur, bei 10 % Unterrichtsausfall ergibt das für einen Abiturienten hochgerechnet mehr als ein ganzes Jahr. Dies zeigt die Dimension. Dies macht den Unterrichtsausfall auch zum ersten Thema der Qualitätsdebatte, die wir wohl führen müssen.

Es ist vordringlichste Aufgabe der Landesregierung und von Ihnen als Minister, dies zu beseitigen. Betreiben wir doch eine Erhebung und eine Ursachenforschung, die damit einhergehen muss.

Ich will kurz auf die von der SPD im Ausschuss geäußerten Argumente eingehen. Da wurde diese Erhebung mit dem Begriff „Totalerhebung und Verschleuderung von Ressourcen" abgekanzelt.

(Dr. Mertes, SPD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, die Betroffenen, die das geäußert haben, haben damit gezeigt, dass sie keine Ahnung von Schule haben;

(Beifall der CDU und des Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

denn jeder Schulleiter weiß jeden Tag um den Ausfall in seiner Schule, weil dies auch unter anderem im Vertretungsplan festgehalten wird. Dort ist auch festgelegt und festgehalten, ob fachfremd unterrichtet wird. Also, das Ganze ist eine billige Diskreditierung des Anliegens. Dies hilft uns aber nicht weiter.

Herr Zöllner, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Landesregierung im Mai eine eigene Erhebung durchgeführt hat. Das ist gut und recht. Sie haben angekündigt, sie in Kürze zu veröffentlichen. Jetzt haben wir Ende August, und immer noch hüllt sich das Ministerium in Schweigen.

Auch zu dem Zeitpunkt eine Anmerkung: Natürlich bin ich auf der guten Seite, wenn ich kurz nach den Ferien im Mai eine solche Erhebung mache. Ich gestehe Ihnen zu, dass eine Erhebung während einer Grippewelle genauso schief wäre. Aber das spricht doch dafür, eine solche Erhebung über den Unterrichtsausfall systematisch zu betreiben. Nur bei einer durchgängigen Erhebung bekommen wir auch Klarheit und ein objektives Bild.

(Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Ein weiterer Gesichtspunkt: Die Erhebung würde Vorurteile gegen Lehrer heraufbeschwören. Herr Zöllner, Sie äußern immer wieder, dass Sie für Offenheit sind. Jawohl, Unsicherheit und Unwissenheit sind der Nährboden von Vorurteilen. Deshalb schaffen Sie Klarheit über den Unterrichtsausfall und die Ursachen.

Frau Brede-Hoffmann, ich kann mir nicht verkneifen, auch heute wieder auf Ihre Bemerkung einzugehen. Sie haben gesagt, Vertretungsgelder sind da, diese müssten nur abgerufen werden. Diese Äußerung ist draußen mehr als Verhöhnung empfunden worden. Sie ist draußen auf völliges Unverständnis gestoßen; denn die Leute haben etwas anderes erlebt.

(Keller, CDU: So ist es!)

Im Alltag der Schulen und der Schulleitungen hat sich nämlich gezeigt, dass man Anträge auf Vertretung gestellt hat und keine mit der Aussage bekommen hat, es ist kein Geld mehr da.

Jetzt kann ich im Moment nicht überprüfen, ob das stimmt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Sehen Sie!)

Aber da stellt sich für mich die Frage, entweder ist das System nicht in Ordnung oder aber der Minister hat das Ganze als Spartopf genutzt. Dann darf ich feststellen, dies wäre unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, eine exakte Erhebung und eine Erforschung der Ursachen liegt im Interesse aller. Meiner Meinung nach wird uns kein Abblocken und kein Verweigern helfen, sondern Offenheit und Klarheit.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir in der Schule mit unserer Zeit so leichtfertig umgehen würden, wie wir das aufgrund des von Ihnen produzierten Antrags heute tun, durch den wir Zeit verlieren, weil wir über diesen Antrag sprechen - wie schon so oft über dieses Thema gesprochen worden ist -, dann würde es schlecht um die Schule stehen. Das, was wir da tun, ist nicht gerade effizient. Dennoch müssen wir zu Ihrem Antrag einiges sagen. Ich werde einmal einige Punkte herausgreifen.

Zum einen wollen Sie, dass die Landesregierung feststellt, in wie vielen Unterrichtsstunden der reguläre Unterrichtsstoff inhaltlich weitergeführt werden konnte. Sie haben eine Lehrerin in der Fraktion. Fragen Sie sie einmal, wie eine solche Befragung umgesetzt werden kann und wie aussagekräftig eine solche Befragung ist. Das kann 0,1, aber das kann auch 100 sein. Das kann alles sein. Mit einer solchen Frage können Sie nichts erreichen. Das geht dann so weiter.

Es wird gefragt, in wie vielen Unterrichtsstunden fachfremde Lehrkräfte als Vertretungskräfte eingesetzt wurden. Was wollen Sie daraus ableiten? Dass die Schüler nicht ausreichend unterrichtet wurden? Das kann hochinteressant sein; das kann vom Feinsten sein. In der Realität ist das auch so. Was wollen Sie daraus ableiten? Sie können daraus gar nichts ableiten. Das bringt also gar nichts. Das, was Sie verlangen, ist nicht effizient. Das geht immer so weiter. Auch unter Nummer 4 wird das deutlich.

Ich bin gestern von einem Bekannten auf Folgendes aufmerksam gemacht worden. Ich will das nicht allzu sehr ins Lächerliche ziehen, aber das ist doch so pikant, weil es doch ein wenig dem Niveau Ihres Antrags entspricht. Wir haben festgestellt, dass in den fünfziger und sechziger Jahren die Zahl der Toilettengänge von Sextanern usw. relativ gering war und dass die Zahl der Toilettengänge im Laufe der Zeit zugenommen hat.

(Zuruf des Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dabei handelt es sich um entgangene Unterrichtszeit.

(Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit solchen Statistiken
beschäftigen Sie sich? -
Dr. Weiland, CDU: Das ist jetzt
keine Zeitverschwendung!)

- Nein, wenn Sie so fragen, kommt nichts dabei heraus.

Wir belasten damit die Schulen. Wenn wir das Geld, das diese Befragung kostet, in Lehrerstellen umwandeln würden, hätten wir etwas getan.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Es wäre besser, dieses Geld so einzusetzen.

Wir belasten die Schulen mit Bürokratie. Wir muten unseren Lehrern zu, länger zu arbeiten. Wir wissen, dass es Belastungen gibt, die außerhalb ihrer pädagogischen Arbeit liegen. Diese Belastungen müssen wir reduzieren und nicht noch aufblähen.

Sie wollen Bürokratie. Das passt auch in Ihr Weltbild. Insofern tut es mir eigentlich Leid, dass Herr Lelle die Schwächen in diesem Antrag nicht gesehen und die CDU diesem Antrag zugestimmt hat.

Meiner Meinung nach gibt es andere Themen in diesem Zusammenhang, mit denen wir uns beschäftigen sollten.

(Dr. Weiland, CDU: Beispiel!)

Wie gehen wir mit der Lernzeit der Schüler wirklich um? Es gibt die Zeit, die die Schüler zusammen mit dem Lehrer in der Schule verbringen. Es gibt auch die Zeit außerhalb am Nachmittag in der Halbtagsschule. Das ist unser System. Es gibt übrigens ganz neue Chancen, diese Lernzeit intelligenter zu nutzen und die Schüler zu mehr Selbstständigkeit zu erziehen.

Um nicht missverstanden zu werden, das soll das nicht heißen, dass wir im Geringsten daran denken sollten, die angestrebte Unterrichtszeit am Morgen zu reduzieren. Das wird es nicht geben. Sie können nicht leugnen, dass wir uns immer mehr dem Ziel nähern, den Unterrichtsausfall immer weiter zu reduzieren. Die Situation stellt sich in Rheinland-Pfalz auch im Vergleich mit anderen Bundesländern eigentlich als sehr gut dar.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Woher wissen Sie denn das?)

Schauen Sie sich einmal den Unterrichtsausfall in Rheinland-Pfalz im Ländervergleich an.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aus welcher Statistik haben Sie das?)

In Rheinland-Pfalz wird Unterricht in einem Ausmaß erteilt, an dem sich manche Bundesländer messen lassen sollten.

Zusammenfassend stelle ich fest: Wir halten nichts von einer Bürokratisierung. Jedes Vierteljahr soll eine Bilanz gezogen werden. Können Sie sich diesen wahnsinnigen Aufwand vorstellen?

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vierteljährlich soll eine Bilanz gezogen werden. Ob Herr Zöllner einmal darüber nachgedacht hat - wahrscheinlich hat er das nicht getan, weil der Antrag ohnehin abgelehnt wird -, wie viele Stellen dadurch gebunden würden? Es handelt sich also um eine typische grüne Bürokratisierung und Überreglementierung.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Das machen wir in der Schulpolitik nicht mit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN misst der Bewältigung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls eine zentrale Bedeutung zu.

Gleich vorweg: Das ist richtig, das ist gut so und ich freue mich über die Lernfähigkeit dieser Fraktion. Das war und ist eine Position der Landesregierung. Wenn das nicht unsere Position wäre, weshalb hätten wir uns sonst der sicherlich nicht vergnügungssteuerpflichtigen Veranstaltung unterzogen, ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bis zum Jahre 2010 aufzustellen,

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

wenn das auch nicht schon immer unsere Position und meine Position gewesen wäre? Herr Dahm, wieso hätte ich sonst in der Vergangenheit, als Sie in Konsequenz und Penetranz immer nur das eine Thema struktureller Unterrichtsausfall in diesem Raum diskutiert haben, darauf hingewiesen, dass wirklich entscheidend ist, was sich echt vor Ort in den Schulen an ausgefallenem und an nicht gehaltenem Unterricht abspielt? Wir haben uns nicht an den Zahlen des strukturellen Unterrichtsausfalls, den Sie so hochgehalten haben, festgehalten.

Meine Damen und Herren, wenn das so ist - dem ist so -, dass das ein zentrales Thema ist, und wenn die Bedeutung dieses Bereichs so groß ist, ist daraus nur zu folgern, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entweder überflüssig oder kontraproduktiv ist. Um den Antrag geht es. Im Antrag fordern die GRÜNEN in ihrer üblichen Herangehensweise zunächst einmal eine detaillierte pseudowissenschaftliche Erhebung zur Situationsanalyse über ein ganzes Jahr hinweg, Herr Dahm.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pseudo steht da nicht!)

- Das ist mein Adjektiv für die Bewertung eines solchen Ansatzes. Ich kann Ihnen auch gern erklären, was ich darunter verstehe: Das ist der Eindruck einer Wissenschaftlichkeit zur Erfassung der Wirklichkeit, die Sie damit sicher nicht erreichen.

(Beifall bei SPD und F.D.P. - Creutzmann, F.D.P.: Sehr gut!)

Mein Kommentar dazu lautet: Was wir zu diesem Problem wissen müssen, wissen wir. - Herr Dahm, ich bin mir sicher, Sie wissen das auch. Es ist Tatsache, dass der temporäre Unterrichtsausfall zu hoch ist. Das ist Tatsache. Jede ausgefallene Stunde ist eine Stunde zu viel. Wenn dem so ist, brauchen wir nicht zunächst einmal Untersuchungen über ein Jahr, bevor

wir tätig werden und bis wir ein Konzept vorlegen, wie es von Ihnen verlangt wird, sondern wir müssen sofort und schnell handeln.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber der Druck, der fehlt!)

Ferner fordern die GRÜNEN eine vierteljährliche Zwischenbilanz mit öffentlicher Diskussion im Parlament. So lautet Ihr Antrag. Herr Dahm, meinen Sie ernsthaft, dass eine laufende Diskussion den Betroffenen hilft, oder stimmen Sie mir zu, dass Reden und nicht Handeln - wie immer - gefragt ist.

(Zurufe von der CDU: Umgekehrt!)

- Richtig.

Ferner fordern die GRÜNEN, dass die Landesregierung nach einem Jahr ein Konzept vorlegt. Diese Landesregierung muss nicht zum Jagen getragen werden. Wir haben schon vor Ihrer Initiative eine entsprechende repräsentative Studie in Auftrag gegeben, die durchgeführt worden ist. Natürlich werde ich daraus Konsequenzen ziehen. Daher werden wir in Kürze die Ergebnisse und ein Konzept vorstellen, wie wir ein Problem angehen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Herr Dahm, ich sage Ihnen noch etwas: Für mich stellen solche Erhebungen keinen statistischen Selbstzweck dar.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Wenn eine Regierung so etwas macht - in diesem Fall ich -, erwarte ich, dass ich den Betroffenen nicht nur die Ergebnisse vorhalte, sondern dass ich Antworten gebe, wie man die Probleme angehen wird.

Wenn wir dieses Problem angehen wollen, sollten wir so ehrlich sein und sagen, dass das möglicherweise etwas mit Ressourcen zu tun hat und ein verantwortliches Konzept nur dann in diesem Zusammenhang präsentiert werden kann, wenn man zumindest ein Gefühl hat, was haushaltsmäßig in dem nächsten Doppelhaushalt möglich ist. Deswegen werde ich es erst dann tun, wenn tatsächliche Antworten möglich sind.

Sie beantragen in Nummer 4, in eine Diskussion über Qualitätssicherung an Schulen auch die sinnvolle Gestaltung von Vertretungsstunden mit einzubeziehen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich über fast alles gern diskutiere. Hierzu brauche ich jedoch keine Diskussion. Wer sich in dieser Frage erst eine Meinung bilden muss, hat weder die Bedeutung des Problems noch den Sinn von Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement erfasst.

Schließlich beantragen Sie unter Nummer 5, in einem geeigneten aussagefähigen Verfahren die Erkrankung der Lehrkräfte und ihre Ursachen systematisch zu erfassen und dabei auch eine Bewertung der spezifischen physischen und psychischen Belastungen vornehmen zu lassen, die Ergebnisse zu veröffentlichen und dem Landtag ein Konzept für präventive Maßnahmen vorzulegen.

Ich lasse es dahingestellt, ob eine solche systematische Erfassung von Erkrankungen mit einer Einzelanalyse der Ursachen überhaupt mit dem informellen Grundrecht auf Selbstbestimmung vereinbar wäre. Das kann ich nicht beurteilen. Das ist etwas, was Sie sonst bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel muss man den Erkrankungen von Lehrerinnen und Lehrern eine besondere Aufmerksamkeit widmen. Man muss sich um diese Erkrankungen mit der gleichen Aufmerksamkeit kümmern wie in allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, und zwar nicht mehr und nicht weniger. Das bedeutet ein permanentes verantwortungsvolles Umgehen mit den Problemen.

Wenn wir allerdings mit diesem Maßnahmebündel nach Ihrem ganzheitlichen, grundsätzlichen, bis in die Tiefe gehenden Ansatz vorgingen, würden wir nach zwei oder drei Jahren feststellen, dass die eigentlich relevanten Probleme weder quantitativ noch qualitativ anders als in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind. In der zwei Jahre lang laufenden Diskussion um das Dauerthema „kranke Lehrer" erreichen wir auch, dass Vorwürfe, die sich gegen Lehrerinnen und Lehrer an Stammtischen ansammeln, verstärkt werden.

(Beifall der SPD)

Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht wollen.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

- Dem habe ich gerade auch im Sinne des Ministerpräsidenten widersprochen.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag - das muss einmal ausgesprochen werden - ist ein typisches Beispiel grüner Bildungspolitik, und zwar allen wohl und niemand weh. Hierbei handelt es sich um eine Politik, die durch drei Punkte gekennzeichnet ist:

1. ein Reden von und über Probleme ohne konkrete Lösungsvorschläge,

2. die Unterstützung von Forderungen und Wünschen, egal, woher und von wem sie kommen. Hier wollen Sie 400 Lehrer mehr für die Volle Halbtagsschule - das bedeutet zwangsläufig 1 000 Lehrer für die anderen Schularten -, dort zusätzliche

Oberstufen, wenn eine Regionale Schule scheinbar in Schwierigkeiten ist. Sie sind gegen das verpflichtete Ansparen und die Kürzung der Altersermäßigung bei Einführung der Altersteilzeit und wollen gleichzeitig noch eine stärkere Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer.

Allein diese wenigen Punkte machen eine Größenordnung von überschlägig fast einer halben Milliarde DM zusätzlicher Kosten pro Jahr aus.

3. Zu der Finanzierung dieser Bildungspolitik höre ich nicht viel mehr - zumindest habe ich bisher nichts Konkretes gehört - als möglicherweise die Reduzierung der Straßenbaumittel, die schon bei der Hälfte des Weges von der Erreichung nur eines Ziels aufgespeist sind.

Meine Damen und Herren, über eine solche Politik mögen sich die Betroffenen ein Urteil bilden. Was ich darüber denke, können Sie sich vorstellen.

Die Reduzierung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den Schulen hat zur Voraussetzung, dass die Zuweisung von Lehrerinnen und Lehrern an die Schulen ein Schwerpunkt der Politik insgesamt ist. Wie ernst die Landesregierung dieses Problem nimmt, haben die letzten Jahre belegt. Ich möchte sie nicht mit einer Kette von Zahlen langweilen.

Nur ein Beleg: Die Personalmittel sind hier weit überproportional, das heißt auf Kosten anderer Politikbereiche im Land Rheinland-Pfalz gestiegen, und zwar seit 1991 um ca. 10 % mehr als in anderen Politikbereichen, was einer Größenordnung von 5 000 Stellen zugunsten der Schule auf Kosten von anderen ausmacht.

Die Vertretungsmittel, die angesprochen worden sind, haben sich in diesem Zeitraum auf fast 30 Millionen DM verdoppelt. Wie ernst wir die Vermeidung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls nehmen, belegt allein die Volle Halbtagsschule. Als erstes und einziges Flächenland sind wir dieses Problem für eine Schulart grundsätzlich und generell angegangen. Der Unterrichtsausfall bewegt sich unterhalb von 1 %. Die Betreuung ist in jedem Fall gewährleistet. Das sind Werte, von denen andere Bundesländer - Sie mögen lachen - nur träumen.

(Beifall der SPD -
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Herr Leile, dies ist keine alleinige Selbstwahrnehmung oder Selbstbeweihräucherung. Ich möchte Ihnen nur zwei Tatsachen nennen, die das belegen, und zwar

1. die Gesetzesvorlage der neuen hessischen Landesregierung, die letzten Endes die Absicht bekundet, genau dasselbe, was wir gemacht haben, auch in Hessen einzuführen und

(Glocke des Präsidenten)

2. eine Erklärung der CDU-Opposition im Saarland in der „FAZ", in der aufgeführt ist, dass die CDU, falls sie je die Chance haben sollte, dort Verantwortung zu übernehmen, beabsichtigt, nach rheinland-pfälzischem Vorbild im Saarland die Grundschule zu organisieren.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Vizepräsident Schuler:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Grützmacher?

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Gern, obwohl ich fast an meinem letzten Satz bin.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Da habe ich noch Glück gehabt.

Ich möchte kurz auf das zurückkommen, was Sie zur Vollen Halbtagsschule sagten. Sie sagten, dass dort der Unterrichtsausfall 1 % beträgt. Handelt es sich um den Unterrichtsausfall, der wirklich stattfindet oder um den strukturellen? Woher haben Sie diese Zahl?

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Diese Zahlen sind von einer flächendeckenden ganzheitlichen Erfassung der Grundschulen zu Beginn des Jahres, die wir dem Parlament und dem Ausschuss detailliert mitgeteilt haben. Sie beinhalten den tatsächlich ausgefallenen Unterricht und haben keinerlei Bezug zu einem irgendwie strukturellen Unterrichtsausfall.

Vizepräsident Schuler:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Kollegin Frau Grützmacher?

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Ja.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wäre es möglich, eine solche Untersuchung auch an anderen Schulen vorzunehmen?

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Es ist selbstverständlich möglich, an allen staatlichen Institutionen alle Kenntnisse, die an den Institutionen vorhanden sind, dauernd zu erfassen und zentral in den Computer einzuspeisen. Dass dieses nicht möglich ist, hat - so glaube ich - noch nie jemand behauptet. Auf jeden Fall würde ich es nicht behaupten.

Die Frage ist, ob es sinnvoll ist und in welchem Konzept man dies vornehmen muss. Diese Frage muss politisch entschieden werden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich hoffe, mit dem wenigen dargelegt zu haben, dass wir es mit der gleichen Konsequenz, mit der wir die anderen Probleme angegangen sind, zum Beispiel tatsächlich etwas flächendeckend gegen den temporären Unterrichtsausfall in der Grundschule zu unternehmen, auch in den anderen Schularten machen werden und wir dazu nicht eines Antrags, der primär nur zur statistischen Selbstdarstellung gestellt worden ist, bedürfen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einen Dank an die CDU aussprechen, dass sie diesem Antrag zustimmt.

Herr Zöllner, ich möchte auf einige Sachen antworten. Es ist schon ein Treppenwitz, wenn wir an dem heutigen Tag über den so genannten Aktionsplan Multimedia diskutieren und Sie und Frau Brede-Hoffmann sich hinstellen und meinen, man könne in Schulen keine PC-Programme bedienen, man könne nicht das, was man handschriftlich in Büchern führt, im PC vornehmen, stattdessen würden wir Bürokratie aufbauen.

Wenn Sie von unseren Lehrkräften in Rheinland-Pfalz ein solches Bild vermitteln und gleichzeitig meinen, Sie könnten mit einem 100-Millionen-Aktionsprogramm Multimedia etwas ändern, ohne sich mit den wirklichen Dingen zu beschäftigen, dann ist das traurig. So kann man Politik nicht gestalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Brede-Hoffmann, Sie haben sich ausschließlich mit der Nummer 2 unseres Antrags, nämlich der vierteljährlichen Bilanz, beschäftigt. Sie haben kein Wort zu dem gesagt, was wirklich Tatsache ist, nämlich wie viel Unterricht ausfällt. Sie sagen immer nur: Ja, es fällt vielleicht etwas aus oder es fällt etwas aus. - Wie viel fällt aus? Sie haben nur die quantitative Frage in Nummer 2 herausgezogen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Sie sind in der Landesregierung, Sie sind Regierungsfraktion. Von Ihnen fordern wir, dass Sie die qualitativen Konzepte auf den Tisch legen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Was ist denn KOSI 2010?)

Wenn Sie das nicht können, dann sagen Sie es. Wir werden es Ihnen vormachen, was qualitative Konzepte sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Brede-Hoffmann, wenn der Herr Minister sich hier hinstellt und unseren Antrag von Nummer 1 bis Nummer 5 durchgeht und bei jedem Punkt - lassen wir einmal die billige Polemik, die Bewertung weg - sagt: Wir machen das schon, wir machen eine Erhebung. - Gleichzeitig sagt er aber, wenn Sie eine Erhebung wollen, dann ist das falsch. Sie machen qualitative Konzepte, Sie machen eigentlich alles, Sie wollen eigentlich all das machen, was hier drinsteht. Sie sagen nur, weil es von den GRÜNEN kommt, weil wir das am 7. Mai 1999 beantragt haben und Sie anschließend die Sache in Auftrag gegeben haben, deswegen brauchen - - -

(Zuruf von der SPD)

- Wir haben dies am 7. Mai beantragt. Wenn Sie sagen, Sie haben am 7. Mai dieses Jahres diese Umfrage in Auftrag gegeben, dann darf ich Sie daran erinnern, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag eine eigene Exploration im November letzten Jahres an 80 Schulen dieses Landes gemacht hat. Daraus geht hervor, dass jede zehnte Unterrichtsstunde ausfällt. Bis heute sind Sie nicht in der Lage, dies hier zu widerlegen oder zu bestätigen. Dann ist das in der Tat ein sehr trauriges Bild Ihrer Regierungspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur hoffen, dass Sie diesen Antrag, wenn Sie ihm auch nicht zustimmen, doch wirklich inhaltlich umsetzen.

Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Frau Brede-Hoffmann, Sie haben noch eine Redezeit von drei Minuten.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wiederholt sich vieles. Ich glaube, diese Ausführungen, die wir eben von Ihnen gehört haben, kann man schon mindestens in zwei Protokollen nachlesen, weil sie eigentlich wortgleich schon so gehalten worden sind. Davon werden sie nicht richtiger. Sie fordern qualitative Konzepte ein; das ist auch ganz richtig. Aber Sie haben sie, dann lesen Sie sie doch bitte:

Was glauben Sie, was KOSI 2010 war? Was glauben Sie, was das Konzept der Ansparstunde ist? Was glauben Sie, was alle Maßnahmen sind, die das Ministerium unternimmt, vor und während der Ferien, um Zuweisungen von Lehrerinnen- und Lehrerstunden an den Schulen zu machen? Was glauben Sie, was das Konzept Pause war? Das waren die Konzepte, die notwendig waren, um nicht nur im Rahmen einer Legislaturperiode, sondern für einen Zeitraum bis zum Jahr 2010 Planungen vorzulegen, wie mit den prognostizierten Schülerinnen- und Schülerzahlen, die - Herr Lelle, Sie haben das erwähnt - in einem Maße angestiegen sind, wie sie wirklich schwierig zu bewältigen sind, wie mit diesem Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen umgegangen werden soll und wie für diese Schülerinnen und Schüler qualitativ der Unterricht gesichert werden soll. Diese Konzepte sind da.

Da hilft uns das Zählen von Fliegenbeinen im Jahr 1999 nicht; denn diese Konzepte sind im Jahre 1997 diskutiert und beschlossen worden. Herr Dahm, Sie werden umgesetzt. Unsere Konzepte, Moderatorinnen und Moderatoren auszubilden, damit sie den Grundschulen helfen, organisatorische Probleme zu bewältigen, um Unterrichtsausfall in den Grundschulen zu minimieren oder erst gar nicht stattfinden zu lassen, sind schon da und werden bereits umgesetzt. Unsere Ausbildungsstrukturen, die wir für Lehrerinnen und Lehrer haben, zu diskutieren und verändern zu wollen, sind die Qualitäten, die wir brauchen, um in den nächsten Jahren guten Unterricht zu machen.

Die gesamte Diskussion der Qualitätsoffensive sind die qualitativen Diskussionsstränge, die wir brauchen und machen, um guten Unterricht zu sichern und auch weiterhin stattfinden zu lassen. Nicht Fliegenbeine zählen. Ich versuche Ihnen, dass immer wieder auch im privaten Gespräch deutlich zu machen. Wenn ich irgendwelche Fliegenbeinchen gezählt habe, habe ich noch lange keine qualitativen Antworten, sondern ich habe einfach nur Zahlen. Wir haben die Zeit verwandt, das Ministerium hat dies dann umgesetzt, über die Konzepte dafür tatsächlich zu diskutieren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann müssten Sie eine Überprüfung nicht fürchten, Frau Brede-Hoffmann!)

- Frau Kollegin Thomas, wir befürchten diese Überprüfung auch nicht, aber wir fürchten die völlig unsinnige Arbeit für Schulen, Bezirksregierungen und Ministerium.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Diese würden wir in der Tat fürchten. Wir sind froh, dass sich das Ministerium in den vergangenen Wochen mit seinen Frauen und Männern darum gekümmert hat, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und nicht Auswertungen einer Untersuchung aus dem Mai zu schreiben, sondern jetzt, nachdem diese Unterrichtsversorgung, das heißt die Verteilung der Stunden, stattgefunden hat, diese Auswertung zu schreiben. Wir sind dankbar, dass es in dieser Reihenfolge gemacht worden ist und nicht anders.

(Glocke des Präsidenten)

Wir haben die qualitative Debatte geführt, Herr Kollege.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Keller das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schulen werden über das Jahr mit sehr vielen Statistiken bombardiert. Die Schulen sehen oft mit Recht nicht den Sinn dieser Statistik ein, aber sie können davon ausgehen, dass diese Statistik gern von den Schulen beantwortet werden würde, weil sie im Interesse der Schulen liegt, weil es darum geht, offen, schonungslos die wirklichen Missstände aufzudecken.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollen Sie nicht. Das ist es doch, was wir seit Jahren in den Ausschüssen und hier erleben. Konkrete Anträge werden von Ihnen nicht beantwortet mit der Begründung, der Verwaltungsaufwand sei zu hoch. Das ist alles nicht wahr.

Es wurde vorhin schon gesagt, die Schulen müssen Buch führen über Unterrichtsausfall, über Vertretung usw. Das kann man abrufen. Ob das jedes Vierteljahr geschieht oder halbjahresweise, das ist an sich egal. Ihnen fehlt der grundsätzliche Wille, weil Sie Angst vor diesen Ergebnissen haben,

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Sie kennen. Sie kennen die Ergebnisse. Im Mai haben Sie eine Umfrage gemacht. Jetzt wird das Parlament noch nicht einmal informiert.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein starkes Stück. Wir haben als Parlament auch ein Anrecht darauf, dass wir informiert werden. Der Widerstand formiert sich. Nicht nur die Eltern gehen mit Recht auf die Straße.

Vorhin wurde die Arbeitsgemeinschaft gegen Unterrichtsausfall an den Gymnasien erwähnt. Herr Minister Zöllner, Ihre eigenen Genossen lassen sich von Ihnen nicht mehr hinhalten.

(Lelle, CDU: Hört, hört!)

Vor wenigen Monaten wurde im SPD-Unterbezirk Neustadt eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung gegründet als Antwort auf - jetzt kommt ein Zitat - „die ständige Verschlechterung der Situation im Bildungswesen." - Hört, hört.

Darüber hinaus spricht die Arbeitsgemeinschaft von sich ständig verschlechternden Bedingungen im Bildungswesen und nennt Beispiele - mehr Belastung der Lehrer durch die zusätzliche Pflichtstunde.

Zur vollen Halbtagsstunde sagen sie, dass die 10%ige Arbeitszeiterhöhung viele Nachteile für die Schüler gebracht hat. Herr Minister, das ist nicht die böse Opposition, das sind Genossen.

Zum Unterrichtsausfall, zu unserem zentralen Thema heute, sagen die Pfälzer Genossen, Sie halten - Zitat - „die strukturellen und temporären Unterrichtsausfälle in dieser Höhe für nicht mehr vertretbar."

(Beifall bei der CDU)

Was nun, Herr Minister Zöllner? Betreiben die Pfälzer Genossen auch Panikmache wie die Opposition? Nachlesen können Sie diese kritischen Anmerkungen Ihrer Genossen in der Lokalausgabe der „Rheinpfalz", Bad Dürkheim, vom 30. April 1999. Wenn Sie schon nicht der Opposition glauben wollen, dann glauben Sie wenigstens Ihren Genossen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen dann unmittelbar zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4280 -. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Ich stelle fest, dass der Antrag mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. abgelehnt ist.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Aktionsplan Multimedia 1999 - 2001
Besprechung des Aktionsplans (Vorlage 13/3240)
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/4605 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Lais das Wort.

Abg. Lais, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Grundlage des Aktionsplans Multimedia bildet das Rheinland-Pfalz-Netz. Rheinland-Pfalz-inform (rlp-inform), so heißt dieses Netz, stellt die Informationsdrehscheibe für Multimedia in Rheinland-Pfalz dar. Die Arbeit von Rheinland-Pfalz-inform ist entsprechend dem Leitbild Multimedia auf sechs Aktionsfelder ausgerichtet, auf die ich hier kurz eingehen möchte.

1. Ausbau des Rheinland-Pfalz-Netzes: Das Rheinland-Pfalz-Netz ist das integrierte Verwaltungs-, Bildungs- und Wirtschaftsnetz des Landes. Der Backbone bietet derzeit eine Übertragungskapazität von 34 Megabit pro Sekunde, davon logisch getrennt 24 Megabit für das Bildungsnetz. Der weitere Ausbau bis zu 155 Megabit ist jederzeit möglich und wird vom kommenden Bedarf bestimmt.

2. Televerwaltung: Die Neuordnung der Landesverwaltung wie auch die verbleibenden Verwaltungsstrukturen werden technisch wesentlich durch die multifunktionale Leistungsfähigkeit des Rheinland-Pfalz-Netzes gestützt. Ziel ist es, Verwaltungsabläufe zu optimieren, Genehmigungsverfahren zu verkürzen und die Online-Aktivitäten zwischen Bürgern und Verwaltung auszuweiten.

3. Medienkompetenz: Der Umgang mit und die Nutzung von Multimedia wird zur unverzichtbaren Fähigkeit von Lernen, Lehren und Arbeiten. Die Vermittlung dieser neuen Technik ist ein Ziel von Bildung. Entsprechende Bildungsangebote und -strategien zu entwickeln, ist eine der vorrangigen Aufgaben. Konsequente Lehreraus- und -fortbildung und der Einsatz neuer Medien in den Schulen und außerschulischen Ausbildungsstätten gehören ebenso dazu wie das Angebot von Studiengängen im Internet.

4. Arbeitsplätze und Regionalentwicklung: Multimedia-Produkte und -dienstleistungen schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze und verbessern die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Organisationen. Flexiblere Arbeitszeiten sowie weitere Entkopplung von Arbeitsort und Betriebsstätte haben weit reichende Folgen für Arbeitsplätze, Beschäftigungsmöglichkeiten und Standort-Infrastrukturen. Vernetzte Forschung, Entwicklung, Produktion und Dienstleistungen im

Multimedia-Bereich sind für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung.

5. Medienwirtschaft: Die Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie zu Multimedia verändert die klassischen Medienbereiche grundsätzlich. Rheinland-Pfalz als führender Medienstandort wird die darin liegenden Chancen zu nutzen wissen.

6. Kooperationen und Partnerschaften: Der Weg von Rheinland-Pfalz in die Informations- und Wissensgesellschaft ist nur mit kompetenten Partnern gesichert. Deshalb bindet das Land private Unternehmen ebenso wie Forschungs- und Bildungseinrichtungen ein.

Meine Damen und Herren, das Leitbild Multimedia bedeutet deshalb für Rheinland-Pfalz

- Multimedia ist der Jobmotor Nummer 1 in unserem Land,

(Beifall bei der SPD)

- Rheinland-Pfalz ist die Hightech-Region.

Keine Region Europas beschäftigt anteilmäßig mehr Menschen in Sektoren der Hochtechnologie, wie das eine kürzlich vorgelegte Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Union belegt.

Wir haben - das bestreiten Sie immer - die schnellste Datenautobahn.

Das Rheinland-Pfalz-Netz weist die modernste Netzinfrastruktur eines deutschen Flächenlandes auf. Es gibt bereits Unternehmen, die sich im Lande Rheinland-Pfalz wegen der Sicherheit und Qualität unserer Datenautobahn angesiedelt haben. Nicht umsonst war das Rheinland-Pfalz-Netz auf der Cebit Präsentationsobjekt für die modernste Netzinfrastruktur in Deutschland.

Abgesehen von den im Leitbild festgelegten Aktionsfeldern hat die Landesregierung einen Aktionsplan Multimedia für die Jahre 1999 bis 2001 verabschiedet. Dieser Aktionsplan enthält 28 Leitprojekte, für die insgesamt 300 Millionen DM, also 100 Millionen DM jährlich, bereitgestellt werden sollen. Wir, die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause, unterstützen diesen Aktionsplan nachdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung den Aktionsplan heute näher vorstellen wird. Der Aktionsplan enthält nicht die Erfassung des strukturellen Unterrichtsausfalls, Herr Dahm - er ist im Augenblick nicht anwesend -, sondern enthält Leitprojekte, die uns in die Zukunft bringen. Deshalb begrüßen wir an dieser Stelle weitergehende Projekte. Beispielhaft seien hier genannt:

- der durchgeführte Multimedia-Wettbewerb zur Stärkung regionaler Initiativen - mit großem Erfolg durchgeführt -,

- die Schaffung einer Kooperationsplattform in Multimedia-Foren,

- die Entwicklung von Zukunftsperspektiven auf dem Multimedia-Kongress 1999 - wenn ich mich richtig erinnere, findet er am 30. September statt - und

- der Aufbau einer Kooperationsbörse - Stichwort ist hier der Medienatlas Rheinland-Pfalz -.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Kollege Mittrücker.

Abg. Mittrücker, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung dreht schon über zwei Jahre an der ersten Szene ihres Monumentalfilms Multimedia Rheinland-Pfalz. Dies ist die Klappe 6 und die erste Szene ist immer noch nicht im Kasten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie geben an, einen Monumentalfilm zu drehen, und haben immer noch nicht das Konzept für das Drehbuch. Da hilft Ihnen das gestern angekündigte deutsche Gigabyte-Netz mit Zentrale in Kaiserslautern auch nicht wesentlich weiter.

Das Multimedia-Programm der CDU-Fraktion in diesem Hause - dieses haben wir schon vor über zwei Jahren aufgelegt - hat Sie so aufgeschreckt, dass Sie bis heute zu keinem praktischen Ergebnis für die Bürger gekommen sind. Ich muss Ihnen einmal schlechte schauspielerische Leistungen aufzeigen:

1. Sie stimmten hier im Plenum gegen den Antrag der CDU-Fraktion „Rheinland-Pfalz-Online". Dennoch versuchen Sie, das CDU-Programm nachzuempfinden und legen Ihre Ergebnisse zwei Jahre später als Rheinland-Pfalz-inform vor.

2. Sie lehnten die von der CDU-Fraktion eingebrachte Forderung, 100 Millionen DM für Multimedia in Rheinland-Pfalz bereitzustellen, ab. Heute stellen Sie in Aussicht, 100 Millionen DM im multimedialen Bereich einzusetzen.

3. Wir forderten vor über zwei Jahren den Ausbau der Netzstruktur in Rheinland-Pfalz. Sie lehnten ab. Heute sprechen Sie über Regionalnetze und über Kreisnetze. Sie sprechen in Ihrem Aktionsplan Multimedia großspurig - ich darf wörtlich

zitieren -, „das Rheinland-Pfalz-Netz ist das integrierte Netz für Verwaltung, Bildung, Wirtschaft und der Bürger des Landes".

Meine Damen und Herren der Landesregierung, können Sie mir einmal erklären, wie heute der rheinland-pfälzische Bürger das Hochgeschwindigkeitsdatennetz, das Sie so sehr loben, nutzen kann? Ich sage es Ihnen: Eine direkte Nutzungsmöglichkeit für den Bürger gibt es heute immer noch nicht. Sie haben noch nicht einmal ein Konzept, wie Sie das realisieren wollen, geschweige denn darüber, wie Sie die Datensicherheit gewährleisten können; denn die Trennung staatlicher Daten, die der Geheimhaltung unterliegen, von den wirtschaftlichen Daten, die die Wirtschaft über das physikalisch gleiche Rheinland-Pfalz-Netz schicken soll, ist noch nicht einmal im Konzept angedacht. Auch ist die Trennung der staatlichen Daten von der privaten Nutzung der Datenautobahnen durch die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger noch nicht einmal im Konzept erkennbar.

Ich hätte zumindest erwartet, dass Sie in diesem Aktionsplan grundlegende Schritte vorgeben, damit folgende Fragen nicht mehr gestellt werden müssen:

Wollen Sie die Datensicherheit durch physikalische Trennung der staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Datenautobahn gewährleisten, wollen Sie Datensicherheit durch Trennung mit Hilfe von Software-Lösungen realisieren, oder wollen Sie sie durch Firewall-Rechner ermöglichen?

Hierzu müssen Sie sich doch konzeptionelle Gedanken machen, bevor Sie viel Geld in die Hand nehmen und Gefahr laufen, es falsch zu investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Bei einem konzeptionellen Vorgehen, die Multimedia-Landschaft in Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln, stellt sich doch die Frage: Mit welchem Mitteleinsatz fördere ich welche Projekte? Das heißt, Sie müssen konkret die Frage beantworten:

a) Soll das Land Eigentümer der Datenautobahn sein?

b) Soll das Land als Provider, also als Dienstleister, auftreten?

c) Wollen Sie allein durch eigene Mittel das Datennetz aufbauen und betreiben?

Meine Damen und Herren der Landesregierung, wo ist Ihre Abgrenzungsdefinition zwischen staatlichem Anschub und privaten Betreibern? - Das heißt, Sie müssen die Frage beantworten, was muss der Staat alleine machen und was ist in Kooperation mit der Wirtschaft anzugehen? Diese Fragen sind nirgendwo in Ihrem Drehbuch beantwortet.

Meine Damen und Herren, das ist auch klar: Die Sozialdemokratische Partei hat sich schon immer schwer getan und wird sich immer schwer tun bei der Abgrenzung zwischen Staat und Wirtschaft.

(Ministerpräsident Beck: Oh lieber Gott!)

Ich darf mich wiederholen: Ich bin offensichtlich in einem schlechten Film. Doch noch nicht einmal eine Szene haben Sie abgedreht, weil es am Grundaufbau und am Drehbuch mangelt.

Meine Damen und Herren, Sie nehmen es mir bitte nicht übel,

(Ministerpräsident Beck: Ihnen kann man nichts mehr übel nehmen bei dem, was Sie von sich geben!)

wenn ich vermute, dass die Landesregierung den Auftrag erteilt hat, schreibe alle Wörter auf, die die Landesregierung nicht kennt und formuliere jeweils einen Satz.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Beck: Sind wir hier im Kinderheim?)

Herr Ministerpräsident, wie anders ist zu erklären, dass Sie für das hochkomplexe Thema „digitale Signatur" nur fünfeinhalb Zeilen in Ihrem Aktionsplan verwenden? - Sie sind sich doch überhaupt nicht über die Komplexität einer solchen Dimension klar.

(Ministerpräsident Beck: Kindisches Zeug daherzureden!)

Das ist doch das Problem, das wir vorfinden, und nicht die Kindergartenstruktur!

Wie anders ist zu erklären, dass Sie versuchen, Internetaktivitäten zu verdeutlichen, indem Sie beispielhaft den Verkauf von Polizeiautos im Internet beschreiben?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, und dies in einem Aktionsprogramm „Multimedia", das grundsätzliche Themen zu behandeln hat.

(Beifall der CDU)

Oder wie ist es dann zu erklären, dass Sie Trust-Center mit sicheren Netzen in Verbindung bringen? - Sagen Sie mir das doch einmal.

Nur zur Verdeutlichung: In den USA gibt es bereits Trust-Center, die durch den Staat mitfinanziert sind und dem Internet-Kunden die Sicherheit geben, dass die Ware, die im Netz angeboten ist, von soliden Unternehmen feilgeboten

wird. Das sind Trust-Center, aber keine sicheren Netze. So weit sind wir in Ihrem Aktionsplan.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das haben Sie jetzt auch falsch eingetütet!)

Erneut begehen Sie den Fehler, über Ankündigungen offensichtlich nicht hinauszugehen. Sie kündigen an, dass Sie etwas bekannt geben. Sie geben bekannt, dass Sie etwas vorhaben. Sie haben vor, dass Sie ein Forum bilden wollen. Das Forum soll Aufgaben und Stoff sammeln. Der gesammelte Stoff wird ausgewertet usw. usw. Das ist Ihr Programm, das hier vorliegt, und sonst nichts.

(Billen, CDU: Wenn man nicht mehr weiterweiß, bildet man einen Arbeitskreis!)

Meine Damen und Herren, bis Sie in Rheinland-Pfalz zu realen Ergebnissen kommen, haben andere Länder schon oscarverdächtige Filme abgedreht.

Sie wollen für das Jahr 1999 100 Millionen DM genauso zur Verfügung stellen, wie dies die CDU-Fraktion in diesem Hause vor zwei Jahren gefordert hat, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Nun folgt Klappe 8, Szene 1 in dem Monumentalfilm der Landesregierung. Unter Kapitel „Konzeption" in Ihrem Aktionsplan Multimedia steht - dies müssen Sie immer an den genannten 100 Millionen DM für 1999 gespiegelt sehen, meine Damen und Herren -:

I. Landesweite Multimedia-Foren und ein Multimedia-Kongress einberufen,

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

II. Stärkung eines Multimedia-Wettbewerbs,

III. Zusammenfassende Ressortprojekte Aktionsplan Multimedia. - Schluss. Aus die Maus. Das war es. Dafür 100 Millionen DM 1999, meine Damen und Herren.

Ihr Programm ist oberflächlich und mit handwerklichen Fehlern durchsetzt. Ich rate jedem vom Besuch des Monumentalfilms „Multimedia in Rheinland-Pfalz" ab.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Die Landesregierung ist weder ein guter Regisseur noch ein guter Autor. Sie irrt hilflos in einem für sie unbekannten Gebiet und gefährdet somit die multimediale Zukunft in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich begrüße zunächst herzlich Schülerinnen und Schüler der Konrad-Adenauer-Realschule Landau. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mittrücker, dies war kein Beitrag, um als CDU in Zukunft regierungsfähig zu werden. Das war ein Beitrag mit viel Polemik und wenig Substanz.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, offensichtlich haben Sie - ich muss es einmal so brutal sagen - gar nicht verstanden, was dieser Aktionsplan bedeuten soll.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU)

- Nein, so etwas habe ich noch nicht erlebt.

Man sucht in den Krümeln herum

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

und weiß, dass dieser Aktionsplan eine Vision und Ziele dieses Landes verdeutlicht, die verfolgt werden sollen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn man keine konstruktiven Vorschläge einbringt, weil man meint, man müsse etwas verbessern, so ist dies kein Beitrag, den man in diesem Plenum bringen kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt die im Aktionsplan „Multimedia 1999 - 2000" dargelegten Initiativen - -

(Zuruf des Abg. Mittrücker, CDU)

- Nun hören Sie doch einmal zu! Vielleicht können Sie noch etwas lernen, Herr Kollege.

- - der Landesregierung, weil sie einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz leisten. Industrielle Arbeitsplätze gehen durch die Globalisierung verloren. Aufgabe der Politik muss es deshalb sein, die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu schaffen.

Deshalb muss die vom Ministerrat am 24. März 1998 beschlossene Multimedia-Initiative „Rheinland-Pfalz-inform" mit aller Kraft weiter umgesetzt werden - darum geht es -, ständig evaluiert und vor allem an die sich ständig wandelnden Bedürfnisse der Kunden angepasst werden. Das Land Rheinland-Pfalz will mit dem Aktionsplan „Multimedia 2001" Leitbilder und Visionen in konkrete Aktivitäten umsetzen.

(Beifall der SPD)

Das ist das Thema. Auf diesem Wege können Sie sicherlich Ihre Gedanken mit einbringen, aber dies zu benutzen, um der Landesregierung und diesem Land, das das modernste Datennetz im Bundesgebiet hat, zu sagen, es würde nichts getan werden, ist weit von jeder Realität.

1. Das Rheinland-Pfalz-Netz als integriertes Netz für Verwaltung, Bildung, Wirtschaft und Bürger des Landes hat eine hohe strukturpolitische Bedeutung für die Entwicklung von Rheinland-Pfalz und muss deshalb schnellstens ausgebaut werden. Dabei hat das landesweite Intranet, das sich inhaltlich und organisatorisch noch im Aufbau befindet, als Serverangebot eine zentrale Aufgabe.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, das Schritttempo - ich spiele in diesem Zusammenhang auf Seite 8 des Multimedia-Aktionsplans an, in der steht: „Der weitere Ausbau des Intranet-Angebots erfolgt schrittweise in Abstimmung mit den Dienststellen der Landesregierung" - deutlich zu erhöhen, um den Verwaltungen eine breitere Angebotspalette bieten zu können.

Meine Damen und Herren, wir bitten die Landesregierung - das wäre eigentlich die Aktivität der Opposition gewesen -, einen Ziel- und Zeitplan zu erstellen und im Medienpolitischen Ausschuss oder im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr darüber zu berichten.

(Beifall bei der SPD)

2. Mit einer effizienten und IT-orientierten Verwaltung werden die Verwaltungsabläufe optimiert und Genehmigungsverfahren verkürzt. Deshalb muss die Umsetzung dieses Leitbildes auch schnellstens verwirklicht werden. Da sich die Landesverwaltung durch die Neuorganisation der Bezirksregierungen nicht mehr an historischen Bezirksgrenzen orientiert, sondern aufgabenspezifisch und funktional orientiert ist, ist die rasche Realisierung eines verwaltungsorientierten, standortübergreifenden IT-Verfahrens eine vordringliche Aufgabe.

3. Der Onlinie-Server für den Bürger, den das Daten- und Informationszentrum (DIZ) als erweitertes Dienstleistungsangebot für die Internet- und Intranetkommunikation der öffentlichen Verwaltung anbietet, schafft eine neue Möglichkeit einer besseren Kundenbeziehung zwischen Bürger und Staat. Ziel ist es, dass der Bürger via Internet Informationen abrufen und sich sogar Behördengänge ersparen kann - Stichwort: elektronische Steuererklärung -.

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

Auch hier fordert die F.D.P.-Fraktion eine rasche Umsetzung des Dienstleistungsangebots. Wenn das DIZ nicht schnell handelt, wird auch hier der Satz von Gorbatschow „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" bald Wirklichkeit. Da das DIZ mit privaten Service-Providern in Konkurrenz tritt, könnte unter Umständen eine Kooperation mit diesen zu einem beschleunigten Angebot für die öffentliche Verwaltung führen.

4. Entscheidend für die Zukunft von Rheinland-Pfalz ist die Medienkompetenz. Ohne Medienkompetenz gibt es keine neuen Arbeitsplätze im Multimedia-Bereich. Deshalb ist die folgende Aussage der Landesregierung im „Aktionsplan 2001" von zentraler Bedeutung - ich zitiere -: „Die Fähigkeit, sich Informationen über das Internet zu beschaffen, mit anderen auf der ganzen Welt kommunizieren zu können, multimediale Angebote auf dem PC zusammenzuführen, wird zu einer Schlüsselqualifikation, die in allen Altersstufen vermittelt werden muss."

Deshalb fordert die F.D.P.-Fraktion die Landesregierung zu Folgendem auf:

1. Der Einsatz von Multimedia an den Schulen ist top down durch Änderung der Lehrpläne schnellstens zu verwirklichen, zumal Deutschland gegenüber dem, was in manchen Entwicklungsländern angeboten wird, Nachholbedarf hat. Herr Minister, eine weitere Anregung ist, bei der Einstellung von Lehrern sollte die Multimedia-Fähigkeit ein Kriterium für das Ranking der Lehrer sein. Lehramtsbewerbern mit Multimedia-Fähigkeiten sollte ein Bonus bei der Beurteilung eingeräumt werden.

2. Die Schulträger müssen dafür Sorge tragen, dass ihre Schulen nicht nur die notwendige technische Ausstattung für den Multimedia-Einsatz besitzen, sondern auch eine Vernetzung der PCs für den Unterricht besteht. Vor allem muss die Schule die erforderliche Software für die einzelnen Unterrichtsfächer fortlaufend zur Verfügung stellen. Dies ist eine kommunale Aufgabe der Zukunft, die wir auch als Landespolitiker von den Kommunen einfordern müssen.

3. Erforderlich ist auch die Lehreraus- und -fortbildung, um die neuen Medien auch nutzen zu können. Was nützt das schönste Computerlabor, wenn es kein Lehrer nutzt, nur weil er vielleicht Angst hat, dass einer seiner Schülerinnen oder Schüler sich mit dem PC vielleicht besser auskennt als er?

4. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass für den multimedialen Bereich flächendeckend ein ständiges Angebot für die unterschiedlichen Berufsgruppen bereitgestellt wird. Hier haben zum Beispiel die Volkshochschulen ein weites, sich fortlaufend neu entwickelndes Betätigungsfeld. Damit die Multimedia-Branche neue Arbeitsplätze schaffen kann, ist

ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeits- und Fachkräften notwendig. Dies gilt übrigens auch für die bestehenden, vor allem für die mittelständischen Betriebe. Ihre Konkurrenzfähigkeit steht und fällt mit dem Einsatz von Multimedia. Deshalb ist die beste Mittelstandspolitik die Erweiterung der Aus- und Weiterbildungsangebote in diesem Bereich, beispielsweise durch die Volkshochschulen.

5. Multimedia-Produkte und -dienstleistungen können die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen und schaffen neue, zuvor ungeahnte Möglichkeiten insbesondere für den ländlichen Raum. Dies jedoch hat zur Voraussetzung, dass die Menschen, die im ländlichen Raum leben, die entsprechenden Qualifikationen mitbringen. Auch hier müssen und können die Kreisvolkshochschulen, wie bereits erwähnt, neue inhaltliche Schwerpunkte ihrer Arbeit setzen.

Internet und Electronic Commerce werden in Zukunft die Strukturen derart verändern, dass die bisherige Organisation der Arbeit in vielen Bereichen neu gestaltet werden muss. Dies bietet nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion neue Chancen für den ländlichen Raum, die wir im Interesse unseres Landes auch nutzen sollten.

6. Rheinland-Pfalz als führender Medienstandort muss die Veränderungen in der Medienwirtschaft durch Multimedia aktiv begleiten. Verlagswesen und Druckindustrie stehen vor neuen großen Herausforderungen. Die vielen Anregungen, die im „Aktionsplan 2001" enthalten sind, müssen auch umgesetzt werden. Deshalb schlägt die F.D.P.-Fraktion vor, dass die Landesregierung „Milestones" mit Zeitvorgaben beschließt, deren Umsetzung auch verwaltungsintern kontrolliert werden kann.

7. Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt die Kooperationen und Partnerschaften mit privaten Unternehmen, um von deren Know-how zu profitieren. Natürlich dürfen dadurch keine Wettbewerbsbeschränkungen für kleine und mittlere Betriebe aufgebaut werden. Dies hat die Landesregierung auch im Medienpolitischen Ausschuss zugesagt. Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Land Rheinland-Pfalz zur Umsetzung des Aktionsplans 1999 in den Haushaltsplänen der einzelnen Ressorts über 100 Millionen DM bereitstellen will. Herr Kollege Mittrücker, dies soll 1999 geschehen, also nicht in Zukunft. Damit wird das Land Rheinland-Pfalz zukunftsfähig gemacht.

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt die Landesregierung in ihren Bemühungen und wird auf eine zügige Umsetzung des „Aktionsplans Multimedia 2001" drängen. Damit schaffen wir neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in unserem Lande und leisten einen Beitrag zur Überwindung der hohen Arbeitslosenquote.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Kollege Rieth.

Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Aktionsplan Multimedia", so heißt die Vorlage des neuen Superministers Bauckhage. Erwartungsvoll habe ich mir die 28 Seiten dieser Handlungsgrundlage für das laufende Haushaltsjahr und die zwei kommenden Jahre durchgelesen und mich dann gefragt, wohin die 100 Millionen DM im laufenden Haushaltsjahr und nochmals 200 Millionen DM in den nächsten zwei Jahren fließen sollen.

(Schweitzer, SPD: Haben Sie es gefunden?)

Herr Lais, Sie haben für die Antragsteller in diesem Punkt gesprochen. Den Sinn Ihres Antrags habe ich auch nach Ihrer Rede nicht verstanden.

(Lais, SPD: Haben Sie nicht zugehört?)

Meine Damen und Herren, der Aktionsplan der Landesregierung und der Regierungsfraktionen, so richtig manche, aber leider nicht alle Ideen und Leitbilder sind, stellt eine überwiegend unverbindliche Ansammlung von Vorhaben und Wünschen dar, ohne dass sie konkretisiert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt im Verborgenen, auch nach den Reden meiner Vorredner, wie die schön beschriebenen Konzepte und Leitbilder konkret umgesetzt werden sollen.

(Schweitzer, SPD: Oje, wenn man es nicht kapiert!)

Auch fehlt der konkrete Hinweis, in welchem Umfang die einzelnen Projekte mit finanziellen Mitteln bedacht werden sollen. Das Einzige, was offensichtlich in Sachen Multimedia ziemlich konkret ist, ist die zweijährige Kooperationsvereinbarung mit Microsoft, deren umfassende Einsichtnahme dem Landtag bisher verwehrt wird.

Ich komme zunächst zur multimedialen Wirklichkeit hier im Lande. Kommunikation per E-Mail oder Internet ist in diesem Lande wohl erst im nächsten Jahrtausend möglich. Wie sonst soll man das Fehlen entsprechender Adressen auf den Briefköpfen des Wirtschaftsministeriums verstehen, die Grundlage dieser Vorlage sind?

Natürlich habe ich den Bericht nach Hinweisen durchgeschaut, wo und wie ich mir die Ergebnisse der ersten 100 Millionen DM Investitionen in diesem Haushaltsjahr einmal anse-

hen könnte. Aber da, wo der Bericht konkret werden könnte oder müsste, virtuell - das versteht sich -, Fehlanzeige. Nichts als Prosa, überwiegend im Soll-Format.

Meine Damen und Herren, es hat folgenden Grund, dass ich dies so ausführlich beschreibe. Dies macht am deutlichsten klar, wie plakativ und oberflächlich dem Landtag dieses Thema von der Landesregierung serviert wird und wie wenig praktisch die Landesregierung mit diesen neuen Entwicklungen umgeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Schweitzer, SPD: Ihnen kann man es nie recht machen!)

Wenn selbst der Superinnovationsminister Bauckhage auf seinem Briefbogen weder E-Mail noch Internet-Adresse erkennen lässt, dann zeigt das, wie populistischer Anspruch und Wirklichkeit bei ihm auseinander gehen.

Zu den „Sollen"- und „Werden"-Punkten möchte ich Folgendes feststellen, was Herr Mittrücker ähnlich wie wir auch erkannt hat: An innovativen Projekten für 1999 konnte ich nur die drei von Ihnen genannten ausmachen, also die Multimedia-Foren und den Kongress, den Multimedia-Wettbewerb und die Darstellung des Aktionsplans. Dafür sollen 100 Millionen DM Kosten entstehen. Das kann ich nicht glauben. Das ist auch wohl nicht Ihr Ernst, meine Damen und Herren der Landesregierung. Also kann dies nur heißen, dass Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, jeden Taschenrechner, den Sie irgendwo im Land aufgestellt oder erneuert haben, als Multimedia-Aktionsplanprojekt laufen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU - Schwarz, SPD: Jetzt wird es peinlich!)

Meine Damen und Herren der Landesregierung, das wiederum empfinde ich als Etikettenschwindel. Das relativiert auch vieles in diesem Bereich, was Sie in Ihrem Bericht beschreiben. Die Ausstattung mit oder die Erneuerung von Hard- oder Software in Behörden oder Einrichtungen ist zwar notwendig, Herr Kollege Schwarz und Herr Kollege Creutzmann, aber das erfüllt noch lange nicht die hehren Ziele, die Sie sich gesteckt und über die wir hier im Plenum Ende 1997 diskutiert haben.

(Schweitzer, SPD: Dann sagen Sie uns doch, was die GRÜNEN eigentlich wollen!)

Ich möchte noch einige inhaltliche Anmerkungen zu diesem Wunschzettelkatalog machen. Wir empfinden diese drei Punkte, die Sie für 1999 genannt haben, als durchaus positiv. Wir finden es in Ordnung und sehen es als einen richtigen Ansatz an.

Ich komme aber nun zum Thema Medienkompetenz. Es fehlen Angaben darüber, wie das Ziel der Ausstattung der Schulen mit PCs bewerkstelligt werden soll. Die Landesregierung durfte letztes Jahr selbst darstellen, in welchem Umfang noch Nachholbedarf bei der Ausstattung von Schulen besteht. Zwar sind die Gymnasien und Gesamtschulen weitgehend ausgestattet, aber bei Real-, Haupt- und Grundschulen sowie den berufsbildenden Schulen fehlen die technischen Grundvoraussetzungen.

(Schweitzer, SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

- Herr Kollege Schweitzer, beim Internetanschlusss sieht es dann wirklich düster aus. Nimmt man die Grundschulen aus, wofür es noch eine gewisse Begründung gibt, dann verfügen weniger als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Schulen über einen Internetanschluss, was uns heute Morgen bei einem Schulbesuch auch wieder deutlich bestätigt wurde.

(Schweitzer, SPD: Das war die Baumschule!)

Auch die Frage, wer die laufenden Betriebskosten trägt, ist noch nicht geklärt bzw. erweist sich in der Praxis als Hemmschuh für die Entwicklung vor Ort. Wir fordern deshalb die Landesregierung auch von dieser Stelle auf: Sorgen Sie für eine Vollausstattung sowohl in technischer Hinsicht als auch hinsichtlich der Internetanschlüsse aller Schulen in Rheinland-Pfalz und ermöglichen Sie den Schulen über das Rheinland-Pfalz-Netz einen preisgünstigen Anschluss an das Internet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen haben wir auch beim Leitprojekt „Präventive Medienpädagogik". Das klingt zwar alles gut,

(Pörksen, SPD: Im Gegensatz zu Ihrer Rede!)

und der zuständigen Ministerin Frau Dr. Götte unterstellen wir aufrichtiges Engagement bei diesem wichtigen Thema, dennoch wollen wir wissen, wie sich die Inhalte dieses - Zitat - „bundesweit vorbildlichen landesweit agierenden Internetprojekts" darstellen und wie es an die Jugendlichen herangeführt wird. Mit welchen finanziellen Mittel ist es dotiert? Was kann damit alles gemacht werden? Welche Erfolge konnten verzeichnet werden? Inwieweit sind Erfolge überhaupt messbar? Darüber sollte der Bericht der Landesregierung zumindest eine Andeutung geben. Fehlanzeige!

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Sie sollten dies zumindest zeitnah in den beiden zuständigen Ausschüssen nachholen oder zumindest einmal die entsprechende Internetadresse veröffentlichen, damit wir uns als Abgeordnete eigenständig die Ergebnisse Ihrer hochfliegenden Pläne ansehen können.

Zum Punkt „Regionalentwicklung und Arbeitsplätze" kann ich jetzt in der Kürze der Zeit nichts sagen. Ich will dieses The-

ma auch an dieser Stelle nicht weiter vertiefen, weil ich eben schon angedeutet habe, dass sich mir der Sinn dieses Antrags der SPD, diesen Aktionsplan heute zu besprechen, nicht erschließt.

(Pörksen, SPD: Sie haben bis jetzt nichts vertieft!)

Wir hatten in den vergangenen Debatten - ich habe doch noch einen Punkt - von dieser Stelle aus den Sozialminister aufgefordert, die Auswirkungen der Telearbeit, speziell auch im Zusammenhang mit Dezentralisierung von Arbeitsplätzen, auf das Arbeitsrecht darzulegen.

(Pörksen, SPD: Eine ganz andere Frage!)

Auch hier ist in diesem Bericht kein Hinweis zu lesen. Wir konnten auch keine Internetadresse finden, wo wir das selbst hätten einmal nachvollziehen können. In Anbetracht dessen - damit komme ich zum Schluss - ist es von unserer Seite zum derzeitigen Zeitpunkt müßig, schon über die Ergebnisse ihres Aktionsplans noch tiefer zu diskutieren. Das käme einer Kaffeesatzleserei gleich, die wir nicht betreiben wollen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Ausnahmsweise!)

- Herr Kollege Dr. Schiffmann, Sie haben gehört, was wir erwarten, wo wir Schwächen sehen und wo wir Nachbesserungsbedarf sehen.

(Schweitzer, SPD: Die Schwäche sind Sie!)

Wir hoffen, dass dies beim nächsten Bericht in Form und Inhalt auch Berücksichtigung findet. Entrümpeln Sie wirklich einmal Ihre hausbackenen Vorstellungen, was die Präsentation dieser Berichte anbelangt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Lais das Wort.

Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Lais, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden die vorhandenen Ansätze zur weiteren Entwicklung des Multimedia-Standorts Rheinland-Pfalz unterstützen. Wenn Sie nicht mitgehen sollten, ist das Ihre Sache.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Sie haben hier keine Alternativen aufgezeigt. Der Kollege Mittrücker hat zwar wieder „Rheinland-Pfalz online" ins Gespräch gebracht. Das basiert auf dem Entwurf „Bayern online" aus Bayern. Die Bayern wären froh, wenn sie solche Datenautobahnen hätten wie wir in Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Herr Mittrücker, bei Ihnen habe ich immer das Gefühl, dass Sie nach dem Mittelstreifen suchen, wenn wir von Datenautobahnen sprechen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Was Sie zu dem Verhältnis von SPD zu Staat und Wirtschaft gesagt haben, das war mehr als peinlich. Das kann ich Ihnen sagen. Ich möchte ein anderes Wort nicht benutzen.

(Pörksen, SPD: Sprücheklopferei war das, sonst nichts!)

Rheinland-Pfalz hatte auf seinem Weg in die Informationsgesellschaft mit bedeutenden Institutionen strategische Partnerschaften begründet. Dazu gehören Rahmenverträge und Kooperationsverträge mit Microsoft, Deutsche Telekom, Mobilfunkanbieter, 1 & 1 und mehrere andere noch. Wie da das Verhältnis so definiert wird, wie Sie das getan haben, das ist mir schleierhaft. Aber das müssen Sie selbst herausfinden.

Herr Rieth, bei Ihnen habe ich manchmal das Gefühl, dass Passagen Ihres Vortrags mehr als peinlich waren. Das erinnert mich immer an die populäre Radiosendung in Südwest 3, die unter der Überschrift steht „Was Du wolle?"

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht bemerkt, was Sie wollen. Ich denke, dass wir im Landtag weiterhin Gelegenheit haben, mit unseren Ideen in die Multimedia-Aktivitäten der Landesregierung unterstützend einzugreifen und, wenn es möglich ist, auch die notwendigen Mittel bereitzustellen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er hat sehr deutlich gesagt, was wir wollen!)

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Staatsminister Bauckhage.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Multimedia und die neuen Informations- und Kommunikationstechniken sind der Wachstumsmarkt der Zukunft. Das steht für viele Wirtschaftsexperten außer Frage. Die Dynamik zeigt sich in dieser

Branche einerseits an steigenden Umsätzen - im Jahr 1999 werden mehr als 100 Milliarden DM in der Bundesrepublik Deutschland erwartet - und Zuwachsraten im zweistelligen Prozentbereich.

Andererseits zeigt sich ein permanenter Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Fast täglich werden neue Nutzungsmöglichkeiten des Internet, innovative Hard- und Softwareprodukte und serviceorientierte Dienstleistungen angeboten. Hier herrscht kein Mangel an Ideen oder wirtschaftlichem Engagement. Hier kann vielmehr oft nicht schnell genug umgesetzt werden, was wirtschaftlich und technologisch wünschenswert ist.

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz gehen wir dieses Politikfeld sehr systematisch an. Dies findet mittlerweile über die Landesgrenzen hinaus hohe Anerkennung. Wir gehen das sehr systematisch an und nicht polemisch und ohne Strukturierung wie bei Ihnen, Herr Kollege Mittrücker, und bei Ihnen, Herr Kollege Rieth.

Auch bei den führenden Unternehmen der Branche, wie SAP, Telekom, Microsoft oder IBM, stößt das Konzept des Landes auf zunehmendes Interesse. Es besteht die Bereitschaft, dies weiterhin zu unterstützen. Wir beschreiten einen eigenständigen Weg im Multimedia-Bereich, der auf den Gegebenheiten des Landes aufbaut. Unser Ziel ist es, das Politikfeld Multimedia von unten nach oben zu entwickeln, das heißt, gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, innovativen Unternehmen, den fortschrittlichen Wissenschaftseinrichtungen und der Verwaltung des Landes. Der Aktionsplan „Multimedia 1999 - 2001" ist ein wesentlicher Baustein für eine nachhaltige Multimedia-Politik des Landes.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Einen konzeptionellen Schwerpunkt bildet dabei die Multimedia-Initiative des Landes Rheinland-Pfalz inform (rlp inform)". Die Multimedia-Initiative „rlp inform" orientiert sich am Leitbild Multimedia der Landesregierung, das die Landesregierung im vergangenen Jahr beschlossen hat. Hierin werden die sechs wesentlichen Aktionsfelder für die Standortentwicklung und das Multimedia-Profil von Rheinland-Pfalz berücksichtigt. Meine Damen und Herren, dazu gehören:

1. Der Ausbau des Netzes,

2. die Televerwaltung und neue Qualität der Kommunikation,

3. die Medienkompetenz,

4. die Arbeitsplatz- und Regionalentwicklung,

5. die Medienwirtschaft sowie

6. Kooperationen und Partnerschaften.

Auf der Basis dieses Leitbildes werden die Aktivitäten, Initiativen und Maßnahmen der Landesregierung gebündelt und strukturiert. Wir haben die Zeit genutzt, um unser weiteres Vorgehen abzustimmen und im Aktionsplan Multimedia die Planungen und Initiativen ressortübergreifend zusammenzufassen. Die Strukturierung des Aktionsplans Multimedia erfolgt anhand des Leitbildes und umfasst insgesamt 28 Leitprojekte. Die Landesregierung stellt für die Umsetzung des Aktionsplans in den Ressorts von 1999 bis 2001 insgesamt 300 Millionen DM zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, dass dies im laufenden sowie im geplanten Haushalt einen Kraftakt darstellt, steht außer Frage. Aber wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, diesen politischen Schwerpunkt auszubauen und in diese Zukunftstechnologie zu investieren.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich möchte auf eines hinweisen: Multimedia in Rheinland-Pfalz ist deutlich mehr als das, was im Aktionsplan der Landesregierung beschrieben ist. Wir werden auch nicht den Versuch starten, den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, den Bildungs- und Weiterbildungsträgern, den Kammern und Verbänden und den Kommunen und schon gar nicht den Unternehmen des Landes vorzuschreiben, wo diese ihre Schwerpunkte zu setzen haben.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich füge hinzu: Es ist schon interessant, wenn die ganze Kritik sich darauf beläuft - wie ich dies bei Ihnen, Herr Rieth, hörte -, dass die Zuständigkeiten, die bei den Kommunen liegen, von Ihnen bei der Landesregierung beklagt werden.

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir wollen mit unserer Multimedia-Politik vielmehr Freiräume schaffen, Raum für Ideen geben und so ein positives Klima für Innovationen entwickeln. Herr Rieth, das kann man bei Ihnen nicht sagen.

Hierbei kommt es nicht darauf an, wer eine zukunftsfähige Idee voranbringt, sondern darauf, dass solche Ideen überhaupt umgesetzt und möglichst in Rheinland-Pfalz zum Erfolg geführt werden.

Meine Damen und Herren, neben der klaren Positionierung des Landes im Aktionsplan Multimedia sind wir auch darum bemüht, Ideen, Maßnahmen, Aktivitäten und Initiativen im Land anzustoßen und aufzugreifen.

Ein wesentlicher Aspekt der rheinland-pfälzischen Multimedia-Initiative Rheinland-Pfalz-inform ist daher die Stärkung regionaler Initiativen. Im Rahmen von rlp-inform führen wir dazu den Multimedia-Wettbewerb 1999 durch. Ziel

ist es, die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure im Multimedia-Bereich innerhalb der Regionen des Landes zu initiieren und zu intensivieren.

Die Landesregierung stellt im Jahr 1999 für den Multimedia-Wettbewerb insgesamt 1,2 Millionen DM bereit. Bis Ende Juni konnten rheinland-pfälzische Konsortien ihre Ideen, Initiativen und Vorhaben skizzieren und als Wettbewerbsbeitrag einreichen.

Die Resonanz auf den Wettbewerb ist außerordentlich positiv. Insgesamt gingen 48 Wettbewerbsbeiträge aus allen Teilen des Landes ein. Hieran waren mehr als 100 Verwaltungen, über 60 wissenschaftliche Einrichtungen und über 200 Unternehmen beteiligt. Meine Damen und Herren, das soll alles nicht sein?

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das hat keiner gesagt!)

Es ist hoch merkwürdig, wie Sie sich hier verhalten. Dies ist übrigens ein Grund dafür, dass Ihnen einfach keiner glaubt, was Sie sagen.

Hierbei sind die vielfältigsten Ideen entstanden, neue Kooperationen wurden begründet und ganze Regionen haben sich zum Erarbeiten gemeinsamer Konzepte zusammengefunden.

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei Dinge erwähnen. Zum einen die Aktion „Kulturland Rheinland-Pfalz". Dies ist für jedermann übersichtlich gestaltet. Es gibt klare und gute Informationen. Andere Bundesländer schauen darauf und hätten gern Gleiches getan.

Dies alles sind Maßnahmen. Ich kann auch hinzufügen, dass wir beispielsweise in Rheinhessen über mediale Einrichtungen die Möglichkeit geben, direkt im Bereich des Tourismus zu buchen.

Meine Damen und Herren, dies sind Maßnahmen, die Multimedia dauerhaft im Land verankern und mit dazu beitragen, das innovative Profil des Landes zu stärken. Der Diskussions- und Kommunikationsprozess geht ohne Frage weiter.

Im Rahmen von Rheinland-Pfalz-Inform werden wir gemeinsam mit der ZIRP, der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, am 30. September dieses Jahres den Multimedia-Kongress im ZDF-Konferenzzentrum durchführen. Hier werden zukunftsweisende Projekte vorgestellt, konkrete Strategien erarbeitet sowie Kooperationen und Verbundprojekte initiiert. Auch die Regionen stellen ihre Ideen und Planungen vor.

Ich denke, dass der Kongress eine gute Möglichkeit bietet, einen Überblick über Multimedia in Rheinland-Pfalz zu erhalten, interessante Ansprechpartner kennenzulernen und sich bei der Weiterentwicklung des Multimedia-Konzepts des Landes gezielt einzubringen.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn Sie die Gelegenheit zu einem weitergehenden Informationsaustausch nutzen würden; denn nur so werden wir weiterkommen. Hierzu lade ich Sie herzlich ein. Hierzu wird man nicht kommen können, wenn man hier Erbsen zählt und Nummern darauf schreibt. Dazu wird man nur kommen können, wenn man das Leitbild Multimedia richtig versteht und dabei möglichst versucht, mit Objektivität an die Sache heranzugehen; denn eines ist wahr: Rheinland-Pfalz hat das am besten von allen Bundesländern ausgebaute Netz.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies muss noch einmal gesagt werden, damit Klarheit besteht.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Herr Mittrücker und Herr Rieth, an dieser Binsenwahrheit kommen Sie nicht vorbei.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mittrücker das Wort.

Die Redezeit beträgt eine Minute.

Abg. Mittrücker, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider hat die Debatte genau den Verlauf genommen, den ich vermutet habe. Die Vertreter der Regierungskoalition haben jeweils eine eigene Interpretation zu diesem vorgelegten Aktionsprogramm vorgetragen, was nicht dafür spricht, dass dieses Programm aus einem Guss geschrieben worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Lais, wenn Sie immer von Peinlichkeiten reden, ist zu bemerken, es fällt regelrecht auf, dass Sie immer dann, wenn Sie angegriffen worden sind, andere der Peinlichkeit bezichtigen. Ich glaube, diese Masche zieht auch nicht mehr.

Herr Minister Bauckhage, wir loben, dass Sie genau das machen, was wir angekündigt haben, nämlich 100 Millionen DM in den Haushalt 1999 einzustellen. Aber ich verspreche Ihnen, wir werden den Mittelabfluss am Ende des Jahres kontrollieren, und wir entlassen Sie nicht aus der Pflicht, konkrete Ergebnisse vorzulegen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Beteiligte an der ICE-Strecke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich rufe die Punkte **17, 18** und **19** der Tagesordnung auf:

Novel-Food - Kontrolle verstärken - Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln ohne Gentechnik unterstützen - ökologische Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln fördern
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4571 -

Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksachen 13/2938/3095/3479 -

Pflanzenschutz im Obst- und Weinbau
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/4581 -

Die Tagesordnungspunkte werden in verbundener Debatte beraten. Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Zur Begründung des Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4571 - erteile ich der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst drei Sätze zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. „Pflanzenschutz im Obst- und Weinbau" sagen. Die beiden Anträge, über die zusammen diskutiert wird, haben nicht allzu viel miteinander zu tun. Man muss sich schon sehr anstrengen, um den Zusammenhang zu erkennen.

Vizepräsident Schuler:

Frau Kollegin Kiltz, der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war im Ältestenrat anwesend. Das wurde im Ältestenrat so beschlossen.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das weiß ich. Alle haben das so beschlossen. Das geht an alle.

Das dem Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. zugrunde liegende Problem sehen wir auch, aber in etwas anderer Form. Wir sind da nicht deckungsgleich.

Wir werden dem Antrag heute nicht zustimmen. Ich habe gehört, er soll nicht an den Ausschuss überwiesen, sondern es soll über ihn gleich abgestimmt werden. Ich bitte Sie aber, sich noch einmal den letzten Satz der Begründung dieses Antrags anzusehen. Dieser erscheint uns sehr bedenklich. Ich will mich nicht näher darüber auslassen.

Ich komme zum Thema „Gentechnik". Hier war im Vorfeld zu hören, dass eine Überweisung an den Ausschuss offenbar an demselben Umstand scheitert, an dem eben schon der gemeinsame Antrag zum Thema „Trassenpreise" gescheitert ist. Meine Damen und Herren, das wundert mich nicht, lese ich doch gerade, dass die F.D.P. in Bonn herbe Kritik an der Bundesregierung in Sachen Gentechnik übt.

Zwei Ihrer Kollegen aus dem Deutschen Bundestag waren in Hessen im Ried und haben sich einen Maisacker mit BT-Mais angesehen und hinterher der Presse verkündet: Die Regierungskoalition hat bereits in ihrem Koalitionsvertrag die Weichen falsch gestellt. - Sie stellen mehr die Bewertung der Risiken als die der Chancen in den Vordergrund. Der Bundesregierung wird ein innovationsfeindlicher Kurs bescheinigt.

(Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Dieser - wie Sie sagen - innovationsfeindliche Kurs ist mit Mehrheit von den Wählerinnen und Wählern im letzten Herbst bestätigt worden, sonst gäbe es diese Bundesregierung nicht. Ich bin sicher, dass der eine oder andere, der Probleme mit der Gentechnik hat, seine Wahlentscheidung auch deshalb so getroffen hat.

Ich komme auf die Anfrage und den Antrag zurück. Im letzten Jahr haben wir die Große Anfrage zum Thema grüne Gentechnik eingebracht. Die Antwort der Landesregierung war äußerst aussagekräftig, da sie eine erschreckende Naivität der Landesregierung in Bezug auf diese Technologie offenbarte.

Das im wahrsten Sinne des Wortes ungetrübte Verhältnis - ungetrübt von jeder kritischen Reflexion - der Landesregierung zur grünen Gentechnik lässt sich kurz und knapp in vier Punkten zusammenfassen:

1. Sie überschätzt die Arbeitsplatzpotenziale dieser Technologie.

2. Sie bewertet die Risiken für die Umwelt und die Gesundheit viel zu gering.

3. Sie bevormundet die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das halte ich für etwas undemokratisch.

4. Sie nimmt billigend die wirtschaftlichen Schäden für den Ökoanbau beim benachbarten Anbau transgener Pflanzen in Kauf.

Das Ganze ist von Umweltministerin Frau Martini unterschrieben, derselben, die vor langer Zeit mit dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Schneider die „Mainzer Thesen" zur nachhaltigen Landwirtschaft - inzwischen tief unten in der Schublade ihres Ministeriums - herausgegeben hat. Frau Martini, hätten Sie diese Gentechnik-Antwort nicht Schneiders F.D.P.-Nachfolger unterschreiben lassen können?

Wenn ich Ihnen jetzt vorlese, was sie unterschrieben hat, werden Sie vielleicht genauso staunen wie ich: „Mit Zunahme verschiedener Kulturen mit gentechnisch veränderten Pflanzen wird es im ökologischen Landbau immer schwieriger bis unmöglich, seine Regeln einzuhalten. Ihm bleibt dann nur noch die Aufgabe spezieller Kulturen oder die Änderung seiner Regelung."

Den Bauern und Winzern, die mit einem sehr ganzheitlichen umfassenden Ansatz mit unseren natürlichen Ressourcen im Land ökologisch wirtschaften, hat dies nicht gefallen. Das habe ich zumindest von vielen so gehört. Sie wissen jetzt aber wenigstens, mit wem sie es zu tun haben. Das betrifft im Übrigen auch die konventionelle Landwirtschaft und den konventionellen Weinbau, die nicht mit gentechnisch verunreinigten Pollen in Berührung kommen wollen, weil sie den Verbraucherwillen kennen und ihre Existenz nicht gefährden wollen.

In diesem Zusammenhang verweise ich ausdrücklich auf die Vertragslandwirte in der Pfalz, die für „Hipp" produzieren. Es gibt schon einige Berührungspunkte, die sehr problematisch sind.

Wir haben für die heutige Debatte einen Antrag eingebracht, der einen Kurswechsel der Landesregierung in Sachen Gentechnik fordert. Wir haben heute mehr Hoffnung als vor einem Jahr, dass die Einsicht für diese Notwendigkeit wächst. Zumindest für die Kreise außerhalb der Landesregierung und für die sie tragenden Fraktionen im Land kann man das sagen.

Die Situation hat sich seit dem letzten Jahr gewaltig verändert. Die berechtigte Skepsis der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber gentechnisch veränderter Nahrung hat sich auf den Markt niedergeschlagen. Dies hätte ich nicht für möglich gehalten, weil wir in dieser Frage die Situation von „David gegen Goliath" haben.

Trotz der äußerst mangelhaften Kennzeichnung von gentechnisch manipulierten Produkten und trotz der massiven Akzeptanzkampagnen der Genmultis und interessierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat sich der Wille der Verbraucherinnen und Verbraucher europaweit - auch mit schwerwiegenden Auswirkungen für die Genmultis in den Vereinigten Staaten von Amerika - so grundlegend niedergeschlagen, dass selbst das führende Babykostunternehmen in den USA „Gerber" bekannt gegeben hat, keine gentechnisch veränderten Zutaten für seine Babykost zu verwenden. Pikant daran ist, dass „Gerber" ein Tochterunternehmen des Schweizer Genmultis „Novartis" ist.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher, die von der Landesregierung durch die Blume als ein bisschen unbedarft und uninformiert dargestellt werden - das wird in der Debatte wahrscheinlich gleich wieder deutlich -, haben schlicht und ergreifend gehandelt. Der Absatz von Gen-Food stagniert bzw. geht zurück, während der Absatz von Ökoprodukten zunimmt.

Wir können inzwischen feststellen, dass zum Beispiel die „Tengelmann-Gruppe" die Gen-Waren aus dem Regal nimmt, während gleichzeitig große Handelsketten, zum Beispiel „Globus", „Rewe" oder „Edeka", ökologische Waren einsortieren.

Der Handel hat die Botschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher verstanden. Die Landesregierung hat sie offensichtlich noch nicht verstanden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Große Lebensmittelverarbeitungsfirmen wie „Frosta" verwenden keine gentechnisch manipulierten Nahrungsmittel mehr. Das sollte Ihnen zu denken geben.

Weshalb gibt es diese Skepsis? Für viele Menschen gibt es ethische Gründe, die Gentechnik abzulehnen, weil man der Natur nicht ins Handwerk pfuschen soll. Es sind aber auch die ungeklärten Risiken, die immer - auch von Vertretern der Landesregierung und von den Befürwortern der Gentechnik - kleingeredet werden oder die verschwiegen werden und die die Menschen misstrauisch machen.

Im Übrigen beschäftigt sich die Versicherungsbranche mit genau denselben Probleme wie die Verbraucher. Sie haben noch keinen Modus gefunden, die Gentechnikbetriebe zu versichern. Ich zitiere gerne aus einem Beratungspapier: „Die mangelnde Kalkulierbarkeit der Risiken der Gentechnologie macht traditionelle Versicherungsmodelle uninteressant."

Es ist einfach nicht zu leugnen, dass es Risiken gibt. Die Wissenschaftler haben die Information einige Jahre später nachgeliefert, dass es natürlich den Gentransfer durch Pollenflug gibt und man sich davor nicht schützen kann.

Wir teilen die Bedenken der rheinland-pfälzischen Ärzteschaft, die sie bereits im Jahr 1997 schriftlich in einer Pressemitteilung verfasst hat und zu der sie heute noch steht. Es ist nicht geklärt und es kann auch nicht abgeschätzt werden, wie viele neue allergene Potenziale durch Nahrungsmittel

auf uns zukommen, die mit gentechnischer Hilfe erzeugt und zubereitet wurden.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Die Novel-Food-Verordnung deckt längst nicht all das ab, was der Verbraucherin und dem Verbraucher die Wahl vor dem Regal erleichtern könnte. Es gibt sehr viele Zusatzstoffe und Enzyme, die überhaupt nicht durch diese Verordnung abgedeckt werden. Von Futtermitteln will ich erst gar nicht reden, weil diesbezüglich keine Kennzeichnungspflicht besteht.

Zum Schluss sage ich noch etwas zu unserem Antrag: Wir wollen ein Moratorium bei Freisetzungsversuchen und bei dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Zurzeit werden ständig neue Erkenntnisse gewonnen und Risiken aufgedeckt. Deshalb müssen wir mit den Freisetzungen aufhören, ein Moratorium anordnen und die Forschungsergebnisse abwarten.

Wir wollen einen jährlichen Bericht der Landesregierung über den Vollzug der Novel-Food-Verordnung. Frau Ministerin, es gibt erste Berichte, deren Ergebnisse nicht erfreulich waren. Das werden Sie sicher gleich bestätigen.

Wir wollen die Kontroll- und Überwachungsbefugnisse nach dem Gentechnikgesetz im Land vollständig ausgeschöpft sehen und eine kontinuierliche und umfassende Erforschung und Umsetzung der umweltschonenden und ökologischen Landbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz erheblich verstärken. Das ist der richtige Weg in die Zukunft. Zurzeit setzen Sie auf eine Technologie, die zunehmend die Akzeptanz verliert und die inzwischen auf dem Markt keine Chancen mehr hat.

Wir fordern Sie auf, sich in dieser Frage neu zu positionieren und nicht auf eine Technologie zu setzen, die sich in zehn Jahren als eine Technologie der Vergangenheit entpuppen kann und hoffentlich auch wird, sondern nach vorne zu gehen und ökologischen Landbau und umweltgerechte Landbewirtschaftung zu fördern sowie die Erforschung von Ökosystemen weiter zu betreiben. Machen Sie das, dann sind Sie auf dem richtigen Weg.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Baumann das Wort.

Abg. Frau Baumann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einer Pro- und Kontra-Rede. Menschen, die in der Gentechnik arbeiten, haben Träume. Sie träumen, ihre Gentechnik ist umweltfreundlich, sie macht chemische Pflanzenschutzmittel weitgehend überflüssig, sie schafft herbizid-tolerante Pflanzen, um den Einsatz von Unkrautbekämpfungsmitteln zu minimieren, sie unterstützt den umweltschonenden Ackerbau und sie hilft, Energie und Rohstoffe zu sparen.

Sie träumen weiter. Ihre Gentechnik ist eine Schlüsseltechnologie für das nächste Jahrtausend. Sie ermöglicht langfristig und weltweit einen schonenden und nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Biotechnologie und Gentechnik sind Schlüsseltechnologien künftiger Wirtschaftsentwicklungen.

Der aktuelle „Spiegel" schreibt - ich darf zitieren -: „Die Kurse vieler Biotechnologiefonds gehen zurzeit extrem stark nach oben."

Sie träumen weiter. Ihre Gentechnik ist eine entscheidende Hilfe für die wachsende Weltbevölkerung, die Ernährungsprobleme zu lösen. So weit die Befürworter.

Die Gentechnik hat jedoch auch Gegnerinnen und Gegner, deren Argumentation ernst zu nehmen ist. Wie jede technische Revolution bringt die Gentechnik neben Verheißungen auch Gefahren mit sich. Sie steigert den menschlichen Zugriff auf die Naturkräfte wie kaum eine andere Technologie in der Geschichte zuvor.

Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Lebensformen kann genetische Verschmutzungen erzeugen, wie beispielsweise - das ist unbestritten - durch Auskreuzung aus Kultur- und Wildpflanzen.

Viele Menschen lehnen den Einsatz der Gentechnik bei der Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln ab. In der Bundesrepublik gibt es keine eindeutigen Mehrheiten. Die Mehrheiten sind schwankend. Sogar die allgemein als umweltresistent geltenden Verbraucherinnen und Verbraucher in den USA, in England und in Frankreich sind skeptisch. Viele Menschen fragen sich, ob die Gentechnologie überhaupt demokratisch beherrschbar ist. Sie behaupten, die Gentechnik schafft keine Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, als Landesparlamentarier stehen wir irgendwo dazwischen. Wir sind hin- und hergerissen zwischen Chancen und Risiken. Keiner von uns kann sich als Gentechnikexperte outen. Ich will absolut nichts verharmlosen. Die ethischen Aspekte - Frau Kiltz hat das angesprochen - beim Einsatz der Gentechnik, die gravierenden Unsicherheiten bei einer Technikfolgenabschätzung und ganz besonders die Ängste der Menschen sind für die SPD-Fraktion ernsthafte Prüfsteine für diese Technologie.

In diesem Hause müssen wir uns unter dem Strich aber die Frage stellen, was wir in Rheinland-Pfalz überhaupt beeinflussen und mitentscheiden können. Das Regelwerk um uns herum ist dicht. Vom Gentechnikgesetz zum Saatgutgesetz, vom Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz zur Zusatzstoffzulassungsverordnung. Wenn überhaupt, können

wir also nur ein wenig die Weichen stellen. Die Weichenstellung, die in der Landesregierung geschehen ist, scheint vernünftig zu sein. Sie hat ein unvoreingenommenes Verhältnis zur Forschung, Entwicklung und zum Einsatz der Gentechnik. Sie sieht auf der einen Seite die Chancen der Gentechnik und auf der anderen Seite aber genauso realistisch auch die Risiken und Ängste der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Bei Beachtung der Vorgaben des Gentechnikgesetzes sieht sie die Risiken als überschaubar an. Ein besonderer Stellenwert - das möchte ich nicht gering achten - hat für sie die Information der Verbraucherinnen und Verbraucher; denn die Menschen müssen selbst entscheiden können, ob sie gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen wollen oder nicht.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Die Kennzeichnung dieser Produkte muss deshalb eine bewusste und eine eindeutige Kaufentscheidung ermöglichen.

Was hat das Land bisher konkret gemacht? Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat an der Mainzer Universität ein Institut gebildet, ein Institut für Molekulargenetik, gentechnologische Sicherheitsforschung und Beratung. Die Schwerpunkte dieses Instituts liegen damit eindeutig bei der Grundlagenforschung, die wohl niemand in Abrede stellen will, bei der Beherrschbarkeitsforschung, bei der Information, die ganz oben ansteht, und bei der Aufklärung und Beratung. Ähnliches gilt auch für das Zentrum „Grüne Gentechnik" bei der Staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt in Neustadt.

Wer nicht forscht, kann auch nicht mitreden. In diesem Sinne sind staatliche Investitionen in die öffentlich kontrollierte Grundlagenforschung unabdingbar. Beim Verbraucherschutz unterstützen wir ausdrücklich die Landesregierung, weil sie für Transparenz bei dieser neuen und zugegebenermaßen nicht angstfreien Technologie sorgt und weil sie die Akzeptanz der Bevölkerung als unverzichtbar ansieht.

Es gibt hierzu auch Ergebnisse und Erfolge. Ich habe vor kurzem eine spannende Diskussion mit einem Abiturienten geführt. Als Teilnehmer am Leistungskurs Biologie war er hervorragend über die Gentechnologie informiert. Für mich war das ein Beispiel dafür, wie Schule ganz konkret für Transparenz und Wissenstransfer sorgt.

Aus diesem Grund mache ich mir auch keine Sorgen über den Einsatz des Biotech-Mobils, das derzeit an Gymnasien unterwegs ist; denn das ist auch ein Stück Transparenz und Wissenstransfer, das in diesem Fall geleistet wird.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Womit fahren die Kritiker
durch die Gegend?)

- Die Kritiker fahren auch durch die Gegend, aber dazu kann ich sagen, dass dort ein Stück einseitig informiert wird.

Die SPD-Fraktion unterstützt die gentechnische Weichenstellung der Landesregierung; denn sie hält aktiv die Option auf eine Zukunftstechnologie offen. Dies nützt absehbar den Menschen in der Landwirtschaft und im Weinbau. Dies nützt aber auch der Biotechnologie in Forschung und Industrie. Entscheidend für die Akzeptanz sind aber die Menschen, nämlich diejenigen, die als Landwirte eindeutige Saatgutkennzeichnungen benötigen, und mehr noch diejenigen, die als Verbraucherinnen und Verbraucher gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen oder auch nicht.

Nicht wir, sondern die Verbraucherinnen und Verbraucher sind letztlich diejenigen, die entscheiden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Schluss auch noch auf unseren Antrag „Pflanzenschutz im Obst- und Weinbau" zu sprechen kommen; denn nach dem Erlass des neuen Pflanzenschutzgesetzes ist es für die Obstbauern und auch für die Weinbauern ganz speziell im Steillagenweinbau extrem schwierig geworden. Diese Schwierigkeiten hat auch die Landesregierung erkannt und über den Bund interveniert, um eine Verbesserung zu erreichen. Ich bitte sehr darum, dass wir heute über diesen Antrag abstimmen; denn die Zeit drängt. Existenzen wären gefährdet. Das kann niemand von uns in Kauf nehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Schneider das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind in diesem Parlament nicht gewählt, um zu träumen, sondern um der Realität ins Auge zu schauen.

(Beifall der CDU -
Frau Baumann, SPD: Das haben Sie
falsch verstanden! -
Itzek, SPD: Visionen sollte man
auch entwickeln! -
Zuruf des Staatsministers Zuber)

- Herr Zuber, dass Ihnen das schwer fällt, ist nicht mein Problem.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Antrag formuliert, der die Gentechnik in toto verteufelt und rein die

ökologische Erzeugung und Verarbeitung unterstützt. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, es zeigt sich einmal mehr, dass Sie von der Praxis keine Ahnung haben und in der Theorie meilenweit von der Realität entfernt sind. Sie fordern in Ihrem Antrag, dass Freisetzungsversuche genetisch veränderter Pflanzen grundsätzlich verboten werden.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Hören Sie gut zu; denn Sie können vielleicht noch etwas lernen.

Es ist sicherlich richtig, dass der Mensch nicht all das tun darf, was er kann. Dies gilt aber auch im Umkehrschluss, dass nämlich der Mensch alles tun muss, was der Menschheit nützt; denn wir sind für das verantwortlich, was wir tun, aber auch für das, was wir nicht tun.

Sind Sie sich überhaupt darüber im Klaren, was Sie mir Ihrer ewigen Schwarzmalerei erreichen? Sie verunsichern Menschen und verbreiten Unwahrheiten. Ich nenne nur einige Fakten, um dies zu untermauern: Sie sagen immer wieder, dass rund 80 % der Bevölkerung gegen die Gentechnik seien.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lebensmittel!)

Fakt ist, dass 1996 nach Umfrage des Allensbach-Instituts eine Mehrheit der Bevölkerung für die Nutzung der Gentechnik war.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur 29 % wollten auf sie verzichten.

Frau Kiltz, ich habe vor rund einer Stunde mit einer 10. Klasse der Konrad-Adenauer-Realschule aus Landau ein Gespräch geführt. Mit dieser Klasse habe ich über die Gentechnik gesprochen und gefragt, wie sie dazu steht. Über 20 Schüler waren für die „Grüne Gentechnik", nur drei Schüler waren dagegen. Das sind Zahlen, die bei uns realistisch sind.

(Beifall der CDU - Billen, CDU: So ist das!)

Fakt ist auch, dass die Akzeptanz der Gentechnik in den letzten Jahren zugenommen hat. 1988 waren noch rund 40 % gegen diese Technologie, aber durch Transparenz und Aufklärung in der Bevölkerung konnten viele unbegründete Ängste abgebaut werden. Das ist gut. Darum begrüßt auch die CDU die Initiative des Biotech-Mobils, die Schülerinnen und Schüler über die neuen Technologien aufklärt, die Technologie näher bringt, Akzeptanz schafft und Vorurteile abbaut.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Vor wenigen Wochen wurden in der Bundesforschungsanstalt Geilweilerhof in der Südpfalz gentechnisch veränderte Reben freigesetzt. Den Hickhack in der Presse bis hin zur Demonstration und Zerstörung der Versuche habe ich mitverfolgt. Ich musste mich fragen, ob die ideologisch geprägten Gentechnikgegner nicht einen Schritt zu weit gehen. Der rheinland-pfälzische Steuerzahler hat allein 1996 über 10 000 DM an Steuergeldern aufbringen müssen, damit solche Versuche vor Eingriffen geschützt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage Sie: Ist es richtig, dass Flächen, auf denen Freisetzungsversuche stattfinden, zwischenzeitlich mehr als Justizvollzugsanstalten abgesichert werden müssen? Ist es richtig, dass Freilandversuche mit riesigen Wachtürmen und Hochspannungsdrähten abgesichert werden müssen und der Betrachter vermuten muss, dass sich dahinter wilde Tiere und nicht Weinreben oder Zuckerrüben befinden?

(Beifall der CDU)

Ich kann dies nur mit einem klaren Nein beantworten. Wir brauchen eine zukunftsgerichtete Forschung, die den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird und der Welternährungssituation Rechnung trägt. Wir brauchen keine Chaoten, die Freisetzungsversuche zerstören. Wir unterstützen sie auch nicht mit einer ideologischen Debatte, wie sie immer wieder von ihnen geführt wird. Wir wollen ein solches Handeln nicht unterstützen und darum Ihren vorliegenden Antrag in toto ablehnen.

(Beifall der CDU und des Abg. Heinz, F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Kollegin Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und über die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Antwort der Landesregierung zur Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmitteln.

Es ist manchmal ganz sinnvoll, nicht nur die Antworten, sondern auch die Fragen der Großen Anfragen zu lesen. Bei den Fragen sollte man hin und wieder zwischen die Zeilen schauen. Dabei ist mir äußerst angenehm aufgefallen, dass es dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mittlerweile gelungen ist, zwischen Biotechnologie und Gentechnologie zu unterscheiden.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nimmt eine Klassifizierung vor, die ich nicht mehr nachvollziehen kann und die wie folgt lautet: Biotechnologie ist gut. Gentechnologie ist schlecht. - Das war das Ergebnis mehrerer sehr vorsichtig präzisierter Fragen.

Was die Biotechnologie betrifft, sage ich nur: Willkommen im Leben. Sie haben es erkannt. - Biotechnologie ist tatsächlich etwas, was wir schon über viele Jahrtausende haben. Bei der Gentechnologie als einem Teil der Biotechnologie müssen wir noch ein bisschen Überzeugungsarbeit leisten, damit nicht alles wieder in das schlechte Päckchen gepackt werden kann.

Wir erinnern uns vielleicht gemeinsam, dass biotechnologische Verfahren mehrere tausend Jahre alt sind. Zumindest vom Bier weiß man - das wird biotechnologisch erzeugt; Sie kennen die alkoholische Vergärung -, dass schon die alten Babylonier und Ägypter den Genuss von Bier zu schätzen wussten. Hier von Risikotechnologie zu sprechen, ist anscheinend nunmehr auch für die GRÜNEN tabu. Das finde ich immerhin schon beachtlich.

Das Leben ist nicht immer so einfach, wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN uns glauben machen wollen. Gentechnik ist nur eine Teilmenge der Biotechnologie. Gentechnik ist, wenn man die wissenschaftliche Bedeutung nimmt, auch schon die Zucht von Tieren. Die Herauszüchtung von Haustierrassen aus den ursprünglichen Wildarten fällt schon unter den Begriff der Gentechnologie. Das in toto unter einen Hut zu bringen, halte ich schon für äußerst bedenklich.

Nehmen wir uns einmal die Produktpalette vor, die wir uns täglich gern zuführen. Ich bin ein Käse-Fan. Um Käse herstellen zu können, muss Milch fermentiert werden. Das ist ein ganz bekannter Vorgang. Dieses Ferment entnahm man früher von Kälbermägen. Nun muss man diese Kälber erst einmal schlachten, um an dieses Ferment zu kommen.

Dieses Ferment wird seit zig Jahren - nach meiner Recherche seit über 20 Jahren - mittlerweile gentechnisch hergestellt. Das hat zur Folge, dass wir nicht mehr so viele Kälber umbringen müssen und wir diesen Käse seit über 20 Jahren gentechnisch verändert zu uns nehmen, ohne dass deswegen die Welt untergeht. Man sollte immer deutlich differenzieren.

Ich habe noch ein weiteres Beispiel. Der Wirtschaftsminister ist nicht anwesend. Ich habe lange gezögert, ob ich es sagen soll. Das gilt natürlich auch für viele andere Produkte, die wir täglich zu uns nehmen. Stellen Sie sich einmal das Brötchen vor. Dieses wird gemehlt und gewendet. Darin ist Ascorbinsäure enthalten. Ascorbinsäure ist nichts weiter als Vitamin C.

Vitamin C wurde vor langer Zeit synthetisch hergestellt. Wir haben uns alle gegen die synthetische Herstellung von Vitaminen und Enzymen gewandt, weil die synthetische Herstellung bei weitem die unverträglichere und schlechtere Herstellung als die gentechnische Herstellung von Vitaminen und Enzymen ist.

All das haben wir gemeinsam als Fortschritt der letzten 20 Jahre betrachtet. All das ist Gentechnologie, und zwar Gentechnologie vom Feinsten. Das wollen wir heute zugestandenermaßen - wir müssen uns darüber unterhalten - in die Produktkennzeichnungen einbringen.

98 % des Käses und knapp 100 % von Brot und Brötchen würden dann unter die Kennzeichnungspflicht fallen, wenn wir diese Art gentechnisch veränderter Produkte mit kennzeichnen wollten. Wir müssen uns einmal darüber klar werden, worüber wir heute eigentlich sprechen. Es macht keinen Sinn, einfach eine Technologie zu nehmen und einen Popanz aufzubauen, der nicht in Ordnung ist.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, eines müssen wir allerdings auch tun. Das gebietet unser Amt. Wir müssen die Sorgen und Ängste der Verbraucherinnen und Verbraucher ernst nehmen und mit ihnen wissenschaftlich seriös umgehen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden - das haben sie deutlich gemacht - auch heute schon eigenständig - ob wir bis ins Feinste die Novel-Food-Verordnung deklarieren oder nicht -, die Produkte zu kaufen, von denen sie glauben, dass sie für sie richtig sind. Ich begrüße dieses Verhalten außerordentlich. Ich würde alles tun, um zu unterstützen, dass diese Produkte und die Kaufentscheidung sauber gefällt werden können.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Ausgerechnet in der Gentechnologie ist es mit der Produktkennzeichnung nicht so einfach, wie man es sich vonseiten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vielen Gentechnologiegegnern macht. Denken Sie bitte einmal an die Probleme, die wir mit der Schweinepest hatten und immer wieder haben. Wegen der Schweinepest haben wir noch Anfang 1997 in Deutschland 70 000 Tiere notgeschlachtet, und zwar nicht wissend, ob diese Tiere infiziert oder nicht infiziert waren. Diese Tiere mussten notgeschlachtet und durften nicht zum Verzehr freigegeben werden.

Mit Hilfe der Gentechnologie ist es gelungen, einen Impfstoff zu entwickeln, der eindeutig die geimpften Tiere von den verseuchten Tieren unterscheidet. Wenn wir diesen Impfstoff einsetzen, können wir in Zukunft sagen, ob ein Tier mit Schweinepest belastet oder nicht belastet ist.

Das Schwein hat jedoch einen gentechnisch veränderten Impfstoff zu sich genommen. Muss deswegen das Produkt nachher gekennzeichnet werden oder nicht? All das sind Grenzfragen, mit denen wir uns seriös auseinander setzen müssen. Wir können nicht so tun, als wäre die Gentechnologie in toto schlecht. Sie hat der Menschheit mit unser aller Unterstützung viel Gutes gebracht.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich stehe auf der Seite derer, die sagen: In der Gentechnik wird vieles getan. In den Labors dieser Welt wird viel experimentiert, was moralisch und ethisch nicht zulässig und richtig ist. - Ich denke insbesondere an die Transgenetik im Bereich von Tier und Mensch und vieles andere. Darüber haben wir auch schon im Zusammenhang mit der Großen Anfrage der F.D.P. gesprochen.

Wir sprechen heute zur Frage der Landwirtschaft. Auch in Fragen der Landwirtschaft kann man sicher Grenzen ziehen, indem man sagt: Das nützt und das schadet. - Darüber muss man ideologiefrei miteinander diskutieren. Insoweit sind diese Diskussionen immer wieder notwendig.

In Bezug auf die Frage, was es nützt und nicht nützt, ist es natürlich notwendig, dass wir hin und wieder der Forschung ein Stück Freiheit geben, um zu forschen. Anders kommen wir nicht zu Ergebnissen und können auch nicht zu Entscheidungen kommen; denn wenn wir die Frage nach der Zukunft erst gar nicht stellen, brauchen wir die Zukunftsfähigkeit nicht zu beantworten.

Von daher muss ich für die Liberalen sagen, dass wir den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen. Er ist vordergründig, scheinheilig, nutzt den Verbrauchern überhaupt nichts und ist im Umgang mit einer sehr wichtigen zukunftsfähigen Technologie nicht seriös, die durchaus mit vielen kritischen Anmerkungen versehen werden muss. Das geht nur, wenn wir seriös und wissenschaftlich miteinander diskutieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Kollegin Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Kollegin Hatzmann, ich knüpfe an den Begriff der Seriosität an. Frau Kollegin Schneider, ich würde Sie bitten, wirklich seriös mit den Zahlen zu agieren. Sie haben Zahlen genannt, die sich auf die gesamte Gentechnik bezogen. Wir haben immer sehr sauber zwischen grüner und roter Gentechnik getrennt. Die graue Gentechnik, die sich im Kosmetik- und Waschmittelmarkt vollzieht, ist hier überhaupt noch nicht Thema gewesen.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher und die GRÜNEN haben eine sehr differenzierte Meinung zu roter und grüner Gentechnik, nämlich die, die sich im Pharmazie- und Medizinbereich abspielt, und der grünen, die sich im Landwirtschafts- und Nahrungsmittelbereich abspielt. Wir lehnen die grüne Gentechnik ab, weil wir sie nicht nur für zu risikoreich halten, sondern weil wir sie auch für überflüssig halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Biotechnologie wird keinen einzigen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft erhalten - im Gegenteil. Frau Hatzmann, Sie haben so gönnerhaft gesagt, wir hätten auch endlich kapiert, dass es einen Unterschied zwischen Biotechnologie und Gentechnik gibt. Ich versuche hier seit drei Jahren, Ihnen und der Landesregierung zu erzählen, Sie mögen bitte in Ihren Beiträgen, ob sie schriftlich oder mündlich sind, diese Unterscheidung machen. Im Übrigen ist die Gentechnik ein Unterkapitel der Biotechnologie, in der ganz anders als in anderen Formen Artenschranken überschritten werden. Das ist unser Problem. Dabei muss gut abgewogen werden, was man macht.

Frau Schneider, Sie sagen, was der Menschheit nutzt, muss man machen. Ich frage Sie: Wer entscheidet, was der Menschheit nutzt, ob ein Lebensmittel so groß sein muss oder so viel schneller wachsen muss? Das wird für die Demokratie theoretisch sehr komplex und sehr schwierig. Ich würde Sie bitten, etwas weniger ideologisch zu diskutieren - das machen nämlich Sie und nicht wir - und etwas sachlicher zu argumentieren.

Danke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Anheuser das Wort.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. „Pflanzenschutz im Obst- und Weinbau". Die CDU-Fraktion befürwortet diesen Antrag. In Punkt 3 - das hat Frau Kollegin Baumann schon ausgeführt - handelt es sich nicht nur um Gefahren für den Weinbau am Steilhang, sondern auch für den Weinbau insgesamt.

Wir hatten schon in den Jahren 1997 und 1998 in den Ausschüssen versucht, das Problem anzusprechen, um mit der Landesregierung zu Besserungen zu kommen. In dieser Hinsicht sind auch die Resolutionen der Obstbauern im Januar 1999 zu sehen. Frau Kollegin Hammer hat in zwei Anfragen im Februar 1999 und im Mai 1999 darauf hingewiesen. Wir weisen auch darauf hin, dass in der Bundestagsdrucksache 14/1030 vom 6. Mai 1999 das Problem angesprochen worden ist. Der Schlüssel liegt vornehmlich bei der Bundesregierung, bei der Biologischen Bundesanstalt und beim Umweltbundesamt. Wir bitten nachhaltig darum, dass dieses Problem

schnellstens gelöst wird. Wir bitten auch darum, dass die Dinge in Zukunft noch flotter erledigt werden.

Wir weisen darauf hin, dass speziell beim Obstbau, aber auch beim Weinbau ansonsten die Wettbewerbsfähigkeit für die deutschen Bauern sehr stark darunter leidet. Wir weisen auch noch einmal darauf hin, dass, wie schon in den Ausschüssen vorgetragen, ansonsten die Unfairness in diesem Wettbewerb um sich greift, dass aber auch Mittel benutzt werden, die im Ausland eingekauft werden und hier zur Anwendung kommen, was auch nicht im Sinne der Anbaubedingungen liegt.

Die CDU-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend für meine Fraktion zu dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. „Pflanzenschutz im Wein- und Obstbau" sagen: Wein- und Obstbau genießen in Rheinland-Pfalz eine hohe Bedeutung und ein hohes Ansehen. Das ist unbestritten. Wir sind dankbar, dass das Landwirtschaftsministerium auch zum umweltschonenden Weinbau und zur umweltschonenden Landwirtschaft ein entsprechendes Programm aufgelegt hat. Innerhalb dieses FUL-Programms ist es Voraussetzung, dass Pflanzenschutzmittel nur in geringem Maße eingesetzt werden.

Wir stellen nun fest, dass aufgrund der neuen Zulassungsbedingungen nach dem Bundespflanzenschutzgesetz keine Gesamtumweltbilanz vorgenommen wird, sondern nur eine pauschale Betrachtungsweise. Diese pauschale Betrachtungsweise besagt, dass hier entsprechende Gerätschaften eingesetzt werden müssen, die eine sparsame Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln erlaubt. Das ist im flachen Gelände überhaupt kein Problem. Die Winzer bei uns in der Pfalz und in vielen anderen Bereichen haben mittlerweile diese Einrichtungen. Im Steillagenweinbau und auch in Obstkulturen, die nicht Spalierobst sind, sondern Hochstammgewächse, führt das zu erheblichen Problemen. Man wird dann gerade in diesen Fällen feststellen müssen, dass ein bisschen die Flucht in die Illegalität stattfindet. Das darf nicht sein, das kann nicht sein, das müssen wir entsprechend verhindern.

Deswegen haben wir den Antrag gestellt, in dem wir die Landesregierung auffordern, sich entsprechend auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass gerade für diese beiden Bereiche eine Verbesserung herbeigeführt wird, dass auch dort diese neuen Pflanzenschutzmittel mit den entsprechenden Gerätschaften ausgebracht werden können, dass berücksichtigt wird, dass die Maschinen, die wir im flachen Land einsetzen können, im Steillagenweinbau eben nicht eingesetzt werden können, dass man sich mit einer Gesamtumweltbilanz überlegt, was für den Steillagenweinbau getan wird, was für die Kulturlandschaft getan wird und was wir dort an Pflanzenschutzmitteln einsetzen können.

Ich denke, da gibt es eine Lücke, die bisher nicht bedacht worden ist. Es gilt, diese zu schließen. In diese Richtung geht der Antrag.

Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar den Landfrauenverein Gau-Odernheim und Landfrauen aus Klein-Winternheim. Seien Sie herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Staatsministerin Frau Martini das Wort.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin sehr dankbar über die qualifizierte und sehr ernste Debatte, die heute zu dem Thema Gentechnik geführt wird. Wir wissen, Gentechnik ist High-Tech an der lebenden Zelle, also auch gezielter Eingriff in die Baupläne der Natur. Diese Schlüsseltechnologie ist neu. Sie eröffnet Möglichkeiten, die wir zum Teil heute noch nicht einmal abschätzen können, aber auch wie überall, wenn Entwicklungen im Gange sind, haben Chancen auch Risiken. Diese Risiken können aus einem zu sorglosen oder unkontrollierten Umgang oder gar Missbrauch mit diesen neuen Techniken erwachsen.

Wichtig für uns, die wir in der politischen Verantwortung stehen, ist es, die Risiken nicht gänzlich einfach vom Tisch zu wischen und zu sagen, ich will keines eingehen, also halte ich still, sondern sie genau zu analysieren, eine Risikobewertung vorzunehmen, ein Risikomanagement zu betreiben, dann aber gegebenenfalls auch Risikoentscheidungen zu treffen; denn nur dann, wenn man die Risiken kennt, kann man sie beherrschen und zu managen versuchen.

Meine Damen und Herren, deshalb hält es die Landesregierung für besser, eine neue Entwicklung unter eigener Kontrolle zu haben, um mögliche Gefahren selbst zu erkennen und dann auch reagieren zu können.

Umgekehrt besteht beim Verdrängen von neuen Technologien, beispielsweise in industrie-tolerante Drittländer - darüber müssen wir heute auch sprechen -, die Gefahr, dass von dort Produkte ins eigene Land gelangen, deren Risikopotenzial, wenn überhaupt, nur im Erzeugerland bekannt ist.

Insofern ist es gerade wichtig, dass eine Industrienation, eine Forschungs- und Techniknation, wie die Bundesrepublik Deutschland oder die Europäische Union insgesamt, sich dieser neuen Forschungsfelder annimmt und sich aktiv einschaltet, bevor sozusagen aus dem weltweiten Raum in etwas anderen Landstrichen Produkte bei uns auf den Tischen oder im Saatgut landen, die wir in keiner Weise beeinflussen oder auch überprüfen können.

Ich brauche nicht zu wiederholen - das ist schon deutlich geworden -, die Hauptzielrichtung der gentechnischen Arbeiten liegt bei uns im medizinischen Bereich und in der allgemeinen biologischen Grundlagenforschung. Dort ist sie mittlerweile absolut unverzichtbar geworden. Viele Erkenntnisse, Erfahrungen und Vorteile, die wir von der Umwelttechnik und der Umweltwissenschaft bis zur Medizintechnik und zu den angewandten Medikamenten haben, wären undenkbar ohne die Fortschritte in diesen Techniken. Frau Abgeordnete Baumann, Sie haben schon darauf hingewiesen, dass sich hier Träume im Positiven realisiert haben.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung verkennt selbstverständlich nicht, dass es im Bereich der grünen Gentechnik durchaus Probleme und Risiken gibt. Die Augen davor zu verschließen, wäre falsches Handeln. Deshalb ist das Land dabei, wenn es darum geht, zum Beispiel Forschungsprojekte bei der Universität Mainz mitzufinanzieren, wo der horizontale Gentransfer bei Mais und Raps überprüft wird, den Fragestellungen nachzugehen, weil unerwünschte Nebenwirkungen verhindert und die Wirkungen vor allem rechtzeitig erkannt werden sollen.

Die Landesregierung ist prinzipiell offen gegenüber den Möglichkeiten der Gentechnik, wie es die Grundlage des Gentechnikgesetzes auch vorsieht. Das Gentechnikgesetz beinhaltet eine Vielzahl von Sicherungsmaßnahmen, eine Vielzahl von Überprüfungen und Möglichkeiten der Risikokontrolle. Wir sehen insgesamt in der Gentechnik eine Schlüsselindustrie mit einem ausgesprochen dynamischen Forschungspotenzial. Aus diesem Forschungspotenzial werden sich mit Sicherheit auch vielfältige Wachstumsfelder ergeben, die - auch das darf ich unterstreichen - aus der Sicht der Landesregierung mit positiven Effekten auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz und damit natürlich direkt und indirekt auch auf die Situation der Arbeitsplätze Einwirkungen haben werden.

Meine Damen und Herren, bei der Befürwortung und der Offenheit für die Gentechnik auch im grünen Bereich ist die Landesregierung parallel dazu - das ist kein Widerspruch, Frau Abgeordnete Kiltz - in vielen Bereichen in der Unterstützung des ökologischen Landbaus tätig. Das schließt sich gegenseitig beileibe nicht aus. Ich darf daran erinnern, dass an der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz in Zusammenarbeit mit den Verbänden des ökologischen Landbaus durch einen Experten koordiniert gearbeitet wird. An den Staatlichen Lehranstalten für Landwirtschaft, Weinbau und Gartenbau arbeiten sechs Spezialberater für den ökologischen Anbau. Das Land finanziert ein umfangreiches, über zehn Jahre angelegtes Projekt, das sich „Ökologische Bodenbewirtschaftung" nennt und das gemeinsam mit der Stiftung Ökologie und Landbau durchgeführt wird. Immerhin werden hierfür seitens des Landes mehr als 100 000 DM pro Jahr als Zuschuss gegeben.

Projektziel ist die Demonstration ökologischer Bodenbewirtschaftungsverfahren zur Erhaltung und Förderung der Bodengesundheit und damit einhergehend die Vermittlung von Beratungsinhalten an die staatliche Beratung, Verbände und Praxisbetriebe.

Auch im Marketingbereich unterstützt die Landesregierung mit beträchtlichen Mitteln die Verarbeitung und Vermarktung ökologischer Produkte. Ich darf nur an den Öko-Einkaufsführer „Öko-Sommer" und an viele Aktionen im Bereich des ökologischen Landbaus erinnern, die mit ca. 60 000 DM gefördert werden.

Meine Damen und Herren, ich unterstreiche noch einmal, dass es sinnvoll ist, das eine zu tun, aber das andere nicht zu lassen. Ökologischer und konventioneller Landbau werden in Rheinland-Pfalz gleich behandelt. So konnte im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung von Marketing- sowie Be- und Verarbeitungsmaßnahmen jeder gestellte Antrag bewilligt werden. Deshalb vermag die Landesregierung dem Antrag, einen generellen Stopp für die Gentechnik vorzuschreiben, nicht zu folgen. Insbesondere wird es mit der Landesregierung kein Moratorium bei Freisetzungsversuchen und auch keinen Stopp beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen geben.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass beide Vorgänge im Rahmen unseres Bundes-Gentechnikgesetzes geregelt sind. Dieses Bundes-Gentechnikgesetz bewegt sich auf der europäischen Grundlage. Dieses Bundesgesetz und die europäische Rechtsgrundlage enthalten eine Vielzahl von Sicherungsmechanismen, sodass die Freisetzungsversuche mit großer Sicherheit verantwortet werden können. Unsere Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter mit fachlicher Unterstützung des Landesamts für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht sind auch mit dabei, die Einhaltung der Sicherheitsauflagen konsequent zu überwachen.

Eine Abschottung des ökologischen Anbaus in der freien Feldflur gegenüber Einflüssen aus Pflanzenbeständen mit gentechnisch veränderten Pflanzen, sofern sie überhaupt auftreten - diese Frage ist nicht im Fluss und noch nicht eindeutig beantwortet -, wird sicher nur bedingt möglich sein. Das muss gesagt werden. Darin unterscheiden sich die unterschiedlichen Behandlungsweisen auch nicht in der herkömm-

lichen Landwirtschaft, zum Beispiel bei der Trennung von Bereichen, die nach integriertem Anbau wirtschaften oder nach dem ökologischen Anbau wirtschaften und den nebendran liegenden Feldern, die herkömmlich mit Pflanzenschutzmittelanwendung arbeiten. Da gibt es keinen Unterschied. Sicher ist die Qualität der möglichen Auswirkungen eine andere - das gebe ich zu -, aber wir werden uns sicher darüber in den weiteren Abläufen zu verständigen haben.

Die Forderung zur Umsetzung der Gentechnik-Kennzeichnung innerhalb der Öko-Kennzeichnungsverordnung ist überflüssig, da die Verordnung 2092/91 bereits festlegt, dass ökologisch erzeugte Produkte frei von Gentechnik sein müssen. Diese Regelung wird auch in Kürze für tierische Erzeugnisse Anwendung finden.

Meine Damen und Herren, unmittelbar betroffen sind die Verbraucherinnen und Verbraucher von gentechnisch erzeugten Produkten dann, wenn es sich dabei um Lebensmittel handelt. Hier haben wir mit der Verordnung über neuartige Lebensmittel, mit der Novel-Food-Verordnung auch Regelungen für gentechnisch veränderte und andere neuartige Lebensmittel in einem speziellen Prüfungs- und Bewertungsverfahren. Das ist ein sehr ausgefeiltes und umfängliches Verfahren. Dieses Verfahren gilt auch für neuartige Lebensmittel, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden, diese aber dann im Endprodukt nicht mehr enthalten sind.

Der Anwendungsbereich der Verordnung geht damit über den der so genannten Freisetzungsrichtlinie hinaus. Ist das neuartige Produkt im Wesentlichen gleichwertig zu herkömmlichen Lebensmitteln, genügt eine Anzeige über das Inverkehrbringen dieses Lebensmittels, die dann der Kommission zuzusenden ist.

Meine Damen und Herren, nach diesem vereinfachten Verfahren dürfen derzeit inzwischen drei Rapsöle und vier Maiserzeugnisse aus gentechnisch verändertem Raps bzw. Mais bei der Lebensmittelherstellung verwendet werden. Im so genannten Genehmigungsverfahren mit Erstprüfung befinden sich derzeit zehn Produkte. Wir haben noch keine Mitteilung vom Bundesministerium für Gesundheit über einen Abschluss dieser Verfahren. Damit wird in Bälde zu rechnen sein.

Erzeugnisse aus gentechnisch veränderten Sojabohnen und gentechnisch verändertem Mais haben noch nach der Freisetzungsrichtlinie eine Genehmigung für das Inverkehrbringen erhalten. Da diese Erzeugnisse bereits vor In-Kraft-Treten der Novel-Food-Verordnung in den Verkehr gebracht wurden, fallen sie nicht unter den Anwendungsbereich der neuen Verordnung. Entsprechende Kennzeichnungsvorschriften mussten daher noch einmal in einer weiteren neuen Verordnung festgelegt werden. Sie sehen, dies ist ein höchst kompliziertes Verfahren, das deshalb so kompliziert ausgestaltet ist, da man alle Eventualitäten umfassen möchte.

Meine Damen und Herren, seit 1998 werden gemeinsam vom Chemischen Untersuchungsamt und vom Medizinaluntersuchungsamt in Trier in der Untersuchungsstelle im laufenden Jahr 40 Lebensmittel auf gentechnische Veränderungen untersucht. Zwei Proben wurden wegen fehlender Kennzeichnung von gentechnisch verändertem Mais beanstandet.

Was uns noch Kummer macht, ist die Tatsache, dass die Novel-Food-Verordnung noch nicht für Lebensmittelzusatzstoffe, Aromen und Extraktionslösungsmittel gilt. Deshalb wird das noch nachzuholen sein. Die Verordnung muss auch diese Stoffe mit umfassen. Die Schließung dieser Gesetzeslücke befindet sich im Gesetzgebungsverfahren, sodass dies auch bald als erledigt gemeldet werden kann.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal unterstreichen, was aus allen Redebeiträgen deutlich wurde. Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten haben, ob und welches Lebensmittel sie kaufen und zu sich nehmen wollen. Dies ist nur dann möglich, wenn die Kennzeichnung in allen wesentlichen und relevanten Bereichen erfolgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss auch - hierzu gibt es eine Beschlussgrundlage der Konferenz der Gesundheitsminister - eine nationale Verordnung zur Festlegung der Kriterien für ohne Gentechnik hergestellte Lebensmittel erarbeitet werden. Mittlerweile existiert diese Verordnung seit Oktober 1998.

Meine Damen und Herren, ich darf abschließend feststellen, es ist sicher im Bereich der Kennzeichnung noch einiges zu tun. Für Mais- und Sojaerzeugnisse haben wir bereits Ausführungsbestimmungen, aber für andere Lebensmittel fehlen sie noch. Deshalb wird es weiterhin das Bemühen der Landesregierung sein, im Zusammenhang mit der Bundesregierung auf den europäischen Gesetzgeber in diese Richtung einzuwirken.

Ich darf abschließend noch einmal darauf hinweisen, wir nehmen die möglichen Gefährdungen durch die grüne Gentechnik außerordentlich ernst. Aber wir sehen auch einen positiven großen Anwendungsbereich für die Möglichkeiten, resistente und damit auch für die Umwelt bessere Nahrungsmittel zu erzeugen. Wir können zukünftig viele Umweltprobleme reduzieren, wenn wir gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen können. Auch das kommt den Menschen zugute.

Wenn wir weniger Pflanzenschutzmittel im Grundwasser haben, werden dadurch die Grundwasserwerte verbessert. Wenn wir bei wachsender Weltpopulation bessere Möglichkeiten haben, die Menschen weltweit zu ernähren, ohne noch mehr Flächen sozusagen in intensivster Landwirtschaft nutzen zu müssen, ist dies nur positiv zu bewerten. All dies

muss in den Abwägungsprozess verantwortungsbewusst mit einbezogen werden, und die Landesregierung wird dies auch künftig tun.

(Beifall der SPD und der F.D.P. sowie bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Staatsminister Bauckhage.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für einen integrierten umweltschonenden Pflanzenschutz benötigen unsere Obstbauern und Winzer geeignete Pflanzenschutzmittel, die sie verantwortungsvoll und den Anforderungen entsprechend einsetzen können.

(Beifall der F.D.P.)

Dies wird jedoch zunehmend schwieriger, da es die Obst- und Gemüsebauern sowie die Winzer aufgrund gravierender restriktiver Umweltbestimmungen mit kaum umsetzbaren Anwendungsauflagen zu tun haben.

Hinzu kommt, dass ihnen wegen der völlig unzureichenden Zulassung von Pflanzenschutzmitteln keine geeigneten Instrumente zur Verfügung stehen. Dies bedeutet für unsere landwirtschaftlichen Betriebe eine bedrohliche Situation, die sich insbesondere im internationalen Vergleich bemerkbar macht und die ein sofortiges Handeln erfordert.

Deswegen habe ich bereits im Februar in einem Schreiben an Herrn Bundeslandwirtschaftsminister Funke auf die Lage hingewiesen und um Unterstützung gebeten. Auf der Agrarministerkonferenz im März in Ludwigsburg habe ich den Kollegen das Problem gemeinsam mit meiner Kollegin Staiblin aus Baden-Württemberg geschildert.

Herr Bundesminister Funke hat daraufhin Besprechungen in Bonn angesetzt, an denen unter anderem Vertreter der Bundesministerien für Landwirtschaft und Umwelt, der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft und des Umweltbundesamtes teilgenommen haben. An den Gesprächen waren auch die Fachgruppenvorsitzenden des Bundesausschusses „Obst und Gemüse" sowie der Leiter der rheinland-pfälzischen Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz beteiligt. Dieser ist auch Vorsitzender einer bundesweiten Arbeitsgruppe „Lückenindikationen" und daher in dieser Problematik besonders gefordert.

Das Umweltbundesamt hat in den bisherigen Besprechungen zugesagt, seine restriktive Haltung in der Frage der Erweiterung von Zulassungen bei Pflanzenschutzmitteln auf Lückenindikationen zu überdenken. Die Lage hat sich zwar noch nicht entschärft, aber gewisse Fortschritte scheinen sich abzuzeichnen.

Im letzten Monat hat in Braunschweig ein Kolloquium zum Thema „Situation des Pflanzenschutzes im Obst- und Gemüsebau unter besonderer Berücksichtigung des integrierten Anbaus" stattgefunden. Die beteiligten Ministerien und zuständigen Behörden kamen immerhin überein, die Rahmenbedingungen für eine kurzfristige Schließung der Lückenindikationen zu schaffen. Zeitweilige Behinderungen im Verfahren sollen ausgeräumt werden. Den Pflanzenschutzmittelherstellern soll eine zügige Behandlung ihrer Anträge zugesichert werden.

Ebenso soll die bestehende Hauptzulassung in Großkulturen für ein Mittel nicht durch die beantragte Zulassung für Kleinkulturen beeinträchtigt werden;

(Unruhe im Hause)

denn dies ist für die Hersteller ein wichtiger Grund für ihre Zurückhaltung bei der Antragstellung.

Außerdem wurde in Braunschweig vereinbart, sich an einen runden Tisch zu setzen und die Pflanzenschutzmittelhersteller daran zu beteiligen. So ist zu hoffen, dass die Verantwortlichen schneller zu praktikablen Lösungen für den Obst-, Gemüse- und Weinbau kommen werden.

(Unruhe im Hause)

Vor allem müssen die Forderungen zur Einhaltung von Abstandsauflagen und zur Bewertung der Wirkung von Pflanzenschutzmitteln in einen realitätsorientierten Abwägungsprozess neu eingebunden werden. Ein Regelabstand von fünf Metern bis maximal 80 Metern zu Gewässern entspricht dem gemeinsamen Ziel einer sowohl verbrauchernahen als auch umweltverträglichen landwirtschaftlichen Produktion mehr als die derzeit geltenden Abstände im Kilometerbereich.

Einen entscheidenden Schritt in Richtung einer erleichterten Zulassung von Pflanzenschutzmitteln insbesondere für die so genannten kleinen Kulturen verspreche ich mir von der geplanten Änderung der Pflanzenschutzmittelverordnung. Meine Damen und Herren, durch diese Änderung sollte es leichter werden, bestehende Zulassungen auf Kleinkulturen zu erweitern. Hierzu bereitet das Land Niedersachsen eine Bundesratsinitiative vor.

Es ist zu überlegen, ob die Frist für die Umstellung auf die so genannte Indikationszulassung, die bis Juni 2001 festgesetzt ist, nicht um zwei Jahre hinausgeschoben werden kann. Dies erfordert allerdings eine Änderung des Pflanzenschutzgesetzes. Die Obst- und Weinbauverbände wollen sich mit diesem Vorschlag an den Bund wenden.

Insgesamt erhoffe ich mir von unseren Aktionen auf den verschiedenen Gebieten sichtbare Fortschritte, die uns zu einem für alle vertretbaren Ziel führen sollen. Ich werde mich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die unhaltbaren Zustände bei der Pflanzenschutzmittelanwendung für den integrierten Obst-, Gemüse- und Weinbau so schnell wie möglich ein Ende finden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Kollege Anheuser.

Abg. Anheuser, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Minister, vielen Dank für die aufklärenden Worte. Wir bitten sehr nachhaltig darum, dass wir für die neue Vegetationsperiode 00 die nötigen Mittel zur Hand bekommen, die bewährt und wirksam sind. Wir brauchen keine teuren Mittel, die nicht wirken. Deswegen möchte ich diese Bitte an Sie richten und glaube, wir sind damit auf dem richtigen Weg.

Ich bitte allerdings die Kollegen ganz inständig darum, Folgendes zu berücksichtigen: Wir dürfen uns nicht selbst aus dem Markt katapultieren. Wenn wir Lesegut einbringen, das nicht gesund ist, haben wir auch keine Chance, reintönige Weine zu produzieren. Wir können auch kein Obst verkaufen, das unansehnlich oder wurmstichig ist. Deswegen möchte ich Sie sehr inständig darum bitten, in dieser Frage schnell zu einem Konsens zu kommen und alles zu tun, was auf Bundesebene möglich ist.

Sollten diese Wege nicht von Erfolg sein, müssen wir schauen, wie wir dies auf europäischer Ebene regeln. Ich möchte Sie jedoch alle auffordern, an einer baldigen Umsetzung mitzuarbeiten. Die Obstbauern und Winzer brauchen für die neue Vegetationsperiode Klarheit. Es wird beispielsweise gemunkelt, dass auch altbewährte Mittel wie kupferhaltige Mittel aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Auch dies wäre ein Rückschritt für unsere Weinbereitung.

Danke.

(Beifall der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aussprache über die Tagesordnungspunkte 17, 18 und 19.

Es ist beantragt, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4571 - an den Ausschuss zu überweisen. Gibt es darüber Einverständnis?

(Itzek, SPD: Nein, direkte Abstimmung!)

- Dann darf ich darüber abstimmen. Wer stimmt der Ausschussüberweisung zu?

(Schmitt, CDU: Ausschuss ist nie verkehrt!)

Die Gegenprobe! - Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4571 - in der Sache ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Antwort der Landesregierung haben mit ihrer Besprechung ihre Erledigung gefunden oder wird Ausschussüberweisung beantragt? - Nein, das ist nicht der Fall.

Wie soll mit dem Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/4581 - verfahren werden?

(Itzek, SPD: Direkte Abstimmung!)

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe die **Punkte 20** und **21** der Tagesordnung auf:

Bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4482 -

Umweltstraftaten
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksachen 13/4065/4222/4252 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten vereinbart.

Zur Begründung des Antrags der Fraktion der CDU erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Bemerkungen an den Beginn meiner Rede stellen, und zwar erstens den Satz, mit dem wir die Große Anfrage eingeleitet haben. Es heißt darin - ich zitiere -: „Straftaten gegen die Umwelt betreffen mit ihren Folgen nicht nur die Gegenwart, sondern haben weit in die Zukunft hineinreichende, oft unumkehrbare Auswirkungen."

(Vizepräsident Heinz übernimmt den Vorsitz)

Diese Tatsache sollte Motivation genug sein, sich ernsthaft mit dieser Thematik auseinander zu setzen.

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen. Umweltstraftaten in Rheinland-Pfalz nehmen zu, aber zusehen reicht nicht. Meine Damen und Herren, das ist schon fast die Bewertung dessen, was man als Fazit aus der Antwort der Landesregierung vortragen muss.

Kritisch muss sich eigentlich jeder mit den Teilen aus der Antwort auseinander setzen, in denen offensichtlich wider besseres Wissen - ich sage dies leider so - geantwortet wurde. Eine ehrliche Antwort beispielsweise zur Personalausstattung und zu den technischen Mitteln, zur Aus- und Weiterbildung oder gar zu Konzepten wird grundlegend umgangen. Eine ehrliche Antwort mit dem Zusatz - ich sage dies einmal einfach so frei heraus -, leider stehen uns nicht mehr Finanzmittel zur Verfügung, hätte auch von der Opposition Anerkennung finden müssen. Auf einer gemeinsamen Grundlage, die man dann Kraft des Fehlens dieser Mittel hätte herstellen müssen, wären auch gemeinsame Lösungen leichter zu entwickeln gewesen.

So muss ich feststellen, die Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz nimmt Jahr für Jahr zu. Jahr für Jahr steigen unter der Regierung Beck die erfassten Straftaten gegen die Umwelt in diesem Lande an. In absoluten Zahlen gerechnet war der Anstieg von 1993 bis 1998 nur in Hessen größer. Nach einer Statistik des Bundeskriminalamtes liegt Rheinland-Pfalz im Vergleich aller Bundesländer auf Platz 2 hinter Hessen und noch vor Berlin.

Meine Damen und Herren, ich gebe auch zu, dass sich die Zahlen in einem exakten Vergleich etwas verschieben könnten.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Heinz:

Herr Kollege Licht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hartloff?

Abg. Licht, CDU:

Ja.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Kollege Licht, ist Ihnen das Phänomen bekannt, dass statistische Daten steigen, wenn man intensiver fahndet, und dass man deshalb dann bei der Aufklärung auch andere Ergebnisse hat?

Abg. Licht, CDU:

Das ist mir schon deswegen bekannt, weil dies auch ein Teil der Antwort auf die Große Anfrage ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich dann die Vergleiche zu anderen Bundesländern ansehen und die gleichen Maßstäbe ansetzen und dort zu völlig anderen Zahlen kommen, dann muss man sich zumindest einmal überlegen, wer es sich mit der Antwort sehr einfach gemacht hat. Für unsere Begriffe hat es sich die Landesregierung genau in diesem Punkt sehr verkürzt und sehr einfach gemacht.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz bewusst, auch wenn sich die Zahlen im exakten Vergleich etwas verschieben würden - - -

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme mit meinem ganzen Komplex in der Zeit nicht durch. Ich bin gerne bereit, nachher zu antworten, wenn ich noch Zeit zur Verfügung habe.

Auch wenn sich die Zahlen im exakten Vergleich noch verändern würden - wie so oft sind die statistischen Schlüssel der Länder wieder nicht exakt kompatibel -, so bleibt doch für Rheinland-Pfalz ein Platz in der Spitzengruppe übrig.

Meine Damen und Herren, die polizeiliche Kriminalstatistik wies 1993 in Rheinland-Pfalz rund 3 000 erfasste Straftaten gegen die Umwelt aus. 1998 waren es bereits über 5 000 erfasste Straftaten. Die Zahl der erfolgten Verurteilungen wegen Umweltdelikten stieg allein bis einschließlich 1997 um mehr als 100 %. Der Anteil der Umweltkriminalität in der polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt weist einen Anstieg von rund 50 % und mehr aus.

Meine Damen und Herren, gestützt auf weitere Antworten komme ich zu drei Feststellungen:

1. Die Landesregierung steht dem sowohl absolut als auch relativ starken Anstieg der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz offensichtlich uninformiert gegenüber. Das beweisen die Antworten.

2. Hinsichtlich der verursachten materiellen und ökologischen Schäden ist die Landesregierung uninteressiert. Eine Antwort auf diesem Gebiet ist völlige Fehlanzeige.

3. Einer besseren personellen und materiellen Ausstattung der zuständigen Behörden sowie einer besseren Aus- und Fortbildung des Fachpersonals und einer besseren Kooperation der verschiedenen Stellen und Behörden in Rheinland-Pfalz steht die Landesregierung offensichtlich konzeptionslos gegenüber. Auch das kann man aus der Antwort der Landesregierung ersehen.

Ich sage deutlich, Selbstzufriedenheit statt Selbstkritik prägt das Bild der Bewertung.

(Zuruf des Abg. Dr. Frey, F.D.P.)

- Ich komme gleich darauf, was auch andere dazu meinen.

Dies ist angesichts der zu beobachtenden Entwicklung völlig inakzeptabel. Trotz konkreter Anfrage wird kein Personalkonzept für die Zukunft dargelegt. Zu den vorgetragenen Wünschen und Vorstellungen bezüglich der Personalausstattung seitens der betroffenen Stellen - es gibt diese Diskussionen im Lande - schweigt sich die Landesregierung aus.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Antwort der Landesregierung ansehen, die im Grunde auf alle Fragen mit „alles bestens" und „alles prima" antwortet und einen Artikel aus der „Rheinpfalz" vom 1. Juni 1999 danebenlegen, dann müssen Sie das Gefühl bekommen, dass die Landesregierung die Probleme weder gewissenhaft, geschweige denn ernsthaft angeht. Das ist das Ergebnis, wenn man sich einmal diese beiden Dinge vor Augen führt.

Unter der Überschrift „Zu wenig Personal für zu viel Verbrechen" ist dort nachzulesen - ich zitiere -: „Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, Fahndung - das sind die drei Bereiche, in denen es nach Ansicht des Bundes Deutscher Kriminalbeamter bei der rheinland-pfälzischen Polizei hakt."

(Zuruf des Staatsministers Zuber)

- Ich zitiere, Herr Minister. Sie können sich dazu äußern. Sie haben sich zum Teil auch in dem Artikel geäußert, aber in Ansätzen anders als es die Antwort des Justizministeriums ergeben hat.

Es heißt weiter in dem Artikel: „Umweltdelikte bleiben wegen personeller Unterbesetzung und Zuständigkeitsquerelen oft ungeahndet." Das ist doch nicht meine Aussage. „Festnahmen werden zum Glücksspiel." Das ist nicht meine Aussage. Indirekt wird dies in der Form im Artikel von Mainz sogar bestätigt. In dem Artikel wird dort von zwei Interviewpartnern, die massive Personal- und Zuständigkeitsprobleme sehen, ausgeführt, auch gerade die unterschiedliche Zuständigkeit führe zu Reibungsverlusten usw. Aus der Situation ergeben sich zwangsläufig politische Forderungen.

Die CDU-Fraktion nimmt in ihrem Antrag für eine bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz zusammengefasst dazu Stellung. Ich nenne die vier Punkte:

1. Wir müssen uns mit den volkswirtschaftlichen und ökologischen Schäden von Umweltstraftaten befassen. Das wäre auch die Fortsetzung der Debatte von gestern.

2. Wir benötigen eine Bestandsaufnahme und darauf ausgerichtet ein neues Personal- und Ausstattungskonzept zur besseren Bekämpfung von Umweltkriminalität. Ich könnte fast sagen: Zitat Betroffener aus den Verwaltungen.

3. Wir brauchen ein Konzept, das Koordination und keine Konfrontation innerhalb der zuständigen Stellen bedeutet, im Prinzip auch Ausfluss dessen, was man vor Ort durch die Stellen sagt und was man dort hört.

4. Wir brauchen auch eine Analyse des immer wieder von Behörden, ja selbst von der Regierung genannten Dunkelfeldes in der Umweltkriminalität.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir uns in den Diskussionen über den Antrag weiterentwickeln können. Wir sagen unsere Bereitschaft zu, die Dinge dort gemeinsam weiterzuentwickeln.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Abg. Redmer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist es löblich, dass die CDU zum Thema Umweltkriminalität eine Große Anfrage gestellt hat. Es wäre aber nicht nur im Grundsatz löblich, sondern konkret löblich, wenn die CDU das Ganze nicht als bloße Keule gegen die Landesregierung gemeint hätte und gebrauchen würde.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig,
Herr Kollege! -
Dr. Altherr, CDU: Diese martialische
Sprache! -
Pörksen, SPD: Jetzt hören
Sie doch einmal zu!)

Ich will das aufzeigen. Im Vorspann zur Großen Anfrage ist bereits die Unterstellung enthalten, bevor die erste Frage gestellt wird, es erscheine unangemessen, wie oberflächlich das

Thema Umweltkriminalität in der bisherigen Politik der Landesregierung beantwortet werde.

(Pörksen, SPD: Das machen die immer so!)

Das ist eine schlichte Unterstellung. Dann kommen die Fragen. Nachdem die Fragen beantwortet werden, brüllt man: „Hurra, alle unsere Unterstellungen sind bestätigt worden."

(Licht, CDU: Das ist das, was die Betroffenen schildern!)

Der Antrag, den Sie mittlerweile vorgelegt haben, der inhaltlich an Dürftigkeit nichts übrig lässt, beinhaltet am Ende wieder einen einzigen verbalen Angriff auf die Landesregierung, ohne inhaltlich irgendetwas zu bieten. Es wird nur um sich geschlagen. Diese plumpe Hau-drauf-Strategie soll Ängste schüren, die Bevölkerung verunsichern und das Vertrauen in die Landesregierung untergraben; nicht mehr und nicht weniger.

(Bischel, CDU: Das braucht man doch gar nicht!)

Mit diesem Vorgehen, das man rechtspolitisch nur als peinlich bezeichnen kann, wenn man Ihren Antrag liest, und das umweltpolitisch schlichtweg folgenlos ist, werden Sie nichts von dem erreichen, was Sie hier vorgeben. Der Umgang mit Zahlen, den Sie schon in der Pressekonferenz praktiziert haben und hier eben am Pult wieder praktiziert haben, geht frei nach der Churchill-Devise „Ich traue nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe". Auch das will ich belegen. Sie kommen und sagen, nur ein Bundesland - eben Hessen - habe in absoluten Zahlen einen höheren Anstieg. Kunststück, die haben wesentlich mehr Einwohner. Andere Länder haben wesentlich weniger Einwohner als wir.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

- Herr Kollege, das können Sie doch nicht in absoluten Zahlen vergleichen. Nehmen Sie einmal die Prozente. Dann steigt das in Sachsen mit 164 %, in Hessen mit 82 %, im Saarland mit 80 %, in Sachsen-Anhalt mit 73 %, in Thüringen mit 71 % und dann kommt Rheinland-Pfalz erst an sechster Stelle mit 68 %. Aber auch das sagt noch nichts; denn der Kollege Hartloff hat es Ihnen per Zwischenruf deutlich gemacht.

(Pörksen, SPD: Versucht! Er hat es nicht verstanden!)

Wenn die Aufklärung und die Sensibilität in der Bevölkerung steigt, dann steigen auch die Strafanzeigen. Dann steigen die Fälle; nicht mehr und nicht weniger. Es gab vor einigen Jahren dieses schöne Phänomen mit den Fahrraddiebstählen. Diese mussten früher nicht gleich bei der Polizei gemeldet werden, wenn es um die Abwicklung mit der Versicherung ging. Nachdem die Versicherung gesagt hat, solange du keinen Diebstahl angezeigt hast, behandeln wir deinen Fall nicht, sind die sprunghaft in die Höhe gegangen, aber kein Rad mehr wurde geklaut. Sie müssen doch die Hintergründe betrachten und können nicht einfach mit solchen Zahlenspielereien versuchen, uns hier beeindrucken zu wollen.

(Glocke des Präsidenten - Pörksen, SPD: Das ist viel zu schwierig!)

Vizepräsident Heinz:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Licht?

Abg. Redmer, SPD:

Im Moment nicht. Er kann nachher noch einmal ans Pult gehen, wenn er will.

(Zurufe von der CDU - Pörksen, SPD: Hat er doch selbst gemacht, und nun regen Sie sich auf!)

Das kann er nachher gern machen.

Sie dürfen die Hintergründe nicht einfach ausblenden. Sie dürfen beispielsweise nicht weglassen, dass 1997 im Vergleich zu 1993 die Zahl der auflagenlos erfolgten Einstellungen um 407 angestiegen ist. Mit anderen Worten, das waren Luftnummern. Die hätte man gar nicht erst anzeigen müssen. Die nennen Sie als Anstieg der Umweltkriminalität. Dann müssen Sie die anderen Punkte dazunehmen: Was ist mit Auflagen eingestellt worden, wo es möglicherweise nur ein ganz geringes Verschulden gegeben hat, oder was ist ohne Sanktionen erledigt worden?

Auch diese Zahl ist gewaltig angestiegen. Dann können Sie fairerweise eigentlich nur noch die Punkte herausholen, in denen es zur Anklage kam und in denen ein Strafbefehl erfolgte.

Dann sagen Sie, die Verurteilungen haben um 100 % zugenommen, die Anklagen aber nur um 43 %. Was zeigt uns das? Man konnte mehr überführen. Die Zahl der Aufklärungen ist gestiegen. Die Aufklärungszahl ist gestiegen. Genau das, was Sie hier anmahnen - besser hinschauen, besser ermitteln, Täter besser finden -, das ist passiert. Dann jammern Sie und sagen, hier geschieht nichts in Rheinland-Pfalz. Ich denke, mehr kann man die Fakten eigentlich nicht auf den Kopf stellen.

Im Übrigen - auch das geht aus der Antwort auf die Große Anfrage hervor - sind die Zahlen der einzelnen Bundesländer nur sehr bedingt miteinander vergleichbar, weil die das alle nach anderen Methoden statistisch erfassen. Aber auch das lassen Sie weg.

Aber lassen Sie uns einmal zu dem rechtspolitischen und rechtsgeschichtlichen Hintergrund der ganzen Sache kommen. Wie ist das mit dem Umweltstrafrecht gewesen? Das gibt es erst im StGB seit 1980.

(Glocke des Präsidenten)

Vorher fand sich das woanders. Seitdem wir das haben, hat sich erst das Bewusstsein wesentlich geschärft, musste erst einmal Know-how angesammelt werden, bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten musste Personal geschult werden, musste die materielle Ausstattung verbessert werden usw.

(Glocke des Präsidenten)

Die Rechtsprechung hat sich dann auch langsam gesichert. Sie musste sich auch erst entwickeln. Das Ganze führte dann dazu, dass man 1994 eine Reform vorgenommen hat, als man gemerkt hatte, man muss da noch Etliches nachsteuern.

Vizepräsident Heinz:

Herr Kollege Redmer - - -

Abg. Redmer, SPD:

Das ist ein neues Gebiet, das sich langsam entwickelt, und deswegen ändern sich auch noch die Aufklärungszahlen, die Arten, wie Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte mit dem ganzen Thema umgehen. Das blenden Sie alles aus, weil es Ihnen nicht in den Kram passt. Sie wollen einfach nur Lärm machen, aber nicht in der Sache hinsehen.

Danke.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Umweltkriminalität ist bestimmt eine Sache, die nicht verharmlost werden darf. Wir haben das in unserem Untersuchungsausschuss zum Sondermüll gesehen. Wenn beispielsweise Sondermüll illegal entsorgt wird, trifft es tatsächlich zu, dass das eine Art von Kriminalität ist, die nicht nur die Gegenwart betrifft, sondern für die Zukunft Altlasten schafft, für die Zukunft Umweltbelastungen schafft und die zukünftige Generation auch finanziell einerseits mit dem Aufräumen dieser Altlasten, aber andererseits auch gesundheitlich belasten kann. Deswegen ist eine richtige und konsequente Bekämpfung von Umweltkriminalität natürlich auch für uns essenziell.

Meine Damen und Herren von der CDU, aber Umweltpolitik kann man mit Umweltstrafrecht wirklich nicht machen. Das, was Sie hier versuchen, nämlich eine Pressekonferenz aufgrund einer Großen Anfrage zu machen, die schwache Fragen enthält, allerdings noch schwächere Antworten, und sich als Umweltpolitiker vonseiten der CDU hinzustellen, das ist auf jeden Fall mit falschen Mitteln gearbeitet. Da führen Sie die Wählerinnen und Wähler sowie die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes hinters Licht.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Weil Sie keine Umweltpolitik machen wollen - das haben wir heute Morgen gesehen mit Ihrer Scheindebatte zur Ökosteuer -, wollen Sie hier Rechtspolitik machen, setzen Sie Umwelt vor das Wort Kriminalität und sagen, das wäre Ihre Umweltpolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen Sie einmal bei Strafrechtlern nach, ob man mit Strafrecht tatsächlich effektiv Umweltpolitik machen kann. Alle werden sagen: Nein, Strafrecht ist dazu nicht geeignet. - Das heißt, man braucht präventive Maßnahmen. Man braucht Maßnahmen, über die wir heute Morgen gerade diskutiert haben, nämlich Lenkungsmaßnahmen, um die Umwelt zu schonen. Wenn all diese Maßnahmen nicht akzeptiert werden, dann muss natürlich auch die Umweltstraftatbekämpfung einsetzen.

Sie haben meines Erachtens die vorliegenden Zahlen völlig falsch interpretiert. Sie reden von der Steigerung der Zahl der angezeigten Fälle. Da haben Sie vollkommen Recht. Wir haben zurzeit 1998 laut Antwort auf die Große Anfrage in Rheinland-Pfalz 5 074 angezeigte Fälle, davon - dies muss ich dazu sagen - 3 000 illegale Abfallablagerungen und 400 Fälle im Weinrecht, wenn zum Beispiel jemand ein falsches Etikett auf seine Weinflaschen klebt oder Wein panscht. Auch dies sind Umweltstraftaten. Was ist überhaupt in diesen Umweltstraftaten mit berücksichtigt? - Zum Beispiel sind Verstöße gegen das Arzneimittelgesetz auch dabei. Umweltpolitik hat damit nur wenig zu tun.

Es gibt 5 000 dieser so genannten Umweltstraftaten in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg sind es 3 785 angezeigte Straftaten und in Bayern 3 700. Nun haben diese Länder viel mehr Einwohner als Rheinland-Pfalz. Ich frage mich, ob die Rheinland-Pfälzer tatsächlich so viel umweltunbewusster als die Bayern und die Baden-Württemberger sind oder ob man wirklich daraus schließen kann - Herr Redmer hat dies angedeutet -, dass bei uns das System entweder besser funktioniert, die Anzeigen besser laufen und besser aufgenommen werden oder dass es völlig unvergleichbare Systeme gibt. Man kann zumindest aber - es ist völlig unzulässig, was

Sie gemacht haben - nicht den Schluss daraus ziehen, dass es in Rheinland-Pfalz eine besonders hohe Umweltkriminalität gibt. Das ist sachlich und fachlich völlig falsch und wissenschaftlich unhaltbar.

Wenn Sie nun sehen, dass insgesamt drei Verurteilungen in dem letzten erfassten Jahr 1998 dazu geführt haben, dass jemand ins Gefängnis kam, eine Straftat also in eine Verurteilung gemündet hat, die mehr als sechs Monate Gefängnisstrafe beinhaltet, dann heißt das, dass viele dieser Fälle Bagatellfälle waren.

Wir brauchen - ich hoffe, dass wir Ihre Unterstützung im Ausschuss bekommen - eine höhere Aufklärungsquote, beispielsweise bei Straftaten, die die Industrie begeht. Wir haben uns die Statistik beschafft. Straftaten der Industrie werden mit Strafbefehl und Hauptsacheverfahren am geringsten verfolgt, nämlich nur mit etwa 12 %, 13 %. Gegenüber Landwirten beträgt die Verurteilung aber 50 %. Man kann aus diesen Zahlen ableiten, wo das Ungleichgewicht ist und wo Straftaten im Umweltbereich effizienter verfolgt werden müssen. Da brauchen wir die entsprechende Verstärkung der Behörden und finanzielle Mittel, um gegen industrielle Straftaten vorzugehen, die meist sehr viel größere Umwelteffekte haben als die Straftaten, die von Privatleuten begangen werden.

Meine Damen und Herren, die Antwort auf die Große Anfrage enthält auch einige kuriose Punkte. Auf Seite 11 wird bei Straftaten Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete 1994 ein Fall bei der Zahl der Straftaten gezählt. Die Zahl der aufgeklärten Fälle wird mit drei angegeben. Die Aufklärungsquote liegt bei 300 %. - Da kann man sich nur lobend hinter die Regierung stellen und sagen, eine 300-prozentige Aufklärungsquote wünschen wir uns überall. Ich nehme an, dass Taten aus anderen Jahren mit hinzugerechnet wurden. Aber Sie sehen, wie wenig man aus der Statistik erfassen kann. Sie sehen, auf welch schwammigem Gebiet Sie sich bewegen, wenn Sie politische Konsequenzen aus der Antwort auf die Große Anfrage ziehen wollen.

Beispielsweise hat uns in der Antwort zu der Frage 14 eine Sache einigermaßen stutzig gemacht. Dort wird ausgeführt, ein Kennzeichen der Organisierten Kriminalität ist ihre Gewinnorientierung. - Nun ist die Gewinnorientierung normalerweise in einem kapitalistischen System, in dem wir leben, das Prinzip eines jeden, der wirtschaftlich tätig ist. Es ist kein besonderes Zeichen von Straftaten. Wenn man weiterliest, sieht man, dass das Organisierte Verbrechen im Umweltbereich seit 1993 insgesamt nur dreimal zu Ermittlungstatbeständen geführt hat, das heißt, auch im Bereich der Organisierten Kriminalität muss man verstärkt fahnden und die Umweltstraftäter aufspüren. Wir haben das in unserem Untersuchungsausschuss gesehen. Es gibt viele Umweltstraftaten in der Grauzone. Aber wir können nur über die Straftaten reden, die angezeigt wurden.

Herr Licht, Sie fragen dann so nett nach der Dunkelziffer der Straftaten. Es ist irgendwie einleuchtend, dass das Ministerium nicht antworten kann. Man muss sich vielmehr darüber unterhalten, wie die Personalausstattung erhöht werden kann. Sie sagen das zu Recht. Diese ist im Bereich Koblenz sehr gut. Sie ist nicht in allen Umweltdeliktdezernaten so gut wie in Koblenz. Deswegen sollten wir uns im Ausschuss darüber unterhalten. Aber unsere Zielrichtung ist: Umweltpolitik macht man nicht, indem man Schauanträge zu Straftaten und zum Umweltrecht stellt, sondern Umweltpolitik macht man dadurch, dass man möglichst Straftaten und Umweltverschmutzung durch Lenkungs- und andere Maßnahmen im Vorfeld von Straftaten verhindert. - Ich glaube, da wäre die CDU im richtigen Feld aktiv.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Umweltkriminalität wird in Rheinland-Pfalz wirksam bekämpft. Das ergibt sich eindeutig aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wenn die CDU eine andere Analyse vornimmt, dann hat sie offensichtlich ihre vorgefertigte Meinung, die sie bei der Stellung der Anfrage hatte, nicht durch die Landesregierung bestätigt bekommen. Ich empfehle, einmal die Statistiken, die darin enthalten sind, zu lesen und auch zu verstehen. Dann wird man nämlich auch zu diesem Ergebnis kommen;

(Pörksen, SPD: Das kann man nur wünschen!)

denn das, was Sie, Herr Licht, bei aller Wertschätzung gesagt haben, ging doch an dem, was in der Antwort steht, in vielen Bereichen meilenweit vorbei.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Sie zeigen den Artikel. Ich zeige Ihnen die Antwort, über die ich noch einiges sagen werde.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz verfügt zur Bekämpfung der Umweltkriminalität über gut ausgestattete und gut ausgebildete Verfolgungsbehörden. Seit vielen Jahren gibt es beim Landeskriminalamt, bei der Polizei und bei den Staatsanwaltschaften Spezialisten zur Bekämpfung der Umweltkriminalität. Wir haben dort spezielle Dezernate mit

speziell ausgebildeten Sachbearbeitern, die auch sachlich und personell gut ausgestattet sind. Es liegt ein bisschen an den Strukturen des Landes, dass dies regional unterschiedlich ist. Auch wird man sich bei Analysen ab und an vor Augen halten müssen, dass das Polizeipräsidium in Koblenz aufgrund seiner Größe vielleicht ein bisschen anders ausgestattet ist als andere Polizeipräsidien.

Nimmt man sich die Statistiken vor, die die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage geliefert hat, dann stellt man schon fest, dass die Umweltkriminalität seit 1993 angestiegen ist. Aber wenn man dies im Bundesvergleich anschaut, wird man feststellen, dass in fast allen Bundesländern die Zahlen angestiegen sind und Rheinland-Pfalz sich durchaus in einem Mittelfeld bewegt. Es reicht aber nicht aus, den Vergleich mit anderen Bundesländern zu ziehen. Wir müssen uns erst einmal überlegen, wie es bei uns genau aussieht und wo der Schwerpunkt der Umweltkriminalität liegt. Da stellt man fest, dass der größte Anteil der Umweltstraftaten im Bereich der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung liegt und auch dort der größte Anstieg zu verzeichnen ist.

Dann muss man sich die Struktur von Rheinland-Pfalz vor Augen halten und auch die Zahlen, die die Landesregierung genannt hat; denn im Jahr 1998 lag die überwiegende Zahl der Umweltstraftaten in Orten unter 20 000 Einwohnern, also nicht in Mainz, nicht in Ludwigshafen, nicht in Koblenz und nicht in den Ballungsgebieten, sondern in kleinen Orten und offensichtlich auf dem flachen Land. 70 % der Umweltstraftaten sind dort passiert, und 60 % dieser Umweltstraftaten waren umweltgefährdende Abfallbeseitigungen.

Was bedeutet das für unsere Analyse? - Wir müssen feststellen, dass es bei uns in Rheinland-Pfalz Großkriminelle en masse nicht gibt, sondern dass wir eine überwiegende Zahl kleinkrimineller Personen haben, die sich im Bereich der Umweltstraftaten tummeln. Was passiert im ländlichen Raum wirklich? - Die meisten von uns haben ihre Wahlkreise dort. Dort wird Abfall in unerlaubter Weise entsorgt. Ich toleriere das alles nicht, was ich aufzähle. Es wird Abfall in die Landschaft gekippt. Es werden Abfälle verbrannt, was jahrelang durchaus toleriert worden ist. Es wird zum Beispiel Gülle auf gefrorene Böden gekippt. Es werden vielleicht auch einmal Weinhefen in Weinberge gefahren, obwohl das nicht zulässig ist. Es handelt sich also um nichts übermäßig Dramatisches. Ich will nichts verharmlosen, aber man muss die Kirche im Dorf lassen, wenn man sich diese Aussagen der CDU betrachtet.

Wir sind uns darüber völlig einig, dass dies alles nicht in Ordnung ist, und ich will auch nichts verheimlichen. Aber es gibt auch größere und schwerere Fälle. Nur die Masse stellen sie nicht dar.

Herr Licht, wenn Sie sich dann hinstellen und wollen uns glauben machen, wir wären ein Land der Umweltsünder, dann ist das völlig falsch.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Wenn Sie sich die Urteilsstatistik ansehen, werden Sie feststellen, dass sich diese von mir getroffene Aussage dort wieder bestätigen lässt. Die Zahl der Anklagen ist verhältnismäßig gering, genauso gering wie die Zahl der Strafbefehlsanträge.

Diese Zahl wird aber deutlich durch die Zahl der Einstellungen der Verfahren wegen geringer Schuld überdeckt. Die Zahl der Einstellungen der Verfahren ohne Geldbuße - das ist die geringste Stufe der Einstellung - ist deutlich höher als die der anderen. Das heißt: wiederum Sachen mit geringer Schuld, mit geringer krimineller Energie und mit geringer Bedeutung. - Die Einstellung der Verfahren ohne Tatnachweis übersteigt sowieso alles andere.

Wenn man sie mit der Polizeistatistik vergleicht, kann man feststellen, dass das meiste in Schall und Rauch aufgeht. Wenn man die Zahl der Verurteilungen betrachtet, wird dies besonders deutlich. Man wird - Herr Kollege Dr. Braun hat bereits darauf hingewiesen - bei Freiheitsstrafen nahezu Fehlanzeige feststellen.

Die Geldstrafen überwiegen mit zwischen 15 und 30 bzw. zwischen 30 und 90 Tagessätzen. Ich war selbst einmal Strafrichter. Wenn jemand zu 90 Tagessätzen verurteilt worden ist, handelte es sich um die Ahndung eines mittleren Betrugs. 5 000 oder 6 000 DM sind auch schon eine Menge Geld. Es gibt aber deutlich höhere Kriminalität in unserem Bundesland. Bei einem Ladendiebstahl im Wiederholungsfall ist man mit 15 bis 20 Tagessätzen dabei.

Wenn man dies mit der Umweltkriminalität vergleicht, ist es nicht soweit her, wie Sie meinen. Es wird nichts verharmlost, aber Großkriminalität in großem Stil gibt es bei uns in Rheinland-Pfalz zum Glück nicht. Das liegt auch nicht daran - wie Sie sagen Herr Dr. Braun -, dass in diesem Bereich keine Verfolgung stattfindet.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zumindest nicht aufgeklärt!)

Das stimmt nicht. Bei genauer Lektüre der Antwort der Landesregierung stellt man fest, dass wir Umweltkriminalität haben. Diese ist zwar angestiegen, aber sie bewegt sich glücklicherweise in einem niedrigen Rahmen.

Wir werden weiterhin dafür sorgen - die F.D.P.-Fraktion wird alle Anstrengungen unterstützen -, dass man entsprechend tätig wird und die Verfolgungsbehörden weiterhin personell so ausgestattet werden wie bisher. Sie werden auch Sachmittel erhalten. Wir sind aber weit davon entfernt, den „schwarzen Peter" an die Wand zu malen.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem CDU-Antrag sagen, weil dieser einige Sachen beinhaltet, bei denen ich mir überlegt habe, wer diesen Antrag unterschrieben hat, Herr Bischel.

(Pörksen, SPD: Herr Berg oder?)

Dieser Antrag wird, um es vorweg zu sagen, von der F.D.P.-Fraktion abgelehnt. Wir halten es auch nicht für erforderlich, diesen Antrag im Ausschuss weiter zu beraten.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

In den ersten drei Nummern enthält er schlichtweg nichts Neues.

Es gibt Spezialisten bei den Verfolgungsbehörden. Über die Landesgrenzen und auch über die Staatsgrenzen hinaus wird mit Frankreich und den anderen angrenzenden Ländern zusammengearbeitet.

Nummer 4, auf den ich noch eingehe, ist schon ein gewisser Höhepunkt. Es werden Forschungsmaßnahmen zur Analyse und Beurteilung des existierenden Dunkelfeldes gefordert. Als ich dies las, habe ich mir einen Fall vorgestellt: Man stelle sich vor, am Rande eines Parkplatzes in Rheinland-Pfalz in einem x-beliebigem Ort

(Pörksen, SPD: Nehmen Sie Dunkelfeld!)

wird ein ausgedienter Kühlschrank gefunden. Niemand hat gesehen, von wem er dort abgelagert wurde, und keiner weiß, wem dieser vorher gehörte. Bei diesem Kühlschrank handelt es sich um Abfall im Sinne des Gesetzes.

Das Ablagern von Abfall entlang eines Parkplatzes ist nicht erlaubt, und von dem Kühlschrank und seiner Kühlflüssigkeit geht eine Umweltgefährdung aus. Wir wissen nicht, wer das war.

(Zuruf aus dem Hause)

- Das ist Dunkelfeld. Wir werden einen Forscher, möglichst mit Diplom, Promotion und Professur, einstellen, der das Dunkelfeld erforschen wird.

(Zuruf aus dem Hause)

- Ich komme jetzt zum ernsthaften Teil dieser Angelegenheit, weil es wirklich lachhaft ist, was Sie beantragt haben.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Herr Licht, Ermittlungen und Nachforschungen werden auch in unserem Land von Polizei und Staatsanwaltschaft geführt. Ich bin der Meinung, dass wir dafür Spezialisten haben. Wie wollen Sie denn das Dunkelfeld analysieren und dort Forschungsmaßnahmen anstellen?

Wenn das von einem Juristen aus Ihrer Fraktion geschrieben worden wäre, hätte dieser Antrag den Arbeitskreis möglicherweise nicht verlassen.

(Zuruf aus dem Hause: Sie wollen bewusst ablenken!)

- Ich lenke nicht ab. Wenn ich mir aber vorstelle, dass Ihre Juristen das Dunkelfeld beim Ladendiebstahl erforschen, werden Ihnen Ihre Juristen bestimmt sagen, dass Detektive und Strafverfolgungsmaßnahmen durch entsprechende Behörden mehr bringen als ein Forschungsauftrag an irgendjemanden.

Ich will keine Wissenschaftler diskreditieren, aber das habe ich noch nirgendwo gelesen, was Sie in Ihrem Antrag schreiben. Deshalb lehnen wir diesen Antrag bereits im Plenum ab. Wir sind nicht der Meinung, dass der Antrag durch die Beratung im Ausschuss besser wird.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile noch einmal Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Sie haben noch eine Redezeit von vier Minuten zur Verfügung.

Abg. Redmer, SPD:

Es tut mir Leid, dass ich meine Rede zweiteilen muss, aber durch ein Versehen des Präsidiums bin ich vorhin fünf Minuten zu früh vom Pult geholt worden. Den Rest werde ich jetzt nicht in aller Ausführlichkeit darstellen. Das will ich Ihnen nicht zumuten.

Vorhin kam ich aber nicht mehr auf Ihren Antrag zu sprechen, Herr Licht. Die SPD-Fraktion ist dafür, dass über diesen Antrag endgültig entschieden wird und dass dieser Antrag nicht auch noch im Ausschuss beraten wird. Dieser Antrag ist so substanzlos, dass es schon eine Provokation des Parlaments darstellt, wenn man solche Anträge einbringt.

Herr Kollege Dr. Frey hat bereits sehr deutlich gemacht, zu welchen Auswüchsen es führen würde, wenn man Ihrem Antrag folgt.

(Licht, CDU: Sie haben Angst!)

Wir werden dies aber nicht tun.

Trotz aller Selbstkritik frage ich, wie sich die Situation während des Untersuchungsausschusses „Sondermüll" darstellte. Wie ist denn damals der eine oder andere Abgeordnete mit bestimmten Firmen umgegangen? War das ein Stück Aufklärung oder Hilfe gegenüber der Polizei und der Staatsanwaltschaft?

(Licht, CDU: Selbsterkenntnis ist der beste Weg zur Besserung, Herr Kollege!)

War das ihr Beitrag zur Aufklärung außerhalb von Polizei und Staatsanwaltschaft?

Lassen Sie die Pferde im Stall und versuchen Sie künftig das Thema so sachlich anzugehen, wie es die anderen drei Fraktionen gemacht haben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beziehe ich ausdrücklich mit ein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Dann können wir uns immer noch darüber unterhalten, ob im Detail nachgebessert oder etwas verändert werden muss, was ich derzeit nicht erkennen kann. Aus meiner Sicht ist die Aufklärungsarbeit hervorragend und deckt sich im Übrigen mit der Entwicklung der allgemeinen Aufklärungsquote im Kriminalitätsbereich, die von 47 % auf 57 % angestiegen ist.

Bezüglich des Personals zur Aufklärung kann ich sagen, dass wir in den letzten acht Jahren sehr viele Polizisten neu eingestellt haben. Wenn Sie das früher getan hätten, wäre die Aufklärungsquote früher vielleicht schon höher gewesen.

Danke.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen der Landesregierung liegen nicht vor.

Herr Kollege Licht, ich erteile Ihnen das Wort zu einer Kurzintervention.

Sie verfügen über eine Redezeit von einer halben Minute, Herr Kollege.

Abg. Licht, CDU:

Meine Damen und Herren! Es ist schon etwas merkwürdig, wie das hier abläuft; denn die Regierung ist nicht bereit, zu den kritischen Punkten Stellung zu beziehen. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass kein Wort zu dem, was in der „Rheinpfalz" kritisch von Kriminalbeamten geäußert wurde - das sind keine Zitate, die ich erfunden habe -, gesagt worden ist. Es sind Konzepte, die von den Polizisten auf den Tisch gelegt wurden, angemahnt worden. Darüber ist debattiert worden.

Aus den Antworten geht aber nichts hervor. Es wird so getan, als wenn es das alles nicht gibt. Es wird schöngeredet. Meine Damen und Herren, ich halte es für bemerkenswert, wie man damit umgeht.

Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass darüber Auskunft gegeben worden wäre, was die LAGA, also die Bund-Länder-Kommission, in einem Konzept im Sommer 1999 erarbeitet hat. Nichts ist geschehen, Fehlanzeige.

Es ist lächerlich, fast ängstlich, wie Sie mit diesem Thema umgehen. Das gibt mir sehr zu denken.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Dr. Braun das Wort.

Sie haben eine Redezeit von zwei Minuten.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich halte es für eine äußerst seltsame Sache, dass die Landesregierung dazu nicht Stellung nimmt, nachdem die Große Anfrage entsprechend schwach beantwortet wurde, sodass man sagen kann, es ist eine Null-Antwort gegeben worden.

Wenn die Landesregierung nicht erscheint und wenn die F.D.P. als eine der Regierungsfraktionen auch noch ankündigt, über den Antrag sofort abstimmen lassen zu wollen, halte ich das für eine Verfahrensweise, die nicht akzeptabel ist. Deshalb werden wir dafür stimmen, dass der Antrag im Ausschuss behandelt wird und dass die Landesregierung die Gelegenheit ergreift, dazu Stellung zu nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, ich stelle noch einmal fest, dass vonseiten der Landesregierung keine Wortmeldungen vorliegen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es sind noch nicht einmal die Zuständigen anwesend!)

Wir haben dann über die beiden Anträge zu befinden.

(Bischel, CDU: Wir beantragen Überweisung an den Ausschuss!)

Zu dem Antrag der Fraktion der CDU „Bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz" - Druck-

sache 13/4482 - steht jetzt entweder die Abstimmung in der Sache oder eine Ausschussüberweisung zur Debatte.

(Bischel, CDU: Ausschussüberweisung, um der Landesregierung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben!)

- Es ist also der Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt worden. Herr Kollege Bischel, habe ich das richtig verstanden?

(Bischel, CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag, den Antrag „Bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz" - Drucksache 13/4482 - an den Ausschuss zu überweisen, zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen! - Ich stelle fest, die Überweisung erfolgt federführend an den Ausschuss für Umwelt und Forsten und mitberatend an den Rechtsausschuss. Das ist dann so beschlossen. - Ich wiederhole: Es erfolgt eine Überweisung federführend an den Ausschuss für Umwelt und Forsten mitberatend an den Rechtsausschuss.

(Bruch, SPD: Federführend an den Innenausschuss, mitberatend an den Ausschuss für Umwelt und Forsten!)

Meine Damen und Herren, ich habe zuvor abgeklärt, dass die Rede davon war, den Antrag federführend an den Ausschuss für Umwelt und Forsten und mitberatend an den Rechtsausschuss zu überweisen.

(Bruch, SPD: Federführend an den Innenausschuss, mitberatend an den Ausschuss für Umwelt und Forsten und an den Rechtsausschuss!)

- Besteht zu diesem Vorschlag Einverständnis?

(Bischel, CDU: Wir haben da keine Probleme!)

- Gut, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen dann zu Punkt 21 der Tagesordnung. Es handelt sich um die Große Anfrage der Fraktion der CDU und die Antwort der Landesregierung - Drucksachen 13/4065/4222/4252 -. Mit der Besprechung der Großen Anfrage und der Antwort der Landesregierung hat dieser Tagesordnungspunkt grundsätzlich seine Erledigung gefunden. Ich frage aber dennoch, ob es gewünscht wird, diese Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung an die gleichen Ausschüsse zu überweisen. - Ich frage die antragstellende Fraktion.

Ich wiederhole noch einmal: Die Große Anfrage der Fraktion der CDU und die Antwort der Landesregierung haben grundsätzlich mit der heutigen Besprechung ihre Erledigung gefunden. - Sie werden also als erledigt betrachtet. Es wird also keine Überweisung an den Ausschuss gewünscht. - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

Hochschulsonderprogramm III und Frauenförderung
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksachen 13/3102/3248/3877 -

dazu:
Frauenförderung im Hochschulsonderprogramm (HSP III) verbessern - Neuauflage eines Folgeprogramms
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Entschließung -
- Drucksache 13/4619 -

Es ist eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns wohl alle einig darin, dass der Frauenanteil unter den Hochschulprofessuren wesentlich zu gering ist. In Rheinland-Pfalz liegt er bei ungefähr 8 % bis 9 %. Damit ist eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Fachhochschulen und Universitäten eher eine Fiktion als Realität.

Das lässt sich aber ändern. Die Landesregierung gibt regelmäßig Erfolgsmeldungen an die Öffentlichkeit, wenn wieder einmal eine Professorin eingestellt wurde. Doch trotz aller Erfolgsmeldungen kann dann, wenn man etwas tiefer in die Materie einsteigt, von einer erfolgreichen Frauenförderung an unseren Hochschulen keine Rede sein.

Aus einer Kleinen Anfrage, die wir im Rahmen der Anfrage zum Hochschulsonderprogramm und zur Frauenförderung an die Landesregierung gerichtet haben, geht ziemlich klar hervor, dass in den Altersklassen, in denen Professorinnen und Professoren eingestellt werden, der Anteil der weiblichen Lehrstuhlinhaber gerade einmal bei 14 % bis 15 % liegt. Damit wird das ganze Ausmaß der bisherigen Förderpolitik ganz offensichtlich.

Unterstellen wir einmal, Sie wollen in der Landesregierung das so weiter fördern wie bisher, dann wird dieser Anteil in 20 Jahren genauso hoch sein, nämlich maximal 14 % bis 15 %.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Woher kommt denn die Weisheit? - Kuhn, F.D.P.: Das ist nicht ganz logisch!)

- Das ist ganz logisch. Wenn man jetzt bei den Einstellungen, die man fördert, genau die Prozentzahlen weiter fortschreibt und das sich durch die Altersklassen erstreckt, ist am Ende, wenn man den statistischen Mittelwert findet, eben nicht ein höherer Mittelwert, sondern nur ein Wert von 14 % bis 15 % unter der Voraussetzung zu erwarten, dass das so bleibt, wie es sich heute darstellt.

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner: Er hat Recht, aber er vergisst die Dynamik des Systems!)

- Sehen Sie, ich habe Recht.

Die Landesregierung hat zwei zentrale Instrumente an der Hand, um eine Frauenförderung an den Hochschulen zu betreiben. Einmal könnte in der Mittelzuweisung an die Hochschulen nach Belastungen und Leistungskriterien die Frauenquote als Kriterium aufgenommen werden. So könnte positiv belohnt werden, wenn in den kommenden Jahren viele ausscheidende Professoren durch qualifizierte Bewerberinnen ersetzt werden. Herr Professor Dr. Zöllner, dieses Instrument haben Sie leichtfertig aus der Hand gegeben; denn in die Zuweisungskriterien für die Hochschulen ist die Frauenförderung nur als eine marginale Restkategorie und nicht als eigenständiges Kriterium aufgenommen worden.

Das zweite Ihnen zur Verfügung stehende Instrument ist das Hochschulsonderprogramm III, das noch bis zum 31. Dezember 2000 läuft. Insgesamt erhält das Land Rheinland-Pfalz aus diesem fünfjährigen Bundesprogramm 100 Millionen DM. 20 % davon sollen für Frauenförderung ausgegeben werden. Diese Quote erreichen Sie.

Bei genauem Hinsehen wird aber dann doch deutlich, in welche Bereiche diese Mittel fließen. Im Wesentlichen werden die Mittel in befristete Stipendienprogramme festgelegt oder für die Finanzierung von Informations- und Forschungsprogrammen, wie beispielsweise „Frauen in die Informatik", „Förderung studentischen Arbeitens im Bereich der Frauenforschung" oder für Frauen-Computerkurse, verwendet.

Wenn es aber um die Besetzung von Stellen und Professuren geht, die über die Zeit eines Sonderprogramms hinaus bestehen bleiben, wird deutlich, wie sehr Sie althergebrachte Strukturen an den Hochschulen zementieren. Sie haben aus dem Hochschulsonderprogramm III ganze sieben Professuren für Frauen gefördert. Ich spreche jetzt von dem Zeitpunkt, zu dem Sie die Anfrage beantwortet haben. Sie haben aber zehnmal mehr Professuren für Männer gefördert.

Die übrigen geförderten Frauenstellen liegen überwiegend im Bereich der Schreibkräfte, nämlich mit ca. 43 %, und im wissenschaftlichen Mittelbau mit ca. 41 %. Das verhält sich bei den geförderten Männerstellen ganz anders. Zwei von drei geförderten Männerstellen sind Professuren und ein Drittel sind Stellen im Mittelbau.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie viele Schreibkräfte?)

Die Förderung von Schreibkräften an den Hochschulen als frauenpolitische Großtat zu verkaufen, ist meiner Meinung nach eine Blamage, die aufgrund unserer Anfrage zutage getreten ist. Wir können Sie nur auffordern, so nicht weiterzumachen. Frauenförderung muss in den Kriterienkatalog für die Mittelzuweisung an die Hochschulen adäquat aufgenommen werden. Frauenförderung muss in der restlichen Laufzeit des Hochschulsonderprogramms III in den Mittelpunkt gestellt werden.

Dazu legen wir Ihnen einen Entschließungsantrag vor, in dem wir einfordern, dass die Mittelvergabe nach dem Hochschulsonderprogramm III transparent gemacht wird. Wir fordern, mehr Bewerberinnen für Professuren als bisher zu fördern. Wir fordern Sie auf, bei der Verteilung auch die Landeskonferenz der Hochschulfrauen zu beteiligen. Wir fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass das Hochschulsonderprogramm III im Bereich der Frauenförderung auch über das Jahr 2001 fortgesetzt wird, und zwar im Rahmen eines Folgeprogramms.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

- Das wird noch ein bisschen so bleiben, wie es ist.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diesen Entschließungsantrag an den Ausschuss zu überweisen, damit wir vielleicht diese Detailfrage, wer noch an der Regierung ist, bereden können.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion und diese Landesregierung ist die Gleichstellungspolitik im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Kollege Dahm, ausgeführt haben, eine wichtige Querschnittsaufgabe, die sich nicht nur innerhalb des Hochschulsonderprogramms III vollzieht, sondern insgesamt im Wissenschaftsbereich geboten ist und dort auch ihren Niederschlag findet.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist doch völlig klar, dass es sich unser Land überhaupt nicht leisten kann, die vielfältigen Potenziale von Frauen ungenutzt zu lassen. Wir Sozialdemokraten wollen, dass die Kompetenzen von Frauen in allen Bereichen besser genutzt werden.

Herr Kollege Dahm, es ist keine Frage, dass der Anteil, vor allen Dingen der C-4-Professorinnen, zu gering ist und wir auf andere Quoten kommen müssen. So, wie Sie sich das vorstellen, entspricht das nicht unserer Vorstellung von einer modernen Struktur unserer Hochschulen. Sie wollen mehr Reglementierung. Wir wollen, dass die Hochschulmitglieder und deren Leitungsstrukturen aus dem Korsett enger Regulierung eher befreit werden.

(Dr. Schiffmann, SPD: So ist es!)

Wir wollen mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung sowie intelligente Steuerungsinstrumente mit Anreizstrukturen, und das natürlich auch in der Frauenförderung. Sie wollen Quotierung und Reglementierung. Deshalb haben Sie Verständnis dafür, dass wir Ihren Entschließungsantrag ablehnen werden.

Meine Damen und Herren, die Herstellung von Chancengleichheit für Mädchen und Frauen ist keine zeitlich begrenzte Sonderaufgabe und geht natürlich weit über das hinaus, was im Hochschulsonderprogramm III ausgeführt ist. Sie haben uns mit an Ihrer Seite. Darauf brauchen Sie uns nicht aufmerksam zu machen. Wir wollen auch, dass diese wichtige Gemeinschaftsaufgabe - in welcher Form auch immer - nach dem Jahr 2000 fortgeführt wird.

Unser Ziel ist es, in Rheinland-Pfalz eine weitere deutliche Erhöhung des Frauenanteils in Forschung und Lehre zu erreichen. Das ist nicht immer ganz einfach. Das wissen Sie selbst.

(Beifall der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Sie sitzen auch in Kuratorien und Leitungsgremien. Besonders an einer Hochschule wie Kaiserslautern bedarf es schon besonderer Anstrengungen. Jetzt nur davon auszugehen, dass wir dieses Hochschulsonderprogramm III haben, ist zu kurz gefasst.

Ich verweise darauf, dass es im Jahr 1991 einer der ersten Schritte unseres Wissenschaftsministers war, bestimmte Regularien bei der Einstellungspraxis vorzunehmen. Das ist in Rheinland-Pfalz Realität. Natürlich wird bei jeder Neubesetzung auch von Professoren zunächst einmal überprüft, ob es nicht gleichwertig qualifizierte Frauen gibt.

Sie haben eine Novellierung der Hochschulgesetze vorgenommen und Bestimmungen zur Gewährleistung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zur Beseitigung bestehender Benachteiligungen gesetzlich verankert. Dies hat inzwischen Wirkung. Natürlich könnte man sich alles noch ein bisschen schneller vorstellen.

Wir haben Frauenbeauftragte installiert, die im Gegensatz zu dem, was Sie in Ihrem Entschließungsantrag suggerieren, beteiligt werden. Das ist keine Frage. Es ist angemessen, im Plenum diesen engagierten Frauen für ihre Arbeit an den einzelnen Hochschulstandorten zu danken.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es ist vor Ort gar nicht immer so ganz einfach, das, was vom Gesetz her vorgegeben ist, entsprechend umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir haben weiter in Rheinland-Pfalz - damit sind wir mit das erste Bundesland - bei den Sachmittelzuweisungen - Sie haben es erwähnt - und auch bei dem Personalbemessungskonzept den Aspekt der finanziellen Anreize für die Frauenförderung mit integriert. Natürlich kann sich das der eine oder andere, zum Beispiel Herr Dahm, noch etwas anders vorstellen.

Wir werden diesen Weg im Rahmen unserer Zielvorstellungen kontinuierlich weitergehen. Es lässt sich auf vieles hinweisen, was auch in der Großen Anfrage aufgeführt worden ist. Ich erwähne nur stichwortartig die Mentorinnen für die technisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge, die Einrichtung von drei Frauen-Forschungs-Professuren sowie den Aufbau einer Dokumentationsstelle für die Frauenforschung, die Koedukation an Hochschulen, „Frauen an die Informatik" in Kaiserslautern, die Einrichtung eines Zentrums für Doktorandinnen an der Universität Trier, das Lehrbuch zur Ausbildung von Philosophie- und Ethiklehrerinnen usw. Wir haben eine ganze Reihe von Projekten, die sich auch in ihrer Qualität bundesweit messen lassen können. Auf diesem Weg machen wir weiter.

Herr Minister, Sie haben unsere Unterstützung. Ich denke, weniger Reglementierung und dafür mehr Innovationen und praktisches Handeln bringen uns weiter.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Otterbach-Sambach. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorhin haben Sie gesagt, die Große Anfrage der CDU-Fraktion und die Antworten darauf wären dünn. Herr Dahm, wenn diese dünn waren, dann sind Ihre Fragen in dieser Großen Anfrage erst recht dünn. Das, was Sie daraus gemacht haben, ist noch viel dünner.

(Beifall der CDU)

Ich verstehe es nicht, dass Leute, die sich mit dieser Frage beschäftigen, warum das mit den Frauen in den höheren Positionen so ist, dem Grund nicht wirklich nachgehen. Im Hochschulbereich gibt es sehr viele wissenschaftliche Ausarbeitungen. Wir haben auch an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz diese Geschlechterforschung, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Wir haben in verschiedenen anderen Diskussionen auch schon darüber gesprochen, dass das so ist.

Lassen Sie mich ein Zitat der Wissenschaftsministerin aus Nordrhein-Westfalen vortragen, damit ich nicht in eine bestimmte Richtung gedrängt werde. Sie schreibt auf eine entsprechende Frage: „Frauenförderung im Hochschulbereich braucht einen langen Atem. Wissenschaftlicher Erfolg und Karriere ist das Ergebnis eines jahrelangen" - ich sage einmal: jahrzehntelangen - „Qualifikationsprozesses. Ergebnisse von Frauenförderungsmaßnahmen zeigen sich daher in der Regel erst auf längere Sicht."

Am Schluss kommt noch ein schönes Wort, das ich mit einbringen will. Es gibt nämlich eine Schwundquote. Diese gibt es aus ganz bestimmten Gründen.

Für die CDU-Fraktion möchte ich ausdrücklich sagen, dass wir das nicht kritisieren und in dieser Frage eine bestimmte Haltung haben. Frauen sind, wenn sie sich habilitieren, in einem Alter, in dem sie ihre Kinder bekommen, wenn sie verheiratet sind.

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht Voraussetzung!)

- Oder auch nicht.

Wenn sie eine Familie gegründet haben und Kinder bekommen, ohne verheiratet zu sein, wird es noch viel schwieriger, als wenn sie einen Mann haben, der für sie das eine oder andere übernimmt.

Die Frauen sind in einer Altersphase, in der man an der Universität in der Wissenschaft sehr gefragt wäre, wenn man diesen Weg gehen wollte. Das erschwert das Vorwärtskommen sehr erheblich. Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen. Auch das haben wir zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Universitätsgesetz sehr intensiv diskutiert. Das wäre eine Geschichte, über die man wirklich reden kann. Das haben wir auch gemacht. Wir haben in unseren Gesetzen verankert, dass es eine staatliche Pflichtaufgabe in diesem Bereich gibt. Das war damals meine Geschichte.

Es ist in der Tat so, dass die Frage der Mittelzuweisungen im Personalbereich und auch im einfachen Mittelbereich im Land Rheinland-Pfalz an die Frauenförderung gekoppelt ist. Allerdings - das haben wir auch im Ausschuss besprochen - findet leider noch nichts statt. Es gibt anscheinend noch keine Kriterien, wie man das anmerken kann. Deswegen haben wir auch das noch einmal kritisiert.

Herr Dahm, Sie sagen, es gibt in verschiedenen Studienbereichen viele Anfängerinnen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass immer wieder diese Statistiken bemüht werden. Natürlich gibt es 60 % Anfängerinnen im Fachbereich Biologie und nur 6 % Professorinnen. Das ist genau dieser Gang von Jahrzehnten, den man vom Studienbeginn an braucht, bis man 40 Jahre alt ist, um dann die entsprechende Qualifikation nachzuweisen.

Ich möchte noch einmal das untermauern, was der Kollege Dr. Schmidt gesagt hat. Wir haben im Ausschuss bereits diskutiert, dass man im Ingenieurbereich und in den naturwissenschaftlichen Bereichen bei der Frauenförderung sehr viel tun kann. Die Stichwörter Koedukation und andere Dinge sind gefallen. Es gibt Dinge, die im Land in den Hochschulen sehr konkret angepackt werden, und zwar zum Teil mit recht gutem Erfolg, was die Studienanfängerzahlen vor allem bei den Mädchen anbelangt. Die Mentorinnen wurden erwähnt. Das sind alles Dinge, die wichtig sind.

Wenn Sie jetzt noch einmal darauf zu sprechen kommen, dass das Hochschulsonderprogramm III verlängert werden soll, dann muss ich Ihnen sagen: Sie brauchen hier nicht den Landtag aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass der Bund das ändert. Machen Sie Ihre Hausaufgaben und wenden Sie sich an Ihre Mitglieder in der Regierung. Dann können die sich darum kümmern, dass das Programm weiter läuft.

Sie haben gesagt, dass das im Land Rheinland-Pfalz in diesen fünf Jahren über 100 Millionen DM gewesen sind, die hierher geflossen sind, zum Teil auch in die Frauenförderung ganz konkret. Ich denke, das wäre eine Geschichte gewesen, die wichtig wäre.

Wenn die Bundesbildungsministerin jetzt sagt, die Förderung der Hochschulen ist Sache der Länder, dann frage ich mich, warum das in der Vergangenheit nicht auch ein Argument gewesen wäre, das einfach so zu sagen.

Ich denke, Ihrem Entschließungsantrag, der im Übrigen auch auf eine rechtlich problematische Deutung der Quotierung hinausläuft, kann man auf keinen Fall so zustimmen. Deswegen kann er auch von uns nicht unterstützt werden.

Ich denke, es ist in der Tat so, dass Frauen in diesem Hochschul- und Wissenschaftsbereich nicht entsprechend vertreten sind, dass man aber der Frage, warum das so ist, genau nachgehen muss und dass man auch entsprechende Schritte einleiten muss, die auch rechtlich fundiert sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Förderung von Frauen an den Hochschulen ist ein wichtiges und notwendiges Anliegen. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestätigt nur wieder, was auch die Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P. bestätigt hat, dass Frauenförderung nach Schema F schlicht und ergreifend nicht funktioniert. Ein Programm einzustellen und zu sagen: Fördern wir einmal -, funktioniert nicht. Wir können Argumente vorbringen: Das dauert lange, Frauen zu qualifizieren. - Ich finde das schon eine Dreistigkeit der Frauenministerin von Nordrhein-Westfalen.

In den ersten Semestern an den Hochschulen finden wir die Frauen gleich beteiligt. Sie sind sogar in einigen Fächer überrepräsentiert. Sie verschwinden dann auf dem Weg der Hochschulkarriere. Sie schließen in der Regel ihr Studium ab, sie verschwinden dann bloß. Dieses Verschwinden bekommt man mit noch so tollen Förderprogrammen anscheinend nicht in den Griff. Deswegen bin ich gegenüber diesen gut gemeinten, aber zu wenig Ergebnis führenden Förderprogrammen relativ kritisch.

Anfangen möchte ich zunächst einmal mit der Bemerkung: Wir müssen die Frauenförderung als Kriterium stärker aufnehmen. Wir müssen bei der Verteilung darauf achten, dass das alles ordentlich passiert. - Es ist im Prinzip richtig, nur wir verteilen zufällig keine Mittel, sondern wir machen ein Zuweisungsverfahren, das heißt, die Hochschulen beantragen. Ich darf Ihnen das ganz kurz vorlesen: Die Hochschulen beantragen, wir vergeben. - Auch in der Beantragung bei der Hochschule müssen sich die Hochschulen natürlich als öffentliche Institute an das Landesgleichstellungsgesetz halten. Die Rahmenbedingungen sind gegeben. Bei dem Hochschulsonderprogramm III sind die Quoten von 20 % angegeben. Diese haben wir bei frauenfördernden Maßnahmen gehalten. Nur, ob uns Frauen das überhaupt irgendetwas bringt, ist hin und wieder zu bezweifeln.

Das eine Stichwort, das meine Vorrednerin genannt hat, nämlich zu sagen: Habilitation und Kinderbekommen fällt zufällig in die gleiche Zeit -, ist etwas, was man sich näher anschauen müsste. Der Weg in die Habilitation, der Weg in die wissenschaftliche Karriere dauert bei uns ewig lange, im Vergleich zu Amerika oder anderen Ländern viel zu lange. Wenn ich mit 28, 29 oder 30 Jahren schon eine wissenschaftliche Karriere begonnen habe, dann kann ich sehr wohl mit 32 oder 33 ein Kind bekommen. Wenn ich aber erst mit 35 oder mit 38 Jahren als Frau zur Habilitation oder zur Professur komme, dann kann ich vorher meine familiären Verhältnisse nicht in Ordnung bringen. Dann bin ich an der Hochschule mit meiner Karriere beschäftigt.

Das ist ein ausschließendes Kriterium, wie wir heute Habilitation und Hochschulkarriere behandeln. Dann führt eine noch so gut gemeinte Förderung zu keinem durchschlagenden Erfolg, den wir dringend und schnell brauchen. Ich habe keine Lust, 40 oder 50 Jahre darauf zu warten. So lange haben Frauen keine Lust, auf entsprechende Karrieren zu warten, nur weil man sagt, es ist eine schwierige und langwierige Angelegenheit.

Ich kann das Zitat der nordrhein-westfälischen Frauenministerin an dieser Stelle nur kritisieren.

Wenn man genau beobachtet, was an dem Umweltcampus in Birkenfeld los ist, stellt man überraschenderweise Folgendes fest: Dort haben sich wesentlich mehr Frauen beworben, sind auch mehr Frauen in Assistenzen, mehr Frauen insgesamt auch in eigentlich männlich geprägte Berufe eingestiegen. Wenn man genau fragt, warum sie ausgerechnet dort eingestiegen sind, dann sind die Antworten zahlreich. Zum einen stimmt natürlich das Umfeld, es sind Wohnungen vorhanden, das Klima stimmt, es ist eine Campusuniversität, es gibt Kinderbetreuung. Als zweite Antwort kommt aber immer: Die Strukturen sind noch nicht so gefestigt, dass Frauen die Möglichkeit haben, an Strukturen mitzuarbeiten.

Wenn ich natürlich in eine Traditionsuniversität, in ein sehr altes Institut, hineinkomme, in dem die Strukturen so verfestigt und so eingeschlechtlich ausgerichtet sind, hat man es natürlich als Frau wahnsinnig schwer. Bei den neu gegründeten Universitäten werden Sie immer wieder beobachten, wie hoch der Frauenanteil auch in eigentlich nicht frauentypischen Berufen und Karrieren ist. Ich denke, das sind Signale, die wir deutlich aufnehmen sollten und auch bei entsprechenden Förderungen, die notwendig sind, berücksichtigen sollten.

Es geht nicht nur darum, sicher gut gemeinte, richtige und notwendige Stipendien zu vergeben, sondern es geht auch darum, in die Strukturen mit einzugreifen und einfach die al-

ten Verfilzungen und Verflechtungen mit aufzubrechen, um auch Frauen Mut zu machen, dies neben ihrem wissenschaftlichen Arbeiten und den Arbeiten, die notwendig sind, um ihr Studium zu bestehen, anzugreifen, um in diesen Strukturen bestehen zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Ich plädiere sehr dafür, dass wir unser Augenmerk etwas verstärkt auf diese Phänomene richten, damit Frauenförderung an Hochschulen nicht Jahrzehnte und Generationen dauert, sondern schnell und effizient passieren kann.

Danke.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass von allen Seiten zum Ausdruck gebracht worden ist, dass Frauenförderung, insbesondere an Hochschulen, ein zentrales Anliegen ist, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Gleichstellungs- und Gleichberechtigtendiskussion, sondern insbesondere, wie es Herr Dr. Schmidt gesagt hat, auch unter dem Gesichtspunkt forschungspolitischer Art, dass die Kreativität von Frauen nur dann auch in der Wissenschaft voll zum Tragen kommen kann, wenn auch eine quantitativ ausreichende Repräsentanz vorhanden ist.

Dieses Ziel werden wir ohne Zweifel nur erreichen, wenn alle Instrumentarien darauf abgestellt sind, diesen Anteil zu erheben, und es nicht beschränken auf irgendwelche Programme, die nicht schädlich sind, die notwendig sind, die aber allein nicht ausreichend sind.

(Beifall des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

Unter diesem Gesichtspunkt muss auch die Diskussion über das Hochschulsonderprogramm III gesehen werden. Nur eine Klarstellung, weil Ihre zwar nicht falsche, aber dann nicht erschöpfende Darstellung den Eindruck erwecken könnte, dass durch die unterschiedliche Anzahl von Professoren und Professorinnen das Programm im Sinne der Frauenförderung nicht ausgenutzt worden wäre. Sie vergessen, dass andere wichtige Aufgabenbereiche, wie der Fachhochschulaufbau, die Studienförderung oder die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, auch zentrale Aufgabenbereiche des Hochschulsonderprogramms III sind, die logischerweise nicht isoliert durch Frauenförderung bewältigt werden können.

Insgesamt sind es wohl im Wesentlichen drei Ansatzpunkte, bei denen Sie glauben, Defizite aufmachen zu können. Wie aus Ihrer Anfrage ersichtlich, ist Ihnen anscheinend der Anteil zu gering gewesen, weil Sie die Messlatte von Brandenburg, die 20-Prozent-Klausel, nachgefragt haben. Sie haben selbst festgestellt, dass wir, ohne dass wir einen solchen formalistischen und dirigistischen Ansatz fahren müssen, in Rheinland-Pfalz einen darüber hinausgehenden Anteil des Hochschulsonderprogramms III in die Frauenförderung speziell investieren. Ich glaube, dies ist der richtige Weg.

Das Zweite ist die Verstärkung von Frauenbeauftragten und anderen institutionalisierten Einrichtungen der Frauenförderung an den Hochschulen bei Entscheidungen. Auch hier darf ich auf die Anfrage verweisen, dass dieser Minister ohne Druck und Anregungen von außen seit Beginn der neunziger Jahre freiwillig einen Arbeitskreis Frauenförderung und Frauenforschung zu seiner Beratung eingerichtet hat, der bei allen Konzeptentwicklungen beteiligt ist und übrigens auch alle Entscheidungen und Vergabeentscheidungen, Förderungsstipendien und Ähnlichem über Empfehlungen dem Minister vorlegt. Ich bin in keinem einzigen Fall davon abgewichen.

Das Dritte ist das institutionalisierte Anreizsystem im Sinne des PBK oder des Mittelverteilungskonzepts. Im Bereich des PBK haben wir es realisiert, und zwar in Rücksprache mit den Hochschulen, nicht über ein festes Indexsystem, sondern über eine individuelle Größe im Innovationsfonds, weil es von Fach zu Fach und von Hochschule zu Hochschule unterschiedliche Voraussetzungen der Frauenförderung in Größenordnungen besser Rechnung trägt

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als eine Zahlengröße, die in dem einen Fall nützt und in dem anderen Fall hemmt. Wir werden bei der jetzt laufenden Diskussion über das Mittelverteilungssystem eine entsprechende Möglichkeit auch für die Sachmittelverteilung als Anreizsystem finden.

Um die Problematik - man redet sehr leicht dirigistisch über das Problem; Frau Kohnle-Gros hat die eigentlichen Probleme angedeutet, die individuell sehr unterschiedlich sind - aufzuzeigen, zwei Beispiele: Wenn Sie diejenigen durch zusätzliche Mittelverteilung belohnen, die einen hohen Anteil an Frauen entweder im Promotionsbereich oder im Habilitationsbereich haben, dann laufen Sie sehr leicht Gefahr, den Fachbereichen und Fächern Mittel zukommen zu lassen, denen sie quasi umsonst in den Schoß gefallen sind, weil die Strukturen ganz anders sind. Sie werden denen die Ressourcen entziehen, zum Beispiel den Ingenieurwissenschaften, die hart darum zu kämpfen haben, um überhaupt Nachwuchs zu bekommen. Umgekehrt, wenn Sie sagen, derjenige, der keine hat, bekommt das Geld, dann werden Sie sehr schnell sehen, dass das möglicherweise neuhochdeutsch auch das fal-

sche Incentive ist, weil es letzten Endes zum Verharren von festen Strukturen führt.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, dies ist nicht so einfach lösbar, sondern nur über individuelle Förderung im Einzelnen.

Mit allem Nachdruck muss ich der ins Gespräch gebrachten Quotierung widersprechen. Es gibt nach meiner festen Überzeugung keine einzige Maßnahme, die so frauenfeindlich wäre, und zwar in kurzer Sicht und langfristig, wie eine Quotierung der Besetzung von Professorenstellen mit Frauen.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Dies wird den Gedanken und die Notwendigkeit einer gleichberechtigten und quantitativen Partizipation von Frauen an den Hochschulen desavouieren.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass eine Besetzung von 14 % oder 15 %, die Sie zu Recht zitiert haben, zurzeit bei Professorinnen zu gering ist. Sie vergessen aber - das ist Ihre halbe Logik, die Sie betreiben -, dass ich diesen Berufungsprozentsatz bei einem Anteil von 10 % oder 11 % von Bewerbungen von Frauen erreiche. Jetzt sagen Sie mir einmal, wie man eine Besetzung von 50 % machen soll, wenn sich nur 5 % Frauen bewerben.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Wir können auch das Kind mit dem Bade ausschütten und letzten Endes über einen Druck fachlicher Disqualifikation den guten und notwendigen Gedanken desavouieren. Dazu ist er zu wichtig. Meine Damen und Herren, Herr Dahm, deswegen meine ich nicht, dass wir das Ziel erreicht haben. Aber mit dem Faktum, dass der Anteil von Professorinnen in Rheinland-Pfalz im Jahre 1992 6,8 % betragen hat und 1998 inzwischen 9,2 % beträgt, das heißt fast eine Verdoppelung innerhalb von sechs bzw. sieben Jahren eingetreten ist, können wir uns auf dem Weg kooperativen Verständnisses sehen lassen, gerade die qualifizierten Frauen zu fördern und letzten Endes nicht über Formalien eine falsche Welt in diesem Bereich zu schaffen.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die antragstellende Fraktion hat vorhin durch Herrn Dahm um Ausschussüberweisung gebeten. Ich gehe davon aus, dass das so verstanden wurde, Herr Kollege Dahm. Sind Sie mit der Ausschussüberweisung einverstanden,

(Bruch, SPD: Widerspruch)

und zwar federführend an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung und mitberatend an den Ausschuss für Frauenfragen? Gibt es dazu Widerspruch?

(Bruch, SPD: Widerspruch! Direkte Abstimmung!)

Der Gegenantrag lautet auf Abstimmung in der Sache, und zwar über den Entschließungsantrag - Drucksache 13/4619 -. Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Danke schön. Gegenstimmen? - Danke sehr. - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe als letzten Beratungspunkt für heute **Punkt 23** der Tagesordnung auf:

Tätigkeit der Maschinen- und Betriebshilfsringe (MBR) in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksachen 13/3383/3487/3785 -

dazu:
Kooperation in der Landwirtschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/4622 -

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Für die antragstellende Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dröscher das Wort.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf der Tagesordnung steht heute die Besprechung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur Tätigkeit der Maschinen- und Betriebshilfsringe in Rheinland-Pfalz. Nun liegen Anfrage und Antwort bereits einige Monate zurück. Es besteht aber kein Zweifel daran, dass dieses Thema an Aktualität noch weiter zugenommen hat. Unserer Anfrage lag das in diesem Hause sicher fraktionsübergreifende Interesse zugrunde, die land- und weinbaulichen Betriebe bei der Bewältigung der an sie gestellten Anforderungen zu unterstützen, und unsere Einschätzung, dass die Maschinen-

und Betriebshilfsringe bei der Zukunftssicherung und bei der Entwicklung von Perspektiven eine bedeutende Rolle spielen können.

Die Antwort der Landesregierung hat uns in dieser Einschätzung deutlich bestätigt. Auf den Punkt gebracht: Der fortschreitende Strukturwandel und die Neuorientierung der EU-Agrarpolitik stärken den Wettbewerbsdruck auf die landwirtschaftlichen Betriebe ständig. Die Arbeit der Maschinen- und Betriebshilfsringe stellt in dieser Situation bereits jetzt eine wichtige Unterstützung dar. Auch in der Zukunft werden Chancen und Perspektiven vor allem in Kooperation und Vernetzung liegen.

Meine Damen und Herren, die 16 rheinland-pfälzischen Maschinen- und Betriebshilfsringe sind mit ihren zurzeit knapp 12 000 Mitgliedern und einem Verrechnungswert von über 80 Millionen DM im Jahr ein wichtiger Partner der Betriebe bei der Bewältigung des betrieblichen Alltags. Sie leisten einen beachtlichen Beitrag zur Kostensenkung. Ein breites Spektrum von Dienstleistungsangeboten und auch Arbeitsmöglichkeiten bringen Vorteile für alle Beteiligten und auch Sicherheit in Notsituationen. Ich will einige Dinge kurz nennen: Transporte landwirtschaftlicher Güter, Haushaltshilfen beim Ausfall von handelnden Personen, Betriebshilfe bei Krankheit oder Arbeitsspitzen, Mähdrusch, Ackerbauleistungen, Winter- und Kehrdienstangebote, Landschaftspflege und Kommunalarbeiten, Rahmenabkommen über Paket- und Palettenversand, Pkw-Bezug, mittlerweile auch Handy-Vermittlung. - Das sind nur einige der Leistungen, die angeboten werden.

Sie sind darüber hinaus auch Wegbereiter und Vermittler in neue Aufgabenbereiche und damit auch neue Verdienstmöglichkeiten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Entwicklungen im Bereich nachwachsender Rohstoffe, speziell Öl und Faserstoffe.

Bemerkenswert sind auch Modellprojekte, wie die vom Maschinen- und Betriebsring Südpfalz mit dem Arbeitsamt Landau gemeinsam initiierte Gewinnung von Fach- und Saisonarbeitskräften für Landwirtschaft und Weinbau und die vom Maschinen- und Betriebsring Taunus-Westerwald betriebene Entwicklung in Richtung des Einsatzes satellitengestützter Navigations- und geografischer Informationssysteme im Rahmen der Entwicklung ökologischer und ökonomischer Bearbeitungsmethoden.

Bei all dem müssen wir die Maschinen- und Betriebshilfsringe weiterhin unterstützen. Die SPD-Fraktion hat daher auf der Grundlage der Auswertung der Antwort der Landesregierung und aus den Gesprächen, die wir mit Vertretern der Maschinen- und Betriebshilfsringe in den vergangenen Monaten in Rheinland-Pfalz geführt haben, einen Entschließungsantrag formuliert, der Ihnen heute auch vorliegt.

Wir sind der Meinung, dass die Bedeutung der Maschinen- und Betriebshilfsringe für die Landwirtschaft und für den Weinbau in unserem Land sowie auch die politischen Schlussfolgerungen, die wir daraus ziehen müssen und die sich aus unserer Sicht auch in unserem Antrag niederschlagen, nicht in einer Fünf-Minuten-Diskussion in diesem Hause abgewickelt werden können. Sie vertragen eine weitere Vertiefung der Diskussion und der Überlegungen. Deshalb schlagen wir zur Fortsetzung der Besprechung die Überweisung an den zuständigen Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau vor.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geschichte der Maschinen- und Betriebshilfsringe ist eine Erfolgsstory, wie sie innerhalb der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz in den letzten 20 Jahren selten feststellbar war. Ich sage an dieser Stelle, Respekt all denjenigen - auch ich gehöre zu den Gründungsvätern 1970/1971 -, die damals den Mut hatten und gesagt haben, es nützt nichts, ständig zu kritisieren und zu lamentieren, sondern wir müssen uns fragen: Was können wir aus eigener Kraft heraus tun?

Der eine oder andere wird sich noch an Herrn Dr. Geiersberger, den - man könnte fast sagen - Propheten in dieser Richtung, den Landsmann aus Bayern erinnern, der damals diese Idee hatte. Alle großen Ideen sind einfach. Aber die Umsetzung war schwierig, und es war ein steiniger Weg, den eigentlich nur derjenige nachvollziehen kann, der von Anfang an dabei war.

Es ging auch um Kompetenzen. Ich sage einmal, es wurde ein Kind mehr oder weniger in den Brunnen geworfen, und man sagte, nun schau einmal, wie du zurecht kommst.

Betriebshilfe gab es damals nicht, obwohl sie möglich gewesen wäre. Das möchte ich an dieser Stelle sagen. Man ist beispielsweise über Fragen der Bodenproben und andere Dinge ständig in den Konflikt auch mit anderen geraten, die in diesem Bereich bereits tätig waren oder tätig sein könnten.

Wir haben uns als Selbsthilfeorganisation verstanden. Unser oberstes Gebot war: Was können wir für die Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz tun? - Wir waren alle miteinander Praktiker, die nicht danach gefragt haben, was darfst du tun, oder was darfst du nicht tun. Ansonsten hätte der Maschinenring nie eine solche Größe erlangt.

Ich sage, es hat eine Menge Durchsetzungskraft gekostet, und viele Geschäftsführer von Maschinen- und Betriebshilfsringen können davon ein Lied singen. Wir haben Neuland mit all dem Risiko beschritten.

Die wenigsten werden sich noch daran erinnern: Es ging nicht nur um Fragen der Betriebshilfe, der losen Düngerketten, der Bodenproben und des Klärschlamms. Ich habe zu denen gehört, die überhaupt zum ersten Mal Klärschlamm in Landwirtschaft und Weinbau ausgebracht haben. Es ging auch um die Frage der fahrbaren Abfüllanlagen. Wir waren auch diejenigen, die gemeinsam mit dem Weinbauverband die Versektung angegangen sind. Das heißt also, überall dort, wo der Einzelne mit dem Risiko überfordert war, haben wir versucht, das Risiko als Gemeinschaft zu übernehmen. Wenn Sie so wollen, Mädchen für alles.

(Mertes, SPD: Mädchen?)

Gerade im Bereich der Sonderkulturen, von dem man meinte, er sei nicht vorstellbar, sind die größten Erfolge erzielt worden.

Diese Erfolgsstory könnte man noch über Stunden hinweg ausführen. Ich sage, man kann den Leuten nicht genügend dankbar sein, die das getan haben.

Der Strukturwandel ist klar. Er wird noch rasant fortschreiten. Wer die Zahlen genau liest, wie viele von 10 bis 30 Hektarn und von 30 bis 50 Hektarn jetzt in den Betrieben Mitglied sind, der wird feststellen, dass wir logischerweise in den nächsten Jahren mit Sicherheit einen Strukturwandel von 10 % bis 40 % und damit verbunden auch einen Rückgang an Mitgliedern haben werden, weil viele keine Landwirtschaft mehr betreiben.

Deshalb kommt den neuen Feldern - darauf möchte ich mich besonders konzentrieren - eine besondere Bedeutung zu. Ich halte den Schritt für richtig, Innovationsassistenten zu fördern. Nur durch neue Innovationen, neue Gedanken und neue Wege kann geholfen werden, ein Zusatzeinkommen zu erwirtschaften. Wer den Maschinenringen über seine Mitglieder Zusatzeinkommen ermöglicht, der wird auch längerfristig die bäuerliche Landwirtschaft sowie die Bewirtschaftung der Flächen und Flure in unserem Lande sicherstellen.

(Beifall bei der CDU -
Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Ich bedanke mich für den Beifall der Sachkundigen. Das spricht im Prinzip Bände. Wir wollen das ein bisschen locker sehen, weil wir es parteiübergreifend bisher immer so gesehen haben.

Ich möchte nun allerdings zum Antrag kommen. Ich bin dankbar für jeden Antrag und erachte den Vorschlag als positiv, ihn an den Ausschuss zu überweisen; denn so können wir ihn noch modifizieren und ergänzen.

Auch ich danke der Landesregierung. Das ist alles schon früher beschlossen worden. Die jetzige Landesregierung hat es weitergeführt.

(Zuruf des Abg. Bruch, SPD)

Ich lobe, dass man das weitergeführt hat, was wir damals auf den Weg gebracht haben. Das ist vernünftig.

Wir müssen allerdings etwas konkreter sagen, wir werden die Betriebe unterstützen. Dann reden wir darüber, ob wir bei den 260 000 DM bleiben. Ich bin persönlich dafür und sage, es ist die beste Investition. An Effizienz ist sie kaum von anderen übertreffbar gewesen. Insofern bekenne ich mich dazu. Wenn wir alles, was haushaltsmäßig machbar ist, investieren, dann haben wir die Mittel richtig eingesetzt.

Meine Damen und Herren, aber seien Sie doch in Ihrem ersten Einstieg so fair und schreiben Sie nicht nur: „Neuorientierung der EU-Agrarpolitik". Ich sage bewusst, es waren auch die rot-grüne Steuerpolitik in Bonn und die Haushaltskürzungen im Bereich der Berufsgenossenschaften und Alterskassen, die mit zu dem Strukturwandel beigetragen haben. Das sollte man fairerweise hineinschreiben.

(Zurufe des Abg. Mertes und der
Abg. Frau Spurzem, SPD)

Wenn Sie schon die EU-Agrarpolitik nennen, dann gehört das andere mit hinzu.

Ich wäre dankbar, wenn wir im Mittelbereich - - -

(Glocke des Präsidenten)

- Vielleicht erlauben Sie noch ein paar Sätze zu den Gemeinsamkeiten.

(Mertes, SPD: Das war nicht mehr
gemeinsam! Das war eine
fiese Attacke!)

Ich wäre dankbar, wenn wir im Mittelbereich stärker die Betriebshilfe hervorheben könnten. Wenn die Leute unfallbedingt nicht mehr vorhanden sind, ist es zurzeit leider nicht mehr möglich, einen Betriebshelfer zu bekommen. Das gab es damals nicht. Es gab nie die Situation,

(Glocke des Präsidenten)

in der wir gesagt haben, es ist nicht möglich.

- Letzter Satz, Herr Präsident.

Herr Kollege Dr. Frey, ich wäre dankbar, wenn Sie mich darüber aufklären könnten, was Sie exakt mit dem letzten Spiegelstrich meinen.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Die Kooperation, sowohl vertikal als auch horizontal, muss ausgeweitet und gestärkt werden. Wenn Sie noch die Freundlichkeit hätten,

nicht nur Kommunalreinigung - ich nehme an, dies ist ein Schreibfehler -, Kommunalarbeiten - - - Die Sachen habe ich alle selbst mitgemacht.

(Zuruf von der SPD: Jetzt ist der Satz aber zu Ende!)

Vielleicht können Sie das noch ein bisschen erläutern und präzisieren, damit wir wissen, worüber wir abstimmen. Ansonsten bin ich für die Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde nicht die Rede des Kollegen weiterlesen, die er hier liegen lassen hat, sondern mein eigenes Konzept nehmen.

(Schmitt, CDU: Es würde sich aber lohnen!)

Ich könnte mich aufgrund meiner wenigen Erfahrungen in den Maschinen- und Betriebshilfsringen selbst nicht so gut loben, wie Sie das vor mir getan haben. Aber Spaß beiseite, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Bei Bienen geht das nicht!)

Auf die deutsche und die rheinland-pfälzische Landwirtschaft werden in nächster Zeit aufgrund der Beschlüsse zur Agenda 2000, aber auch der anstehenden Liberalisierung in den WTO-Verhandlungen große Herausforderungen zukommen. Deswegen muss es für den Berufsstand heißen, die Kosten müssen den Preisen folgen.

In dieser Diskussion kann die Politik bestenfalls Rahmenbedingungen verbessern. Wir werden dies in Rheinland-Pfalz auch weiterhin tun. Ich nenne die Stichpunkte Deregulierung und ländliche Bodenordnung. Aber den Betrieben und ihren Betriebsleitern kommt auch eine Aufgabe zu; denn sie müssen sich Gedanken machen, wie sie auch weiterhin Kosten senken und kostenbewusst produzieren. Es gibt nämlich gerade im Bereich der Maschinenkosten in der Landwirtschaft durchaus noch ein Einsparpotenzial. In diesem Zusammenhang sind dann die Maschinen- und Betriebshilfsringe, die sich in Rheinland-Pfalz hervorragend bewährt haben, gefragt.

Immer noch werden viel zu oft teure Maschinen, Mähdrescher oder sonstige Gerätschaften von einem einzelnen Betrieb angeschafft und nur während kurzer Zeit genutzt. Den Rest des Jahres stehen sie leider Gottes ungenutzt als totes Kapital in der Scheune. Deswegen sind Maschinen- und Betriebshilfsringe eine hervorragende Möglichkeit, um Maschinenkosten, aber auch weit darüber hinausgehende Kosten einzusparen.

Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Strukturwandels mit wachsenden Betriebsgrößen wird es auch weiterhin nötig sein, sich aus betriebswirtschaftlichen Gründen eines Dienstleisters zu bedienen, der möglicherweise Kosten senkt oder die Produktion billiger macht.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, Sie müssen mir nicht zuhören, aber Sie brauchen auch nicht so laut zu reden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Einen hervorragenden Beitrag für die Kostenreduzierung in der Landwirtschaft leisten die 16 Maschinen- und Betriebshilfsringe in Rheinland-Pfalz. Man muss sich einmal die Zahlen anschauen, es sind fast 12 000 Mitglieder - Herr Kollege Dröscher hat bereits darauf hingewiesen - mit über 11 000 landwirtschaftlichen Betrieben, 88 Lohnunternehmen und 718 fördernde Mitglieder. Das ist schon eine gewaltige Zahl, die sich da zusammengefunden hat. Dies unterstreicht auch die Bedeutung. Ein Viertel unserer Betriebe greift auf das Angebot dieser Maschinen- und Betriebshilfsringe zurück und bedient sich hier der Möglichkeit der Kostensenkung. Deswegen müssen wir diese Maschinen- und Betriebshilfsringe auch weiterhin intensiv unterstützen und dafür sorgen, dass auch weitere Gründungen erfolgen.

Neben dem landwirtschaftlichen Schwerpunkt haben sich diese Organisationen in den letzten Jahren auch weiterentwickelt. Neben Erntearbeiten werden auch Transport-, Außen- und Innenwirtschaftsarbeiten vorgenommen. Auch im Bereich der Landespflege und in Kommunalarbeiten haben diese Maschinen- und Betriebshilfsringe eine wichtige Position erreicht. So gewinnen gerade diese Institutionen im ländlichen Raum zunehmend an Bedeutung. Diese Bedeutung müssen wir weiter fördern.

Aus diesem Grunde hält es die F.D.P.-Fraktion für unbedingt erforderlich, dass wir diese Maschinen- und Betriebshilfsringe weiterhin unterstützen. Sie müssen sich auch in neue Bereiche weiterentwickeln können.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Herr Schmitt, ich habe Sie nicht vergessen. Es geht um die Frage von Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitskräften. Es geht auch um die Übernahme von Arbeiten im Bereich der Landespflege bei möglichen kommunalen Aufgaben. Es

geht um die Frage, ob im Bereich der Vermarktung von Produkten Maschinen- und Betriebshilfsringe weiter an Bedeutung gewinnen können.

Wir sind auch der Meinung, dass man einmal überprüfen sollte - natürlich auch unter datenschutzrechtlichen Aspekten -, ob diesen Maschinen- und Betriebshilfsringen nicht auch Flurkarten und Bodenschätzkarten zur besseren Bewirtschaftung der Flächen zur Verfügung gestellt werden können.

Wir sind auch der Meinung, dass man, um Kosten weiterhin zu minimieren, einmal darüber nachdenken könnte und sollte, ob nicht eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Betriebsringen auf horizontaler oder vertikaler Ebene möglich ist. Auf horizontaler Ebene ist das sicherlich nicht sehr schwierig, auf vertikaler Ebene gibt es Herausforderungen, denen man sich sicher stellen kann.

(Schmitt, CDU: Wie soll das vertikal aussehen?)

Wir werden darüber im Ausschuss zur Genüge noch diskutieren können.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anschließend an die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Frey, dass wir noch ausführlich Gelegenheit haben, dieses Thema im Ausschuss zu diskutieren, werde ich mich jetzt sehr kurz fassen.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir dieses Thema im Ausschuss diskutieren. Im Unterschied zu den Regierungsfraktionen hatten die Oppositionsfraktionen nur einen Tag bzw. fast nur einen halben Tag Zeit, sich den Antrag anzusehen. Nicht alle verfügen über die reichhaltige Erfahrung wie Herr Schmitt, der hier erzählen kann, was er alles mit den Maschinen- und Betriebshilfsringen gemacht hat. Ich möchte meiner Fraktion gern die Annahme des Antrags empfehlen, dies bedarf aber noch einiger Prüfung.

Wir wissen alle, dass Kooperationsformen in der Landwirtschaft immer wichtiger und notwendiger werden, gerade auch deshalb, weil noch viele Veränderungen auf uns zukommen werden. Ich möchte nur zwei Beispiele hervorheben, nämlich die Aktivitäten der Maschinen- und Betriebshilfsringe im Bereich der Arbeitsplätze im ländlichen Raum und den Einsatz der MBR Agrar Service Taunus-Westerwald GmbH mit dem Faserzentrum Pferdsfeld, die sich bemühen, mit nachwachsenden Rohstoffen neue Werkstoffe als Ersatz für Chemieprodukte in der Automobilindustrie zu entwickeln. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Universität Kaiserslautern.

Ich möchte noch ein letztes Wort zum Antrag sagen. Wir sollten nicht im Überschwang und vor lauter Begeisterung alle möglichen Arbeiten, die anstehen oder denkbar sind, sowie Aufgabenfelder umstandslos auf eine Kooperationsform übertragen, Herr Schmitt, sondern sollten uns sehr genau anschauen, für welche Aufgaben welche einzelbetriebliche Verantwortung oder welche Kooperationsform sinnvoll und notwendig ist.

(Schmitt, CDU: Richtig!)

Es wird sicher eine etwas ausführlichere Debatte im Ausschuss geben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

(Zuruf von der CDU: Jacke zu und durch!)

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich schließe ich die Jacke mit dem notwendigen Respekt vor dem Parlament. Das ist wirklich mehr als nur eine Floskel.

(Bischel, CDU: Das ist richtig, das erwarten wir auch vom Minister!)

Eine Landwirtschaft mit den Strukturen, wie sie bei uns vorherrschen, kann im globalen Wettbewerb nur bestehen, wenn sie über leistungsfähige Selbsthilfeeinrichtungen verfügt. Vor fast 30 Jahren haben die ersten Maschinen- und Betriebshilfsringe mit der Vermittlung von freien Arbeits- und Maschinenkapazitäten begonnen. Dies ermöglichte insbesondere den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben einen kostengünstigen Zugang zu moderner Landtechnik.

Heute ist aus diesen Initiativen ein schlagkräftiges Netzwerk mit 16 rheinland-pfälzischen Mitgliedsvereinen, fast 12 000 Mitgliedsbetrieben, 50 Beschäftigten und 82 Millionen DM Jahresumsatz geworden. Trotz der rückläufigen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe erwirtschaften die Ringe mit rund 5 % pro Jahr ein beachtliches Umsatzwachstum. Dabei

sind die Chancen der Maschinen- und Betriebshilfsringe noch längst nicht ausgereizt.

Es ist bemerkenswert, dass nicht nur der Umsatz, sondern auch das Wachstum zu großen Teilen weiterhin auf den klassischen Bereich der Maschinenvermittlung entfallen.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld sehe ich in der Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitskräften für die wachsenden Betriebe.

Zusammen mit dem Bauernverband Rheinland-Pfalz-Süd, der Arbeitsverwaltung und dem Qualifizierungsfonds der deutschen Land- und Forstwirtschaft werden verschiedene Projekte zur Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik entwickelt. In den Sonderkulturgebieten mit hohem Bedarf an Saisonarbeitskräften sind die Ringe bereits aktiv geworden.

Die im vergangenen Jahr gemachten Erfahrungen mit der Qualifizierung von Arbeitslosen für die Landwirtschaft sind überaus ermutigend.

Die Erschließung neuer Einkommensquellen für die landwirtschaftlichen Betriebe ist der dritte Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung der Maschinenringe in Rheinland-Pfalz. Die Aktivitäten zeugen von Kreativität und Risikobereitschaft. Wenn heute Landwirte zum Beispiel mit nachwachsenden Rohstoffen, der Klärschlammausbringung und dem Zuckerrübentransport Geld verdienen, ist dies auch ein Verdienst der Maschinen- und Betriebshilfsringe.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Gleiches gilt für die Erschließung preisgünstiger Bezugsmöglichkeiten für Produktionsmittel. Der Wettbewerb zwischen den Stromlieferanten schafft in diesem Bereich neue interessante Aktionsfelder, die durch die Gewährung von Gruppenverträgen für Landwirte bereits genutzt werden.

Meine Damen und Herren, die Maschinen- und Betriebshilfsringe haben es geschafft, Wertschöpfung für den ländlichen Raum zu erhalten, zurückzuholen und wirtschaftlich neu zu entwickeln. Das erweiterte Selbstverständnis der Maschinen- und Betriebshilfsringe als Dienstleister für den ländlichen Raum passt in unsere Zeit und wird auch daher in vollem Umfang von der Landesregierung unterstützt. Für die hiermit verbundenen Aufgaben stellt die Landesregierung einen jährlichen Zuschuss zu den Geschäftsführungskosten von insgesamt 260 000 DM zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der Zeit war es mir natürlich nicht möglich, alle Funktionen der Maschinen- und Betriebshilfsringe umfassend zu würdigen. Mir kommt es aber in erster Linie darauf an, zu zeigen, dass die Landesförderung gebraucht wird und gut angelegtes Geld ist.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Heinz:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Er kann nicht mehr zwischenfragen, er kann nur noch am Schluss fragen. Herr Schmitt, ich habe meine Rede gerade zu Ende geführt. Bitte schön, fragen Sie.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, ich stelle Ihnen nicht die knifflige Frage, ob Sie auch weiterhin bereit sind, die 260 000 DM zu geben, sondern nur die Frage - - -

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Der Haushaltsgesetzgeber sitzt hier vor mir. Das wissen Sie.

Abg. Schmitt, CDU:

Ich stelle einfach einmal nur die Frage. Wir haben zurzeit 16 Maschinenringe - ausgehend von Ihrer Antwort - von 175 Mitgliedern bis 2 400 Mitglieder. Wie bewertet die Landesregierung dies oder geht sie in die Richtung stärkerer Kooperation der Maschinenringe untereinander, weil das immer ein Thema war? Befürworten Sie das, unterstützen Sie das oder geben Sie finanziellen Anreiz, wie es schon einmal angedacht war? Wie ist der momentane Stand?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist eine hochinteressante Frage, die ich auch gern sofort beantworte.

1. Der Haushaltsgesetzgeber sitzt vor mir. Ich kann Ihnen versprechen, alle Etatposten, die Sie mir gewährleisten, werde ich sinnvoll und gut anlegen. Das ist keine Frage.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

2. Herr Schmitt, ich halte nicht viel davon, wenn die Landesregierung diesem Selbsthilfeinstrument Vorschriften macht, wie es sich organisiert.

(Mertes, SPD: Sehr gut! Das ist Subsidiarität!)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass dann ein Stück des Engagements verloren geht, wenn wir vorschreiben, was wann wie wo geht. Diese ganzen Maschinenringe und Beratungsringe sind eigentlich aus einer bestimmten Situation von engagierten Menschen geboren, die sagten, wir helfen uns jetzt selbst.

(Schmitt, CDU: Ich bedanke mich für die Auskunft!)

Dann sollen sie auch entscheiden, wie sie sich strukturieren und wie sie sich organisieren, ob sie kooperieren, ob sie zusammenlegen, wie sie das erledigen. Das müssen sie entscheiden. Das kann nicht meine Sache sein. Es wäre auch ein Fehler, dieses zu tun. Wir reden sowieso gleich noch einmal insgesamt über die Konstruktion. Aber diese Konstruktion sollten wir so weit wie möglich fördern und so weit wie möglich selbstbestimmend tätig werden lassen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD - Schmitt, CDU: Einverstanden! Das war der Grund meiner Frage? - Bischel, CDU: Das war Verlegenheitsbeifall!)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Diskussionsbeiträge.

Die antragstellende Fraktion hatte durch Herrn Kollegen Dröscher um Ausschussüberweisung und weitere Beratung dort gebeten. Ich darf fragen, ob der Landtag damit einverstanden ist oder ob andere Wünsche bestehen? - Wir überweisen dann an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau. Keine Bedenken? - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind für heute am Ende der Sitzung.

Ich darf Sie zur morgigen Plenarsitzung, Freitag, 27. August 1999, Beginn 9.30 Uhr, einladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.13 Uhr.